

U T Q M M E R V A H T H K
R O E N E R G I E T R L O
E F F I Z I E N Z M U P N
U M W E L T S C H U T Z O
R E S S O U R C E N O I E
R E G I O N A L R Z V S R
P R O G N O S E T I G R N
Q E I B T U A G N F M E A
L A G E B E R I C H T R B
A K T I E F M R W R T V S
A R **L E I S T U N G** N H C
X K U O R M **D I E** E L R H
R Y U **W E R T E** E R T C L
L A G E **S C H A F F T** X U
G E W I N N L I V T R L S
O A E F F I Z I E N Z R O
R E G I O N A L R B I L R

UNSERE KENNZAHLEN IM ÜBERBLICK

	EINHEIT	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Stromabsatz	Mio. kWh	10.851	11.024	9.973	9.718	8.609
Gasabsatz	Mio. kWh	13.734	15.169	14.268	12.017	14.077
Wärmeabsatz	Mio. kWh	1.679	2.027	1.841	1.914	1.973
Wasserabsatz	Mio. m ³	44,1	45,2	41,5	42,1	41,8
Umsatz	Mio. €	2.036,7	2.211,2	2.009,2	1.785,5	1.670,6
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)	Mio. €	105,7	136,6	119,6	104,4	144,2
Bereinigtes EBT⁽¹⁾	Mio. €	136,1	128,3	-	-	-
Ergebnis nach Ertragsteuern	Mio. €	96,6	116,0	95,9	98,9	118,6
Bilanzsumme	Mio. €	2.776,3	2.868,4	2.667,4	2.522,7	2.548,1
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	Mio. €	95,9	119,5	127,5	134,7	110,3
Investitionen in Beteiligungen/Tochterunternehmen	Mio. €	2,9	12,2	41,4	12,1	7,5
Mitarbeiter	Anzahl	2.765	2.810	2.943	2.970	2.884

⁽¹⁾ bereinigt um Ergebniseffekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39 (seit 2013)



Kennzahlen Wärme- & Stromerzeugung

TSD. €	2014
Umsatz	235.864
Bereinigtes EBT	3.55



Kennzahlen Stromversorgung

TSD. €	2014
Umsatz	1.186.501
Bereinigtes EBT	6.703



Kennzahlen Gasversorgung

TSD. €	2014
Umsatz	648.518
Bereinigtes EBT	52.697



Kennzahlen Wärmeversorgung

TSD. €	2014
Umsatz	108.595
Bereinigtes EBT	-4.055



Kennzahlen Wasserversorgung

TSD. €	2014
Umsatz	73.035
Bereinigtes EBT	398



Kennzahlen Beteiligungen

TSD. €	2014
Umsatz	3.243
Bereinigtes EBT	80.754

Leistung, die Werte schafft

Energie ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Im dezentralen Energiemarkt der Zukunft kann aber nur bestehen, wer mit seiner Leistung nachhaltige Werte schafft. Basierend auf unseren Leitlinien, ist es der MAINOVA AG auch im abgeschlossenen Geschäftsjahr gelungen, starke Akzente im Markt zu setzen. Wir schaffen Werte, indem wir konsequent an unseren eigenen Werten Zukunftsfähigkeit, regionale Verbundenheit und sehr gutes Preis-Leistungs-Verhältnis festhalten. In diesem Sinne wollen wir auch die weitere Energiezukunft aktiv mitgestalten.

ZUKUNFTSORIENTIERUNG

MAINOVA bündelt langjährige Erfahrung und umfassendes Know-how. Gerade Frankfurt am Main ist als Finanzzentrum elementar auf eine sichere Energieversorgung angewiesen. Die Energiezukunft ist für uns nachhaltig, effizient und dezentral. Wir treiben sie voran.

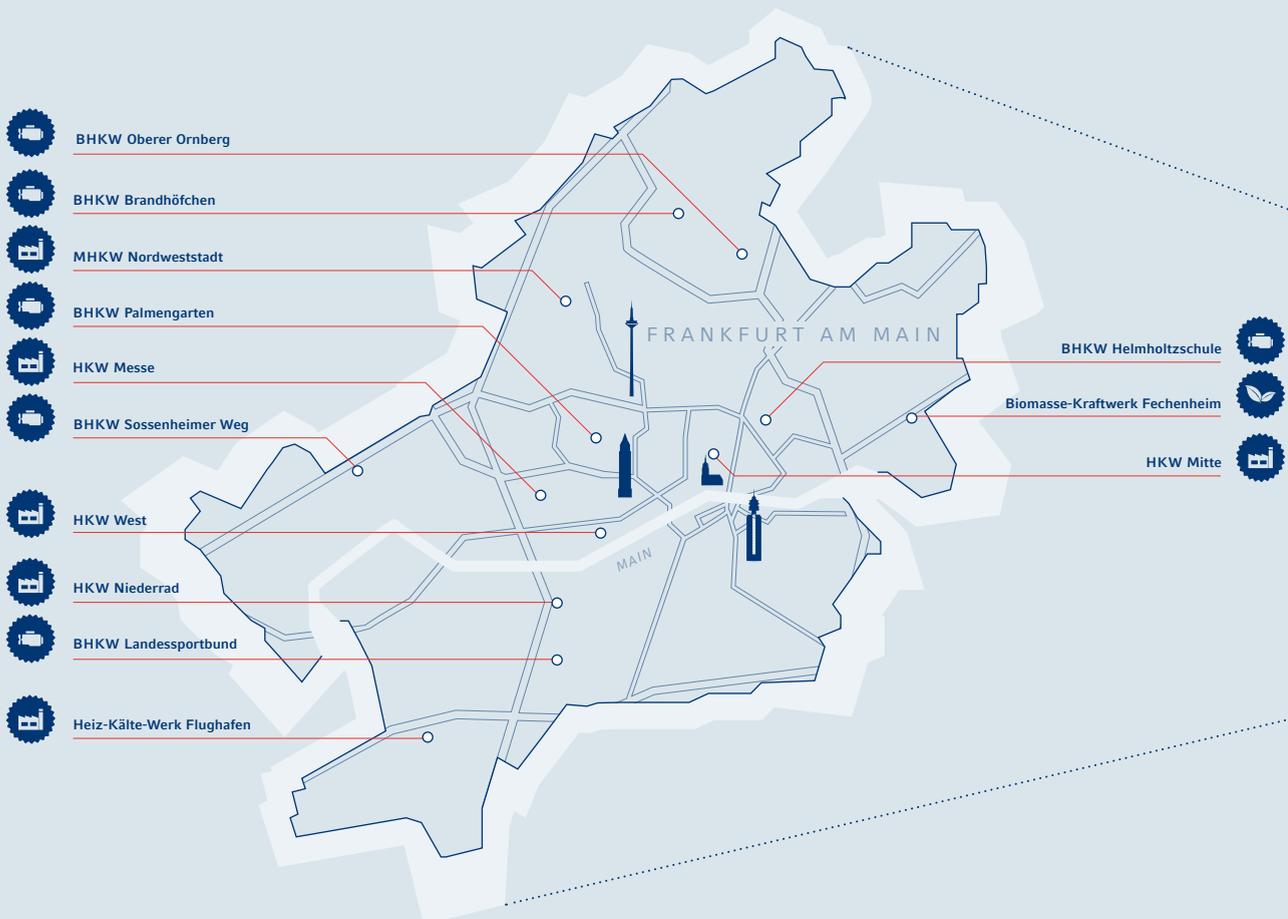
REGIONALE VERANTWORTUNG

Wir investieren in die Versorgungssicherheit der Region und nachhaltigen Klimaschutz. Dies geschieht zum Wohl der Menschen, die hier leben. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Region und für unsere Mitmenschen.

PREIS-WERTIGKEIT

Verbraucherfreundlichkeit hat für uns höchste Priorität. Dazu gehören für MAINOVA faire Preise, faire Konditionen und ein fairer Service. Wir überzeugen mit Leistungen, die ihren Preis wert sind.

ERZEUGUNGSSTANDORTE
RHEIN-MAIN-GEBIET



 BIOMASSE-KRAFTWERKE

 BLOCKHEIZKRAFTWERKE

 HEIZKRAFTWERKE

**ERZEUGUNGSSTANDORTE
DEUTSCHLAND (mit Beteiligung)**



⁽¹⁾ im Besitz des Wasser- und Schifffahrtsamts Aschaffenburg

01 PROFIL

- S. 2 Brief an die Aktionäre
- S. 4 Bericht des Aufsichtsrats
- S. 8 Interview mit dem Vorstand

02 ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

- S. 18 Grundlagen des Konzerns
- S. 23 Wirtschaftsbericht
- S. 31 Nachtragsbericht
- S. 31 Prognose-, Chancen- und Risikobericht
- S. 39 Sonstige Angaben
- S. 42 Erläuterungen zum Jahresabschluss der MAINOVA AG

03 KONZERNABSCHLUSS

- S. 48 Gewinn- und Verlustrechnung
- S. 49 Gesamtergebnisrechnung
- S. 50 Bilanz
- S. 52 Eigenkapitalveränderungsrechnung
- S. 54 Kapitalflussrechnung
- S. 56 Anhang
- S.114 Bestätigungsvermerk
- S.115 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

04 ERGÄNZENDE INFORMATIONEN

- S.118 Erklärung zur Unternehmensführung/
Corporate-Governance-Bericht 2014
- S.124 Organe der Gesellschaft
- S.130 Vorstand
- S.132 Mitglieder des Beirats
- S.134 Ausschüsse des Aufsichtsrats
- S.136 Bereichsleiter und Stabsstellenleiter der MAINOVA
- S.137 Geschäftsführer MAINOVA Verbund
- S.138 Glossar
- S.142 Grafik- und Tabellenverzeichnis

WEITERE UNTERNEHMENSPUBLIKATIONEN 2014

Nachhaltigkeitsbericht 2014

Unternehmensporträt 2014

Zahlen, Daten & Fakten 2014

A K T I E N M R W R T V S
A R L E I S T U N G N H C
X K U O R M D I E E S R H
V E R A N T W O R T U N G
L A G E S L E B T F T X U
G E W I N N L I V T R L S
O A E F F I Z I E N Z R S

A K T I E N M R W R T V S
A R L E I S T U N G N H C
X K U O R M D I E E S R H
V E R T R A U E N U N G
L A G E S F Ö R D E R T U
G E W I N N L I V T R L S
O A E F F I Z I E N Z R S

A K T I E N M R W R T V S
A R L A U F T U N G N H C
X K U O E I N E N E S R H
M E B L I C K S D F U H G
L A G E S R T Z U F T X U
G E W I N N L I V T R L S
O A E F F I Z I E N Z R S

BRIEF AN DIE AKTIONÄRE



Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

2014 war ein herausforderndes Jahr für Ihre MAINOVA AG: Wir verzeichneten das wärmste Jahr seit der systematischen Aufzeichnung von Wetterdaten. Die sogenannte Gradtagszahl lag 16 Prozent unter dem Zehn-Jahres-Durchschnitt und 21 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Eine solche Abweichung hat natürlich Konsequenzen für unser operatives Geschäft. Wie Sie wissen, hat die Gradtagszahl messbare Auswirkungen auf unsere witterungsabhängigen Segmente Gas und Wärme. So ist der Gasabsatz im Vergleich zum Vorjahr um 21 Prozent gesunken. Infolgedessen sinkt auch der Umsatz um 174,5 Millionen Euro auf zwei Milliarden Euro.

Unser Ergebnis vor Ertragssteuern liegt deshalb bei 105,7 Millionen Euro. Das um stichtagsbezogene Bewertungseffekte bereinigte Ergebnis liegt bei 136,1 Millionen Euro (Vorjahr: 128,3 Mio. Euro). Unter den genannten Rahmenbedingungen bin ich mit diesem Ergebnis zufrieden. Ihre MAINOVA ist im Branchenvergleich sehr gut aufgestellt. Dies ist jedoch keinesfalls selbstverständlich. Es ist das Ergebnis von ständigen Verbesserungen und großen internen Kraftanstrengungen. Weil wir die witterungsbedingten Mengenrückgänge frühzeitig erkannt haben, konnten wir rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen. So haben wir über alle Bereiche hinweg im laufenden Geschäftsjahr Kosten gesenkt.

Trotz dieser Herausforderungen war das Jahr 2014 ein gutes Jahr für unser Unternehmen: Erfolg lässt sich erarbeiten und dieser Maxime folgen wir. Im Geschäftsjahr 2014 haben wir die Leistungsfähigkeit der MAINOVA nachhaltig gestärkt. So führten wir unsere Finanzschulden über das ursprünglich geplante Maß zurück. Sie sanken durch Darlehens-tilgungen um 68,3 Millionen Euro auf 692,2 Millionen Euro. Gleichzeitig stieg die Eigenkapitalquote um 1,2 Prozentpunkte auf 36,6 Prozent.

Zusätzlich entwickelt sich die Kundenzahl weiter positiv. Trotz des hohen Wettbewerbsdrucks stieg die Zahl der Privat- und Gewerbekunden in den Segmenten Strom und Erdgas erneut an. Auch bei der Gewinnung von Konzessionsverträgen erzielten wir Erfolge. In den Kommunen Hochheim am Main, Eppstein und Steinbach bleibt die MAINOVA bewährter Partner für zuverlässige und nachhaltige Energieversorgung. Unser Geschäftskundenvertrieb hat erfolgreich Kunden hinzugewonnen und gerade in unserer Heimatregion Verträge verlängert. Es zeichnet uns aus, dass wir auch in schwierigen Zeiten klare Ziele verfolgen. So haben wir entschieden, die Frankfurter Fernwärmeversorgung auszubauen und zu ertüchtigen. Bis 2016 werden wir insgesamt 130 Millionen Euro in Netz und Kraftwerke investiert haben. In der MAINOVA-Historie ist dies die höchste Einzelinvestition in die Energienetze.

Ein Wort noch an dieser Stelle zum Thema Energiewende: Auch hier bleiben wir unserer Position treu. Ausdrücklich begrüßen wir das Ziel, Ressourcen zu schonen und CO₂ zu vermeiden. Wir sind davon überzeugt, dass die Energieversorgung der Zukunft dezentral, hocheffizient und überwiegend regenerativ ausgestaltet sein wird. Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Effizienz sind und waren für MAINOVA schon immer gleichwertig zu beachten. Aus diesem Grund fördern wir auch innovative Zukunftstechnologien wie Power-to-Gas und Power-to-Heat. Wir investieren weiterhin in unsere Netze, die wir leistungsfähiger, zukunftssicher und perspektivisch auch steuerbar ausbauen. Schließlich bekennen wir uns zu unserer Heimatregion, indem wir nachhaltige Projekte unterstützen und somit die Rhein-Main-Region noch ein Stück lebenswerter machen.

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, wir halten an unserer erfolgreichen Unternehmensstrategie fest. Ich hoffe, dass Sie uns bei diesem Kurs weiterhin vertrauensvoll folgen. Außerdem danke ich unseren Kunden für Ihre Treue. Und nicht zuletzt bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Konzerns für ihr Engagement, ihre Innovationskraft und ihren Mut, die notwendigen Veränderungen mit aller Kraft zu meistern.



DR. CONSTANTIN H. ALSHEIMER
Vorsitzender des Vorstands der MAINOVA AG

BERICHT DES AUFSICHTSRATS



Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

im Geschäftsjahr 2014 hat der Aufsichtsrat mit dem Wärmeversorgungskonzept die bisher größte Einzelinvestition in die Frankfurter Infrastruktur in der Geschichte der MAINOVA AG genehmigt. Diese Maßnahme – durch die pro Jahr rund 100.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart werden – zeigt, dass die MAINOVA AG auch in einer Zeit, in der sich die Energiewirtschaft in Deutschland in einem beispiellosen Umbruch befindet, zu ihrer Verantwortung als Mitgestalter der Energiewende steht.

Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass auch die MAINOVA AG den Druck spürt, den der genannte Umbruch auslöst. Der Aufsichtsrat ist jedoch davon überzeugt, dass die MAINOVA AG die Herausforderungen, die sich ihr stellen, erfolgreich meistern wird.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Führung des Unternehmens regelmäßig beraten und seine Tätigkeit kontinuierlich überwacht. Dabei war er in

alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Um die Erfüllung seiner zentralen Aufgabe, der Beratung des Vorstands, insbesondere bei der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Rentabilität, der Risikolage, dem Risikomanagement und der Compliance des Unternehmens, sowie der Überwachung von dessen Geschäftsführung zu gewährleisten, hat sich der Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend durch den Vorstand schriftlich informieren lassen. Diese Informationen wurden fortlaufend von mündlichen Berichten und Auskünften begleitet und ergänzt. Sämtliche wichtigen, die Gesellschaft und den Geschäftsverlauf betreffenden Sachverhalte und Maßnahmen waren Gegenstand der Unterrichtungen und Diskussionen in den Aufsichtsratssitzungen. Ständen darüber hinaus kurzfristig berichtsrelevante Vorgänge an, so erfolgte eine Unterrichtung ad hoc.

Alle Maßnahmen, die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Regelungen der Zustimmung des Aufsichtsrats bedurften, haben eine eingehende Beratung und Vorlage zur Beschlussfassung erfahren.

Während des gesamten Geschäftsjahres standen die bzw. der Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie in Einzelfragen auch die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats auch zwischen den Sitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand. Über Gespräche mit dem Vorstand zwischen den Sitzungen sind die Aufsichtsratsmitglieder durch den Aufsichtsratsvorsitzenden zeitnah schriftlich und mündlich informiert worden.

Sitzungen und Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2014 in sieben ordentlichen Sitzungen. Daneben fand im Januar 2014 eine Klausurtagung zum Thema Erzeugungsstrategie statt.

Sämtliche Aufsichtsratsmitglieder haben – soweit die Dauer ihrer Mitgliedschaft dies zugelassen hat – an mindestens vier der Sitzungen teilgenommen. Einzelne Mitglieder konnten aufgrund ihres unterjährigen Eintretens bzw. Ausscheidens nicht an sämtlichen Sitzungen des Jahres teilnehmen, haben aber an mindestens der Hälfte der Sitzungen während ihrer Amtszeit teilgenommen. Im Durchschnitt lag die Präsenz bei über 85 %. Der externe Abschlussprüfer, die KPMG AG, hat sowohl an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats als auch der des Prüfungsausschusses im März 2014 teilgenommen.

Die Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsrats waren die laufende Geschäftsentwicklung, die wirtschaftliche Lage und Entwicklung, die Planung, die Strategie, die Rentabilität sowie die Risikosituation des Unternehmens. Dabei hat sich der Aufsichtsrat insbesondere laufend über die aktuelle Situation an den Beschaffungs- und Vertriebsmärkten sowie die laufenden Projekte und Entwicklungen aus dem Technikressort informiert und sich regelmäßig über die Compliance, das Risikomanagement und die Tätigkeit der internen Revision unterrichten lassen.

Neben dieser Regelberichterstattung waren insbesondere die folgenden Themen Gegenstand eingehender Berichterstattung, Beratung und, soweit erforderlich, Beschlussfassung:

- › Gegenstand der Erörterung und Beschlussfassung waren in der ersten regulären Sitzung am 19. Februar 2014 die Zustimmung zum Wärme-konzept sowie u. a. die Sanierung des Kesselhauses 4 + 5 des Heizkraftwerks West.
- › In einer Sitzung vom 2. April 2014 wurde die Zustimmung zu folgenden Maßnahmen erteilt: Erneuerung der 110-kV-Schaltanlagen im UW Darmstädter Landstraße, Verschmelzung der Gesellschaften MAINOVA PV_Park 2 GmbH & Co. KG bis MAINOVA PV_Park 7 GmbH & Co. KG, Gründung einer Netzeigentumsgesellschaft Strom und Gas in Mörfelden-Walldorf sowie Fernwärmeanschluss der Fachhochschule Frankfurt am Main.
- › In der ordentlichen Sitzung am 23. Juli 2014 stimmte der Aufsichtsrat den Konzessionsbewerbungen mit Mörfelden-Walldorf bzw. der Gründung einer entsprechenden Kooperationsgesellschaft zu. Ebenfalls fand in dieser Sitzung eine Beschlussfassung über den Verkauf der Liegenschaft „An der Sandelmühle“ statt.
- › Am Tage der Hauptversammlung, dem 21. Mai 2014, fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt, eine davon als konstituierende Sitzung im Anschluss an die Hauptversammlung. In dieser Sitzung wurden die Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.
- › In der ordentlichen Sitzung am 8. Oktober 2014 wurde der Senkung der allgemeinen Strompreise in der Grundversorgung, der Abgabe von Bewerbungen um die Stromkonzessionen für die Städte Heusenstamm, Hainburg und Obertshausen im Landkreis Offenbach, der Verpachtung einer Kraftwerksscheibe des Heizkraftwerks West (Block 2 + 3) an die VGF sowie der Klageermächtigung der NRM gegen die Festlegung der BNetzA zur Erlösobergrenze Strom zugestimmt.
- › In seiner Sitzung am 3. Dezember befasste sich der Aufsichtsrat mit der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex. Darüber hinaus stimmte der Aufsichtsrat der Übertragung von Sachanlagevermögen an die NRM, einer Leitungsumlegung im Rahmen der Baumaßnahme „Riederwaldtunnel“, der Auflösung der Offshore-Wind für Hessen GmbH & Co. KG und der Mainova Wind Beteiligungs GmbH & Co. KG sowie der Liquidation der Offshore-Wind für Hessen Verwaltungs GmbH und einer Umschuldung des KfW-finanzierten Darlehens der MAINOVA PV_Park 1 GmbH & Co. KG
- › Die Klausurtagung des Aufsichtsrats am 27. Januar 2014 diente der ausführlichen Beratung der künftigen Erzeugungsstrategie der MAINOVA AG vor dem Hintergrund der sich verändernden politischen Rahmenbedingungen. Gegenstand der Erörterungen war u. a. der Status quo der Erzeugungsstrategie 2015.

in ein Gesellschafterdarlehen zu. Des Weiteren erfolgte die Zustimmung des Aufsichtsrats zum Erwerb eines Anteils am Windpark Weilrod und zur Anteilsaufstockung an der Erdgas Westthüringen Beteiligungen GmbH (EWT).

Mit Umlaufbeschluss vom 10. September 2014 hat der Aufsichtsrat der Bewerbung um die Wasserkonzession in Frankfurt am Main zugestimmt.

Arbeit der Ausschüsse

Die Arbeit des Aufsichtsrats wird durch die bewährte Form der Vorbereitung und Unterstützung durch die Ausschüsse erleichtert. Die Vorsitzenden der Ausschüsse erstatten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der betreffenden Ausschüsse Bericht. Die Ausschüsse bereiten Beschlussvorschläge für den Aufsichtsrat vor, insbesondere bei Entscheidungen von erheblicher finanzieller Relevanz.

Das Präsidium hat im Geschäftsjahr 2014 viermal getagt und dabei Vorstandsangelegenheiten, insbesondere die Vorberatung der Vorstandsvergütung, behandelt.

Der Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss befasste sich mit Geschäftsvorfällen von wesentlicher Bedeutung, dem Jahres- und Konzernabschluss, den Lageberichten, den Prüfungsberichten der Abschlussprüfer, den Zwischenberichten und den relevanten externen Faktoren, die das strategische Geschäft der MAINOVA als Energielieferant maßgeblich beeinflussen. Der Ausschuss hat im Geschäftsjahr 2014 in drei ordentlichen Sitzungen getagt und überzeugte sich unter anderem von der Wirksamkeit des internen Risikomanagementsystems. Er überwachte den Rechnungslegungsprozess, dessen Geeignetheit vom Abschlussprüfer festgestellt wird. Daneben beriet der Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss über die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, die Bestimmung der Prüfungsschwerpunkte und dessen Vergütung. Dabei prüfte er die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und überzeugte sich auch davon, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen.

Der Personalausschuss hat im Jahr 2014 zweimal getagt. Er prüfte und billigte die Personalberichtserstattung für das vorangegangene Geschäftsjahr sowie die kurz- und mittelfristige Planung der Personalstärke und der Personalkosten.

Der Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG musste in dem abgelaufenen Geschäftsjahr nicht einberufen werden.

Jahresabschluss, Konzernabschluss und Gewinnabführung

Die für den 21. Mai 2014 einberufene Hauptversammlung hat erneut die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 gewählt. In Umsetzung dieses Beschlusses hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den schriftlichen Auftrag zur Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses der MAINOVA AG für das Geschäftsjahr 2014 erteilt.

Der vom Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuches aufgestellte Jahresabschluss der MAINOVA AG, der entsprechend den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315 a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellte Konzernabschluss sowie der zusammengefasste Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter Einbeziehung der Buchführung geprüft, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen und allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vom Vorstand rechtzeitig zugeleitet. Die Berichte über Art und Umfang sowie das Ergebnis der Prüfungen des Abschlussprüfers (Prüfungsberichte) lagen allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vor.

Der Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 25. März 2015 eingehend mit den Jahresabschlüssen der MAINOVA AG und des Konzerns, dem zusammengefassten Lagebericht sowie den Prüfungsberichten auseinandergesetzt und dem Aufsichtsrat empfohlen, die Abschlüsse zu billigen.

Der Vorsitzende des Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschusses hat dem Gesamtaufichtsrat hierüber in der Bilanzsitzung am 15. April 2015 berichtet und die Empfehlung des Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschusses erläutert.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss der MAINOVA AG, den Konzernabschluss, den zusammengefassten Lagebericht und die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers seinerseits eingehend geprüft und keine Einwendungen erhoben. Die Berichte des Abschlussprüfers wurden zur Kenntnis genommen. Wie vom Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss empfohlen, hat der Aufsichtsrat dem Ergebnis der Prüfung beider Abschlüsse durch den Abschlussprüfer zugestimmt, den Jahresabschluss der MAINOVA AG zum 31. Dezember 2014 festgestellt und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 gebilligt. Der zusammenge-

fasste Lagebericht, insbesondere die Aussagen zur weiteren Unternehmensentwicklung, wurde ebenfalls gebilligt.

Gewinnabführungsvertrag

Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages ist das Jahresergebnis an die Mehrheitsaktionärin Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH abzuführen. Es beläuft sich abzüglich der vertragsgemäß bereits gezahlten Steuerumlage sowie der auf die Ausgleichszahlung an außen stehende Aktionäre entfallenden Ertragsteuern auf 59,7 Mio. Euro (Vorjahr 58,7 Mio. Euro). Die Ausgleichszahlung der Mehrheitsaktionärin an die außen stehenden Aktionäre beträgt – nach letztinstanzlicher Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main im Spruchverfahren aus dem Dezember 2014 – 10,84 Euro je Stückaktie.

Besetzung des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr wurden die zehn Vertreter der Anteilseigner durch die Hauptversammlung neu gewählt.

Frau Jutta Ebeling sowie die Herren Hans-Dieter Bürger und Edwin Schwarz standen nicht für eine Wiederwahl zur Verfügung. Wiedergewählt wurden Frau Rosemarie Heilig sowie die Herren Uwe Becker, Markus Frank, Dr. h. c. Ernst Gerhardt, Klaus Oesterling, Bernd Rudolph und Ewald Woste. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Frau Prof. Dr. Daniela Birkenfeld sowie die Herren Stefan Majer und Thomas Raasch.

Die zehn Arbeitnehmervertreter wurden Anfang Mai von den Arbeitnehmern der Verbundgesellschaften gewählt.

Dabei wurden folgende Mitglieder wiedergewählt: Frau Cornelia Kröll, Frau Nicole Salm sowie die Herren Peter Arnold, Peter Bodens, Reinhold Falk, René Gehringer, Holger Klingbeil, Ralf-Rüdiger Stamm und Jürgen Wachs. Anstelle von Herrn Frank Wiese wurde Herr Dr. Jörg Becker als Vertreter der leitenden Angestellten neu gewählt.

Veränderungen im Aufsichtsrat der MAINOVA AG

Bedingt durch Personalveränderungen bei der Thüga Aktiengesellschaft, hat es auch personelle Veränderungen im Aufsichtsrat der MAINOVA AG gegeben. Die Herren Ewald Woste und Bernd Rudolph sind mit Wirkung zum 31. Oktober 2014 bzw. 31. Dezember 2014 aus dem Gremium ausgeschieden. Am 22. Januar 2015 hat das Amtsgericht Frankfurt am Main die Herren Dr. Matthias Cord und Dr. Christof Schulte, beide Mitglieder

des Vorstands der Thüga AG, zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der MAINOVA AG bestellt.

Ebenfalls zum 31. Dezember 2014 hat Herr Thomas Raasch sein Aufsichtsratsmandat niedergelegt. Seine Nachfolge hat nach gerichtlicher Bestellung vom 12. März 2015 Frau Michaela Wanka angetreten.

Der Aufsichtsrat dankt an dieser Stelle den ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für die jahrelange gute Zusammenarbeit und das bemerkenswerte Engagement für die MAINOVA AG.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde im Jahr 2014 lediglich im Hinblick auf die Mustertabellen im Anhang angepasst. Der Aufsichtsrat hat die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz am 3. Dezember 2014 beschlossen und mit dem Vorstand am 4. Dezember 2014 auf der Internetseite unter www.mainova.de/entsprechenserklaerung dauerhaft zugänglich gemacht.

Dank

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand, den Unternehmensleitungen der Konzerngesellschaften, dem Betriebsrat sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren enormen persönlichen Einsatz, ihre Leistungen sowie das fortwährende Engagement. Der Aufsichtsrat ist davon überzeugt, dass die MAINOVA AG aus dem aktuellen Umbruch in der Branche gestärkt hervorgehen wird. Dabei erkennt er selbstverständlich an, dass die dafür erforderlichen Anpassungsmaßnahmen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern teils erhebliche Kraftanstrengungen abverlangen, und spricht diesen hierfür seinen ausdrücklichen Respekt und Dank aus.

Frankfurt am Main, im April 2015

Für den Aufsichtsrat



UWE BECKER
(Vorsitzender)

Leistung, die Werte schafft

Erneut ist es der MAINOVA gelungen, in stürmischen Zeiten ihren Kurs zu halten. Die besondere Stärke des Frankfurter Energiedienstleisters ist es dabei, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Wer morgen erfolgreich sein will, muss heute schon Werte schaffen. Welche Werte dies sind, erklären die vier MAINOVA-Vorstände im Interview.

» DIE ZUKUNFT GEHÖRT ENERGIE-
SPEICHERN WIE POWER-TO-HEAT
UND POWER-TO-GAS. «

PROF. DR. PETER BIRKNER

» WIR MÜSSEN BEIM
NETZAUSBAU DIE
VOLKSWIRTSCHAFTLICH
GERINGSTEN KOSTEN
ANSTREBEN. «

DR. CONSTANTIN H. ALSHEIMER



Der MAINOVA-Vorstand (von links nach rechts):
Prof. Dr. Peter Birkner, Dr. Constantin H. Alsheimer,
Norbert Breidenbach und Lothar Herbst

»UNSER VERTRIEB IST NICHT
NUR VERKÄUFER, ER VERSTEHT
SICH ALS PARTNER UND PROBLEM-
LÖSER.«

NORBERT BREIDENBACH

»UNSERE NACHFOLGE-
PLANUNG STELLT
SICHER, DASS WIR
ENTSCHEIDENDES
WISSEN IM
UNTERNEHMEN HALTEN.«

LOTHAR HERBST





> **Herr Dr. Alsheimer, die Diskussion über die Energiewende hält ungebrochen an. Können Sie in diesem Zusammenhang nachvollziehen, was die Umfrage einer überregionalen Zeitung ergab: Die Bevölkerung sähe die Energiewende als notwendig an, fände sie aber schlecht gemanagt?**

ALSHEIMER: Ich kann den Eindruck an manchen Stellen nachvollziehen. Die Vielstimmigkeit zeigt, dass so komplexe Themen wie die Energiewende immer wieder erklärungsbedürftig sind. Ich gebe jedoch zu bedenken, dass, wer auf komplexe Fragen einfache Antworten gibt, in der Regel falsch liegt. Nehmen wir das Thema Netzausbau: Meistens konzentrieren sich die Berichte auf die großen Übertragungsnetze – die „Stromautobahnen“ –, die Windstrom aus dem Norden Deutschlands in die Industriezentren des Südens transportieren sollen.

Bei dieser Debatte kritisiere ich zwei Dinge: Erstens haben die Übertragungsnetzbetreiber es versäumt, die Bevölkerung über den Sinn und Zweck dieser Trassen zu informieren. Doch ohne Akzeptanz in der Bevölkerung sind solche Projekte nicht zu stemmen. Ob bei Stromtrassen, Windparks oder anderen Infrastrukturprojekten – hier ist landauf, landab mehr Überzeugungsarbeit notwendig. Und in dieser Pflicht stehen die Betreiber, aber auch die Politik.

Und zweitens plädiere ich dafür, bei den Kosten des Netzausbaus die regionalen Netze und auch Speichertechnologie stärker in den Blick zu rücken. Der Ausbau der regionalen Verteilnetze kann ein kosteneffizientes Mittel sein, um die Stromautobahnen zu entlasten und so den Netzausbaubedarf insgesamt zu minimieren. Deshalb müssen wir aus volkswirtschaftlichen Überlegungen heraus beim Netzausbau die geringsten Kosten anstreben. Nur wenn alle Alternativen ergebnisoffen geprüft und diskutiert werden, setzen sich am Ende der Debatte die leistungsfähigsten und wirtschaftlichsten Lösungen auch durch.

> Welche genaue Aufgabe fällt innerhalb der von Ihnen gestellten Forderung der Politik zu?

ALSHEIMER: Was wir in Deutschland brauchen, ist ein vernünftiges, umfassendes Marktdesign. Die Bundesregierung will noch in diesem Jahr ein solches Instrument vorlegen. Wir bekommen neue Spielregeln für den Strommarkt, für Kraft-Wärme-Kopplung und für die Netzentgelte. Am Ende sollte aus meiner Sicht ein Ordnungsrahmen stehen, der die Punkte zuverlässige Energieversorgung, Ressourcenschonung und Wirtschaftlichkeit optimal ausbalanciert. Ich hoffe darauf, dass die Stadtwerke von diesem Marktdesign profitieren werden. Sie sind dafür richtig aufgestellt. Sie haben die Marktzugänge, um den Strom aus erneuerbaren Energien anzubieten. Sie investieren in eine versorgungssichere Netzinfrastruktur und erhöhen mit Kraftwerken in Kraft-Wärme-Kopplung den Wirkungsgrad der eingesetzten Rohstoffe. Die Energielandschaft in Deutschland muss dezentral organisiert und effizient gesteuert sein.

> Herr Professor Birkner, schauen wir auf Frankfurt am Main. Wie kann die MAINOVA vor Ort effizienter werden?

BIRKNER: Ein zukunftsorientiertes Marktdesign, wie Dr. Alsheimer es zu Recht fordert, sollte aus meiner Sicht mit marktkonformen Mitteln die Flexibilität des Stromsystems fördern. Die Ausgangslage ist hierbei in ländlichen Regionen anders als in unserem städtischen Raum. Dort entsteht der Wind- und Solarstrom, während bei uns in Frankfurt die großen Stromabnehmer sind. Unsere Herausforderung ist der Netzausbau, da Frankfurt stetig wächst. Bei uns stellt sich wirtschaftlich die Frage, wie wir unsere eigenen Kraftwerke unter den gegebenen Rahmenbedingungen wettbewerbsfähiger betreiben. Dies lösen wir, indem wir die bisherigen Wärmeinseln der einzelnen Kraftwerke in Frankfurt miteinander verbinden und somit effizienter und flexibler werden.

Mit einer Rekordsumme von 130 Millionen Euro bauen wir dazu unser Fernwärmenetz bis 2016 aus. Die eine Hälfte des Geldes verwenden wir dabei für den Netzausbau und mit der anderen Hälfte ertüchtigen wir unsere Kraftwerke. Wir investieren also in die Infrastruktur. So entkoppeln wir Strom- und Wärmeerzeugung. Hinzu kommt noch, dass wir Ökonomie und Ökologie verbinden: Fernwärme hilft, CO₂ zu vermeiden. Ich nutze dazu immer ein Rechenbeispiel: Um eine Tonne CO₂ einzusparen, investieren Sie 920 Euro in die Fernwärme. Bei der Windkraft wären 1.500 Euro erforderlich und bei der Photovoltaik sogar rund 5.000 Euro.

> Aber reichen diese Maßnahmen, um langfristig unsere Energielandschaft komplett auf erneuerbare Energien umzustellen?

BIRKNER: Der Ausbau erneuerbarer Energien ist wichtig, aber allein damit ist es nicht getan. Wir brauchen die Möglichkeit, Strom als Wärme oder Gas zu speichern, um den Wandel in der Energiewelt zu schaffen. Die Zukunft sind Speicherlösungen wie Power-to-Heat und Power-to-Gas. Fernwärme aus Strom zu erzeugen ist heute schon großtechnisch und wirtschaftlich möglich. Bei Power-to-Gas sind wir auf einem guten Weg, müssen aber noch Herstellungskosten senken. Als Netzbetreiber lernen wir gerade, unsere Medien anders zu betrachten. Strom, Erdgas und Wärme waren in unserem bisherigen Verständnis immer getrennte

Medien. Künftig werden wir diese durch technische Brücken verbinden. Dazu ist aber der politische Ordnungsrahmen anzupassen. Ich sehe allerdings noch einen weiteren Trend: Der technische Fortschritt in unserer Branche ist enorm. Auch die Standardisierung setzt ein. Werden bestimmte Preisgrenzen für Photovoltaik und Batterien unterschritten und die Produkte damit massentauglich, wird die Energiewende kunden- und nicht mehr politikgetrieben voranschreiten.

> **Herr Breidenbach, diesen Punkt würde ich gerne aufgreifen: Will der Kunde neue Produkte, wie beispielsweise Energiespeicher, und kommt er mit diesem Bedarf zur MAINOVA?**

BREIDENBACH: Eindeutig ja! Auch unsere Geschäftskunden stehen in ihrer jeweiligen Branche im Wettbewerb. Auch sie spüren die Komplexität des Energiemarkts. Deswegen verstehen wir uns ja als Energiedienstleister. Unsere Außendienstmitarbeiter verkaufen nicht allein Strom, Erdgas und Wärme. Sie verstehen sich als Berater und Problemlöser. Viele unserer Kunden, beispielsweise Wohnungsbaugesellschaften oder Rechenzentren, fragen sehr konkret nach weitergehenden Produkten. Energiespeicher sind ein Thema, aber auch Blockheizkraftwerke, Wärmepumpen oder überhaupt das gesamte Energiedatenmanagement. Die genannten Beispiele zeigen, dass wir für die Bedürfnisse unserer Kunden immer die richtige Lösung in unserem Portfolio haben.

Naturgemäß haben wir bei all diesen energienahen Dienstleistungen das Rhein-Main-Gebiet in unserem Hauptfokus. Hier sind unsere Marke und Kompetenz bekannt. Rund um Frankfurt haben wir beste Referenzen und eine starke Marktposition. Gerade weil Energiedienstleistungen





unser Kerngeschäft ergänzen, bauen wir neue Kompetenzen auf. Das Ganze geschieht auf mehreren Ebenen: Wir bewerten in einem kontinuierlichen Prozess Innovationen auf dem Energiemarkt, erweitern bei marktfähigen Lösungen unseren Dienstleistungskatalog und schulen unsere Vertriebsmitarbeiter, damit diese unsere Kunden optimal beraten können.

> **Und für die Privatkunden bleibt die MAINOVA Energieversorger – sprich, sie verkauft Erdgas und Strom?**

BREIDENBACH: Nein, auch hier erweitern wir unsere Angebotspalette. Ich will hier vielleicht ein bisschen weiter ausholen. Früher war es sicherlich ausreichend, zuverlässig Strom zu liefern und einmal im Jahr abzurechnen. Heute bauen unsere Kunden Photovoltaikanlagen aufs Dach oder stellen sich Blockheizkraftwerke in den Keller. Klar kann dieser Strom einfach ins Netz eingespeist werden.

Aber jetzt nehmen Sie doch mal eine Wohnanlage mit 74 Wohneinheiten, wie sie gerade in der Frankfurter Speicherstraße entsteht. Dieses Haus produziert mehr Strom, als es rein rechnerisch verbraucht. Das ist innovativ und modern. Wer in einer solchen Anlage als Mieter wohnt, überprüft seine Energiekosten preissensibler. Und genau daran knüpfen wir an. Doch unsere Rolle ist komplexer: Wir übernehmen die Verantwortung für die gesamten energetischen Anlagen und lassen die Mieter an der Energiewende teilhaben. Der Mieter erhält ein preiswertes

Angebot für den lokal produzierten und den zusätzlich darüber hinaus von uns bereitgestellten Strom. Bei entstehendem Überschuss des lokal produzierten Stroms gegenüber dem Bedarf speisen wir diesen in unser Netz ein. So profitieren die Mieter von günstigem Strom, wir haben treue und zufriedene Kunden und da der Strom aus erneuerbarer Energie stammt, gewinnt am Ende auch die Umwelt.

Praktisch testen wir dies bereits an einem Pilotprojekt und erweitern das Angebot schrittweise. Was wir dabei schon gelernt haben: Damit wir diese speziellen Kunden problemlos versorgen können, braucht die MAINOVA eine moderne und leistungsfähige IT.

> **Herr Herbst, neben Personal liegt die IT in Ihrer Verantwortung. Ist die MAINOVA-IT fit für die skizzierte Aufgabe?**

HERBST: Dafür sind wir gerüstet. Aber neue Tarife sind nur ein Mosaikstein in einem großen IT-Bild. Keiner unserer Prozesse kommt mittlerweile ohne IT aus. Jeder Kabelmeter ist in unseren Datenbanken erfasst, fast jede Straßenlaterne in unserem Konzessionsgebiet können wir digital auslesen. Alle Verträge und die Korrespondenz mit unseren Kunden sind computergestützt hinterlegt. Von alltäglichen Dingen, wie der Bürokommunikation, will ich gar nicht sprechen. Deswegen hat die IT bei einem Infrastrukturunternehmen wie der MAINOVA einen ganz besonderen Stellenwert.

Natürlich laufen die Prozesse im Hintergrund. Unsere Kunden bekommen davon in der Regel nichts mit. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass ein vernünftiges IT-Rückgrat ein Wettbewerbsvorteil für uns ist. Deswegen investiert die MAINOVA viel in IT-Systeme. Dabei steht die IT-Sicherheit an erster Stelle. Auf unseren Systemen liegen sensible Daten. Diese schützen wir mit den bestmöglichen Maßnahmen. An nächster Stelle stehen die gesetzlichen Anforderungen, beispielsweise der Bundesnetzagentur, die wir selbstverständlich erfüllen.

Und bei allem, was wir tun, haben wir stets die Kosten im Blick. Dieses selbst auferlegte Ziel ist ambitioniert. Es bedeutet, sowohl schnell als auch gründlich vorzugehen. Aber bei unserem gut ausgebildeten Fachpersonal bin ich bester Dinge, dass wir die Herausforderungen, die der Markt uns auferlegt, auch meistern.

> **Vergleichbare Unternehmen klagen über einen sich anbahnenden Fachkräftemangel. Trifft dies auch auf die MAINOVA zu?**

HERBST: In unserem Kernbereich, also bei den Kraftwerken und Netzen, sehe ich uns gut aufgestellt. Das liegt vor allen Dingen daran, dass wir in diesen Bereichen unseren Nachwuchs immer noch selbst ausbilden und einen guten Wissenstransfer von Meistern, Gesellen und Auszubildenden sicherstellen.



Nun habe ich ja bereits über unsere IT gesprochen. Hier konkurrieren wir natürlich branchenübergreifend um die fähigsten Kräfte. Bei Ingenieuren oder anderen Spezialisten sieht es ganz ähnlich aus. Hier ist unsere langfristige Personalplanung gefordert. Wir wissen, welche Schlüsselpositionen in den nächsten zehn Jahren altersbedingt frei werden. Mit einer durchdachten Nachfolgeplanung gelingt es uns, das für uns entscheidende Wissen im Unternehmen zu halten.

Ich persönlich halte nicht viel davon, mich hinter dem viel zitierten Demografiefaktor zu verstecken. Wir müssen heute schon unseren Personalbedarf für die nächsten Jahre planen. Aber ebenso wichtig ist es, dass unsere Mitarbeiter gesund bleiben und bis ins hohe Alter leistungsstark mitarbeiten. Dabei unterstützen wir sie, indem wir ihnen gesundheitsförderliche Angebote machen. Das beginnt beim betriebseigenen Fitnessstudio und endet beim ausgewogenen Essen in unseren Kantinen. Bei allen Veränderungen, die derzeit im Markt und bei MAINOVA stattfinden, sind leistungsfähige Mitarbeiter das wertvollste Gut.

U N T E M P O R U M

F G H B L A G E B E R I C H T U G I A M U S

O I H J K F R T U M S A T Z J H R K F R T

K E N N Z A H L E N J H R K F R T

V B G F T J K F R

G H Ö K F R T G E W I N N J H R K F R T

C O N S E N E M S E G M E N T E C O R E M

K Ä B N M T Z U H G F D F R T

A T I U M V E L I P Ü

V B G F T J H R K

02

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

S. 18 Grundlagen des Konzerns

- S. 18 Geschäftsmodell
- S. 18 Strategien und Ziele
- S. 21 Steuerungssystem und Leistungsindikatoren
- S. 22 Technische Innovationen

S. 23 Wirtschaftsbericht

- S. 23 Rahmenbedingungen
- S. 25 Geschäftsverlauf des Konzerns
- S. 30 Mitarbeiter

S. 31 Nachtragsbericht

S. 31 Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns

- S. 31 Prognosebericht
- S. 33 Chancen- und Risikobericht

S. 39 Sonstige Angaben

- S. 39 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess nach §§ 289 Abs. 5 und 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB
- S. 39 Grundzüge des Vergütungssystems für den Vorstand
- S. 40 Übernahmerelevante Angaben nach §§ 289 Abs. 4 und 315 Abs. 4 HGB

S. 42 Erläuterungen zum Jahresabschluss der MAINOVA AG (HGB)

- S. 42 Wirtschaftsbericht der MAINOVA AG
 - S. 44 Prognose-, Chancen- und Risikobericht der MAINOVA AG
 - S. 44 Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen nach § 6b EnWG
 - S. 45 Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB
-

Zusammengefasster Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2014

Als börsennotiertes Unternehmen hat die MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA AG) ihren Konzernabschluss (im Folgenden wird der MAINOVA-Konzern als MAINOVA bezeichnet) nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Lagebericht der MAINOVA AG und der Konzernlagebericht wurden gemäß den §§ 315 Abs. 3 und 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst.

Grundlagen des Konzerns

GESCHÄFTSMODELL

MAINOVA ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg mit Energie und Wasser sowie Geschäftskunden bundesweit mit Strom und Gas. Zudem beliefern wir regionale Gas- und Stromversorger (Energiepartner). Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir den Netzzugang und -anschluss Dritten zur Verfügung und gewährleisten den sachgerechten Transport von Energie und Wasser.

Unser operatives Kerngeschäft nehmen im Wesentlichen die MAINOVA AG und vier Tochterunternehmen wahr. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet das Strom- und Gasnetz der MAINOVA AG und betreibt dieses auf eigene Rechnung. Für die Fernwärme- und Wasserversorgungsnetze übernimmt sie die Betriebsführung. Die MAINOVA EnergieDienste GmbH betreibt das Energiedienstleistungsgeschäft (Contracting) mit Geschäftskunden und das technische Facility Management. Die Aufgaben der MAINOVA ServiceDienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wärme- und Wassermengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main.

Der Ausbau unserer Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien erfolgt vorrangig durch die Gründung beziehungsweise den Erwerb von Tochter- und Beteiligungsunternehmen, welche die Onshore-Windparks und Photovoltaikanlagen betreiben.

Unser Geschäft ist in folgende Segmente unterteilt:

- › Wärme- und Stromerzeugung
- › Stromversorgung
- › Gasversorgung
- › Wärmeversorgung
- › Wasserversorgung
- › Beteiligungen
- › Sonstige Aktivitäten

Das Segment Wärme- und Stromerzeugung umfasst das Geschäft der Wärme- und Stromerzeugungsanlagen der MAINOVA und der Tochterunternehmen. Die Segmente Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung decken jeweils die Wertschöpfungskette vom Bezug bzw. Handel über die Verteilung bis zum Vertrieb unserer Produkte ab. Dem Segment Beteiligungen ist unser gesamtes Portfolio von 25 nach der Equity-Methode einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sowie 15 weiteren Beteiligungsgesellschaften zugeordnet.

STRATEGIEN UND ZIELE

Aktuelle Rahmenbedingungen der Energiebranche

Die Energiebranche befindet sich in einem dynamischen Umfeld, das von zunehmendem Wettbewerb, intensiver Regulierung und der Energiewende geprägt ist. Die politischen Eingriffe nehmen dabei unvermindert zu, wodurch sich bestehende Unsicherheiten bezüglich der langfristigen energiepolitischen Entwicklung weiter verfestigen. Die erforderliche Investitionssicherheit ist somit nicht mehr gegeben. Ferner werden sinkende Margen im Kerngeschäft, steigende Kundenerwartungen sowie neue Geschäftsmodelle und Technologien die Zukunftsperspektiven der Energieversorger dauerhaft bestimmen. Deshalb beobachten wir fortlaufend unser Marktumfeld. Dies ist die Ausgangsbasis unseres turnusmäßigen Strategiereviews. Mit der wachsenden Anzahl an Strom- und Gasanbietern, sowohl re-

gional als auch deutschlandweit, steigen die Kundenwechselquoten kontinuierlich an. Bestimmend für die Wahl des Versorgers ist aus Kundensicht weiterhin der Preis. Allerdings ist auch erkennbar, dass wirtschaftliche Solidität und Vertrauenswürdigkeit zunehmend an Bedeutung gewinnen. Der Wunsch der Kunden nach einem Energieversorger „vor Ort“ sowie der Trend zu dezentraleren Strukturen verdeutlichen zudem die regionale Verankerung unseres Unternehmens.

Im Fokus des öffentlichen Interesses stehen vor allem stabile Strompreise für unsere Kunden. Mit der in 2014 beschlossenen Reform des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) wurden durch Anpassung der Vergütungssätze für erneuerbare Energien erste Ansätze zur Steuerung des Zubaus und damit zur Stabilisierung der EEG-Umlage unternommen. Nach unserer Einschätzung sind die beschlossenen Maßnahmen zwar grundsätzlich geeignet, einen weiteren Kostenanstieg durch erneuerbare Energien zu dämpfen, wir erwarten allerdings nicht, dass die Strompreise für Endkunden signifikant sinken. Das Thema Energieeffizienz gewinnt daher an Bedeutung und führt ebenso wie der Trend zur Selbstversorgung zu sinkenden Absatzmengen.

Aktuell belastet der Verfall der Börsenstrompreise die für die Systemstabilität erforderliche konventionelle Stromerzeugung stark. Unter den gegenwärtigen Marktbedingungen sind insbesondere die für den Ausgleich der volatilen Erzeugung durch erneuerbare Energien wichtigen hocheffizienten Gaskraftwerke nicht wirtschaftlich zu betreiben. Unter dem Begriff „Kapazitätsmarkt“ wird derzeit ein neues Strommarktdesign diskutiert. Die zentrale Herausforderung für Politik und Energiewirtschaft besteht darin, eine neue Marktordnung zu entwickeln. Diese muss den politisch gewollten, steigenden Anteil volatiler erneuerbarer Energien mit dem wirtschaftlich sinnvollen Betrieb von hocheffizienten konventionellen Kraftwerken verbinden. Besser als bisher muss es dabei gelingen, die ökonomischen Erfordernisse für Verbraucher, Energiewirtschaft und Industrie mit den ökologischen Zielen der Energiewende zu vereinbaren.

Der aktuelle wirtschaftliche Druck bei gleichzeitig hohem Investitionsbedarf macht Kooperationen erforderlich. Damit erzielen wir Größenvorteile und verteilen Risiken. Die Energiewende wird daher langfristig zu veränderten Geschäftsmodellen in der Branche führen.

Abzuwarten bleibt, welchen Einfluss geopolitische Entwicklungen wie etwa die Ukraine-Krise sowie die weiterhin anhaltende Staatsschuldenkrise in Europa auf die Rohstoff- und Energiemärkte haben. Dies wird sich auch auf die wirtschaftliche Dynamik und konjunkturelle Lage in Deutschland auswirken.

Unsere Strategie „Leistung mit Energie“

Aus den beschriebenen Rahmenbedingungen der Energiebranche lassen sich konkrete Anforderungen an unsere strategische Ausrichtung ableiten. Unsere Strategie „**Leistung mit Energie**“ beinhaltet unser Zukunftsbild, die strategischen Leitlinien und Prioritäten für das gesamte Unternehmen über alle Wertschöpfungsstufen.

Unser zentraler Anspruch ist dabei die Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, um unseren Kunden auch in Zukunft herausragenden Service zu wettbewerbsgerechten Preisen anbieten zu können.

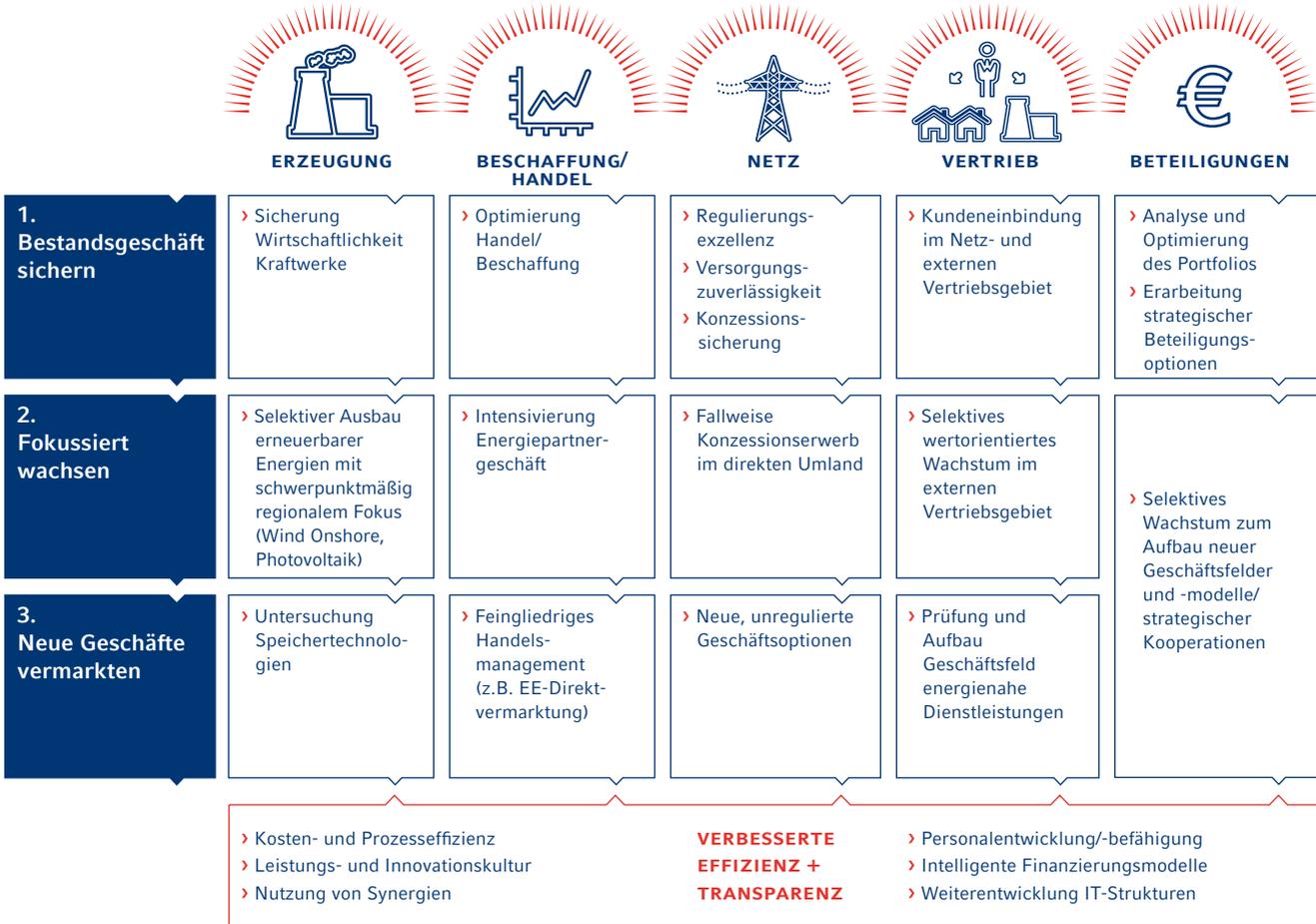
Dieses Zielbild haben wir in sechs **strategischen Leitlinien** zusammengefasst:

- › **Regional:** Wir sind der führende Energiedienstleister im Rhein-Main-Gebiet.
- › **Kooperativ:** Wir verhalten uns partnerschaftlich und fair – untereinander, gegenüber allen Partnern und ganz besonders gegenüber unseren Kunden.
- › **Integriert:** Wir bedienen die gesamte Wertschöpfungskette – von der Erzeugung über den Handel und die Verteilung bis zum Vertrieb.
- › **Effizient:** Wir sind motiviert, beweglich und optimieren beständig unsere Kosten und Abläufe.
- › **Innovativ:** Wir gehen neue Wege, setzen modernste Technik ein, vermarkten fortschrittliche Dienstleistungen und nutzen neue Geschäftschancen.
- › **Fokussiert:** Wir konzentrieren uns auf unsere Kernkompetenzen und wachsen, wo es sich lohnt – für uns und unsere Kunden.

Um dieses Zielbild zu erreichen, ist es erforderlich, gleichzeitig die Kostenstrukturen und Prozesse im Kerngeschäft zu optimieren. Dadurch nutzen wir Wachstumschancen und bauen langfristig vielversprechende neue Geschäftsfelder auf.

Wirtschaftliche Solidität und Vertrauenswürdigkeit gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Schwerpunkte der strategischen Ausrichtung



Schwerpunkte der strategischen Ausrichtung

Auf Basis der strategischen Leitlinien hat der Vorstand für jede Wertschöpfungsstufe konkrete Stoßrichtungen verabschiedet, die wie folgt priorisiert werden:

Erste Priorität hat für uns die Optimierung des Bestandsgeschäfts, gefolgt von fokussiertem Wachstum in ausgewählten Wachstumsfeldern und der Vermarktung neuer Geschäfte.

In der Erzeugung sichern wir unser Bestandsgeschäft in erster Linie durch die Optimierung und Flexibilisierung der Erzeugung in unseren Kraftwerken in Frankfurt am Main. So haben wir zu Beginn des Jahres 2014 ein neues Erzeugungskonzept zum Fernwärmeausbau in Frankfurt verabschiedet. Das Konzept sieht vor, bis 2016 die Heizkraftwerke Messe, West und Niederrad durch Fernwärmeleitungen mit dem Müllheizkraftwerk in der Nordweststadt zu verbinden. Dadurch ergibt sich ein Gesamtverbund der MAINOVA-Kraftwerke innerhalb der

Stadt Frankfurt, der einen flexibleren und effizienteren Einsatz der Anlagen ermöglicht. Der Ausbau des Wachstumsbereiches erneuerbarer Energien erfolgt planmäßig entsprechend unserer Erzeugungsstrategie. Dabei liegt unser Schwerpunkt auf Onshore-Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen.

Die Kernaufgabe des Handels ist die kostenoptimierte Beschaffung mit dem Ziel, unseren Vertrieb mit wettbewerbs- und marktfähigen Preisen zu bedienen. Darüber hinaus ist die bestmögliche Vermarktung der Eigenerzeugungsmengen unserer Kraftwerke zu gewährleisten. Wachstumsbereich des Handels ist die Intensivierung des Geschäfts mit Energiepartnern durch den kontinuierlichen Ausbau von Kooperationen und Dienstleistungen. Hierzu zählen energiewirtschaftliche Leistungen wie beispielsweise Bilanzkreis-, Portfolio- sowie Prognosemanagement. Im zunehmend wichtigen Geschäftsfeld der Direktvermarktung von erneuerbaren Energien sind wir ebenfalls aktiv.

Durch unseren Fernwärmeausbau können wir unsere Kraftwerke im Frankfurter Stadtgebiet flexibler steuern.

Im Netzbereich stehen die Sicherung der Konzessionen und der Versorgungszuverlässigkeit an erster Stelle. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien, eine vermehrt dezentrale Erzeugung und Speichermöglichkeiten kommen neue Aufgaben auf uns zu. Aus diesem Grund erproben wir neue Technologien und sichern dadurch unseren wirtschaftlichen Betrieb und die Versorgungszuverlässigkeit. Diesem Sachstand tragen wir beispielsweise mit unserem Projekt zur Entwicklung intelligenter Ortsnetzstationen (siehe Kapitel „Technische Innovationen“) Rechnung. Der Trend zur Rekommunalisierung erfordert es, bei Konzessionsvergaben vermehrt auch Kooperationsmodelle anzubieten. Dabei bleibt es das Ziel, attraktive Gebiete unter strategisch und technisch sinnvollen Gesichtspunkten zu gewinnen. Die Prüfung von Geschäftsoptionen im unregulierten Bereich betrifft Dienstleistungen, wie zum Beispiel Netz-, Speicher- und Leitwartenbetrieb, sowie Anlagenbau.

Für den Vertrieb hat die nachhaltige Kundenbindung in unserem Vertriebsgebiet Vorrang. Dabei kommen uns eine hohe Markenbekanntheit und starke Marktposition in der Region zugute. Da wettbewerbsbedingte Absatz- und Margenrückgänge in unserem Stammgebiet nicht ausgeschlossen werden können, müssen wir überregional Absatzpotenziale unter Berücksichtigung einer ausreichenden Marge generieren. Ergänzend hierzu werden Energiedienstleistungen als Kundenbindungsinstrument entwickelt und getestet, die unser klassisches Liefergeschäft wirtschaftlich ergänzen.

Unser Beteiligungsmanagement entwickelt an erster Stelle Optionen, das bestehende Beteiligungsportfolio zu optimieren, und setzt diese um. Darüber hinaus prüfen wir Möglichkeiten für selektives anorganisches Wachstum zum Aufbau neuer Geschäftsmodelle oder strategischer Kooperationen.

Kosteneffiziente und transparente Geschäftsprozesse sind über alle Wertschöpfungsstufen hinweg Grundlage unseres Erfolgs. Deshalb fördern wir insbesondere eine Leistungs- und Innovationskultur, eine verstärkte interdisziplinäre und bereichsübergreifende Zusammenarbeit sowie das intensive Nutzen von Synergien. Wir entwickeln neue Finanzierungsmodelle und verbessern kontinuierlich unsere IT-Strukturen. Darüber hinaus unterstützen gezielte Maßnahmen der Personalentwicklung unsere Mitarbeiter bei ihren zukünftigen Anforderungen.

Nachhaltigkeit

Die Energiewende, der demografische Wandel und die regionale Verankerung der Stadtwerke verlangen nach einer Unternehmensstrategie, die sich an der Leitidee der langfristigen Tragfähigkeit orientiert.

Nachhaltiges Handeln bedeutet für uns, sich als Teil der Gesellschaft zu begreifen, ökologische und soziale Verantwortung zu übernehmen und so die öffentliche Akzeptanz und den wirtschaftlichen Erfolg dauerhaft zu sichern.

Maxime unseres Handelns ist es, die Ausgewogenheit von wirtschaftlichen Zielen, Umweltschutz und sozialer Verantwortung zu gewährleisten. Wir wollen zukünftigen Generationen eine intakte Umwelt hinterlassen sowie stabile wirtschaftliche und soziale Bedingungen schaffen.

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir auf unseren Nachhaltigkeitsbericht 2014, der ab dem 27. Mai 2015 im Internet unter <http://www.mainova-nachhaltigkeit.de> abrufbar ist.

Maxime unseres Handelns ist es, die Ausgewogenheit von wirtschaftlichen Zielen, Umweltschutz und sozialer Verantwortung zu gewährleisten.

STEUERUNGSSYSTEM UND LEISTUNGSINDIKATOREN

Um unsere strategischen Ziele zu erreichen, benötigen wir konkrete Steuerungsgrößen, anhand derer wir den Erfolg unserer Maßnahmen messen können. Die Grundlage dafür ist ein zuverlässiges und konsistentes Steuerungssystem, das einen geschlossenen Kreislauf aus strategischer Planung, rollierender Mittelfristplanung, regelmäßigen Forecasts und dem Controlling der Zielerreichung bildet. So erhalten wir frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung. Ein Teil des Steuerungssystems ist auch die turnusmäßige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsportfolios.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der MAINOVA sind die im Folgenden beschriebenen Leistungsindikatoren, die zum Teil auch in den Zielvereinbarungen des Vorstands und der Führungskräfte verankert sind.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere zentrale finanzielle Steuerungskennzahl ist das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT). Im Rahmen des monatlichen Berichtswesens wird dieses nach den Segmenten Wärme- und Stromerzeugung, Strom-, Gas-, Wärme-, Wasserversorgung und Beteiligungen sowie nach den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Netz und Vertrieb differenziert, analysiert und mit den Verantwortlichen in einem regelmäßigen Turnus diskutiert. Über die Ergebnisse dieser Gespräche wird der Vorstand im Rahmen des monatlichen Reportings informiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz stellen Absatz- und Erzeugungsmengen sowie die Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit unsere bedeutenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren dar. Diesbezüglich verweisen wir auf die Ausführung im Wirtschaftsbericht.

TECHNISCHE INNOVATIONEN

Als zukunftsorientierter Energiedienstleister analysieren, bewerten und testen wir neue Technologien. Unsere Studien und Feldtests im Jahr 2014 konzentrierten sich auf die Erprobung innovativer Zukunftslösungen im Hinblick auf ressourcenschonende Energieerzeugung, intelligente Netzsteuerung sowie die Speicherung von Energie. Unser Ziel ist es, intelligente Lösungen für die Herausforderungen der Energiewende mit- beziehungsweise weiterzuentwickeln und diese gemeinsam mit engagierten Partnern umzusetzen.

In diesem Zusammenhang prüfen wir Fördermöglichkeiten und bewerben uns um Fördermittel. Unser Know-how weiten wir durch Entwicklungs- und Forschungs Kooperationen kontinuierlich aus und begleiten unter anderem Hochschulförderprojekte.

Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts mit zwölf anderen Unternehmen der Thüga-Gruppe betreiben wir eine Power-to-Gas-Demonstrationsanlage in Frankfurt am Main. Die Anlage war bundesweit die erste, die Strom in Wasserstoff umgewandelt und in das kommunale Gasnetz eingespeist hat. Damit wird überschüssige, durch Photovoltaik- und Windkraftanlagen erzeugte Energie gespeichert und bei Bedarf wieder in Strom und Wärme umgewandelt. Ziel dieses Verfahrens ist es, Schwankungen zwischen Stromerzeugung und Stromverbrauch auszugleichen.

Darüber hinaus planen wir den Bau einer Power-to-Heat-Anlage mit einer Leistung von 8 MW am Standort Niederrad zur Vermarktung von Sekundärregelenergie. Die Anlage ermöglicht es, überschüssigen Strom in Wärme umzuwandeln, die gespeichert oder ins Fernwärmenetz eingespeist werden kann.

Ein Pilotprojekt zur CO₂-Reduzierung haben wir in Kooperation mit der Universität Gießen 2014 erfolgreich abgeschlossen. Auf dem Dach des Heizkraftwerks West wurde eine Algenzuchtanlage, mit deren Hilfe klimaschädliches CO₂ in Algen gebunden und zu Biomasse umgewandelt werden kann, nach erfolgreichem Betrieb zurückgebaut. Die Universität hat die gewonnenen Erkenntnisse in einem Nachfolgeprojekt in größerem Umfang eingesetzt.

Gemeinsam mit den Stadtwerken Mainz testen wir ein Flussmühlenkraftwerk zur Nutzung der Wasserkraft zur Stromgewinnung ohne Staustufe. Standort der Anlage ist im Mittelrhein bei Niederheimbach. Die Mikro-Wasserkraftanlage ist dahingehend konzipiert, ohne Staustufen und bei geringer bis mittlerer Fließgeschwindigkeit Strom zu generieren.

Die Smart Grid Systemlösung für intelligente Netzsysteme (iNES) ermöglicht es, die Auswirkungen einer erhöhten dezentralisierten Stromerzeugung auf das Niederspannungsnetz effizient zu analysieren. Dadurch können netzkritische Situationen identifiziert und rechtzeitig verhindert werden. Zukünftig kann iNES durch eine intelligente Regelung einen kostenintensiven Netzausbau vermeiden und garantiert die Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Integration von erneuerbaren Energien. Das von MAINOVA mitentwickelte System ist in der Netzbranche inzwischen als Smart Grid Produkt etabliert und wurde mit dem internationalen Technologiepreis der Hannover Messe „Hermes Award“ ausgezeichnet.

Gemeinsam mit der Thüga-Gruppe betreiben wir bundesweit in Frankfurt die erste Power-to-Gas-Anlage, die Strom in Wasserstoff umwandelt.

Mehr zu Power-to-Heat lesen Sie im Unternehmensporträt, welches am 27. Mai 2015 erscheint.

Wirtschaftsbericht

RAHMENBEDINGUNGEN

Der Geschäftsverlauf der MAINOVA unterliegt dem Einfluss einer Vielzahl externer Faktoren. Neben Änderungen der politischen Rahmenbedingungen, deren Auswirkungen wir im Kapitel „Strategien und Ziele“ dargestellt haben, wirkt sich auch die Entwicklung der Konjunktur und der Energiepreise maßgeblich auf unser Geschäft aus.

Energiepolitik

Zahlreiche politische Entscheidungen stehen im Zusammenhang mit dem Umbau der Energieversorgung im Zuge der Energiewende.

Die Europäische Kommission hat am 9. April 2014 neue Vorschriften für staatliche Beihilfen in den Bereichen Umweltschutz und Energie beschlossen. Die Leitlinien sollen Marktverzerrungen auf europäischer Ebene entgegenwirken und die Kosteneffizienz der erneuerbaren Energien verbessern. Kernelement der neuen Leitlinien, die bis Ende 2020 gelten, ist die schrittweise Einführung von marktorientierten Mechanismen zur Förderung von erneuerbaren Energien. Darüber hinaus enthalten sie Kriterien, nach denen stromkostenintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen entlastet werden können. Ferner ermöglichen die Leitlinien den Mitgliedsstaaten, Kapazitätsmechanismen einzuführen, wenn das Risiko besteht, dass eine angemessene Stromerzeugung nicht gewährleistet werden kann.

Nachdem die Europäische Kommission am 27. Juli 2014 festgestellt hat, dass das reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit dem EU-Beihilferecht in Einklang steht, ist die Reform des EEG am 1. August 2014 in Kraft getreten. Mit der Novelle soll der Kostenanstieg gebremst und die Integration der erneuerbaren Energien in den Markt vorangetrieben werden. Dazu sind im Gesetz für die verschiedenen Arten erneuerbarer Energien Ausbaukorridore festgelegt sowie die Fördersätze abgesenkt worden. Die Marktintegration soll durch die Pflicht zur Direktvermarktung verbessert werden. Neue förderfähige Anlagen zur Eigenversorgung werden stufenweise bis 2017 mit 40 % der EEG-Umlage finanziell belastet, während für Strom aus neuen konventionellen Anlagen die volle Umlage zu leisten ist. Aus unserer Sicht hat die EEG-Novelle grundsätzlich richtige Ansatzpunkte.

Im Oktober 2014 haben die vier Übertragungsnetzbetreiber die Höhe der EEG-Umlage für das Jahr

2015 veröffentlicht. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt diese, nach einem deutlichen Anstieg in den Vorjahren, für das Jahr 2015 um rund 1 % auf 6,17 Cent pro kWh. Damit bleibt der Anteil der staatlich festgelegten Bestandteile des Strompreises weiterhin auf einem hohen Niveau.

Eine geänderte Verordnung zum transparenten Ausweis staatlich gesetzter oder regulierter Preisbestandteile in der Strom- und Gasgrundversorgung ist am 30. Oktober 2014 in Kraft getreten. Zuvor hatte der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die Regelungen in den bisherigen Strom- und Gasgrundversorgungsverordnungen gegen das europarechtliche Transparenzgebot verstoßen und somit unwirksam sind. Ziel der Verordnung ist, die Transparenz von Energiepreisen für den Kunden zu erhöhen. Dazu sollen Grundversorger künftig die Zusammensetzung des Energiepreises ausweisen. Dies betrifft die staatlich veranlassten Preisbestandteile sowie im Strombereich zusätzlich die Netzentgelte und die Entgelte für den Messstellenbetrieb. Sinkende staatlich bedingte Preisbestandteile müssen zu einer Neukalkulation des Grundversorgungspreises führen. Wir begrüßen es, dass mit der neuen Grundversorgungsverordnung eine klare und transparente Kommunikation der Energiepreise an den Kunden geschaffen wird.

Konjunkturelle Entwicklung

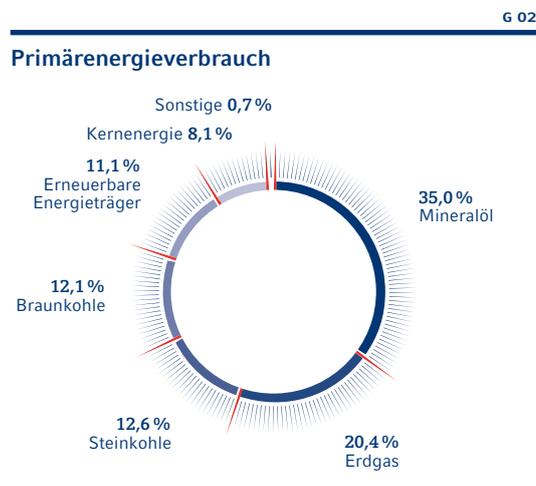
Nach dem schwungvollen Jahresbeginn mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 0,7 % gegenüber dem Jahresende 2013 stagnierte das BIP zur Jahresmitte. Laut führenden Wirtschaftsforschungsinstituten hat die deutsche Wirtschaft zum Jahresende wieder an Schwung gewonnen. Das reale BIP steigt voraussichtlich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %. Gründe hierfür sind die Erholung der Binnenwirtschaft, die vom Rückgang der Rohölpreise profitiert. Hinzu kommen die Konsumausgaben der privaten Haushalte, die mit steigendem Realeinkommen expandieren, die Steigerung der Investitionen der Unternehmen sowie die verbesserte Export- und Importnachfrage.

Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Vorläufigen Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) zufolge wird sich der Energieverbrauch in Deutschland im abgelaufenen Jahr 2014 voraussichtlich auf 446,5 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten belaufen und somit um 4,8 % unter dem Vorjahresniveau liegen. Den stärksten Einfluss auf den deutlich zurückgegangenen Energieverbrauch hatte die milde Witterung.

Mit der neuen Grundversorgungsverordnung wird eine klare und transparente Kommunikation der Energiepreise an den Kunden geschaffen.

Der Primärenergieverbrauch verteilt sich in Deutschland im Jahr 2014 wie folgt:



Quelle: Pressedienst Nr. 8/2014 der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Berlin

Der Mix der Energieträger hat sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig verändert. Der wichtigste Energieträger war auch im Jahr 2014 das Mineralöl mit einem relativ konstanten Anteil von 35,0%. Durch die deutlich wärmere Witterung sank der Anteil des Erdgases am Energiemix um rund 2,2 Prozentpunkte auf 20,4%. Die erneuerbaren Energien konnten hingegen einen Anstieg um 0,7 Prozentpunkte verzeichnen und machen nun 11,1% des gesamten Energieverbrauchs aus. Der Beitrag der Kernenergie erhöhte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 8,1%.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Im Jahr 2014 waren die Energiepreise maßgeblich durch außergewöhnlich mildes Wetter und einen im Spätsommer einsetzenden Rückgang der Ölpreise infolge deutlicher Angebotszuwächse am Weltmarkt geprägt. Während Strom und Brennstoffe Verluste aufwiesen, verzeichneten die Emissionsrechte hingegen einen Preisanstieg. Geopolitische Konflikte in der Ukraine und dem Nahen Osten sorgten zeitweise für erhöhte Preisschwankungen. Sie konnten die Brennstoffpreise allerdings nicht nachhaltig stützen.

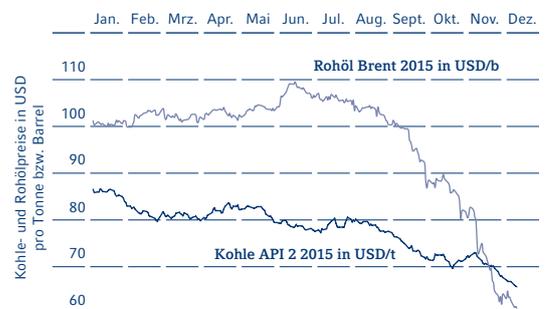
Der durchschnittliche Kohlepreis für das Frontjahr in der ARA (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen)-Region zeigte sich im Berichtszeitraum mit 78,26 US-Dollar pro Tonne um rund 12% günstiger als im Vor-

jahreszeitraum. Dabei war am Weltmarkt ein weiterhin sehr hohes Angebot zu verzeichnen. Neben dem milden Winter dämpften im Frühjahr deutlich gefallene Gaspreise die Nachfrage nach Kohle für die Stromerzeugung. Angebotsseitig begünstigte die Aufwertung des US-Dollars gegenüber den Währungen großer Kohleexporteure deren Ausfuhren. Zudem wirkte der starke Preisverfall am Ölmarkt belastend auf die Notierung.

Der Durchschnittspreis für Rohöl der Sorte Brent mit Lieferung im Folgejahr lag im Geschäftsjahr mit 97,36 US-Dollar pro Barrel 5,8% unter dem Vorjahresniveau. Während in der ersten Jahreshälfte zunächst ein kalter Winter in Nordamerika, global verbesserte Konjunkturaussichten sowie die Konflikte in der Ukraine und dem Irak für steigende Preise sorgten, gaben die Notierungen bis Ende Dezember drastisch nach und schlossen bei einem Jahrestief von 61,36 US-Dollar pro Barrel. Dies begründet sich in mehrfach gesenkten Nachfrage- und erhöhten Angebotsprognosen sowie einer zwischenzeitlich erhöhten Produktion Libyens. Auch Produktionskürzungen der OPEC-Staaten im vierten Quartal konnten den Preisverfall nicht stoppen.

G 03

Preisentwicklung Kohle und Rohöl



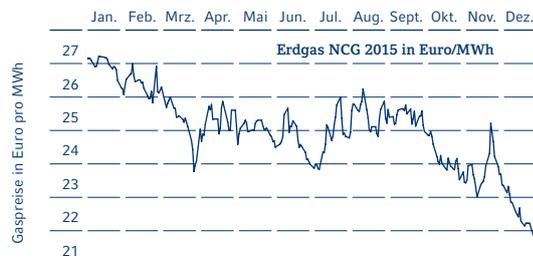
Der durchschnittliche Erdgaspreis für das Frontjahr im Marktgebiet NCG (Net-Connect Germany) verzeichnete im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr einen Wertverlust von 8,2% auf 24,55 Euro pro MWh. Ursächlich für den Preisverfall waren insbesondere sehr milde Temperaturen bei gleichzeitig niedriger Gasnachfrage sowie Rekordfüllstände in europäischen Gasspeichern. Im letzten Quartal ließen die deutliche Entspannung im Ukraine-Konflikt

Der Anteil erneuerbarer Energien beim Primärenergieverbrauch steigt auf 11,1%.

und der einsetzende Ölpreisverfall die Notierung weiter nachgeben.

G 04

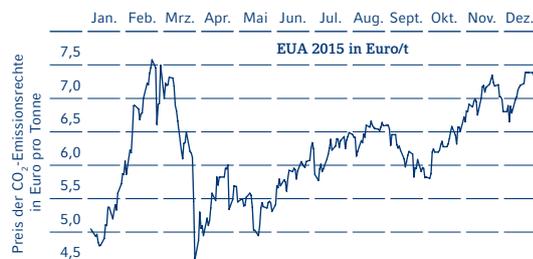
Preisentwicklung Erdgas



Der durchschnittliche Preis für Emissionsrechte (EU Allowances – EUA) des Terminkontrakts mit Fälligkeit im Dezember 2015 lag mit 6,17 Euro um rund 31,5 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das Marktgeschehen wurde maßgeblich von der europäischen Politik bestimmt. Stützend wirkten hier erste Fortschritte bei den Bemühungen um eine Reform des CO₂-Handels.

G 05

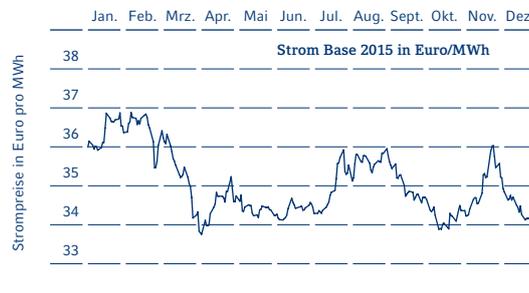
Preisentwicklung Emissionsrechte



Einen durchschnittlichen Rückgang um rund 10 % verzeichnete der Preis des Grundlastkontrakts für das Strom-Kalenderjahr 2015, der im Mittel bei 35,09 Euro pro MWh notierte. Hauptgrund für die weiter fallenden Preise im Vergleich zum Vorjahr war, neben den günstigeren Preisen für die Brennstoffe Kohle und Gas, der dämpfende Einfluss steigender Einspeisung erneuerbarer Energien.

G 06

Preisentwicklung Strom



GESCHÄFTSVERLAUF DES KONZERNS

Gesamtaussage des Vorstands

Das Geschäftsjahr 2014 war für den MAINOVA-Konzern kein einfaches Jahr. Zum einen belastete uns ein überdurchschnittlich milder Witterungsverlauf und zum anderen stellten uns die Preisentwicklungen an den Großhandelsmärkten erneut vor große Aufgaben. Wir haben uns diesen Herausforderungen erfolgreich gestellt und konnten ein durchaus solides Ergebnis leicht über unseren Erwartungen erzielen. Das um die Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten bereinigte EBT belief sich im Konzern auf 136,1 Mio. Euro (Vorjahr 128,3 Mio. Euro).

Ein überdurchschnittlich milder Witterungsverlauf hat unser Konzernergebnis belastet.

Unser bereinigtes EBT beträgt 136,1 Mio. Euro.

Zu der positiven Geschäftsentwicklung haben sowohl das bereits seit einiger Zeit laufende Effizienzprogramm EINS als auch die kontinuierliche Ausweitung der Vertriebsaktivitäten maßgeblich beigetragen. Somit konnten die Belastungen aus der außergewöhnlich milden Witterung – die Gradtagzahl lag um 20,7 % unter dem Vorjahr und 16,2 % unter dem Zehnjahresdurchschnitt – in den temperaturabhängigen Segmenten Gas- und Wärmeversorgung sowie die weiterhin unter Druck stehende Vermarktung der eigenerzeugten Strommengen kompensiert werden. Infolge der Auswirkungen des Wasserkartellverfahrens konnte im Segment Wasserversorgung kein nennenswerter Ergebnisbeitrag erwirtschaftet werden. Nach wie vor lieferten unsere Beteiligungen stabile Ergebnisbeiträge, die in diesem Jahr durch einen positiven Einmaleffekt gesteigert wurden.

Zudem konnten wir im laufenden Geschäftsjahr unsere Finanzschulden über das ursprünglich geplante Maß hinaus zurückführen, wobei sich unser Liquiditätsbestand in etwa auf Vorjahresniveau bewegt.

Ertragslage des Konzerns

Das EBT des Konzerns lag bei 105,7 Mio. Euro (Vorjahr 136,6 Mio. Euro). Bereinigt um rechnerische Ergebniseffekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39 belief sich das EBT auf 136,1 Mio. Euro (Vorjahr 128,3 Mio. Euro). Die Bereinigungen entfielen im Wesentlichen auf die Segmente Strom- und Gasversorgung.

Das bereinigte EBT nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

T 01			
MIO. €	2014	2013	Veränderung
Wärme- und Stromerzeugung	0,4	16,4	-16,0
Stromversorgung	6,7	-16,7	23,4
Gasversorgung	52,7	72,1	-19,4
Wärmeversorgung	-4,1	3,0	-7,1
Wasserversorgung	0,4	-1,0	1,4
Beteiligungen	80,8	57,5	23,3
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	-0,8	-3,0	2,2
Bereinigtes EBT	136,1	128,3	7,8

Der prognostizierte Ergebnisrückgang des Segments Wärme- und Stromerzeugung ist unter anderem auf den witterungsbedingten Mengenrückgang zurückzuführen, den wir zum Teil durch günstigere Bezugskosten für Brennstoffe kompensieren konnten. Zudem belastete eine Risikovorsorge für einen Lieferungs- und Leistungsvertrag mit einem Beteiligungsunternehmen das Segmentergebnis.

Das Ergebnis in der Stromversorgung ist im Vergleich zum Vorjahr und zur Prognose deutlich gestiegen. Dazu haben unterschiedliche Sachverhalte beigetragen. Im Vertriebsgeschäft ist es uns gelungen, in einem wettbewerbsintensiven Umfeld eine moderate Ergebnissteigerung zu erzielen. Im Handelsgeschäft war das Vorjahresergebnis maßgeblich durch Risikovorsorgen belastet. Gleichwohl hat sich die angespannte Situation an den Großhandelsmärkten insbesondere im Hinblick auf die Vermarktung der eigenerzeugten Mengen weiter verschlechtert.

Der Rückgang des Ergebnisses der Gasversorgung wurde wesentlich durch den im Vergleich der letzten zehn Jahre überdurchschnittlich warmen Witterungsverlauf verursacht. Dies führte zu einem Ergebnisrückgang im Netz- und Vertriebsgeschäft. Obwohl wir im abgelaufenen Geschäftsjahr unsere Beschaffungskosten optimiert haben, gelang es uns nur zu einem geringen Teil, diesem Effekt entgegenzuwirken. Auch in der Wärmeversorgung machte

sich die milde Witterung ergebnisseitig bemerkbar, sodass die Ergebnisse in diesen beiden Segmenten deutlich hinter unseren Erwartungen blieben.

Die Belastungen aus den Preissenkungen aufgrund des im Jahr 2012 geschlossenen Vergleichs zur Beendigung des Wasserkartellverfahrens führten dazu, dass auch im Geschäftsjahr 2014 wie erwartet kein signifikant positives Ergebnis im Segment Wasser erwirtschaftet werden konnte.

Der starke Ergebnisanstieg gegenüber Vorjahr und Prognose im Segment Beteiligungen resultierte im Wesentlichen aus einem Einmaleffekt, der auf die Beendigung eines Rechtsstreits bei einer nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung zurückzuführen ist. Ferner ergaben sich im Konzern Zuschreibungen aufgrund der jährlich durchgeführten Beteiligungsbewertungen.

Das Ergebnis des Segments Sonstiges hat sich leicht verbessert. Geringere Overheadkosten, unter anderem durch ein konsequentes Kostencontrolling im Rahmen unseres Effizienzprogramms EINS, sowie Rückstellungssachverhalte haben das Ergebnis positiv beeinflusst. Im Vorjahr hingegen war ein hoher Einmaleffekt durch einen Anlagenverkauf enthalten.

Nachfolgend wird die Entwicklung der **einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung** erläutert.

Die **Umsatzerlöse** stellen sich wie folgt dar:

T 02			
MIO. €	2014	2013	Veränderung
Strom	1.119,2	1.185,9	-66,7
Gas	492,9	634,3	-141,4
Wärme, Dampf, Kälte	119,1	142,9	-23,8
Wasser	67,8	70,1	-2,3
Netzentgelte	95,3	90,3	5,0
Sonstige	142,4	87,7	54,7
	2.036,7	2.211,2	-174,5

Im Stromgeschäft ist im Vergleich zum Vorjahr ein Umsatzrückgang zu verzeichnen, welcher aus dem Vertriebsgeschäft resultierte. Ursächlich hierfür waren insbesondere Absatzrückgänge bei Individualprodukten, die im Wesentlichen auf dem Wegfall eines Großkunden beruhen. Gegenläufig wirkten sich gestiegene Preise durch die Weitergabe der EEG-Umlage an Kunden aus. Die Erlöse aus Stromhandelsaktivitäten bewegten sich auf Vorjahresniveau.

Die im Vergleich zum sehr kühlen Vorjahreszeitraum deutlich wärmere Witterung (Rückgang der Grad-

tagszahl um 20,7%) führte zu einem signifikanten Rückgang der Gas- und Wärmeerlöse.

Der Umsatz aus dem Wasserverkauf bewegte sich in etwa auf Vorjahresniveau. Der Anstieg der Umsatzerlöse aus Netzentgelten betraf den Strombereich. Der Anstieg der sonstigen Umsatzerlöse entfiel auf Nebengeschäfte.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** lagen mit 77,4 Mio. Euro um 10,3 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau. Dies ist insbesondere auf die im Vorjahr enthaltenen Erlöse aus einem Immobilienverkauf zurückzuführen. Gegenläufig hat sich unter anderem die Beilegung eines Rechtsstreits ausgewirkt.

Der **Materialaufwand** betraf überwiegend den Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserbezug, die Kosten für den Primärenergieeinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Ursächlich für den Rückgang um 102,0 Mio. Euro auf 1.665,0 Mio. Euro waren die rückläufigen Gas- und Stromvertriebsmengen. Zudem führten Preiseffekte zu einem geringeren Gasbezugsaufwand. Gegenläufig machten sich höhere Aufwendungen für die EEG-Umlage sowie die Bildung einer Drohverlustrückstellung für einen Stromliefervertrag bemerkbar. Die Aufwendungen für Netznutzungsentgelte Strom und Gas sanken hauptsächlich mengenbedingt.

Der **Personalaufwand** lag mit 202,4 Mio. Euro auf Vorjahresniveau. Dabei wurden die tariflich bedingten Gehaltsanpassungen durch den gesunkenen Mitarbeiterbestand kompensiert.

Die **Abschreibungen** erhöhten sich um 4,1 Mio. Euro auf 80,1 Mio. Euro. Der Anstieg ist vor allem auf die planmäßigen Abschreibungen der im zweiten Halbjahr 2013 in Betrieb genommenen Windparks und Photovoltaikanlagen zurückzuführen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von 137,6 Mio. Euro sind um 46,0 Mio. Euro gesunken. Der Rückgang entfiel insbesondere auf Kosteneinsparungen sowie geringere Rückstellungszuführungen. Im Jahr 2013 war unter anderem die Zuführung zu einer Drohverlustrückstellung für das Gasgeschäft enthalten.

Das **Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen** lag um 17,9 Mio. Euro über dem Vorjahr und betrug 99,3 Mio. Euro. Der Anstieg entfiel im Wesentlichen auf einen Sondereffekt bei einer Beteiligung.

Die **Finanzerträge** lagen in etwa auf Vorjahresniveau und beliefen sich auf 10,2 Mio. Euro. Der Anstieg der **Finanzaufwendungen** um 8,0 Mio. Euro auf 46,5 Mio. Euro wurde durch einen um 11,2 Mio. Euro höheren Aufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen verursacht. Gegenläufig hat sich der Zinsaufwand für Darlehen um 1,6 Mio. Euro durch den Rückgang der Finanzschulden vermindert.

Vermögenslage des Konzerns

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 92,1 Mio. Euro auf 2.776,3 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme beträgt 2.776,3 Mio. Euro.

	T 03		
MIO. €	31.12.2014	31.12.2013	Ver- änderung
Summe Vermögenswerte			
Langfristige Vermögenswerte	2.290,8	2.266,3	24,5
Kurzfristige Vermögenswerte	485,5	602,0	-116,5
	2.776,3	2.868,4	-92,1
Summe Eigenkapital und Schulden			
Eigenkapital	1.018,9	1.015,2	3,7
Langfristige Schulden	1.089,2	1.104,1	-14,9
Kurzfristige Schulden	668,2	749,1	-80,9
	2.776,3	2.868,4	-92,1

Der Anstieg der langfristigen Vermögenswerte entfiel im Wesentlichen auf die nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen und resultierte überwiegend aus der Fortschreibung der Buchwerte sowie aus Zuschreibungen. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 82,5 % (Vorjahr 79,0 %). Das langfristige Vermögen wurde zu 44,4 % (Vorjahr 44,8 %) durch Eigenkapital gedeckt. Ursächlich für den Rückgang der kurzfristigen Vermögenswerte waren vor allem die durch den witterungsbedingt gesunkenen Umsatz rückläufigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Der Personalaufwand lag mit 202,4 Mio. Euro auf Vorjahresniveau.

Das Eigenkapital blieb nahezu auf Vorjahresniveau. Dabei wirkte sich die Einstellung des über die Gewinnabführung an die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) hinausgehenden Konzernergebnisses in die Gewinnrücklagen erhöhend aus. Gegenläufig entwickelten sich die erfolgsneutral gebildeten Rücklagen. Die Eigenkapitalquote lag bei 36,6 % (Vorjahr 35,4 %).

Die lang- und kurzfristigen Finanzschulden haben sich durch Darlehenstilgungen um 68,3 Mio. Euro verringert. Bei den übrigen kurzfristigen Schulden führten neben einem abrechnungstechnisch bedingten Rückgang der Erdgas- und Stromsteuerverbindlichkeiten die geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen insgesamt zu einem Rückgang. Gegenläufig haben sich die langfristigen Rückstellungen – insbesondere aufgrund gesunkener Diskontierungssätze – erhöht.

Die Investitionen gliederten sich wie folgt:

			T 04
MIO. €	2014	2013	
Erzeugungsanlagen	24,0	54,9	
Verteilungsanlagen	58,9	48,2	
Grundstücke und Gebäude	0,7	1,7	
Sonstiges	12,3	14,7	
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	95,9	119,5	
Erwerb von Tochterunternehmen	0,0	8,4	
Erwerb von Beteiligungen	2,9	3,8	
	98,8	131,7	

Die Investitionsprojekte für den Ausbau und den Erhalt der Verteilnetze für die Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung bildeten weiterhin einen Schwerpunkt der Sachanlageinvestitionen. Im Vorjahr waren in den Investitionen in Erzeugungsanlagen die erworbenen Wind- und Photovoltaikparks enthalten.

Finanzlage des Konzerns

Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens zeigt die nachfolgende Kapitalflussrechnung:

				T 05
MIO. €	2014	2013	Veränderung	
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	203,1	211,4	-8,3	
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-64,4	-143,8	79,4	
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-138,8	-61,6	-77,2	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-0,1	6,0	-6,1	
Finanzmittelfonds	16,6	16,7	-0,1	
Finanzmittelfonds einschließlich Guthaben aus Cash Pooling	163,3	172,6	-9,3	

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Mio. Euro ab und lag bei 203,1 Mio. Euro. Im Vorjahr war ein Aufbau von Verbindlichkeiten enthalten, während im Jahr 2014 dem Rückgang von Verbindlichkeiten in etwa gleicher Höhe ein Forderungsrückgang gegenüberstand.

Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit lagen um 79,3 Mio. Euro unter dem Vorjahr und beliefen sich auf 64,4 Mio. Euro. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen Rückzahlungen aus Geldanlagen im Rahmen des Cash Poolings mit der SWFH. Darüber hinaus wurden geringere Investitionen in Sachanlagen und für den Erwerb von Tochterunternehmen getätigt.

Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von 138,8 Mio. Euro wurde insbesondere durch die Gewinnabführung an die SWFH in Höhe von 58,7 Mio. Euro und die Tilgung von Krediten in Höhe von 73,7 Mio. Euro (im Vorjahr 46,0 Mio. Euro) verursacht. Aufgrund der geringeren Neuverschuldung gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit. Während im Vorjahr Darlehen in Höhe von 33,5 Mio. Euro aufgenommen wurden, lag die Darlehensaufnahme im Jahr 2014 lediglich bei 3,9 Mio. Euro.

Insgesamt konnten die Mittelabflüsse der Investitions- und Finanzierungstätigkeit aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden, sodass sich der Finanzmittelbestand auf Vorjahresniveau bewegte.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Absatz

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

					T 06
	Einheit	2014	2013	Veränderung	
Strom	Mio. kWh	10.851	11.024	-1,6 %	
Gas	Mio. kWh	13.734	15.169	-9,5 %	
Wärme, Dampf, Kälte	Mio. kWh	1.679	2.027	-17,2 %	
Wasser	Mio. m ³	44,1	45,2	-2,4 %	

Ursächlich für den geringeren Stromabsatz waren insbesondere Rückgänge bei Individualprodukten, im Wesentlichen durch den Wegfall eines Großkunden. Gegenläufig wirkten sich gestiegene Stromhandelsmengen aus.

Der Gas- und Wärmeabsatz ist aufgrund der im Jahresvergleich wärmeren Witterung gesunken.

Erzeugungsmengen

In unseren Anlagen wurden im Geschäftsjahr 2014 folgende Mengen erzeugt:

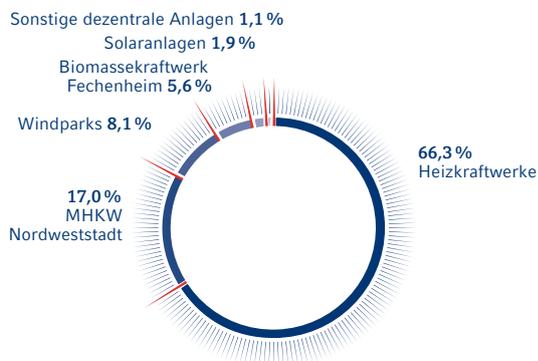
T 07				
	Einheit	2014	2013	Veränderung
Mainova				
Strom	Mio. kWh	1.348	1.495	-9,8%
Wärme	Mio. kWh	1.502	1.751	-14,2%
Beteiligungen				
Strom	Mio. kWh	323	322	0,3%
Wärme	Mio. kWh	321	375	-14,4%

Die Wärmeerzeugungsmengen sind insbesondere aufgrund der milderen Witterung zurückgegangen. Dies hat sich bei unseren wärmegeführten Kraftwerken auch auf die Stromerzeugungsmengen ausgewirkt. Zudem machte sich die weiterhin angespannte Marktsituation im Strom bemerkbar.

Die folgenden Darstellungen zeigen den prozentualen Anteil der Kraftwerke an der Strom- und Wärmeerzeugung:

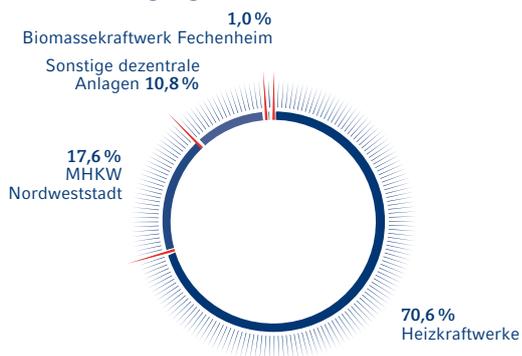
G 07

Stromerzeugung



G 08

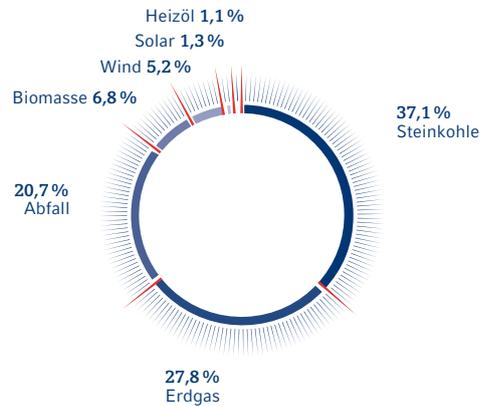
Wärmeerzeugung



Der Energieeinsatz der Kraftwerke im Jahr 2014 stellt sich wie folgt dar:

G 09

Energieeinsatz der Kraftwerke



Der Einsatz von Erdgas sank um 3,7 Prozentpunkte insbesondere durch geringere Betriebsstunden aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen für Gaskraftwerke. Der Anteil von Wind und Solar erhöhte sich hingegen um insgesamt 1,5 Prozentpunkte.

Im Jahr 2014 emittierten unsere Heizkraft- und Heizwerke insgesamt 1,1 Mio. Tonnen CO₂ (Vorjahr 1,3 Mio. Tonnen). Zusätzlich der Emissionen infolge der Energieerzeugung bei den Beteiligungsunternehmen betragen unsere CO₂-Emissionen insgesamt 1,2 Mio. Tonnen (Vorjahr 1,4 Mio. Tonnen). Die Emissionen aus dem Einsatz von Biomasse und Abfall als Brennstoff sind als CO₂-neutral zu bewerten.

Mitarbeiterzufriedenheit

Zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit führen wir im jährlichen Wechsel eine Voll- und eine Zwischenbefragung durch. Dabei bewerten die Mitarbeiter die Gesamtzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten. Themen der Vollbefragungen sind die Motivation, die Situation am Arbeitsplatz, die Arbeitsinhalte und das Arbeitsumfeld, die Mitarbeiterführung, die Zusammenarbeit mit Kollegen sowie die Arbeitsbelastung.

Bei unserer diesjährigen Zwischenbefragung standen neben allgemeinen Zufriedenheitsfragen die Themen „Umgang mit Veränderungen“ sowie die Umsetzung der Ergebnisse der Vollbefragung des Jahres 2013 im Mittelpunkt. Nachdem die Rücklaufzahlen schon in den letzten Jahren sehr erfreulich waren, erreichten wir auch in diesem Jahr wieder eine Rücklaufquote von 71 %. Die allgemeine Zufriedenheitsquote lag auf dem hohen Niveau des Jahres 2013.

Kundenzufriedenheit

Der Erhalt langfristiger Kundenbeziehungen steht für uns im Mittelpunkt. Da der Kundenzufriedenheit in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zukommt, führen wir dreimal jährlich repräsentative Umfragen in Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern durch. Als Ergebnis der Befragungen wird ein Potenzialindex ermittelt, der die Bereiche Zufriedenheit, Überzeugung und Kommunikationsleistung abdeckt. Der Potenzialindex gibt die Kundenzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten an und behauptet sich auch im Jahr 2014 auf dem hohen Niveau des Jahres 2013.

MITARBEITER

Wir beschäftigten zum Jahresende im Konzern 2.765 Mitarbeiter.

Wir beschäftigten zum Jahresende im Konzern 2.765 (Vorjahr 2.810) und bei der MAINOVA AG 2.627 (Vorjahr 2.674) Mitarbeiter, von denen sich 65 (Vorjahr 102) in der Ruhephase der Altersteilzeit (Blockmodell) befanden. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt die Ausbildung bei der MAINOVA weiter an Bedeutung. Zum Jahresende beschäftigte die SWFH, die wesentliche Teile der Berufsausbildung für den Konzern erbringt, 79 Auszubildende (Vorjahr 80). Um auch in Zukunft den Bedarf an qualifizierten Fachkräften decken zu können, werden wir im Jahr 2015 die Zahl der Auszubildenden erhöhen.

Die Energiebranche ist durch die politischen Entscheidungen, konjunkturelle Entwicklungen sowie die Energiewende weiterhin starken Veränderungen ausgesetzt. Der Personalbereich der MAINOVA unterstützt das Unternehmen auf vielfältige Weise, um die Herausforderungen zu meistern.

Dazu wird sich der Personalbereich in den kommenden Jahren zunehmend mit dem Thema Strategic Workforce Planning beschäftigen mit dem Ziel, gemeinsam mit den Fachbereichen den Personalbestand und die Personalstruktur langfristig an die strategische Ausrichtung des Unternehmens anzupassen. Daneben erlaubt Strategic Workforce Planning, frühzeitig demografische Trends innerhalb der MAINOVA zu erkennen und gegenzusteuern. Langfristig erhöhen wir die Transparenz im Hinblick auf die Personalstruktur. So können wir rechtzeitig Maßnahmen einleiten, welche die Erreichung der Unternehmensziele durch eine optimale Personalstruktur unterstützen.

Des Weiteren bieten wir zur Unterstützung der Veränderungsprozesse Trainings an. Diese decken die Themenbereiche „Projektmanagement“, „Mitarbeiterführung“ sowie die „Gestaltung, Umsetzung und den eigenen bewussten Umgang mit Veränderungs-

prozessen“ ab. Die Trainingsangebote setzen wir im nächsten Jahr fort und ergänzen sie um weitere Themenschwerpunkte im Rahmen der Mitarbeiterführung und -entwicklung.

Über diese Maßnahmen hinaus haben wir zur Stärkung unserer Arbeitgebermarke sowie zur Mitarbeiterbindung unsere unterstützenden Angebote erweitert. Insbesondere sind hier die erfolgreiche Umsetzung verschiedener Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu nennen sowie die Zertifizierung „AgeCert“ für eine altersgerechte Personalpolitik. Unser Informations- und Schulungsangebot haben wir durch entsprechende Veranstaltungen ergänzt. So wurden beispielsweise Vorträge zu den Themen „Pflege“ und „Kinderbetreuung“ angeboten sowie ein Workshop zum Thema „Frauen im Beruf“ durchgeführt. Diese Reihe haben wir in diesem Jahr fortgeführt und durch weitere Angebote, wie beispielsweise Webinare für Frauen in Führungspositionen und Gesprächsführung, ausgebaut. Auch im nächsten Jahr werden diese Angebote fortgesetzt.

Fester Bestandteil des Personalkalenders ist das Mitarbeiterforum. Hier haben wir das Konzept in diesem Jahr erfolgreich angepasst. Nach dem Zufallsprinzip laden wir Mitarbeiter unterschiedlicher Bereiche eines Vorstandsressorts ein, die – unter der Moderation von Betriebsrat und Personalbereich – dem Vorstand ihres Bereiches direkt Fragen stellen können. Zusätzlich haben zehn Mitarbeiter aus anderen Vorstandsbereichen ebenfalls die Möglichkeit teilzunehmen. Ungefähr 240 Mitarbeiter hatten im Jahr 2014 die Gelegenheit, Antworten unter anderem zur strategischen Ausrichtung der MAINOVA, zur Wirksamkeit der eingeleiteten Verbesserungsmaßnahmen oder zu Investitionsvorhaben zu erhalten. Das Mitarbeiterforum fördert und ergänzt die Kommunikation von Veränderungen sehr wirksam und schafft Transparenz bei Entscheidungen von unternehmenspolitischer Tragweite.

Im Jahr 2014 fand zum dritten Mal in Folge die Zertifizierung der Personalprozesse statt. DEKRA hat die Prozesse überprüft und das Zertifikat nach DIN EN ISO 9001 erneuert. Der positive Eindruck aus den Vorjahren hat sich fortgesetzt. Die DEKRA bestätigte beispielsweise, dass das Qualitätsmanagementsystem des Personalbereichs angemessen dokumentiert und konsequent weiterentwickelt wurde.

Besonderes Augenmerk galt im Jahr 2014 der Analyse des Personalaufwands sowie der weiteren Optimierung der Personalkostenplanung. Durch die bereits im letzten Jahr begonnene Entwicklung von strategischen Management-Steuerungstechnolo-

gien haben wir die Transparenz im Hinblick auf die Personalkosten weiter gesteigert.

Nachtragsbericht

Das Stadtparlament Frankfurt hat am 26. Februar 2015 beschlossen, den mit uns abgeschlossenen Stromkonzessionsvertrag bis zum Jahr 2035 zu verlängern.

Darüber hinaus haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns

PROGNOSEBERICHT

Gesamtaussage des Vorstands über die voraussichtliche Unternehmensentwicklung

Die Energiebranche befindet sich nach wie vor in einem sehr schwierigen Marktumfeld. Dieses hält immer neue Herausforderungen bereit und beeinflusst weiterhin spürbar die Ergebnisentwicklung in allen Segmenten. Die Unternehmen müssen mit dem sich rasant wandelnden Wettbewerbsumfeld Schritt halten und die erforderlichen hohen Investitionen in Erzeugung und Netze aufbringen. Sinkende Erzeugungsmargen, die CO₂-Zertifikate-Auktionierung, steigende Klima- und Umweltschutzanforderungen sowie eine zunehmende staatliche Regulierung belasten die Ertragskraft.

Der intensive Wettbewerb, vor allem bei Strom und Erdgas, prägt das Energiegeschäft in allen Kundensegmenten. In einem immer preisbewussteren Marktumfeld steigt die Wechselbereitschaft der Kunden. Zudem führt eine intensivere Diskussion über die staatlich bedingten Anteile an den Strompreisen zu einer weiteren Erhöhung der Preissensibilität der Endkunden. Ziel des Vertriebs ist es, trotz der sich verschärfenden Wettbewerbssituation das hohe Kundenbindungsniveau zu halten und in den überregionalen Vertriebsgebieten wertorientiert zu wachsen. Des Weiteren werden wir sukzessive unser Dienstleistungsgeschäft ausbauen und unsere Kunden mit neuen, innovativen Produkten begleiten.

Durch die Einspeisung des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen hat sich die Entwicklung an den Großhandelsmärkten für Strom durch sinkende Preise weiter verschärft. Dies wird die Vermarktung

der in konventionellen Kraftwerken erzeugten Strommengen auch weiterhin deutlich belasten.

Der Schwerpunkt unserer Investitionen liegt nach wie vor auf den Erzeugungsanlagen sowie dem Ausbau und dem Erhalt der Verteilnetze. Des Weiteren sind Investitionen in erneuerbare Energien geplant. Um einen optimalen Einsatz der begrenzten Finanzmittel zu gewährleisten, ist es entscheidend, Investitionen einerseits zu streuen und andererseits sorgfältig abzuwägen, um die finanzielle Tragkraft des Unternehmens nicht zu überfordern.

Erwartete konjunkturelle Entwicklung

Führende Wirtschaftsforschungsinstitute haben die ursprünglichen Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahr 2015 nach unten korrigiert und gehen nur noch von einem Wachstum des BIP in Höhe von 1,2% aus. Der Grund für den schwindenden Optimismus der Institute sind die nur mäßig anziehende Nachfrage und die langsamere Erholung der Euro-Zone. Zudem führen die derzeitigen internationalen Krisen zu einer Investitionszurückhaltung der Unternehmen.

Erwartete Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Nach dem deutlichen Wertverlust in den letzten Jahren dürfte die Kohlenotierung ihren Tiefstand erreicht haben und gegebenenfalls im Jahresverlauf 2015 einen leichten Anstieg verzeichnen. Für nicht wenige Unternehmen weltweit ist die Kohleförderung auf Basis der aktuellen Preise unrentabel. Dementsprechend sollte das bestehende Überangebot sukzessive abgebaut werden. Gleichzeitig könnte eine stärker wachsende Weltwirtschaft im Jahr 2015 eine Belebung der Kohlenachfrage zur Folge haben.

Der Einfluss der Ölpreisentwicklung auf die Gasnotierungen hat in den letzten Jahren sukzessive abgenommen. Wir erwarten, dass dieser Trend sich auch in Zukunft weiter fortsetzen wird. Wir halten kurzfristig weitere Preisrückgänge beim Öl für möglich, rechnen im späteren Jahresverlauf aber mit einer Stabilisierung der Notierungen oberhalb der Marke von 60 US-Dollar pro Barrel.

Am Gasmarkt erwarten wir, nach dem stark preisbelastenden Witterungseinfluss im Jahr 2014, für das Jahr 2015 eine stabile bis leicht ansteigende Preisentwicklung. So gehen wir trotz schwacher Mittelfristerwartungen für die europäische Nachfrage von einer weiter leicht steigenden Importabhängigkeit Europas bei einer eher knapperen Verfügbarkeit von verflüssigtem Erdgas (LNG) am Weltmarkt aus. Deutliche Preissteigerungen sollten unter Annahme stabiler europäischer Lieferbeziehungen zu Russ-

Der Schwerpunkt unserer Investitionen liegt nach wie vor auf den Erzeugungsanlagen sowie dem Ausbau und dem Erhalt der Verteilnetze.

land sowie durch eine insgesamt flexible europäische Angebotsseite verhindert werden.

Daneben erwarten wir auch bei den Emissionszertifikaten (EU Allowances – EUA), dass die vorgeschlagene Reformmaßnahme einer Marktstabilitätsreserve im nächsten Jahr verabschiedet wird und möglicherweise auch schon früher in Kraft treten könnte als bisher geplant (2017 statt 2021). Eine Fortsetzung des bestehenden leichten Aufwärtstrends bei den EUA-Preisen wäre dann realistisch.

Die Stromkontrakte mit Liefertermin im Jahr 2015 verloren im Jahresverlauf moderat an Wert und erreichten zum Jahresende ihre bisherigen Tiefstände. Im kommenden Jahr rechnen wir mit einer Stabilisierung beziehungsweise einem leichten Anstieg der Strompreise. Unsere Einschätzung beruht dabei auf der Annahme, dass die Preisentwicklung der Stromterminkontrakte eng an die Entwicklung der Brennstoffpreise gekoppelt ist.

Ein schwer kalkulierbares Risiko für die Preise stellt aus heutiger Sicht der Ukraine-Konflikt dar. Einen weiteren Einflussfaktor sehen wir in der nach wie vor bestehenden europäischen und globalen Schuldenkrise, die sich durchaus erneut zuspitzen kann – einhergehend mit wirtschaftlicher Schwäche und deutlichen Preisrückgängen am Energiemarkt.

Zukünftige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung

Wir gehen trotz der energiewirtschaftlichen Herausforderungen im kommenden Jahr von einer stabilen Ertragslage aus. Maßgeblich für die Kompensation des schwierigen Markt- und Branchenumfeldes sind nachhaltig wirkende Produktivitätssteigerungen und Kostenreduzierungen, die wir durch die weiterhin konsequente Umsetzung der im Rahmen unseres Effizienzprogramms EINS definierten Maßnahmen erwarten.

Im Konzernabschluss stellt sich die erwartete Entwicklung des bereinigten EBT in den einzelnen Segmenten wie folgt dar:

MIO. €	2015 (Prognose)
Wärme- und Stromerzeugung	leicht über Vorjahr
Stromversorgung	in etwa auf Vorjahresniveau
Gasversorgung	deutlich über Vorjahr
Wärmeversorgung	deutlich über Vorjahr
Wasserversorgung	auf Vorjahresniveau
Beteiligungen	deutlich unter Vorjahr
Konzern	auf Vorjahresniveau

In der Wärme- und Stromerzeugung rechnen wir damit, dass das geringe Strompreinsniveau zu weiterhin niedrigen Rohmargen führt. Gegenläufig prognostizieren wir, unter Annahme eines durchschnittlichen Witterungsverlaufs, einen positiven Effekt aus der erzeugten Wärme- und Kältemenge gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr. Bei den Stromerzeugungsmengen erwarten wir eine Produktion leicht über Vorjahresniveau.

Im Vertriebsgeschäft Strom gehen wir für das Jahr 2015 davon aus, den Absatz gegenüber dem Jahr 2014 deutlich zu steigern. Begründet ist dies durch einen geplanten Zuwachs in allen Kundensegmenten. Dabei wollen wir Kunden in den überregionalen Vertriebsgebieten gewinnen und Maßnahmen zur Kundenbindung im Stammgebiet durchführen. Bei der Vermarktung der Eigenerzeugungsmengen rechnen wir durch die nach wie vor angespannte Situation an den Großhandelsmärkten für Strom weiterhin mit niedrigen Spreads. Im Netzgeschäft besteht die Herausforderung für das Ergebnis auch im Jahr 2015 in der Erfüllung der Effizienzvorgaben aus der Anreizregulierungsverordnung.

Die Gasversorgung bleibt, wie auch in den Vorjahren, eine wesentliche Ergebnisstütze unseres Unternehmens. Wir rechnen im Jahr 2015 mit deutlichen Absatzsteigerungen. Wie auch beim Strom wollen wir in den überregionalen Vertriebsgebieten Neukunden hinzugewinnen. Da wir im Jahr 2015 zudem mit einem durchschnittlichen Witterungsverlauf rechnen, entfällt der absatzreduzierende Effekt durch die zu warmen Durchschnittstemperaturen im abgelaufenen Geschäftsjahr. Gegenläufig gehen wir davon aus, dass die Gasvertriebsmargen wegen des intensiven Wettbewerbs noch stärker unter Druck geraten werden. Im Netzgeschäft wirken sich die Vorgaben zur Reduktion der Erlösobergrenze in der zweiten Regulierungsperiode (2013 bis 2017) etwas stärker aus als in der ersten.

Auch in der Wärmeversorgung erwarten wir durch die unterstellte Normalisierung der Witterungsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Erhöhung der Absatzmengen und des Ergebnisbeitrags im Jahr 2015.

Das Wasserergebnis ist weiterhin durch ein niedrigeres Preisniveau infolge des Wasserkartellverfahrens beeinflusst. Für das Jahr 2015 wird ein gleichbleibend geringer Ergebnisbetrag bei nahezu konstantem Absatz prognostiziert.

Im Segment Beteiligungen erwarten wir ein deutlich niedrigeres Ergebnis als im abgelaufenen Geschäftsjahr, das von einem positiven Einmaleffekt durch die

Wir gehen trotz der energiewirtschaftlichen Herausforderungen im kommenden Jahr von einer stabilen Ertragslage aus.

Beendigung eines Rechtsstreits bei einer Beteiligung beeinflusst wurde.

Bezüglich der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit gehen wir für das Jahr 2015 von einer nach wie vor stabilen Entwicklung auf Vorjahresniveau aus.

Zukünftige Investitionen und Finanzlage

Die geplanten Investitionen verteilen sich wie folgt:

	T 09
MIO. €	2015
Erzeugungsanlagen	39
Verteilungsanlagen	65
Sonstiges	15
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	119
Erwerb von Beteiligungen	9
	128

Entsprechend unserer Unternehmensstrategie liegt der Fokus der zukünftigen Investitionen auf umweltschonender Energieerzeugung und zuverlässiger Energieversorgung. Dabei bedarf es verlässlicher gesetzlicher, energiepolitischer und regulatorischer Rahmenbedingungen.

Der Investitionsschwerpunkt liegt auf der Umsetzung unseres Fernwärmeversorgungskonzepts und den damit verbundenen Investitionen in unser Fernwärmenetz und in die bestehenden Erzeugungsanlagen. Durch den Ausbau der Netzinfrastruktur im Fernwärmebereich tragen wir zur weiteren Verbesserung der Klimabilanz der Stadt Frankfurt am Main bei.

Durch die hohen Investitionen in den Ausbau und die Erweiterung unserer Versorgungsnetze gewährleisten wir ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und -qualität im Interesse unserer Kunden.

Ziel der geplanten Investitionen in unsere bestehenden konventionellen Kraftwerke ist, die weiterhin sichere Verfügbarkeit der Erzeugungsanlagen sowie den Ausbau und die Optimierung der Kraft-Wärme-Kopplung zu gewährleisten. Effizienzsteigerungen im Bereich der Kraftwerke werden mittel- bis langfristig einen wesentlichen Ergebnisbeitrag liefern.

Der Erwerb von Beteiligungen entfällt im Wesentlichen auf Projekte zur Erzeugung von erneuerbaren Energien. Dabei investieren wir vorwiegend in Onshore-Windkraftanlagen. Damit verfolgen wir unsere Erzeugungsstrategie mit dem Ziel des Ausbaus von regenerativen Energien weiter. Durch Unsicherheiten in den rechtlichen und politischen Rahmen-

bedingungen könnte sich die Umsetzung allerdings verzögern.

Des Weiteren sind Anpassungen und Erweiterungen der bestehenden IT-Infrastruktur aufgrund von Änderungen der gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen erforderlich. Darüber hinaus wollen wir unser bestehendes Netzgebiet erweitern und Synergieeffekte durch den Erwerb neuer Konzessionen nutzen.

Wir gehen davon aus, dass unsere zukünftigen Investitionen, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung mit dem Schwerpunkt des Fernwärmeversorgungskonzepts, nicht ausschließlich durch Eigenmittel finanzierbar sind. Daher werden wir zum gegebenen Zeitpunkt die für uns geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten prüfen.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Insbesondere im Hinblick auf die anhaltend unsicheren Rahmenbedingungen ist zur Gewährleistung des langfristigen Unternehmenserfolgs ein nachhaltiges Risikomanagementsystem von großer Bedeutung. Alle von den Unternehmensbereichen gemeldeten Risiken werden gemäß der Risikomanagement-Richtlinie zentral erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Gesamtumfang der Chancen und Risiken nur geringfügig verändert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Risikomanagementsystem

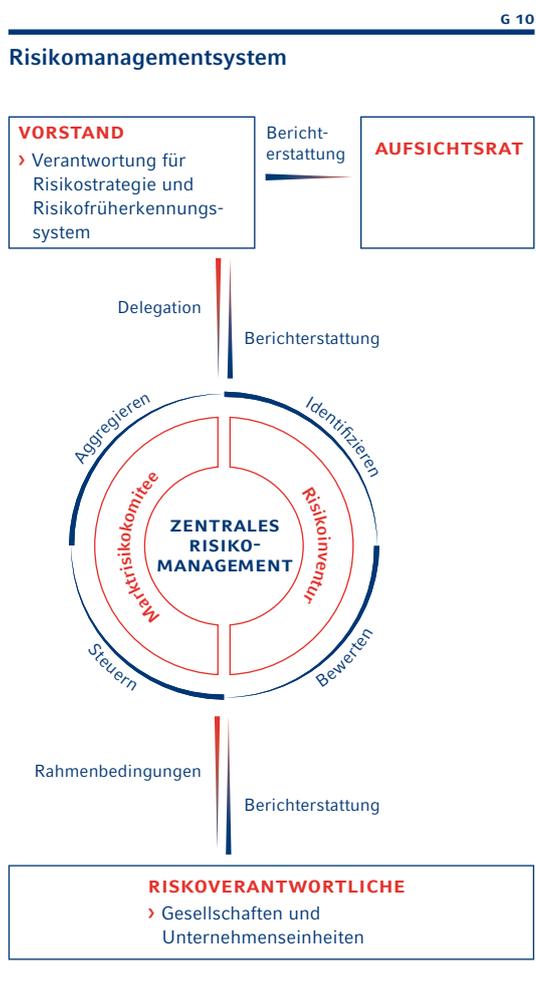
Die Risikoeinschätzungen werden über ein systematisches Risikomanagement abgebildet. Dabei verstehen wir das Risikomanagement als systematische Identifizierung, adäquate Bewertung sowie Steuerung von Chancen und Risiken. Risiko ist hierbei als eine negative Abweichung von unternehmerischen Zielen oder Planwerten definiert. Demgegenüber bezeichnen wir Chancen als positive Abweichungen vom geplanten Unternehmensergebnis. Die Basis für die Chancen- und Risikobewertung bilden Einschätzungen sowie Annahmen über denkbare zukünftige Entwicklungen und Ereignisse.

Wir unterscheiden zwischen Markt- und Unternehmenschancen beziehungsweise -risiken sowie übergeordneten und strategischen Sachverhalten. Marktchancen und -risiken entstehen im Wesentlichen durch Preisveränderungen an den Absatz- und Beschaffungsmärkten. Daneben beziehen sich die Unternehmenschancen und -risiken auf die operative Geschäftstätigkeit. Aus übergeordneten beziehungs-

weise strategischen Sachverhalten ergeben sich zudem sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken.

Die Risikotragfähigkeit wird auf der Basis des Eigenkapitals und des geplanten Ergebnisses des jeweiligen Geschäftsjahres ermittelt. Die Risikosteuerung erfolgt, insbesondere in Bezug auf die Marktrisiken, anhand eines Limitsystems, das die Gegenüberstellung von Risiken und der entsprechenden Tragfähigkeit beinhaltet.

Das Risikomanagementsystem der MAINOVA stellt sich wie folgt dar:



Durch die Risikoinventur werden alle Risiken von unseren Unternehmensbereichen und den einbezogenen Tochterunternehmen systematisch und eigenverantwortlich erfasst und bewertet. In deren Verantwortung liegt es ebenfalls, Maßnahmen zur Vermeidung, Reduzierung und Kontrolle von Risiken zu initiieren und ihre Wirksamkeit sicherzustellen. Daneben erfolgt das Monitoring der Marktrisiken

im Rahmen der monatlichen Sitzungen des Markt-Risiko-Komitees (MRK).

Der Bereich „Finanzen, Rechnungswesen und Controlling“ steuert und koordiniert das Risikomanagement. Dieser ist für die Berichterstattung über die Chancen- und Risikolage an den Vorstand sowie unseren Aufsichtsrat verantwortlich. Unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation werden vom zentralen Risikomanagement oder von den verantwortlichen Unternehmensbereichen ad hoc an die Unternehmensleitung berichtet.

Die Identifikation und Nutzung von Chancen liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Die sich bietenden Marktchancen werden zudem im MRK erörtert.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Zudem begutachtet der Wirtschaftsprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach § 91 Abs. 2 AktG.

Marktchancen und -risiken

Das sich verändernde Branchenumfeld führt nachhaltig zu immer schwerer prognostizierbaren Preisbewegungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten. Die zunehmende Preisvolatilität birgt, sowohl bei der Beschaffung von Strom und Gas für unsere Kunden als auch bei der Vermarktung der in unseren eigenen Kraftwerken erzeugten Energie, vielfältige Chancen und Risiken auf der Beschaffungs- und der Absatzseite.

Der steigende Anteil an vorrangig ins Netz eingespeistem Strom aus erneuerbaren und schwankenden Energiequellen hat zu einem Verfall der Preise am Großhandelsmarkt geführt. Gleichzeitig kommen unsere Kraftwerke zur Deckung von Nachfragespitzen, wie beispielsweise zur Mittagszeit, immer seltener zum Einsatz, da zu diesen Zeiten ausreichend Solar- und Windstrom vorhanden ist. Sinkende Strompreise und geringere Betriebsstunden beeinträchtigen daher die Erlöspotenziale aus unseren Erzeugungsanlagen. Dieser Marktentwicklung begegnen wir mit einer langfristig und risikodiversifiziert ausgelegten Vermarktungsstrategie, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung auf Basis der Entwicklungen an den Energie- und Rohstoffmärkten unterliegt.

Um Preisrisiken aus der Brennstoffbeschaffung abzusichern, setzen wir Kohle-, Gas- und Öl-Swaps als Sicherungsinstrumente ein. Gleichzeitig wird zur Sicherung der Stromerlöse ein Vermarktungsge-

schäft (Forward) für die eigenerzeugten Mengen abgeschlossen.

Die Strommengen für unser Vertriebsportfolio decken wir an den Großhandelsmärkten ein. Preisrisiken minimieren wir an dieser Stelle durch eine gestreute Beschaffung. Diese Strategie gewährleistet zum einen marktorientierte Beschaffungskonditionen und zum anderen schließt sie spekulative Elemente aus.

Zu Beginn des Gaswirtschaftsjahres 2013/2014 sind langfristige Vollversorgungsverträge ausgelaufen. Unsere neue Bezugsstrategie sieht analog zum Strombezug nun eine marktnahe und deutlich differenziertere Beschaffung vor. Den daraus resultierenden Marktopportunitäten stehen Mengen- und Preisrisiken gegenüber. Zur Begrenzung dieser Risiken wurde ein entsprechendes Limitsystem installiert, das zudem eine zeitliche Streuung der Beschaffungsaktivitäten sicherstellt.

In einem begrenzten und regelmäßig überwachten Rahmen betreiben wir Eigenhandel mit definierten Commodities mit dem Ziel, Handelsmargen aus den Preisbewegungen am Markt zu generieren. Daraus resultieren sowohl die Chance auf die Erzielung positiver Ergebnisbeiträge als auch das Risiko des Abschlusses von verlustreichen Geschäften.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf den Abschnitt 7 im Anhang des MAINOVA-Konzerns.

Für die Steuerung und Überwachung der Marktchancen und -risiken, die sich aus den Kerngeschäftsprozessen Energiebezug und Handel, Vertrieb und Erzeugung ergeben, ist das MRK verantwortlich.

Um Marktrisiken zu minimieren, haben wir klare Strategien und Rahmenbedingungen definiert, in deren Grenzen wir Beschaffungs- und Vermarktungsaktivitäten sowie finanzielle Sicherungs- und Eigenhandelsgeschäfte durchführen können. Die Basis hierfür bildet das Risikomanagementhandbuch, das vom MRK freigegeben und regelmäßig überprüft wird.

Die Grundlage für die Risikosteuerung ist ein entsprechendes von den operativen Einheiten unabhängiges Berichtswesen, das kontinuierlich die Risiken auf Basis der zugelassenen Instrumente überwacht. Die zentrale Kennzahl zur Steuerung der Risiken ist der Value at Risk (VaR). Dieser zeigt mögliche Ergebnisschwankungen auf, die aus offenen Positionen des Energiehandelsportfolios entstehen können. Der

VaR bezieht sich dabei auf das aktuelle sowie die drei folgenden Geschäftsjahre. Darüber hinaus werden Volumen- und absolute Verlustlimite als Steuerungsgröße definiert. Zum 31. Dezember 2014 betrug der VaR rund 17 Mio. Euro (Vorjahr 12 Mio. Euro), was einer Ausschöpfung des Limits von 33 % (Vorjahr 24 %) entspricht.

Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordnete Sachverhalte

Die allgemeinen Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordneten Sachverhalte umfassen alle Arten von Chancen und Risiken, die sich aus unserer Geschäftstätigkeit ergeben sowie sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken aus übergeordneten beziehungsweise strategischen Sachverhalten.

Die Unternehmensrisiken teilen wir entlang der Wertschöpfungsstufen in die Kategorien Erzeugung, Vertrieb, Netz und Regulierung, Finanzen und Beteiligungen, Shared Service sowie Recht, Compliance und Revision ein.

Der Erwartungswert aller erfassten Risiken entfällt mit 12 % auf die Erzeugung, 47 % auf den Vertrieb, 25 % auf Netz- und Regulierungsrisiken und 16 % auf sonstige Risiken. Der Erwartungswert nach bereits ergriffenen Gegenmaßnahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf rund 35 Mio. Euro, wovon ca. 10 Mio. Euro auf die zehn größten Risiken entfallen.

Erzeugung

Aus dem Kraftwerksbetrieb können sich, trotz regelmäßiger Überwachung und Modernisierung von Erzeugungsanlagen, Risiken aufgrund von technischen Störungen oder des Ausfalls von Anlagen ergeben. Die sachgerechte Instandhaltung und Wartung der Anlagen reduziert diese Risiken. Bei auftretenden Schäden und Ausfällen können wir die finanziellen Auswirkungen in begrenztem Ausmaß durch abgeschlossene Versicherungen verringern, nicht jedoch mögliche Produktionsausfallkosten.

Durch die Energiewende und die vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien ergeben sich neben den Risiken aus sinkenden Erzeugungsmengen auch Chancen. Wir ergreifen diese, indem wir in regenerative Erzeugungsanlagen investieren. Unser Engagement konzentriert sich überwiegend auf Beteiligungen an Photovoltaik- und Onshore-Windparks. Dabei bilden, insbesondere in Bezug auf zukünftige Investitionsentscheidungen, zuverlässige politische Rahmenbedingungen und die daraus resultierende Wirtschaftlichkeit die Grundlage für eine ausreichende Planungssicherheit.

Ferner steigern wir durch Optimierungsmaßnahmen die Rentabilität unseres konventionellen Kraftwerksparks. In den letzten Jahren konnten wir unsere großen Kraftwerksblöcke an den Standorten West und Niederrad für die Teilnahme am sogenannten Minutenreserve- und Sekundärregelmarkt qualifizieren. Diese sind somit in der Lage, Netzschwankungen kurzfristig auszugleichen und dadurch zusätzliche Deckungsbeiträge zu generieren. Dadurch leisten sie einen zunehmenden Beitrag zur Sicherstellung der Netzstabilität und Versorgungssicherheit. Zudem optimieren wir die Rentabilität unseres Kraftwerksparks durch die Vermarktung kurzfristig verfügbarer Erzeugungskapazitäten im Rahmen des Intraday-Handels.

Eine weitere Optimierungsmaßnahme zur Steigerung der Rentabilität des Kraftwerksparks ist die Umsetzung des Wärmeversorgungskonzepts. Der daraus mittelfristig entstehende Wärmeverbund zwischen den Frankfurter Erzeugungsanlagen führt zu einer effizienteren Nutzung der Erzeugungskapazitäten und zu flexibleren Einsatzmöglichkeiten der Anlagen, wodurch wir deren Fahrweise optimieren. Dies führt wiederum zu Brennstoffeinsparungen und somit zu deutlichen Kostenentlastungen. Das Konzept ermöglicht darüber hinaus Neukundenanschlüsse mit erheblichem Leistungszuwachs, was zu einer weiteren Verbesserung der Ertragslage führt.

Für die zuletzt aufgrund von geringen Markteinsatzmöglichkeiten angespannte Ergebnissituation unserer Beteiligung an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH (GKI) konnte im April 2013 gemeinsam mit der Bundesnetzagentur (BNetzA) und dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT eine Lösung gefunden werden. Die Einigung sieht vor, dass für die Nutzung von systemrelevanter Kraftwerksleistung vom Übertragungsnetzbetreiber zumindest bis April 2016 anteilig die Kosten für den Kraftwerksbetrieb erstattet werden.

Die Abnahme des Gemeinschaftskraftwerkes Bremen, an dem MAINOVA mit 25,1 % beteiligt ist, wird sich um mehr als ein Jahr verzögern und erfolgt nach aktuellem Planungsstand frühestens Mitte 2015. Aufgrund der Marktsituation im Jahr 2014 hatten die infolge der Verspätung entgangenen Erlöse nur einen geringen Einfluss auf die Ergebnissituation der MAINOVA.

Vertrieb

Aus dem sich weiter intensivierenden Wettbewerb in den Privat- und Geschäftskundenmärkten ergeben sich für uns sowohl Chancen als auch Risiken in der Strom- und Gasversorgung. Die Chancen nutzen wir, indem wir unser Vertriebsgebiet gezielt und fo-

kussiert erweitern und so neue Kunden gewinnen. Darüber hinaus ist die Pflege unserer Bestandskunden ein wichtiger Baustein, um unsere bisherigen Marktanteile zu sichern und somit das Risiko von Mengenverlusten zu mindern. Wir übernehmen für unsere Kunden zunehmend die Funktion eines umfassenden Energiedienstleisters.

Die Absatzmengen für Erdgas und Fernwärme sind in hohem Maße witterungsabhängig. Planerisch gehen wir diesbezüglich jeweils von einem durchschnittlichen Witterungsverlauf aus. Abweichungen davon können sowohl Chancen als auch Risiken darstellen. So war das Jahr 2014 im Durchschnitt deutlich wärmer als das Vorjahr, wodurch der Absatz von Erdgas und Wärme signifikant gesunken ist.

Der Bundesgerichtshof hat in verschiedenen Urteilen gegen Energieversorgungsunternehmen Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt. Die bisher als rechtssicher geltende Übernahme der gesetzlichen Preisanpassungsklauseln wurde durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs verworfen. Unsere Preisanpassungsklauseln in den Sparten Strom, Gas und Wärme waren mehrfach Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Bis heute liegt kein gerichtliches Urteil vor, das unsere Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt.

Infolge einer kartellrechtlichen Überprüfung unserer Wasserpreise haben wir uns im Jahr 2012 im Rahmen eines Vergleichs mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Hessen verpflichtet, die Wasserpreise in den Jahren 2012 bis 2014 für alle Kunden im Tarif „Aqua Classic“ unabhängig vom Jahresverbrauch um 20 % gegenüber dem Jahr 2011 zu reduzieren. Die wirtschaftlichen Belastungen aus der Vergleichsvereinbarung waren teilweise durch bilanzielle Vorsorgen gedeckt. Nach Beendigung des Vergleichszeitraums besteht weiterhin das Risiko, keine kostendeckenden Preise mehr erzielen zu können.

Netz und Regulierung

Regulatorische Risiken ergeben sich insbesondere aus den Vorgaben des EnWG einschließlich der Verordnungen sowie den Festlegungen der BNetzA zu den Kosten und Erlösen der Netzbetreiber. Diese zwingen die Netzbetreiber, die Kosten zu senken und gleichzeitig weiterhin eine angemessene Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Für die zweite Regulierungsperiode Strom (ab 2014) konnten wir eine Anhebung des Effizienzwertes für das Stromnetz der NRM um zwei Prozentpunkte erreichen. Dies führt zu deutlichen Mehrerlösen und stabilisiert den Beitrag des Netzbetreibers zum Unternehmensergebnis. Hierbei war hilfreich, dass be-

züglich der Berücksichtigung von Personalzusatzkosten mit der BNetzA ein Vergleich zugunsten der NRM geschlossen werden konnte.

Bezüglich des Gasnetzes wird die Frage, ob Personalzusatzkosten im Pachtmodell als „dauerhaft nicht beeinflussbar“ einzustufen sind, gerichtlich geklärt. Nachdem die BNetzA dies hinsichtlich des Stromnetzes anerkannt hatte, können die Chancen, dies auch bezüglich des Gasnetzes durchzusetzen, als gut bezeichnet werden. In welcher Höhe sich dies positiv auf die Erlösobergrenze der zweiten Regulierungsperiode auswirken könnte, bleibt abzuwarten.

Eine Chance zur Erhöhung der Erlösobergrenze ergibt sich ebenfalls aus der gerichtlichen Beschwerde gegen die Festlegung des Qualitätselements innerhalb der Erlösobergrenze. Der Ausgang des Verfahrens ist jedoch ungewiss.

Die geplanten Verordnungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zum flächendeckenden Einsatz intelligenter Messsysteme und intelligenter Zähler können in der von dessen Gutachtern empfohlenen Form ab dem Jahr 2016 zu erheblichem zusätzlichem Aufwand führen.

Im Jahr 2013 hat der Bundesrat die Bundesregierung in seinem Entschließungsantrag vom 5. Juli 2013 aufgefordert, baldmöglichst einen Mechanismus zu schaffen, mit dem die Investitionskosten ohne Zeitverzug in der Erlösobergrenze anerkannt werden können. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag bekräftigt, die Rahmenbedingungen für die Verteilnetze investitionsfreundlich ausgestalten zu wollen. Sie will hierbei den Evaluierungsbericht zur Anreizregulierung, den die BNetzA bis Ende 2014 vorlegen musste, als Entscheidungsgrundlage zur Weiterentwicklung der Anreizregulierung heranziehen. Während auch bei der BNetzA grundsätzlich der Bedarf an einer Verbesserung der Investitionsbedingungen in den Verteilnetzen anerkannt ist, so sind der Umfang und die Instrumente, für die sich die BNetzA aussprechen wird, noch nicht abzusehen.

Bei der rechtlichen Sicherung zur Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Strom- und Gasinfrastruktureinrichtungen müssen die konzessionsgebenden Städte und Gemeinden strukturierte Vergabeverfahren umsetzen. Bei auslaufenden Verträgen besteht auch in der Rhein-Main-Region derzeit ein hoher Anreiz für Wettbewerber, Angebote zu platzieren. Als Wettbewerber treten in der Regel andere Energieversorgungsunternehmen aus der Region auf. Diese wollen ihr Netzgeschäft ausweiten und andere verlorene

Konzessionen kompensieren. Auch MAINOVA bewirbt sich in einem definierten Radius um Frankfurt herum um weitere Strom- und Gaskonzessionen.

Neben der direkten Vergabe der Wegenutzungsverträge tendiert ein Teil der Kommunen dazu, die Konzessionen an eine Netzeigentumsgesellschaft zu vergeben, an der sie selbst als Mehrheitsgesellschafter beteiligt sind. Minderheitsgesellschafter wird in der Regel der bisherige Konzessionär. Der operative Netzbetrieb erfolgt dann weiterhin durch den bisherigen Netzbetreiber, mit dem die Netzeigentumsgesellschaft einen Pachtvertrag abschließt. Dieser Konzessionswettbewerb bietet den etablierten Netzeigentümern sowie Netzbetreibern Wachstumschancen. Gleichzeitig birgt er aber auch das Risiko, eigene Konzessionen an andere Netzeigentümer und -betreiber vollständig zu verlieren oder die Konzession nur im Rahmen eines Kooperationsmodells mit dem Konzessionsgeber weiterführen zu können.

Finanzen und Beteiligungen

Unter „Finanzen und Beteiligungen“ erfassen wir finanzielle und steuerliche Risiken sowie Chancen und Risiken aus Beteiligungen. Die finanziellen Risiken umfassen Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken, Forderungsausfallrisiken und Risiken aus der Nichteinhaltung vereinbarter Finanzkennzahlen (Covenants) aus der Fremdkapitalaufnahme.

Liquiditätsrisiken können bestehen, wenn die erforderlichen Finanzmittel zur Einhaltung von Zahlungsverpflichtungen nicht zur Verfügung stehen. Durch die Einbindung in das systematische Liquiditätsmanagement der SWFH wirken wir diesen Risiken entgegen. Wir verfügen bei der SWFH über eine Kreditlinie in Höhe von 40 Mio. Euro. Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Möglichkeit, mit der SWFH Termingelder zur Abdeckung von Liquiditätsunterdeckungen zu vereinbaren. Bei Banken liegen keine Kreditlinien vor.

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Bei uns bestehen diese Risiken für verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, bei denen die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen. Wir begegnen derartigen Zinsänderungsrisiken zum Teil durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Zins-Swaps abgeschlossen.

Forderungsausfallrisiken bestehen in Bezug auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einerseits bei den Kunden und andererseits bei den Kon-

trahenten im Energiehandel. Ein anforderungsgerechtes Forderungsmanagement sowie strenge Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen und die Gewährung von Ratenplänen führten hier zu einer Risikoreduktion.

Das Beteiligungscontrolling überwacht im Rahmen der turnusmäßigen Berichterstattung die Chancen und Risiken aus Beteiligungsgesellschaften. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, analysiert und, falls es erforderlich ist, gemeinsam mit der Gesellschaft Maßnahmen zur Risikominimierung erarbeitet. Darüber hinaus führen wir insbesondere mit den großen Beteiligungsgesellschaften regelmäßige Gespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung, in denen auch die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und Rentabilität größerer Investitionsvorhaben erörtert werden. Sofern Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hindeuten, dass die Buchwerte unserer Beteiligungsgesellschaften in ihrem Wert gemindert sind, führen wir eine Werthaltigkeitsprüfung durch.

Shared Service

In dieser Kategorie werden insbesondere Risiken aus den Bereichen Personal und IT erfasst. Im Personalbereich sind wir einem zunehmenden Wettbewerb um qualifiziertes Personal ausgesetzt. Um Risiken aus der Abwanderung von Leistungsträgern in Schlüsselfunktionen und dem damit verbundenen Verlust von Know-how entgegenzuwirken, setzen wir auf eine bedarfsgerechte Personalentwicklung und -förderung sowie die Weiterentwicklung der Unternehmenskultur. Ein betriebliches Gesundheitsmanagement und eine regelmäßige Mitarbeiterbefragung tragen ebenfalls dazu bei.

Im IT-Bereich entstehen Risiken aufgrund einer eingeschränkten Systemverfügbarkeit sowie aus Datenschutz- und Integritätsgründen. Diesen Risiken treten wir durch redundante Systemstrukturen, technische und organisatorische Schutzmaßnahmen und ein effizientes Berechtigungskonzept aktiv entgegen. Die Aufrechterhaltung und Optimierung der komplexen IT-Systeme werden maßgeblich durch den Einsatz qualifizierter interner und externer Fachkräfte sowie die kontinuierliche Modernisierung von Hard- und Software erreicht.

Recht, Compliance und Revision

Rechtliche Risiken können sich aus Änderungen der Rechtslage durch das Inkrafttreten neuer oder geänderter Gesetze und Verordnungen sowie aus höchstrichterlicher Rechtsprechung ergeben. Die im Juli 2014 in Kraft getretene Novellierung der Finanz-

marktrichtlinie, kurz MiFID II (Markets in Financial Instruments Directive), sieht vor, dass Tätigkeiten am Energiemarkt, die bislang pauschal befreit waren, nur dann nicht in die Finanzmarktregulierung einbezogen werden, wenn die engen Grenzen eines der verbliebenen Befreiungstatbestände erfüllt sind. Eine finale Einschätzung ist erst nach Fertigstellung der nachgeordneten Rechtssetzungsakte, mit denen derzeit die ESMA (European Securities and Markets Authority) befasst ist, möglich. Nach den derzeitigen Entwurfsständen spricht jedoch sehr viel dafür, dass MAINOVA nicht unmittelbar betroffen sein wird. Mittelbar können jedoch Risiken entstehen, wenn Beteiligungen unter die Finanzmarktregulierung fallen.

Durch die Einführung der REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) ergeben sich für uns als Energieerzeuger und -händler Verpflichtungen zu Datenmeldungen und zur Datentransparenz, die unter anderem die Veröffentlichung von Kraftwerksdaten umfassen. Durch geeignete interne Prozesse sowie die Schulung aller relevanten Mitarbeiter kommen wir diesen neuen Anforderungen nach.

Die finale Ausgestaltung der EMIR (European Market Infrastructure Regulation)-Verordnung ist im März 2013 in Kraft getreten. Von Clearingpflichten sind wir derzeit – und absehbar auch in Zukunft – nicht betroffen. Die Überprüfung der entsprechenden Schwellenwerte erfolgt für alle Konzerngesellschaften zentral durch die SWFH auf Basis der von MAINOVA gelieferten Daten. Die Datenmeldepflichten werden erfüllt.

Compliance-relevante Risiken umfassen Verstöße gegen interne Richtlinien und Verhaltensregeln sowie gesetzliche Vorgaben, wie beispielsweise Regelungen zu Korruption, Datenschutz oder Umweltschutz- und Arbeitssicherheitsbestimmungen. Um Compliance-Risiken zu vermindern, führt das Compliance Management regelmäßig Risikoanalysen durch und entwickelt hieraus konzerneinheitliche Grundsätze und Maßnahmen. Hierdurch erreichen wir, dass sich MAINOVA und die für sie handelnden Personen rechts- und richtlinienkonform verhalten und die Unternehmenswerte beachten. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise ein Verhaltenskodex und Compliance-Schulungen für Mitarbeiter und Führungskräfte. Zudem stellen wir sicher, dass für die betroffenen Compliance-Risiken ein hinreichender Versicherungsschutz besteht.

Sonstige Angaben

INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN KONZERNRECHNUNGSLEGUNGSPROZESS NACH §§ 289 ABS. 5 UND 315 ABS. 2 NR. 5 HGB

Die Zielsetzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Verlässlichkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung durch die Implementierung von Kontrollen sicherzustellen. Das System beinhaltet Grundsätze, Verfahren, Regelungen und Maßnahmen, um eine vollständige, korrekte und zeitnahe Erfassung von Geschäftsvorfällen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Die Grundlage hierfür sind die Identifikation möglicher Fehlerquellen und die wirksame Begrenzung daraus resultierender Risiken.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil des Rechnungslegungsprozesses der MAINOVA und erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Konzern. Es beinhaltet eine klare Funktionstrennung zwischen den beteiligten Bereichen, die darüber hinaus in quantitativer wie qualitativer Hinsicht angemessen ausgestattet sind. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen finden regelmäßig analytische Prüfungen statt. Die im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, sofern bestehende Bilanzierungsregelungen dies vorschreiben.

Die für die Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme sind durch Sicherheitsvorkehrungen vor unbefugten Zugriffen geschützt. Soweit es möglich ist, wird Standardsoftware eingesetzt. Erhaltene oder weitergegebene Rechnungslegungsdaten werden regelmäßig in Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Zudem finden durch die eingesetzte Software programmierte Plausibilitätsprüfungen statt.

Der Konzernabschluss wird mithilfe einer SAP-Konsolidierungssoftware erstellt. Die von den einzelnen Gesellschaften nach den konzernweit geltenden Bilanzierungsrichtlinien erstellten Abschlüsse fassen wir bei der MAINOVA AG zum Konzernabschluss zusammen. Die MAINOVA AG trägt die Verantwortung für die Betreuung des Konsolidierungssystems, den konzern einheitlichen Konzeptionen und die Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen.

Für die Umsetzung dieser Regelungen und die Nutzung der Instrumentarien sind die beteiligten Bereiche und Abteilungen zuständig.

Die Verantwortlichkeit für die Implementierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben liegt bei dem für Finanzen zuständigen Mitglied des Vorstands der MAINOVA. Diese Verantwortung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und konzerninternen Richtlinien für das Kontroll- und Risikomanagementsystem wird von der internen Revision durch risikoorientierte Prüfungen überwacht.

Der Aufsichtsrat überwacht als übergeordnete Instanz regelmäßig das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionsystem auf seine Angemessenheit.

GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DEN VORSTAND

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Komponente zusammen. Die fixe Komponente besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen, die im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen umfassen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem LAP teil. Die Aus-

zahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Die Vorstandsmitglieder beziehungsweise deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt beziehungsweise Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsansparungen aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN NACH §§ 289 ABS. 4 UND 315 ABS. 4 HGB

Das Grundkapital der MAINOVA AG beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetraglose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt. Davon lauten 5.499.296 (rund 98,9 %) auf den Namen und 60.704 (rund 1,1 %) auf den Inhaber. Die Inhaberaktien sind zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die mit den Aktien verbundenen Rechte und Pflichten richten sich nach dem Aktiengesetz. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Die am Kapital der Gesell-

schaft beteiligten Arbeitnehmer können ihre Stimmrechte uneingeschränkt selbst ausüben.

Nach Kenntnis der Gesellschaft hält die Mehrheitsaktionärin SWFH 4.170.002 Namens-Stückaktien und 12.078 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 75,22 %). Diese Aktien werden der Stadt Frankfurt am Main zugerechnet. Von der Minderheitsaktionärin Thüga AG (Thüga), München, werden nach Kenntnis der Gesellschaft 1.329.294 Namens-Stückaktien und 31.216 Inhaber-Stückaktien gehalten (insgesamt rund 24,47 %). Diese Aktien werden der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding) zugerechnet. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (rund 0,31 %). Die SWFH und die Thüga stimmen die Ausübung der Stimmrechte aus den Aktien nach Maßgabe der konsortialvertraglichen Vereinbarungen ab.

Die Namens-Stückaktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar, soweit diese nicht auf die SWFH übertragen werden. Die Hauptversammlung entscheidet über die Zustimmung.

Der Vorstand ist nicht zur Ausgabe oder zum Rückkauf von Aktien befugt. Die Zwangseinziehung von Aktien ist gemäß § 5 der Satzung zugelassen.

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist gemäß § 31 MitbestG eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 AktG auf höchstens fünf Jahre. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 84 Abs. 3 AktG auch für den Widerruf der Bestellung zuständig.

Soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist, bedürfen Satzungsänderungen der einfachen Kapital- und Stimmenmehrheit.

Von den von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Darlehen könnten im Falle eines Kontrollwechsels insgesamt Darlehen in Höhe von 38,7 Mio. Euro vom Darlehensgeber gekündigt werden. In diesem Fall würde die Liquidität der Gesellschaft belastet. Diese Kündigungsrechte bestehen jedoch nicht uneingeschränkt. So können sie bei einigen Darlehen nicht ausgeübt werden, wenn zusätzliche Sicherheiten gestellt werden (14,0 Mio. Euro). Bei weiteren Darlehen (24,7 Mio. Euro) ist der Darlehensgeber zwar zur Kündigung berechtigt, kann aber auch eine Anpassung der Sicherheiten verlangen.

Das Grundkapital
der MAINOVA AG
beträgt
142.336.000 Euro.

Die MAINOVA AG hat mit ihren Mitgesellchaftern in der Thüga Holding Vereinbarungen geschlossen, die gegenseitige Call-Optionen für den Fall eines Kontrollwechsels bei einer Partei vorsehen. Abweichend von den Vorschriften der §§ 289 Abs. 4 Nr. 8, 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB und des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 15a (DRS 15a) liegt ein Kontrollwechsel im Sinne dieser Vereinbarung dann vor, wenn eine Person, die zuvor keine Mehrheit der Stimmen oder des Kapitals an einer Partei hält oder sonst wie keinen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss im Sinne des § 17 AktG auf eine Partei ausübt, eine solche Mehrheit beziehungsweise einen solchen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss erlangt. Jede von einem Kontrollwechsel nicht betroffene Partei ist jeweils nach dem Verhältnis ihrer Beteiligung berechtigt, von der durch den Kontrollwechsel betroffenen Partei die Übertragung der betreffenden Aktien zu verlangen. Der Kaufpreis für die von der Call-Option betroffenen Aktien entspricht dem anteiligen Ertragswert.

Weitere wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen, sind:

Der Partnerschaftsvertrag über den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfkraftwerkes am Kraftwerksstandort Irsching. Hierin haben die Vertragsparteien vereinbart, sich im Falle eines bei einer Partei eintretenden Kontrollwechsels die jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der GKI einander zum Kauf anzubieten. Bei einem Ausscheiden aus der Kraftwerksgesellschaft würde die MAINOVA einen maßgeblichen Teil ihrer Eigenerzeugungskapazität für Strom verlieren.

Der Konsortialvertrag mit der Beteiligungsholding der Stadt Hanau steht unter dem Vorbehalt der Kündbarkeit für den Fall des Kontrollwechsels.

Der Gesellschaftsvertrag des Müllheizkraftwerkes Frankfurt am Main GmbH sieht die Möglichkeit der Kündigung für den Fall vor, dass es bei der MAINOVA oder dem Vertragspartner, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, zu einem Kontrollwechsel kommt.

Im Konsortialvertrag der Dynega Energiehandel GmbH ist die Möglichkeit des Ausschlusses eines Gesellchafter durch Gesellchafterbeschluss vorgesehen, wenn dieser nicht mehr zumindest überwiegend unmittelbar oder mittelbar in kommunalem Eigentum steht oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Der Gesellschaftsvertrag der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG sieht vor, dass die Kommanditisten einen der ihren aus der Gesellschaft ausschließen können, falls es bei diesem zu einem Kontrollwechsel kommt.

Der Gesellschaftsvertrag der Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG beinhaltet die Möglichkeit, dass die Gesellchafterversammlung den Ausschluss eines Mitgesellchafter beschließen kann, wenn dieser sich nicht mehr überwiegend in kommunalem Eigentum befindet oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß § 190 ff. UmwG oder bei Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Konzerns der Stadtwerke Frankfurt unterstellt (Beherrschungsvertrag gem. § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)

Die MAINOVA AG, Frankfurt am Main, stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs sowie nach den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes auf.

Die MAINOVA AG ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzerns, da die Ergebnisbeiträge der wesentlichen Tochterunternehmen aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge enthalten sind. Daher treffen die Ausführungen zu den Grundlagen des Konzerns und zu den Rahmenbedingungen im Wirtschaftsbericht grundsätzlich auch auf die MAINOVA AG zu.

WIRTSCHAFTSBERICHT DER MAINOVA AG

Ertragslage der Mainova AG

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Gewinn- und Verlustrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)

T 10			
MIO. €	2014	2013	Veränderung
Umsatzerlöse	2.125,8	2.295,6	-169,8
Bestandsveränderung und aktivierte Eigenleistungen	2,7	1,0	1,7
Sonstige betriebliche Erträge	90,9	115,7	-24,8
Materialaufwand	1.729,4	1.881,8	-152,4
Personalaufwand	191,0	191,4	-0,4
Abschreibungen	64,6	66,6	-2,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	152,4	190,5	-38,1
Finanzergebnis	7,9	12,6	-4,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	89,9	94,6	-4,7
Steuern	30,2	35,9	-5,7
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	59,7	58,7	1,0
Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 89,9 Mio. Euro lag um 4,7 Mio. Euro unter dem Vorjahr und leicht über Plan. Bereinigt um die im Vorjahr enthaltenen Erträge aus einem Immobilienverkauf in Höhe von rund 20 Mio. Euro

war eine positive Ergebnisentwicklung zu verzeichnen. Hierzu führten Einsparungen durch unser Effizienzprogramm EINS. Zudem wirkten sich einmalige Sachverhalte, wie beispielsweise die Sonderausschüttung einer Beteiligung und geringere Rückstellungszuführungen, ergebnissteigernd aus. Kompensiert wurden diese Effekte teilweise durch die deutlich wärmere Witterung, die einerseits zu Margenverlusten im Gas- und Wärmevertrieb sowie andererseits zu einer Verlustübernahme von der NRM geführt hat.

Das EBT der MAINOVA AG nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

T 11			
MIO. €	2014	2013	Veränderung
Wärme- und Stromerzeugung	-6,3	13,1	-19,4
Stromversorgung	7,2	-13,2	20,4
Gasversorgung	68,2	81,1	-12,9
Wärmeversorgung	-4,8	2,6	-7,4
Wasserversorgung	0,5	-0,1	0,6
Beteiligungen	24,6	11,4	13,2
Sonstiges	0,5	-0,3	0,8
	89,9	94,6	-4,7

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Segmenten entsprach im Wesentlichen den in der Ertragslage des Konzerns dargestellten Entwicklungen der bereinigten Segmentergebnisse.

Nachfolgend wird die Entwicklung der **einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung** erläutert.

Die **Umsatzerlöse** stellten sich wie folgt dar:

T 12			
MIO. €	2014	2013	Veränderung
Strom	1.103,2	1.166,1	-62,9
Gas	563,5	656,1	-92,6
Wärme, Dampf, Kälte	108,2	129,6	-21,4
Wasser	67,8	70,1	-2,3
Sonstige	283,1	273,7	9,4
	2.125,8	2.295,6	-169,8

Bei den Stromerlösen war im Vertriebsgeschäft ein absatzbedingter Umsatzrückgang bei Individualprodukten zu verzeichnen. Der Preiseffekt durch die Weitergabe der EEG-Umlage an die Kunden machte sich hingegen positiv bemerkbar. Im Handelsgeschäft bewegten sich die Erlöse nahezu auf dem Niveau des Vorjahres. Die Erlöse im witterungsab-

hängigen Gas- und Wärmegeschäft wurden maßgeblich durch einen Absatzrückgang aufgrund der deutlich höheren Durchschnittstemperaturen beeinflusst. Im Gasgeschäft wurde dieser Effekt zum Teil durch höhere Handelsumsätze kompensiert. Der Anstieg der sonstigen Umsatzerlöse entfiel auf Nebengeschäfte.

Die geringeren Strom- und Gasvertriebsmengen führten ebenfalls zu einem niedrigeren **Materialaufwand**. Auf den Gasbezug wirkten sich zudem Preiseffekte aufwandsmindernd aus. Gegenläufig war der Strombezug durch höhere Aufwendungen für die EEG-Umlage sowie die Bildung einer Drohverlustrückstellung für einen Liefervertrag beeinflusst. Aus dem Mengenrückgang resultierten auch gesunkene Netznutzungsentgelte.

Der Rückgang der **sonstigen betrieblichen Erträge** resultierte im Wesentlichen aus einem im Vorjahr enthaltenen Immobilienverkauf.

Aufgrund von ausgleichenden Effekten durch eine tariflich bedingte Gehaltsanpassung sowie einen gesunkenen Mitarbeiterbestand liegt der **Personalaufwand** nahezu unverändert auf dem Niveau des Vorjahres.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sanken insbesondere durch Kosteneinsparungen sowie geringere Rückstellungszuführungen.

Das **Finanzergebnis** wurde durch höhere Erträge aus Beteiligungen beeinflusst, die auf eine Sonderausschüttung einer Beteiligung zurückzuführen waren. Gegenläufig wirkten sich allerdings vor allem die Übernahme des witterungsbedingt angefallenen Verlusts unserer Netzgesellschaft sowie Abschreibungen auf Finanzanlagen aus.

Vermögenslage der Mainova AG

Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung)

T 13

MIO. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	749,5	746,8	2,7
Finanzanlagen	278,1	284,7	-6,6
Anlagevermögen	1.027,6	1.031,5	-3,9
Vorräte	42,5	36,7	5,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	270,7	349,0	-78,3
Übrige Vermögensgegenstände	3,9	2,3	1,6
Umlaufvermögen	317,1	388,0	-70,9
	1.344,7	1.419,5	-74,8
Passiva			
Eigenkapital	356,7	356,7	0,0
Erhaltene Zuschüsse	118,5	110,6	7,9
Rückstellungen	329,9	325,5	4,4
Übrige Verbindlichkeiten	539,6	626,7	-87,1
	1.344,7	1.419,5	-74,8

Die Bilanzsumme belief sich auf 1.344,7 Mio. Euro und lag um 74,8 Mio. Euro bzw. 5,3 % unter der Bilanzsumme des Vorjahres.

Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen im Gegensatz zum Vorjahr nur unwesentlich verändert. Der Rückgang der Finanzanlagen war im Wesentlichen durch Kapitalrückzahlungen und Abschreibungen verursacht. Das Umlaufvermögen (einschließlich aktiver Rechnungsabgrenzungsposten) lag unter dem Vorjahresniveau, was insbesondere auf witterungsbedingt geringere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen war.

Auf der Passivseite haben sich Darlehenstilgungen, geringere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und ein abrechnungstechnisch bedingter Rückgang der Erdgas- und Stromsteuerverbindlichkeiten ausgewirkt.

Finanzlage der Mainova AG

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Cashflows gegenüber dem Vorjahr:

T 14

MIO. €	2014	2013	Veränderung
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	125,4	143,2	-17,8
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-70,3	-4,7	-65,6
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-70,5	-64,4	-6,1
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-15,4	74,1	-89,5
Finanzmittelfonds	64,8	80,2	-15,4

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 17,8 Mio. Euro ab. Dies ist auf den Aufbau von Verbindlichkeiten im Vorjahr zurückzuführen. Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit lagen um 65,6 Mio. Euro über dem Vorjahr, welche Einzahlungen aus der Rückführung von Termingeldanlagen in Höhe von 60,0 Mio. Euro enthielt. Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit resultierte insbesondere aus der Gewinnabführung an die SWFH und der planmäßigen Tilgung von Krediten.

Der Finanzmittelfonds setzte sich aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung (148,4 Mio. Euro; Vorjahr 166,5 Mio. Euro) sowie den liquiden Mitteln (0,7 Mio. Euro; Vorjahr 0,6 Mio. Euro) abzüglich der Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung (84,3 Mio. Euro; Vorjahr 86,9 Mio. Euro) zusammen. Die Forderungen aus der Konzernfinanzierung entfielen vollständig auf die bei der SWFH im Rahmen des Cash Pools angelegten Tagesgelder. Bei den Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung handelte es sich um Tagesgeldanlagen von Beteiligungen.

PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT DER MAINOVA AG

Die im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns getroffenen Aussagen beziehen sich auch auf die MAINOVA AG. Da der Konzern im Wesentlichen durch die MAINOVA AG geprägt wird, unterliegen beide Abschlüsse den gleichen Einflüssen sowie Chancen und Risiken.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf Abschnitt 5 im Anhang zum Jahresabschluss der MAINOVA AG.

Für die MAINOVA AG planen wir mit einem EBT in der Größenordnung des Vorjahres. Die Entwicklung in den Segmenten wird dabei in etwa der des Konzernabschlusses entsprechen.

Die für das Jahr 2015 geplanten Investitionen der MAINOVA AG belaufen sich auf rund 123 Mio. Euro. Die Verteilung auf Anlagengruppen entspricht im Wesentlichen der im Kapitel „Zukünftige Investitionen und Finanzlage“ aufgeführten Aufteilung im Konzern.

ANGABEN ZU DEN TÄTIGKEITSABSCHLÜSSEN NACH § 6B ENWG

Gemäß der am 20. Dezember 2012 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG einzugehen. Zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zur Führung von getrennten Konten je Tätigkeitsbereich sowie zur Aufstellung von gesonderten Tätigkeitsabschlüssen verpflichtet. Als Tätigkeitsbereiche definiert das Gesetz die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung sowie den Betrieb von Flüssiggas-Anlagen (LNG-Anlagen). Ferner gehört zu den Tätigkeiten jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen.

Entsprechend dieser Berichtspflicht führen wir in der internen Rechnungslegung der MAINOVA jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung und für sonstige Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Ferner erstellen wir für diese Tätigkeitsbereiche eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Ergebnisse der Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung der MAINOVA werden von den Erlösen aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die NRM sowie von der Abführung des Ergebnisses der NRM bestimmt. Den Aufwendungen aus Konzessionsabgabe (sonstige betriebliche Aufwendungen) stehen Erträge aus der Weiterbelastung der Konzessionsabgabe an die NRM (sonstige betriebliche Erträge) gegenüber.

Der Tätigkeitsbereich Stromverteilung weist einen Jahresgewinn in Höhe von 6,0 Mio. Euro (Vorjahr 0,9 Mio. Euro) aus. Die Steigerung ist hauptsächlich

auf das gestiegene Ergebnis aus Finanzanlagen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Sachanlagen aufgrund gesteigerter Investitionen um 4,3 Mio. Euro. Auf der Passivseite sind die sonstigen Verbindlichkeiten um 9,5 Mio. Euro gesunken und die Pensionsrückstellungen um 8,1 Mio. Euro gestiegen.

Die Gasverteilung weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 16,8 Mio. Euro (Vorjahr 24,9 Mio. Euro) aus. Die Reduzierung ist hauptsächlich auf ein niedrigeres Ergebnis aus Finanzanlagen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Anteile an verbundenen Unternehmen um 6,3 Mio. Euro und die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um

24,7 Mio. Euro. Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 5,5 Mio. Euro und die sonstigen Verbindlichkeiten um 3,3 Mio. Euro gesunken. Die Pensionsrückstellungen erhöhten sich um 4,2 Mio. Euro.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG NACH § 289A HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB kann im Internet (www.mainova.de/governance-bericht) eingesehen werden.

Frankfurt am Main, den 10. März 2015



DR. ALSHEIMER



PROF. DR. BIRKNER



BREIDENBACH



HERBST

A L I Q U I S T I B U S

U I Z F V F K O N Z E R N A B S C H L U S S R A T

I G E N I S E R L Ö S E E C T I S Q U O

G E W I N N & V E R L U S T I M E N I H I T

V B G F T J H R K F R T

A S R D K A P I T A L B E R F E R U P

A C C Z L E S V E R M Ö G E N O S S U M

B G F T J H R K F R T

L Ö R E M P E F

V B G F T J H R K F R T

03

KONZERNABSCHLUSS

S. 48 Gewinn- und Verlustrechnung des MAINOVA-Konzerns

S. 49 Gesamtergebnisrechnung des MAINOVA-Konzerns

S. 50 Bilanz des MAINOVA-Konzerns

S. 52 Eigenkapitalveränderungsrechnung
des MAINOVA-Konzerns

S. 54 Kapitalflussrechnung des MAINOVA-Konzerns

S. 56 Anhang des MAINOVA-Konzerns
für das Geschäftsjahr 2014

S. 56 1. Allgemeine Grundlagen

S. 57 2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

S. 69 3. Konsolidierungsgrundsätze

S. 70 4. Konsolidierungskreis und Änderungen
des Konsolidierungskreises

S. 73 5. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

S. 78 6. Erläuterungen zur Bilanz

S. 89 7. Berichterstattung zu Finanzinstrumenten

S. 102 8. Segmentberichterstattung

S. 104 9. Angaben zur Kapitalflussrechnung

S. 104 10. Sonstiges

S.114 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

S.115 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Gewinn- und Verlustrechnung des Mainova-Konzerns

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

T 01

TSD. €	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse	(1)	2.036.746	2.211.161
Bestandsveränderungen		-1.469	1.112
Andere aktivierte Eigenleistungen		15.184	12.542
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	77.378	87.640
Materialaufwand	(3)	1.665.017	1.766.982
Personalaufwand	(4)	202.423	201.978
Abschreibungen und Wertminderungen	(5)	80.072	75.935
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)	137.604	183.573
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(7)	99.319	81.444
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)		142.042	165.431
Finanzerträge	(8)	10.179	9.769
Finanzaufwendungen	(9)	46.542	38.557
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)		105.679	136.643
Ertragsteuern	(10)	9.058	20.594
Ergebnis nach Ertragsteuern		96.621	116.049
Gesellschaftern der Mainova AG zurechenbares Jahresergebnis		94.440	114.366
Nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		2.181	1.683
Ergebnis je Stückaktie der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH als Organträger in Euro	Abschnitt 10		
Unverwässert		22,58	27,35
Verwässert		22,58	27,35

Gesamtergebnisrechnung des Mainova-Konzerns

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

T 02

TSD. €	2014	2013
Ergebnis nach Ertragsteuern	96.621	116.049
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus leistungsorientierten Pensionszusagen und Deputaten ⁽¹⁾	-8.993	-1.148
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen ⁽¹⁾	2.725	639
Erfolgsneutrale Aufwendungen und Erträge ohne zukünftige Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-6.268	-509
Cashflow Hedges ⁽¹⁾	-24.457	-3.609
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen ⁽¹⁾	-1.007	2.392
Erfolgsneutrale Aufwendungen und Erträge mit zukünftiger Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-25.464	-1.217
Sonstiges Ergebnis	-31.732	-1.726
Gesamtergebnis	64.889	114.323
davon den Gesellschaftern der Mainova AG zurechenbares Gesamtergebnis	62.456	112.705
davon Anteile nicht beherrschender Gesellschafter am Gesamtergebnis	2.433	1.618

⁽¹⁾ nach Steuern

Bilanz des Mainova-Konzerns

Summe Vermögenswerte

T 03

TSD. €	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(11)	63.118	59.964
Sachanlagen	(11)	1.259.309	1.254.411
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	(12)	825.692	804.356
Langfristige sonstige finanzielle Vermögenswerte	(13)	98.874	115.108
Latente Steueransprüche	(17)	43.792	32.483
		2.290.785	2.266.322
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	(14)	48.079	43.834
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	200.827	314.935
Forderungen aus Ertragsteuern	(16)	31.724	28.230
Sonstige Vermögenswerte	(13)	188.283	198.286
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		16.625	16.752
		485.538	602.037
		2.776.323	2.868.359

Summe Eigenkapital und Schulden

T 03			
TSD. €	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
Eigenkapital			
Anteile des Konzerns			
Gezeichnetes Kapital	(18)	142.336	142.336
Kapitalrücklage		207.082	207.082
Gewinnrücklagen	(19)	643.335	640.575
Gesellschaftern der Mainova zurechenbares Eigenkapital		992.753	989.993
Nicht beherrschende Anteile	(20)	26.161	25.163
		1.018.914	1.015.156
Langfristige Schulden			
Erhaltene Zuschüsse	(21)	105.024	87.531
Langfristige Finanzschulden	(24)	628.692	719.945
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	(25)	58.256	29.043
Pensionsrückstellungen	(22)	69.942	56.192
Andere langfristige Rückstellungen	(23)	118.744	94.206
Latente Steuerschulden	(17)	108.532	117.191
		1.089.190	1.104.108
Kurzfristige Schulden			
Kurzfristige Finanzschulden	(24)	63.491	40.579
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		197.798	236.527
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	(23)	128.197	134.705
Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern		5.679	1.1301
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	(25)	273.054	325.983
		668.219	749.095
		2.776.323	2.868.359

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Mainova-Konzerns

TSD. €	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage
Stand 01.01.2013	142.336	207.082
Periodenergebnis	-	-
Im Eigenkapital erfasste erfolgsneutrale Wertänderungen	-	-
Gesamtergebnis der Periode	-	-
Ergebnisabführung Mainova	-	-
Gewinnausschüttungen nicht beherrschende Anteile	-	-
Sonstige Veränderungen nicht beherrschende Anteile	-	-
Stand 31.12.2013	142.336	207.082
Stand 01.01.2014	142.336	207.082
Periodenergebnis	-	-
Im Eigenkapital erfasste erfolgsneutrale Wertänderungen	-	-
Gesamtergebnis der Periode	-	-
Ergebnisabführung Mainova	-	-
Gewinnausschüttungen nicht beherrschende Anteile	-	-
Sonstige Veränderungen nicht beherrschende Anteile	-	-
Stand 31.12.2014	142.336	207.082

T 04

Gewinnrücklagen							
Pensions-/ Deputate- bewertung	Cashflow Hedges	Nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen	Sonstige Gewinn- rücklagen	Gesamt	Gesellschaftern der Mainova zurechenbares Eigenkapital	Nicht beherr- schende Anteile am Eigenkapital	Eigenkapital Gesamt
-16.638	-17.018	-6.773	626.754	586.325	935.743	24.132	959.875
-	-	-	114.366	114.366	114.366	1.683	116.049
-1.148	-3.609	3.096	-	-1.661	-1.661	-65	-1.726
-1.148	-3.609	3.096	114.366	112.705	112.705	1.618	114.323
-	-	-	-58.669	-58.669	-58.669	-	-58.669
-	-	-	-	-	-	-1.320	-1.320
-	-	-	214	214	214	733	947
-17.786	-20.627	-3.677	682.665	640.575	989.993	25.163	1.015.156
-17.786	-20.627	-3.677	682.665	640.575	989.993	25.163	1.015.156
-	-	-	94.440	94.440	94.440	2.181	96.621
-8.993	-24.457	1.466	-	-31.984	-31.984	252	-31.732
-8.993	-24.457	1.466	94.440	62.456	62.456	2.433	64.889
-	-	-	-59.696	-59.696	-59.696	-	-59.696
-	-	-	-	-	-	-1.385	-1.385
-	-	-	-	-	-	-50	-50
-26.779	-45.084	-2.211	717.409	643.335	992.753	26.161	1.018.914

Kapitalflussrechnung des Mainova-Konzerns

für das Geschäftsjahr 2014

T 05

TSD. €	2014	2013
Ergebnis vor Ertragsteuern	105.679	136.643
Abschreibungen und Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	80.072	75.935
Zinsergebnis	22.005	22.190
Veränderung der Rückstellungen	31.779	10.176
Ergebnis aus dem Abgang von Anlagevermögen	458	-16.251
Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Vermögenswerte	105.288	-40.989
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Schulden	-107.132	75.277
Zahlungsunwirksame Effekte aus der Bewertung nach der Equity-Methode	-101.009	-84.475
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	24.770	-527
Einzahlungen aus Baukostenzuschüssen	20.035	18.361
Gezahlte Zinsen	-29.918	-31.508
Erhaltene Zinsen	7.884	9.360
Erhaltene Dividenden	75.052	64.409
Gezahlte Ertragsteuern	-31.835	-27.159
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	203.128	211.442
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		
Auszahlungen für Investitionen	-95.808	-119.450
Einzahlungen aus Abgängen	1.995	24.163
Cash Pooling Stadtwerke Konzern	18.117	-43.043
Vollkonsolidierte Unternehmen		
Auszahlungen für Investitionen	-	-8.421
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen		
Auszahlungen für Investitionen	-2.903	-2.713
Kapitalrückzahlungen	3.048	2.964
Sonstige Beteiligungen		
Einzahlungen aus Abgängen	1.943	-
Langfristige Ausleihungen		
Auszahlungen für Dritten gewährte Darlehen	-3.658	-5.041
Einzahlungen aus der Tilgung von Dritten gewährten Darlehen	8.310	3.519
Investitionen im Rahmen von Finanzierungsleasing		
Einzahlung aus der Tilgung von Leasingforderungen	4.779	4.410
Sonstige Veränderungen		
	-248	-153
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-64.425	-143.765

T 05		
TSD. €	2014	2013
Gewinnabführung an das Mutterunternehmen	-58.669	-51.404
An nicht beherrschende Anteile gezahlte Dividenden	-1.385	-1.320
Aufnahme von Finanzschulden	3.901	33.523
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-73.723	-46.044
Termingeldaufnahmen	-8.887	2.318
Sonstige Veränderungen nicht beherrschende Anteile	-50	1.324
Sonstige Veränderungen	-17	-
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-138.830	-61.603
Veränderung des Finanzmittelfonds	-127	6.074
Finanzmittelfonds zum Anfang der Berichtsperiode	16.752	10.678
Finanzmittelfonds zum Ende der Berichtsperiode ⁽¹⁾	16.625	16.752

⁽¹⁾ unter Berücksichtigung der Guthaben aus dem Cash Pooling bei der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH ergibt sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von 163,3 Mio. Euro (Vorjahr 172,6 Mio. Euro)

Anhang des Mainova-Konzerns für das Geschäftsjahr 2014

1. Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA AG) mit Sitz in der Solmsstr. 38, Frankfurt am Main, wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die MAINOVA AG sowie die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden im Folgenden als „Konzern“ oder „MAINOVA“ bezeichnet.

Das oberste Mutterunternehmen der MAINOVA ist die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH), Frankfurt am Main, die einen Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nach HGB aufstellt, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Das vollkonsolidierte Tochterunternehmen Hotmobil Deutschland GmbH (HMD) macht von der Befreiungsvorschrift des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch und verzichtet auf die Veröffentlichung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Für die Bilanzierung, Bewertung und den Ausweis im Konzernabschluss 2014 haben wir die Anforderungen der am Abschlussstichtag veröffentlichten und verpflichtend anzuwendenden Standards des International Accounting Standards Boards (IASB) sowie die Interpretationen des IFRS Interpretations Committees (IFRS IC) – vormals International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) beziehungsweise Standing Interpretations Committee (SIC) – ausnahmslos erfüllt.

Der Konzernabschluss der MAINOVA vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

MAINOVA erstellt diesen Konzernabschluss aufgrund der Aufstellungspflicht für börsennotierte Aktiengesellschaften nach § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB.

Der Konzernabschluss der MAINOVA wird vom Vorstand am 1. April 2015 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat wird am 15. April 2015 über die Billigung des Konzernabschlusses entscheiden. Anschließend wird der Konzernabschluss im Bundesanzeiger offengelegt.

MAINOVA ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen mit Energie und Wasser sowie Geschäftskunden bundesweit mit Strom und Gas. Zudem beliefern wir regionale Gas- und Stromversorger (Energiepartner). Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir den Netzzugang und Netzanschluss Dritten zur Verfügung und gewährleisten den sicheren Transport von Energie und Wasser. Weitere Informationen hierzu sind auch im Abschnitt 8 „Segmentberichterstattung“ enthalten.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert. Die Beträge werden, soweit dies nicht anderweitig vermerkt ist, auf Tsd. oder Mio. Euro gerundet. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Der vorliegende Abschluss umfasst das Geschäftsjahr 2014 auf der Basis der Berichtsperiode vom 1. Januar bis 31. Dezember des Jahres mit einer Vergleichsperiode.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind – mit Ausnahme der in diesem Abschnitt unter „Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ beschriebenen Änderungen – unverändert gegenüber dem Vorjahr. Die Erstellung des Konzernabschlusses der MAINOVA erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Davon ausgenommen sind die derivativen Finanzinstrumente und die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Die Realisierung der **Umsatzerlöse** erfolgt grundsätzlich mit dem Übergang der wesentlichen Chancen und Risiken aus einem Verkaufsgeschäft beziehungsweise mit der Erbringung einer Dienstleistung. Die Umsatzerlöse der MAINOVA bestehen im Wesentlichen aus Energie- und Wasserlieferungen. Sie werden zu dem Zeitpunkt realisiert, zu dem der Kunde die Energie beziehungsweise das Wasser abnimmt. Ferner beinhalten die Umsatzerlöse auch die statistische Hochrechnung zwischen dem Abrechnungszeitpunkt und dem Bilanzstichtag.

Der **Geschäfts- oder Firmenwert** (Goodwill) wird zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen angesetzt. Der Geschäfts- oder Firmenwert unterliegt gemäß IAS 36 keiner planmäßigen Abschreibung, sondern wird mindestens einmal jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung unterzogen. Beim Eintritt besonderer Ereignisse, die dazu führen können, dass der Buchwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit (ZGE) beziehungsweise von Gruppen von ZGE nicht mehr durch den erzielbaren Betrag gedeckt ist, wird auch unterjährig ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Der im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung verwendete Vorsteuerzinssatz liegt zum Stichtag zwischen 7,92 % und 8,87 % (Vorjahr zwischen 7,98 % und 9,84 %). Der Ermittlung der diskontierten Cashflows liegt die vom Vorstand genehmigte und vom Aufsichtsrat gebilligte Fünfjahresplanung zugrunde. Eine Wertaufholung in späteren Perioden ist nicht möglich. Es wurden ein Eigenkapitalkostensatz von 5,85 % (Vorjahr 6,25 %) und ein Betafaktor von 0,6 (Vorjahr 0,6) berücksichtigt.

Sonstige **immaterielle Vermögenswerte** werden mit den fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bilanziert und linear, entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer, abgeschrieben:

T 06	
	Jahre
Software	3 – 10
Nutzungs- und Gestattungsverträge je nach Vertragslaufzeit	15 – 30

Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft. Es liegen keine immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmbarer Nutzungsdauer vor. Bezüglich der Überprüfungen auf Wertminderungen verweisen wir auf die Erläuterungen zum Sachanlagevermögen in diesem Abschnitt.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger nutzungsbedingter Abschreibungen und Wertminderungen bewertet. Bei selbst erstellten Sachanlagen werden die Herstellungskosten anhand der direkt zurechenbaren Einzel- und Gemeinkosten ermittelt. Es wird die lineare Abschreibungsmethode angewandt. Wesentliche Ersatzinvestitionen sowie die Großrevisionen der Kraftwerke werden aktiviert. Aufwendungen für Reparaturen und Wartungen, die keine wesentlichen Ersatzinvestitionen darstellen, werden in dem Geschäftsjahr aufwandswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, in dem sie angefallen sind.

Jeder Teil einer Sachanlage mit wesentlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten im Verhältnis zum gesamten Wert des Vermögenswerts wird hinsichtlich der Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode getrennt von den anderen Teilen der Sachanlage beurteilt und entsprechend abgeschrieben (Komponentenansatz).

Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur dann als Buchwert des Vermögenswerts erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Konzern daraus zukünftig ein wirtschaftlicher Nutzen zufließen wird und die Kosten des Vermögenswerts zuverlässig ermittelt werden können.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen für unsere typischen Anlagen werden nach folgenden konzerneinheitlichen Nutzungsdauern bemessen:

	T 07
	Jahre
Gebäude	20 – 70
Kraftwerke und Heiz(kraft)werke	9 – 60
Stromverteilungsanlagen	12 – 60
Gasverteilungsanlagen	12 – 60
Wasserverteilungsanlagen	10 – 70
Wärmeverteilungsanlagen	15 – 45
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 – 30

Sachanlagen werden auf **Wertminderungen** überprüft, wenn Ereignisse oder veränderte Umstände vermuten lassen, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte. Darauf können insbesondere neue energiepolitische Rahmenbedingungen, eine deutliche Änderung der Preissituation an den Absatz- und Beschaffungsmärkten, geänderte regulatorische Vorgaben sowie eine Verschlechterung der zugrunde gelegten Plandaten hinweisen. In solchen Fällen erfolgt eine Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36.

Eine Wertminderung eines Vermögenswerts ist erforderlich, wenn der Buchwert über dem erzielbaren Betrag des Vermögenswerts liegt. Dabei ist gemäß IAS 36.6 der erzielbare Betrag der höhere Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten. Der Nutzungswert ergibt sich aus dem Barwert der geschätzten, zukünftig nachhaltig erzielbaren betrieblichen Cashflows aus der fortgeführten Nutzung des Vermögenswerts zuzüglich eines am Ende der Nutzungsdauer realisierbaren Restwerts. Als Grundlage für die Ermittlung des Nutzungswerts dient die vom Vorstand genehmigte und vom Aufsichtsrat gebilligte Fünfjahresplanung.

Ist es nicht möglich, den erzielbaren Betrag für einen einzelnen Vermögenswert zu bestimmen, wird die Wertminderung auf der Basis des erzielbaren Betrags der ZGE ermittelt. Diese ist als kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten definiert, die unabhängig von anderen Vermögenswerten in der Lage ist, Mittelzuflüsse aus der fortgesetzten Nutzung zu erzielen. Bei MAINOVA bestehen im Wesentlichen ZGE für die Verteilnetze Stromnetz, Gasnetz und Wassernetz sowie Kraftwerke. Die ZGE Kraftwerke setzt sich aus mehreren Heizkraftwerken (HKW West, Mitte, Niederrad und dem Müllheizkraftwerk Nordweststadt) mit zugehörigen Verbindungsnetzen zusammen, da diese sowohl bei unvorhergesehenen Produktionsausfällen als auch bei geplanten Revisionen die Versorgung der Kunden des Wärmenetzes gegenseitig sicherstellen. Bei der ZGE Kraftwerke wird eine begrenzte Nutzungsdauer der langfristigen Vermögenswerte unterstellt, sodass als Grundlage die Cashflow-Prognosen für die verbleibende Nutzungsdauer angesetzt werden. Bei den ZGE der Verteilnetze wird eine unbestimmbare Nutzungsdauer unterstellt, sodass die Planjahre um ein Normjahr als Basis für die ewige Rente ergänzt werden.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden die Kraftwerke auf Werthaltigkeit untersucht. Die Barwerte werden unter Zugrundelegung folgender Parameter ermittelt:

	2014	2013
Risikofreier Zinssatz (%)	2,25	2,65
Marktrisikoprämie (%)	6,00	6,00
Betafaktor (verschuldet)	0,85	0,75
Fremdkapital-Spread (%)	1,60	1,60
Fremdkapitalanteil (%)	33,33	33,33

Die verwendeten Parameter werden aus verfügbaren Marktdaten zum Teil direkt (risikofreier Zinssatz, Marktrisikoprämie und Fremdkapital-Spread) und zum Teil unter Verwendung einer Peergroup (Betafaktoren und Fremdkapitalanteil) abgeleitet. Durch die aufgeführten Parameter ergibt sich für die ZGE Kraftwerke ein Vorsteuerzinssatz von 8,22 % (Vorjahr 7,76 %).

Wenn der Grund für eine früher vorgenommene Wertminderung entfällt, werden die Vermögenswerte erfolgswirksam zugeschrieben, wobei der infolge der Zuschreibung erhöhte Buchwert nicht die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten übersteigen darf. An jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob ein Anhaltspunkt vorliegt, dass ein für einen Vermögenswert in früheren Perioden erfasster Wertminderungsaufwand nicht länger besteht oder sich vermindert haben könnte.

Fremdkapitalkosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Herstellung eines sogenannten qualifizierten Vermögenswerts (qualifying asset) vom Zeitpunkt der Anschaffung beziehungsweise ab dem Herstellungsbeginn bis zur Inbetriebnahme entstehen, werden als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten dieses Vermögenswerts aktiviert. Bei spezifischer Fremdfinanzierung werden die jeweiligen direkt zurechenbaren Fremdkapitalkosten berücksichtigt. Bei MAINOVA wird in der Regel nicht spezifisch finanziert, das heißt, es besteht kein direkter Zusammenhang zwischen den aufgenommenen Fremdmitteln und den getätigten Investitionen. Zur Berechnung der zu aktivierenden Fremdkapitalkosten wird ein durchschnittlicher Fremdkapitalkostensatz ermittelt. Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein durchschnittlicher Fremdfinanzierungszinssatz von 2,92 % (Vorjahr 3,03 %) zugrunde gelegt. Andere Fremdkapitalkosten werden als Aufwand erfasst.

Leasingtransaktionen, bei denen MAINOVA Leasinggeber ist und die wesentlichen Chancen und Risiken aus der Nutzung des Leasingobjekts auf den Vertragspartner übertragen werden, sind als Finanzierungsleasingverhältnisse erfasst. Die Summe des Barwerts der ausstehenden Mindestleasingzahlungen und des nicht garantierten Restwerts werden als Leasingforderung bilanziert. Die Zahlungen des Leasingnehmers werden in Tilgungsleistungen sowie Zinserträge aufgeteilt. Werden die Chancen und Risiken nicht auf den Vertragspartner übertragen, liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor, das heißt, dass das Leasingobjekt weiterhin bei MAINOVA bilanziert wird und die Leasingzahlungen als Ertrag erfasst werden. Bei den Geschäften, bei denen MAINOVA Leasingnehmer ist, liegen ausschließlich Operating-Leasingverhältnisse vor, das heißt, das Leasingobjekt wird beim Leasinggeber bilanziert und MAINOVA erfasst die Leasingzahlungen aufwandswirksam.

IFRIC 4 „Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält“ beinhaltet Kriterien zur Identifikation von Leasingelementen in Verträgen, die formal nicht als Leasingverträge bezeichnet werden. Vertragselemente, welche die Kriterien des IFRIC 4 erfüllen, sind nach den Vorschriften des IAS 17 als Leasingverträge zu bilanzieren. Bei MAINOVA fallen Contracting-Projekte in den Anwendungsbereich des IFRIC 4. Bei diesen Projekten erstellt MAINOVA eine Energieerzeugungsanlage für einen Kunden bei gleichzeitigem Abschluss eines Energieliefervertrags.

Gemäß IFRIC 18 werden die von Kunden erhaltenen **Zuschüsse** gesondert unter den langfristigen Schulden ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögenswerte linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen werden zunächst zu Anschaffungskosten angesetzt und deren Buchwert in den Folgeperioden in Höhe der anteiligen Veränderungen des Nettovermögens fortgeschrieben. Dabei werden die Buchwerte jährlich um die anteiligen Ergebnisse, ausgeschütteten Dividenden und sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht beziehungsweise vermindert. Ein bilanzierter Geschäfts- oder Firmenwert wird im Beteiligungsansatz ausgewiesen. Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen werden im sonstigen Ergebnis erfasst. Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen werden auf Wertminderungen überprüft, wenn Ereignisse oder veränderte Umstände vermuten lassen, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der erzielbare Betrag den Beteiligungsbuchwert unterschreitet. Der erzielbare Betrag wird als Barwert der geschätzten, erwarteten künftigen Cashflows ermittelt. Als Grundlage für die Ermittlung des Nutzungswerts dienen die von den Gesellschaften erstellten und von deren Aufsichtsräten gebilligten Mehrjahresplanungen. Dabei wird ein risikofreier Zinssatz von 2,25 % (Vorjahr 2,65 %) zuzüglich einer Marktrisikoprämie von 6,00 % (Vorjahr 6,00 %) unter der Nutzung folgender Betafaktoren (verschuldet) verwendet:

T 09

	2014	2013
Beteiligungen mit Garantiedividende	0,40	0,40
Beteiligungen mit anteiligen Jahresergebnissen		
Erzeugung	0,85	0,75
Sonstige	0,60	0,60

Grundsätzlich wurde ein Eigenkapitalkostensatz von 5,85 % (Vorjahr 6,25 %) und bei Erzeugungsgesellschaften ein Eigenkapitalkostensatz von 7,35 % (Vorjahr 7,15 %) verwendet sowie ein Wachstumsabschlag wie im Vorjahr in Höhe von 0,50 % angesetzt. Bei Beteiligungen mit einer Garantiedividende im Rahmen eines Ergebnisabführungsvertrags wird für den Anteil der Garantiedividende ein Eigenkapitalkostensatz von 4,65 % (Vorjahr 5,05 %) zugrunde gelegt.

Unter den **langfristigen finanziellen Vermögenswerten** werden im Wesentlichen Ausleihungen, Forderungen aus Finanzierungsleasing und sonstige Beteiligungen zusammengefasst.

Ausleihungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Marktüblich verzinsliche Ausleihungen sind zum Nominalwert und zinslose beziehungsweise niedrig verzinsliche Ausleihungen werden mit dem Barwert bilanziert.

Die Anteile an den übrigen Beteiligungen gehören ausnahmslos der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ an. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert. Sofern die beizulegenden Zeitwerte der im Abschluss enthaltenen Beteiligungen nicht zuverlässig ermittelt werden können, werden diese sowohl bei der Erstbilanzierung als auch in den Folgeperioden zu Anschaffungskosten bewertet. Liegen objektive und substantielle Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswerts vor, wird dieser in erforderlichem Umfang wertgemindert. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der erzielbare Betrag den Beteiligungsbuchwert unterschreitet. Der erzielbare Betrag wird als Barwert der geschätzten, zukünftig nachhaltig erzielbaren Cashflows ermittelt. Die verwendeten Bewertungsmethoden und -parameter entsprechen den nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen. Sofern ein Börsenpreis verfügbar ist, wird dieser herangezogen.

Die **Vorräte** werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angesetzt. Fremdkapitalkosten werden nicht aktiviert, es sei denn, es liegt ein qualifizierter Vermögenswert vor. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu gewogenen Durchschnittskosten. Die Herstellungskosten enthalten gemäß IAS 2 die direkt zurechenbaren Einzelkosten zuzüglich angemessener Gemeinkosten. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit wird durch angemessene Abschläge Rechnung getragen. Soweit es erforderlich ist, wird der im Vergleich mit dem Buchwert niedrigere realisierbare Nettoveräußerungswert angesetzt. Wertaufholungen bei früher abgewerteten Vorräten werden als Minderung des Materialaufwands erfasst.

Forderungen und sonstige Vermögenswerte werden bis auf derivative Finanzinstrumente und Leasingforderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Erforderliche Wertberichtigungen orientieren sich am tatsächlichen Ausfallrisiko. Das tatsächliche Ausfallrisiko orientiert sich einerseits an der Überfälligkeit, wobei in Abhängigkeit vom Zeitraum des Zahlungsverzugs pauschalierte Einzelwertberichtigungen vorgenommen werden. Andererseits werden Einzelwertberichtigungen aufgrund der wirtschaftlichen Situation eines Schuldners vorgenommen. Wertberichtigungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden auf separaten Wertberichtigungskonten erfasst. Eine direkte Absetzung vom Buchwert oder eine Ausbuchung von zuvor gebildeten Wertberichtigungen erfolgt erst, wenn eine Forderung uneinbringlich geworden ist. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Abschlagszahlungen auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch unserer Kunden verrechnet.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden zu konzerneinheitlich vorgegebenen Umrechnungskursen, die den Mittelkursen am Bilanzstichtag entsprechen, bewertet. Nichtmonetäre Fremdwährungsposten sind bei MAINOVA nicht vorhanden. Zum Bilanzstichtag lagen keine Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten vor.

Die **Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente** umfassen Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten und werden zum Nennwert bilanziert.

Zur **Veräußerung gehaltene Vermögenswerte** werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bilanziert. Diese Vermögenswerte werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Die **Pensionsrückstellungen** umfassen die Rückstellungen für Einzelpensionszusagen sowie für die Gewährung von Energiedeputaten an Mitarbeiter, Pensionäre und deren Hinterbliebene. Der Ermittlung der leistungsorientierten Verpflichtungen liegt zum Abschlussstichtag ein versicherungsmathematisches Gutachten eines qualifizierten versicherungsmathematischen Sachverständigen zugrunde. Die Berechnung erfolgt entsprechend IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den Renten und Anwartschaften auch zukünftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtung (sogenannten Neubewertungskomponente) werden in der Periode des Anfallens im sonstigen Ergebnis der Gesamtergebnisrechnung erfasst. Diese resultieren aus einer Abweichung der tatsächlichen Entwicklung von den unterstellten Annahmen oder aus einer Änderung der Annahmen. Die übrigen Komponenten des Pensionsaufwands (sogenannte Dienstzeit- und Nettozinskomponente) werden im Gewinn oder Verlust der Periode berücksichtigt.

Daneben sind alle Mitarbeiter im Rahmen der Bindung an die Tarifverträge des öffentlichen Diensts sowie auf der Basis einzelvertraglicher Regelungen bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK) nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst pflichtversichert.

Nach IAS 19 handelt es sich bei dieser Form der Altersvorsorge um einen leistungsorientierten Plan (Defined Benefit Plan), da die individuellen Versorgungsleistungen der ZVK an frühere Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen nicht von eingezahlten Beiträgen abhängen. Da zudem in der ZVK Mitarbeiter mehrerer Mitgliedsunternehmen versichert sind, gilt diese Form der Altersvorsorge als gemeinschaftlicher Plan mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer Plan), für welche die besonderen Vorschriften des IAS 19 anzuwenden sind.

Die Beiträge werden im Rahmen eines Umlageverfahrens erhoben. Aufgrund der Umverteilungen der Leistungen der ZVK auf die an ihr beteiligten Unternehmen und der unzureichenden Daten über die Altersstruktur, die Fluktuation und die Gehälter dieser Mitarbeiter liegen keine Informationen über den auf MAINOVA entfallenden Teil der zukünftigen Zahlungsverpflichtungen vor (wirtschaftliche Verpflichtung). Somit ist eine Rückstellungsbildung nach IFRS nicht zulässig und die Behandlung erfolgt wie bei einem beitragsorientierten Plan (Defined Contribution Plan) gemäß IAS 19.34 (a). Die laufenden Zahlungen an die ZVK stellen demnach Aufwendungen des Geschäftsjahres dar. Der Umlagesatz der ZVK Frankfurt am Main beläuft sich auf 6,0 %; hiervon übernimmt der Arbeitgeber 5,6 %, die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer beträgt 0,4 %. Daneben wird gemäß § 63 der ZVK-Satzung vom Arbeitgeber ein steuerfreies Sanierungsgeld von 3,5 % erhoben. Für einen Teil der Pflichtversicherten wird für das ZVK-pflichtige Entgelt, das über der tariflich festgesetzten Beitragsbemessungsgrenze liegt, eine zusätzliche Umlage von 9,0 % gezahlt. Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor, dass das Sanierungsgeld steigen wird. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch künftig Beitragserhöhungen erfolgen werden. Der Aufwand aus ZVK-Umlagen (Arbeitgeberanteil) ist unter den Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Pensionsplänen ist die MAINOVA den allgemeinen versicherungsmathematischen Risiken wie beispielsweise Langlebigkeits- und Zinssatzänderungsrisiken ausgesetzt.

Verpflichtungen für Beiträge zu beitragsorientierten Plänen werden als Aufwand erfasst, sobald die damit verbundene Arbeitsleistung erbracht wird.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei aufgrund von Ereignissen in der Vergangenheit, die der Höhe und/oder dem Eintrittszeitpunkt nach unsicher sind und wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden. Die Rückstellungen werden mit dem bestmöglichen Schätzbetrag an-

gesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert, wenn die zu bewertende Rückstellung eine große Anzahl von Positionen umfasst, beziehungsweise mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt, wenn eine einzelne Verpflichtung bewertet wird. Für wesentliche Rückstellungen (Altlasten, Altersteilzeit unter anderem) wurden Bewertungsgutachten beziehungsweise Berechnungen von sachverständigen Dritten eingeholt.

Alle langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten bestmöglichen Schätzbetrag bilanziert, soweit der Zinseffekt nicht von untergeordneter Bedeutung ist. Der bestmögliche Schätzbetrag umfasst auch die am Bilanzstichtag zu berücksichtigenden Kostensteigerungen. Ausgenommen davon sind Pensionsrückstellungen, für die gemäß IAS 19 gesonderte Regelungen angewandt werden.

Die MAINOVA AG ist seit 2001 als Organgesellschaft in eine ertragsteuerliche Organschaft mit der SWFH eingebunden. **Tatsächliche Steuerzahlungen und -erstattungen** treten – mit Ausnahme der Körperschaftsteuerzahlung für Ausgleichszahlungen an außenstehende Aktionäre – auf der Ebene des Organträgers ein. Bei der MAINOVA AG werden die ermittelten laufenden Steuerverpflichtungen beziehungsweise -ansprüche über Steuerumlagen abgebildet. Die Ermittlung der Steuerumlagebeträge erfolgt auf Einzelbasis, das heißt, die MAINOVA AG wird wie ein selbstständiger Steuerzahler behandelt.

Latente Steuern werden gemäß der Verbindlichkeitsmethode auf sämtliche temporären Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz der einzelnen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften gebildet. Latente Steuern aus Konsolidierungsvorgängen werden gesondert ermittelt und angesetzt. Die latenten Steueransprüche umfassen grundsätzlich auch Steuerminderungsansprüche, die sich aus der erwarteten Nutzung bestehender Verlustvorträge in Folgejahren ergeben. Eine Aktivierung erfolgt, wenn deren Realisierung mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist. Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch zur Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjekts beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden. Die latenten Steuern werden auf der Basis der Steuersätze ermittelt, die zum Realisationszeitpunkt gelten beziehungsweise erwartet werden. Der Steuersatz des Mutterunternehmens MAINOVA AG beträgt 30,70 %. Er ergibt sich aus dem Körperschaftsteuersatz von 15,00 %, dem Solidaritätszuschlag von 5,50 % auf den Körperschaftsteuersatz und dem Gewerbeertragsteuersatz von 14,88 %.

Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die von Kunden **erhaltenen Anzahlungen** werden unter den übrigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente werden zur Sicherung von Commodity-Risiken eingesetzt, die mit den Aktivitäten des Unternehmens verbunden sind. Zudem werden derivative Finanzinstrumente im Rahmen des Strom- und Gashandels (zur Erzielung von Handelsmargen) eingesetzt. Verträge, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß dem erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarf des Unternehmens abgeschlossen und in diesem Sinne gehalten werden (Eigenverbrauchsverträge), werden gemäß IAS 39 nicht als derivative Finanzinstrumente, sondern nach IAS 37 als schwebende Geschäfte bilanziert und sind insofern in der Angabe zu den sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten. Ferner werden derivative Finanzinstrumente zur Begrenzung des Risikos marktbedingter Schwankungen der Zinssätze eingesetzt.

Die erstmalige Bilanzierung erfolgt zum Handelstag.

Derivate werden als finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert, mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet und in die Kategorie „held for trading“ eingeordnet, sofern kein Hedge Accounting angewendet wird. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente werden auf Basis marktgängiger Bewertungsmodelle durch Abzinsung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Dabei basieren die Zahlungsströme der Commodity-Instrumente auf Forward-Preisen. Die Zahlungsströme für Zins-Swaps erge-

ben sich über die zum Stichtag gültige Zinsstrukturkurve und die daraus abgeleiteten Forward-Zinsen. Die verwendeten Preise spiegeln ähnliche am Hauptmarkt getätigte Transaktionen des jeweiligen Instruments wider. Bei finanziellen Vermögenswerten werden die Ausfallrisiken der Gegenpartei berücksichtigt, da aus Sicht der MAINOVA das Risiko besteht, dass die Gegenpartei ausfällt und demzufolge ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Neben der Berücksichtigung des Kreditrisikos der Gegenparteien im Falle von finanziellen Vermögenswerten wird bei finanziellen Schulden korrespondierend das eigene Ausfallrisiko berücksichtigt.

Bei den derivativen Finanzinstrumenten, die in einer Sicherungsbeziehung (Hedge Accounting) stehen, handelt es sich um Cashflow Hedges. Cashflow Hedges dienen der Absicherung einer mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden geplanten Transaktion gegen das Risiko schwankender Zahlungsströme.

Bei einem Cashflow Hedge werden die unrealisierten Gewinne und Verluste des Sicherungsgeschäfts zunächst in der Rücklage für Cashflow Hedges im sonstigen Ergebnis (Eigenkapital) erfasst und erst dann in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht, wenn das abgesicherte Grundgeschäft erfolgswirksam erfasst wird. Dabei darf nur der effektive Teil einer Sicherungsbeziehung erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis berücksichtigt werden. Der ineffektive Anteil der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts eines Sicherungsgeschäfts, für das zuvor ein Cashflow Hedge gebildet wurde, wird sofort erfolgswirksam erfasst. Entfällt das gesicherte Grundgeschäft, wird die im sonstigen Ergebnis für das Sicherungsgeschäft gebildete Rücklage sofort erfolgswirksam reklassifiziert. Diese wird ebenfalls als erfolgswirksam reklassifiziert, wenn das Hedge Accounting ineffektiv wird oder eine nominelle Übersicherung eintritt.

Für die Anwendung von Hedge Accounting gemäß IAS 39 ist eine ausführliche Dokumentation der Sicherungsbeziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sowie der Sicherungsstrategie erforderlich. Die Anforderungen umfassen weiterhin die regelmäßige retrospektive und prospektive Effektivitätsmessung (Regressionsanalyse). Bei der Beurteilung der Effektivität werden sämtliche Bestandteile der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten berücksichtigt. Das Hedge Accounting wird als effektiv angesehen, wenn die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsgeschäfts sowohl prospektiv als auch retrospektiv in einer Bandbreite von 80 bis 125 % der gegenläufigen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts liegt.

Von der Möglichkeit, Finanzinstrumente beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert einzustufen (sogenannte Fair Value Option), wird kein Gebrauch gemacht.

Unentgeltlich zugewiesene **Emissionsrechte** werden mit null Euro und für den Eigenerzeugungsbedarf entgeltlich erworbene Emissionsrechte mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Werden sie zu Handelszwecken gehalten, erfolgt am Stichtag eine Bewertung zum Marktwert. Für eine etwaige Unterdeckung am Stichtag wird eine Rückstellung in Höhe des beizulegenden Zeitwerts am Bilanzstichtag für zusätzlich benötigte Emissionsrechte gebildet.

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise deren Höhe nicht verlässlich bestimmt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden in der Bilanz grundsätzlich nicht erfasst. Die im Anhang angegebenen Verpflichtungsvolumina bei den Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Zu den **finanziellen Vermögenswerten** gemäß IAS 39 (siehe Abschnitt 7) zählen die folgenden Klassen: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, langfristige finanzielle Vermögenswerte, sonstige Vermögenswerte, Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente.

In den langfristigen finanziellen Vermögenswerten sowie den sonstigen Vermögenswerten sind darüber hinaus Vermögenswerte enthalten, die nicht in den Anwendungsbereich des IAS 39 fallen.

Ein finanzieller Vermögenswert wird erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet, falls er zu Handelszwecken gehalten oder bei erstmaligem Ansatz entsprechend bestimmt wird. Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sind mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet, und entsprechende Änderungen, die auch alle Zins- und Dividendenerträge umfassen, werden im Gewinn oder Verlust erfasst.

Zu den **finanziellen Verbindlichkeiten** zählen die Finanzschulden, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die übrigen langfristigen Verbindlichkeiten sowie die kurzfristigen Verbindlichkeiten. Auch hier sind in den übrigen langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten solche Verbindlichkeiten enthalten, die ebenfalls nicht in den Anwendungsbereich des IAS 39 fallen.

Darüber hinaus gehören die ausgegebenen Finanzgarantien ebenfalls zu den Finanzinstrumenten.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden erstmals in der Bilanz angesetzt, wenn MAINOVA Vertragspartei des Finanzinstruments wird. MAINOVA bilanziert Kredite und Forderungen ab dem Zeitpunkt, in dem sie entstanden sind. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden erstmals am Handelstag erfasst.

WESENTLICHE ERMESSENSENTSCHEIDUNGEN UND SCHÄTZUNGEN

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS sind bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden **Ermessensentscheidungen** zu treffen. Diese betreffen insbesondere folgende Sachverhalte:

- › Beurteilung, ob Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen (vergleiche Bilanzierungsmethoden von Sachanlagen und nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen in diesem Abschnitt)
- › Abgrenzung von ZGE für den Wertminderungstest (vergleiche Bilanzierungsmethoden von Sachanlagen und nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen in diesem Abschnitt)
- › Klassifizierung von Termingeschäften als Derivate oder Eigenverbrauchsverträge
- › Klassifizierung von Finanzinstrumenten (zum Beispiel zur Veräußerung verfügbar, zu Handelszwecken gehalten)
- › Klassifizierung von Leasingverträgen in Operating- und Finanzierungsleasingverhältnisse

Weiterhin sind Annahmen und **Schätzungen** aufgrund unbestimmter künftiger Ereignisse zum Bilanzstichtag erforderlich. Da die Schätzungen auf Annahmen und Prognosen beruhen, entstehen Risiken in Bezug auf den Wertansatz der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden sowie der Erträge und Aufwendungen.

Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Folgenden erläutert.

Für die Bewertung von Umsatzerlösen und Materialaufwendungen werden Hochrechnungen für bereits entstandene und noch nicht fakturierte Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zwischen dem Abrechnungszeitpunkt und dem Bilanzstichtag vorgenommen.

Bei der Bilanzierung und Bewertung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen (Deputate) sowie der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen sind hinsichtlich Abzinsungsfaktor, Gehaltstrends, Fluktuationsrate sowie Kostenschätzung der Erfüllungsbeträge Annahmen und Schätzungen erforderlich. Aufgrund des Umfangs an direkten Pensionszusagen und ähnlichen Verpflichtungen können sich aus möglichen Schätzungsänderungen in der Zukunft Auswirkungen ergeben (vergleiche Abschnitt 6 (22)). Bewertungsänderungen von Pensionsrückstellungen, die auf Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter beruhen, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst (vergleiche Abschnitt 6 (19)).

Weiterhin sind bei der Durchführung von Werthaltigkeitstests zukunftsbezogene Schlüsselannahmen zu treffen. Änderungen dieser Annahmen können aus heutiger Sicht zu einem zusätzlichen Wertminderungs- beziehungsweise einem Wertaufholungsbedarf führen, da die Bewertung insbesondere auch von der Entwicklung der langfristigen Kapitalmarktzinsen und der verwendeten langfristigen Planungsrechnungen abhängt.

Für die im Werthaltigkeitstest für Kraftwerke verwendete Planung im Erzeugungsbereich sind energiepolitische Entscheidungen wie zum Beispiel die Energiewende von Bedeutung. Auch künftige Änderungen der Strom- und Wärmepreise sowie des Steuerrechts können zu Auf- oder Abwertungen führen. Eine Erhö-

hung oder Verminderung des Zinssatzes um 0,25 % würde zu keinen wesentlichen Wertminderungen oder Wertaufholungen bei der ZGE Kraftwerke führen.

Als Bewertungsgrundlage für den Werthaltigkeitstest von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen und sonstigen Beteiligungen wird jeweils die verabschiedete Mehrjahresplanung der Beteiligungen herangezogen, welche jedoch in der langfristigen Planung gewisse Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Entwicklung enthält. Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen in Höhe von 2,1 Mio. Euro und Zuschreibungen in Höhe von 6,6 Mio. Euro vorgenommen. Eine Erhöhung des Zinssatzes um 0,25 % ergäbe eine Wertminderung von 2,8 Mio. Euro und eine Zuschreibung von 5,6 Mio. Euro. Eine Verminderung des Zinssatzes um 0,25 % würde zu Abschreibungen von 1,5 Mio. Euro und Zuschreibungen in Höhe von 7,5 Mio. Euro führen.

Bei sonstigen Beteiligungen wurden Wertminderungen in Höhe von 3,3 Mio. Euro vorgenommen. Eine Erhöhung des Zinssatzes um 0,25 % hätte zu einer Abschreibung in Höhe von 3,6 Mio. Euro geführt. Ein Rückgang des Zinssatzes um 0,25 % hätte eine Abschreibung von 2,8 Mio. Euro zur Folge.

Eine Änderung des Zinssatzes um 0,25 % würde zu keiner Goodwill-Abschreibung führen.

Die Rückstellungen für Altlasten basieren auf externen Gutachten und Berechnungen, die jährlich aktualisiert werden. Diesen liegen Kostenschätzungen der Erfüllungsbeträge für die jeweilige Verpflichtung zugrunde. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere aus Änderungen des Verpflichtungsumfanges, Abweichungen von den angenommenen Kostenentwicklungen sowie aus Änderungen des Zinsniveaus und der Zahlungszeitpunkte. Weiterhin kann eine Änderung des Diskontierungszinses zu einer Anpassung der Altlastenrückstellungen führen. Bei einer Zinssatzänderung um 0,25 % würde sich die Rückstellung um 1,5 Mio. Euro erhöhen beziehungsweise reduzieren.

Bei der Beurteilung von Rechtsstreitigkeiten im Hinblick auf die Bildung von Rückstellungen wurde eine Einschätzung des voraussichtlichen Prozessausgangs vorgenommen.

Es werden nur latente Steuern auf Verlustvorträge aktiviert, von deren Nutzbarkeit mit ausreichender Sicherheit ausgegangen werden kann. Die Einschätzung der Nutzbarkeit erfolgt anhand von steuerlichen Ergebnisplanungen. Die zugrunde liegenden Annahmen und Schätzungen basieren auf den Gegebenheiten und Einschätzungen am jeweiligen Bilanzstichtag. Durch von den Annahmen abweichende Einschätzungen sowie Entwicklungen können sich die tatsächlichen Beträge von den Schätzwerten unterscheiden. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses ist keine wesentliche Änderung der getroffenen Annahmen und Schätzungen zu erwarten.

KAPITALMANAGEMENT

Die MAINOVA AG unterliegt keinen satzungsmäßigen Kapitalerfordernissen und keinen externen Mindestkapitalanforderungen.

Seit dem Abschluss des Gewinnabführungsvertrags mit der SWFH im Jahr 2001 und gemäß der in diesem Zusammenhang erlassenen Konzernrichtlinie ist die MAINOVA AG als Organgesellschaft in die zentrale Konzernfinanzierung der SWFH eingebunden. Die SWFH übernimmt das Cash Management aller Organgesellschaften mit dem Ziel, die Kosten der Finanzierung beziehungsweise die Geldanlageerlöse zu optimieren.

Da es sich bei der Rücklage aus Cashflow Hedges im sonstigen Ergebnis um eine reine IFRS-Accounting-Größe handelt, hat diese keine Auswirkungen auf das Kapitalmanagement der MAINOVA.

Maßnahmen zur Einhaltung einer soliden Eigenkapitalquote werden im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2014 belief sich die Eigenkapitalquote auf 36,6 % (Vorjahr 35,4 %). Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrags sind Rücklagendotierungen nur begrenzt zulässig. Sofern im Rahmen von Kreditverträgen die Einhaltung bestimmter Kennzahlen gefordert wird, orientieren wir uns an diesen Vorgaben. Für durch Kommunalbürgschaften besicherte Darlehen sind keine Steuerungsmaßnahmen erforderlich.

ÄNDERUNG DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Änderungen von Standards und Interpretationen

Das IASB und das IFRS IC haben Änderungen an Standards und Interpretationen verabschiedet, die ab dem Jahr 2014 verpflichtend anzuwenden waren und sich, wie im Folgenden dargestellt, auf den Konzernabschluss der MAINOVA ausgewirkt haben:

Änderung IFRS 10 „Konzernabschlüsse“

Ziel des Standards ist es, ein einheitliches und für alle Unternehmen anwendbares Beherrschungskonzept festzulegen und die hiermit verbundene Abgrenzung des Konsolidierungskreises zu schaffen. Der Beherrschungsbegriff richtet sich dabei weniger nach der rechtlichen Struktur; es wird vielmehr auf die wirtschaftliche Betrachtungsweise abgestellt. Nach dem neuen Konzept ist Beherrschung gegeben, wenn das potenzielle Mutterunternehmen die Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten oder anderer Rechte über das potenzielle Tochterunternehmen hat, es an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Tochterunternehmen partizipiert und diese Rückflüsse durch seine Entscheidungsgewalt beeinflussen kann. Der neue Standard ersetzt die Konsolidierungsregelungen des IAS 27 und SIC 12. Aus der erstmaligen Anwendung des Standards ergaben sich keine Änderungen des Konsolidierungskreises der MAINOVA.

Änderung IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“

Mit dem Standard soll die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen gegenüber dem IAS 31 konsistenter und vergleichbarer geregelt werden. Der neue Standard regelt die Identifikation, Klassifikation und Bilanzierung von gemeinsamen Vereinbarungen (Joint Arrangements). IFRS 11 unterteilt die gemeinsamen Vereinbarungen nunmehr in gemeinschaftliche Tätigkeiten (Joint Operation) und in Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture). Bei einer gemeinschaftlichen Tätigkeit haben die Parteien, die die gemeinschaftliche Führung innehaben, Rechte an den Vermögenswerten und Verpflichtungen für die Schulden der gemeinsamen Vereinbarung und bilanzieren Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen des Beteiligungsunternehmens anteilig. Im Falle von Gemeinschaftsunternehmen haben die Parteien, die die gemeinschaftliche Führung innehaben, Rechte am Nettovermögen der gemeinsamen Vereinbarung. Gemeinschaftsunternehmen sind nach IFRS 11 zwingend nach der Equity-Methode zu bilanzieren. Das Wahlrecht zur quotalen Einbeziehung in den Konzernabschluss entfällt somit. Der Standard ersetzt die für die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen bisher einschlägigen Vorschriften IAS 31 und SIC 13. Die Änderungen führten bei MAINOVA zu Umgliederungen zwischen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen. Aufgrund der analogen Bilanzierung ergaben sich keine Auswirkungen auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der MAINOVA. Eine gemeinschaftliche Tätigkeit wurde nicht identifiziert.

Änderung IFRS 12 „Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen“

Der Standard regelt die Angabepflichten für Tochterunternehmen, Joint Ventures, assoziierte Unternehmen und strukturierte Unternehmen, sofern diese nicht in den Anwendungsbereich von IFRS 7 fallen. Der Standard erfordert Angaben zu Beteiligungen, den damit verbundenen Risiken sowie zu Ermessensentscheidungen und Annahmen in Bezug auf die Bestimmung der Beherrschung nach IFRS 10. Die Anwendung des Standards führt bei der MAINOVA zu erweiterten Anhangangaben.

Änderung IAS 36 „Wertminderung von Vermögenswerten“

Die Änderungen betreffen die Pflichtangabe des erzielbaren Betrags sowie Angaben bei Wertminderungen. Danach sind Angaben über den erzielbaren Betrag, wenn dieser Betrag auf dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten basiert, nur für in der aktuellen Periode wertgeminderte Vermögenswerte oder ZGE zu machen. Des Weiteren sind Angaben zur Ebene der Fair-Value-Hierarchie erforderlich. Für die Ebene 2 oder 3 betrifft dies zusätzliche Auskünfte über die Bewertungsmethode, Bewertungsänderungen und Bewertungsprämissen. Aus der Anwendung des Standards ergeben sich keine Auswirkungen auf den Abschluss der MAINOVA.

Änderungen weiterer Standards

Die nachfolgenden Standardänderungen hatten keine Auswirkungen auf den Jahresabschluss der MAINOVA:

- › Änderung IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 – Übergangsvorschriften (2012)
- › Änderung IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 – Investmentgesellschaften (2012)
- › Änderung IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“
- › Änderung IAS 27 „Einzelabschlüsse“ (2011)
- › Änderung IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“ (2011)
- › Änderung IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“ (2011)
- › Änderung IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“
- › IFRIC 21 „Abgaben“

NEUE STANDARDS UND INTERPRETATIONEN

Das IASB und das IFRS IC haben folgende Standards und Interpretationen verabschiedet, die für das Geschäftsjahr 2014 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Diese Standards und Interpretationen wurden im Konzernabschluss noch nicht vorzeitig angewendet.

Folgende Standards wurden von der EU übernommen, sind jedoch für das aktuelle Jahr noch nicht verpflichtend anzuwenden:

Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS

Am 12. Dezember 2013 veröffentlichte das IASB die Änderungen der Annual Improvements to IFRSs 2010–2012 Cycle und der Annual Improvements to IFRSs 2011–2013 Cycle. Die Änderungen betreffen im Einzelnen:

- › IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“ – Klarstellung zur Definition „alle IFRS, die am Ende der Berichtsperiode gelten“
- › IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“ – Klarstellung zur Definition „Ausübungsbedingungen“
- › IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ – Klarstellung zur Bilanzierung bedingter Kaufpreiszahlungen bei Unternehmenserwerb; Klarstellung zur Ausnahme vom Anwendungsbereich für Gemeinschaftsunternehmen
- › IFRS 8 „Geschäftssegmente“ – Klarstellung zu Anhangangaben in Bezug auf die Zusammenfassung von Geschäftssegmenten und zur Überleitungsrechnung vom Segmentvermögen zum Konzernvermögen
- › IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwertes“ – Klarstellung zum Unterlassen der Abzinsung von kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten; Klarstellung zum Anwendungsbereich der sogenannten Portfolio-Exception
- › IAS 16 „Sachanlagen“ / IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ – Klarstellung zur proportionalen Anpassung der kumulierten Abschreibungen bei Verwendung der Neubewertungsmethode
- › IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“ – Klarstellung zur Definition von „nahestehenden Unternehmen“ und deren Einfluss auf die Auslegung des Begriffs „Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen“
- › IAS 40 „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ – Klarstellung, dass zur Beurteilung, ob der Erwerb von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien einen Unternehmenszusammenschluss darstellt, die Regelungen von IFRS 3 maßgeblich sind

Folgende IASB-Veröffentlichungen wurden von der EU noch nicht übernommen:

Änderungen IAS 1 „Darstellungen des Abschlusses“

Die Änderungen des Standards sollen eine Verbesserung der Finanzberichterstattung in Bezug auf die Anhangangaben darstellen. Dabei wird unter anderem der Grundsatz der Wesentlichkeit stärker betont. Anhangangaben sind danach nur verpflichtend, wenn diese wesentlich sind. Zudem fordert der Standard eine weitere Unterteilung der Mindestgliederungsposten in der Bilanz sowie den Ausweis von Zwischensummen. Ferner wird dem Bilanzierenden größere Flexibilität in Bezug auf die im Anhang verwendete Reihenfolge der Angaben gewährt. Der Standard tritt voraussichtlich für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

Änderungen IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“

Mit der am 6. Mai 2014 veröffentlichten Änderung wurde die Bilanzierung eines Erwerbs von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit klargestellt. Sofern die gemeinschaftliche Tätigkeit einen Geschäftsbetrieb im Sinne von IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ darstellt, sind die Grundsätze für die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen nach IFRS 3 anzuwenden. Eine alternative Abbildung ist nach dieser Klarstellung nicht mehr zulässig. Die Änderungen sind prospektiv für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

Änderung IAS 16 „Sachanlagen“ und IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“

Die Änderungen stellen weitere Leitlinien zur Festlegung einer akzeptablen Abschreibungsmethode dar. Demnach sind umsatzbasierte Abschreibungsmethoden für Sachanlagen nicht und für immaterielle Vermögenswerte nur in Ausnahmefällen zulässig. Die Änderungen sind prospektiv für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

Änderung IAS 27 „Einzelabschlüsse“

Mit der Änderung wird die Verwendung der Equity-Methode als Bilanzierungsoption für Anteile an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen in separaten Abschlüssen der Mutterunternehmen wieder zugelassen. Somit haben Unternehmen drei Optionen zur Einbeziehung von Anteilen an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen im separaten Abschluss, nämlich die Bewertung zu (fortgeführten) Anschaffungskosten, die Fair Value-Bewertung nach IAS 39 beziehungsweise IFRS 9 sowie die Equity-Methode. Die Änderungen sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS

Am 25. September 2014 veröffentlichte das IASB die endgültigen Änderungen der Annual Improvements to IFRSs 2012–2014 Cycle. Die Änderungen betreffen im Einzelnen:

- › IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ – Ergänzung in Bezug auf die Bestimmung des Abzinsungssatzes
- › IAS 34 „Zwischenberichterstattung“ – Klarstellung bezüglich Verwendung von Querverweisen
- › IFRS 5 „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche“ –
- › zusätzliche Leitlinien für Fälle der Reklassifizierung von Vermögenswerten und deren Bilanzierung
- › IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ – Klarstellung bezüglich Angaben über Verwaltungsverträge

Die Änderungen treten für Berichtsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

IFRS 14 „Regulatorische Abgrenzungsposten“

Für IFRS-Erstanwender gestattet der Standard, dass diese Unternehmen nach dem Übergang zu den IFRS die bisher erfassten regulatorischen Abgrenzungsposten auch weiterhin erfassen dürfen. Der Standard dient als kurzfristige Zwischenlösung, bis der IASB sein grundlegendes Projekt zu preisregulierten Geschäftsvorfällen abgeschlossen hat. Der neue Standard ist verpflichtend für die Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Verträgen mit Kunden“

Am 28. Mai 2014 haben das IASB und das Financial Accounting Standards Board (FASB) den gemeinsamen Standard zur Umsatzrealisierung veröffentlicht. Zielsetzung des neuen Standards ist es, die Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenzuführen und die

Grundprinzipien für alle Branchen und für alle Umsatztransaktionen zu vereinheitlichen, um schließlich die internationale Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu gewährleisten. IFRS 15 erfasst alle Verträge mit Kunden über den Verkauf von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen. Der Standard enthält ein Fünf-Stufen-Modell, mithilfe dessen die Höhe der Umsätze und der Zeitpunkt beziehungsweise Zeitraum der Umsatzrealisierung bestimmt werden. Der Standard ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen.

Änderung IFRS 9 „Finanzinstrumente“

Am 24. Juli 2014 wurde nach einer jahrelangen Bearbeitung der finale Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ veröffentlicht, dessen primäres Ziel die Vereinfachung der Regelungen für die Bilanzierung von Finanzinstrumenten war. Der neue Standard ersetzt den IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“. Im Allgemeinen beinhaltet der IFRS 9 überarbeitete Vorgaben zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Schulden sowie Regelungen zur Ermittlung von Wertminderungen. Der neue Standard ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Änderung IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“ und IFRS 10 „Konzernabschlüsse“

Ziel der Änderungen ist die Klarstellung einer Inkonsistenz zwischen den beiden Standards hinsichtlich der Veräußerung von Vermögenswerten an ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen oder der Einlage von Vermögenswerten in ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen. Künftig soll der gesamte Gewinn oder Verlust aus einer Transaktion nur dann erfasst werden, wenn die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellen. Andernfalls ist lediglich eine anteilige Erfolgserfassung zulässig. Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

3. Konsolidierungsgrundsätze

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der Tochterunternehmen sowie die Abschlüsse der nach der Equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen wurden einheitlich nach den bei MAINOVA geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

TOCHTERUNTERNEHMEN

Beherrscht ein Unternehmen ein anderes Unternehmen, hat das Mutterunternehmen das Tochterunternehmen vollständig in den Konzernabschluss einzubeziehen. Beherrschung ist dann gegeben, wenn

- › das Mutterunternehmen die Entscheidungsmacht über die maßgeblichen Tätigkeiten des Tochterunternehmens hat,
- › das Mutterunternehmen variablen Rückflüssen aus dem Tochterunternehmen ausgesetzt ist und
- › das Mutterunternehmen die Fähigkeit hat, die Rückflüsse mittels seiner Entscheidungsgewalt über das Tochterunternehmen zu beeinflussen.

Alle Tochterunternehmen werden nach der Vollkonsolidierungsmethode in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Kapitalkonsolidierung für die Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode zum Erwerbszeitpunkt. Dabei werden die Anschaffungskosten für Anteile an Tochterunternehmen den Zeitwerten der erworbenen Vermögenswerte und Schulden gegenübergestellt. Sich ergebende Unterschiedsbeträge werden den Vermögenswerten und Schulden der einbezogenen Unternehmen zugeordnet. Der den Zeitwert der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden übersteigende Unterschiedsbetrag wird als Geschäftswert aktiviert. Negative Unterschiedsbeträge werden gemäß IFRS 3 nach erneuter Beurteilung der identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten sofort erfolgswirksam erfasst. Die mit einem Unternehmenszusammenschluss verbundenen Kosten werden als Aufwand in der Periode erfasst, in der sie angefallen sind. Diese Konsolidierungsgrundsätze gelten analog für die nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen.

Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen zwischen vollkonsolidierten Unternehmen werden aufgerechnet. Konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet. Zwischenergebnisse werden eliminiert, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Steuerabgrenzungen werden vorgenommen.

NICHT BEHERRSCHENDE ANTEILE

Nicht beherrschende Anteile werden zum Erwerbszeitpunkt nach der Neubewertungsmethode bewertet und innerhalb des Eigenkapitals des Mutterunternehmens ausgewiesen.

Änderungen des Anteils an einem Tochterunternehmen, die nicht zu einem Verlust der Beherrschung führen, werden als Eigenkapitaltransaktion bilanziert.

VERLUST DER BEHERRSCHUNG

Bei Verlust der Beherrschung über ein Tochterunternehmen werden die Vermögenswerte und Schulden des Tochterunternehmens und alle zugehörigen, nicht beherrschenden Anteile und anderen Bestandteile am Eigenkapital ausgebucht. Der entstandene Gewinn oder Verlust wird erfolgswirksam erfasst. Jede zurückbehaltene Beteiligung an dem ehemaligen Tochterunternehmen wird zu dessen beizulegendem Zeitwert angesetzt.

ANTEILE AN FINANZANLAGEN, DIE NACH DER EQUITY-METHODE BILANZIERT WERDEN

Die Anteile des Konzerns an nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen umfassen die Anteile an assoziierten Unternehmen und an Gemeinschaftsunternehmen.

Assoziierte Unternehmen sind Unternehmen, bei denen der Konzern über einen maßgeblichen Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik verfügt. Jedoch besteht keine Beherrschung oder gemeinschaftliche Führung. Eine gemeinschaftliche Führung besteht nur, wenn die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Entscheidungen die einstimmige Zustimmung der an der gemeinschaftlichen Führung beteiligten Parteien erfordern.

Ein Gemeinschaftsunternehmen ist eine gemeinschaftliche Vereinbarung, bei der die Parteien, die die gemeinschaftliche Führung innehaben, Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung haben.

4. Konsolidierungskreis und Änderungen des Konsolidierungskreises

KONSOLIDIERUNGSKREIS

Dem Anhang ist eine Liste über den Konsolidierungskreis und den Anteilsbesitz beigefügt, die alle wesentlichen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen mit Angaben zum letzten Jahresabschluss nach den Regelungen der IFRS (Umsatz, Eigenkapital und Jahresergebnis) enthält.

Tochterunternehmen

Der Kreis der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen entwickelte sich im Geschäftsjahr 2014 wie folgt:

T 10

	2014	2013
01.01.	25	18
Zugänge	–	7
Abgänge	–	–
Verschmelzungen	6	–
31.12.	19	25

Der Konzern hält die Mehrheit der Stimmrechte an diesen 19 Tochterunternehmen. An drei Tochterunternehmen bestehen wesentliche nicht beherrschende Anteile.

Nicht beherrschende Anteile

Die folgende Tabelle zeigt Informationen zu jeder Tochtergesellschaft des Konzerns mit nicht beherrschenden Anteilen vor konzerninternen Eliminierungen.

T 11

TSD. €	Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH		Mainova Gemeinschafts- windpark Hohenahr GmbH & Co. KG		Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Prozentsatz nicht beherrschende Anteile	10 %	10 %	15 %	15 %	44 %	44 %
Langfristige Vermögenswerte	18.997	20.478	28.371	29.208	17.678	17.678
Kurzfristige Vermögenswerte	2.409	3.932	6.849	7.660	11.386	9.556
Langfristige Schulden	6.504	8.287	24.508	25.107	14	14
Kurzfristige Schulden	2.098	3.169	1.975	2.482	10	11
Nettovermögen	12.804	12.954	8.737	9.279	29.040	27.209
Umsatzerlöse	8.137	9.161	2.766	8.083	–	–
Gewinn	557	633	–30	372	4.832	5.042
Sonstiges Ergebnis	–	–	–	–	–	–
Gesamtergebnis	557	633	–30	372	4.832	5.042
Nicht beherrschenden Anteilen zugeordneter Gewinn	20	54	–4	56	2.165	1.573
Nicht beherrschenden Anteilen zugeordnetes sonstiges Ergebnis	–	–	–	–	252	–65
Cashflows aus der betrieblichen Tätigkeit	2.268	3.228	2.055	–675	3.063	2.971
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	–713	–642	–712	–5.592	–	–
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	–2.535	–2.410	–1.942	8.700	–3.000	–3.000
davon: Dividenden an nicht beherrschende Anteile	–	–	–65	–	–1.320	–1.320
Nettoerhöhung (Nettoabnahme) der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	–980	176	–599	2.433	63	–29

Assoziierte und Gemeinschaftsunternehmen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen im Geschäftsjahr 2014. Die Aufteilung der assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen zu Beginn des Geschäftsjahres wurde aufgrund der erstmaligen Anwendungen von IFRS 11 angepasst.

	01.01.2014	Zugänge	Abgänge	31.12.2014
Assoziierte Unternehmen (Equity-Methode)	15	1	-	16
Gemeinschaftsunternehmen (Equity-Methode)	9	-	-	9

Bei dem Zugang bei den assoziierten Unternehmen handelt es sich um die Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft wurde trotz eines Anteils von 57,9 % aus Wesentlichkeitsgründen als assoziiertes Unternehmen eingestuft, da die aktuelle Höhe des Anteils durch die Gründung der Gesellschaft Ende 2014 bedingt ist und durch Aufnahme weiterer Gesellschafter in 2015 auf unter 50 % sinken wird.

Die Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH, Gasversorgung Offenbach GmbH sowie die Ohra Energie GmbH haben als abweichenden Stichtag den 30. September und wurden mit den Abschlüssen zu diesem abweichenden Stichtag einbezogen.

Die Beteiligung an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding) stellt nach den Kriterien des IFRS 11 ein Gemeinschaftsunternehmen dar. Nach aktienrechtlichen Vorschriften liegt kein beherrschender Einfluss vor.

Die Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH (GKI) wird trotz eines Anteilsbesitzes von unter 20 % (die Beteiligung der MAINOVA beträgt 15,6 %) als assoziiertes Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet, da der MAINOVA durch den Gesellschaftsvertrag maßgeblicher Einfluss eingeräumt wird. Bei sämtlichen wichtigen geschäftspolitischen Entscheidungen (z. B. Investitionen, Aufnahme von Krediten, Abschluss oder Änderung von Verträgen sowie Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern) ist die Einstimmigkeit der Gesellschafter erforderlich.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen zusammengefasste Finanzinformationen für die assoziierten Unternehmen und die Gemeinschaftsunternehmen:

Assoziierte Unternehmen

TSD, €	2014	2013
Langfristige Vermögenswerte	1.670.944	1.602.934
Kurzfristige Vermögenswerte	890.490	707.447
Langfristige Schulden	893.707	875.974
Kurzfristige Schulden	796.250	608.715
Umsatzerlöse	3.353.982	2.677.726
Ergebnis nach Steuern	53.832	72.866
Sonstiges Ergebnis	13.325	-15.657
Gesamtergebnis	67.157	57.209
Erhaltene Dividenden des Konzerns	26.485	16.246

Gemeinschaftsunternehmen

T 14

TSD, €	2014	2013
Langfristige Vermögenswerte	3.630.963	3.985.609
Kurzfristige Vermögenswerte	1.470.508	1.761.001
davon Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	168.152	194.133
Langfristige Schulden	1.071.160	1.383.207
Kurzfristige Schulden	1.234.239	1.591.700
Umsatzerlöse	6.104.526	6.678.599
Planmäßige Abschreibungen	21.624	21.306
Zinsaufwendungen	35.645	37.784
Ertragsteueraufwendungen	189	3.830
Ergebnis nach Steuern	281.957	307.405
Erhaltene Dividenden des Konzerns	53.072	50.456

ÄNDERUNGEN DES KONSOLIDIERUNGSKREISES

Der Kreis der verbundenen Unternehmen verringerte sich 2014 um sechs Tochterunternehmen, die verschmolzen wurden. Im Einzelnen waren dies die MAINOVA PV_Park 2 GmbH & Co. KG, die MAINOVA PV_Park 4 GmbH & Co. KG, die MAINOVA PV_Park 5 GmbH & Co. KG, die MAINOVA PV_Park 6 GmbH & Co. KG und die MAINOVA PV_Park 7 GmbH & Co. KG. Diese Tochterunternehmen wurden auf die MAINOVA PV_Park 3 GmbH & Co. KG verschmolzen. Des Weiteren wurde die MAINOVA Wind Beteiligungs GmbH & Co. KG im Zuge der Anwachsung von der MAINOVA AG übernommen.

Im Bereich der Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen wurde die Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG als neues Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen.

5. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

T 15

TSD, €	2014	2013
Stromverkauf	993.777	1.055.421
Stromsteuer	-92.687	-91.429
	901.090	963.992
Erlös Stromhandel	218.093	221.876
Gasverkauf	532.555	686.770
Erdgassteuer	-39.703	-52.489
	492.852	634.281
Erlöse Gashandel	58.320	10.345
Wärme-, Dampf- und Kälteverkauf	119.136	142.893
Netzentgelte	95.280	90.340
Wasserverkauf	67.789	70.128
Materialverkauf, Installationen und sonstige Leistungen	84.186	77.306
	2.036.746	2.211.161

(2) Sonstige betriebliche Erträge

T 16

TSD. €	2014	2013
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	13.546	20.274
Erträge aus der Auflösung von Verbindlichkeiten	15.942	8.253
Mahnerträge	3.269	3.539
Erträge aus KWK-Zuschlag	3.160	938
Erträge aus Konzessionsabgabe	3.054	5.940
Erträge aus Schadensersatz	2.262	1.423
Erträge aus Auflösung von Wertberichtigung	2.152	–
Erträge aus Mieten und Pachten	1.555	1.238
Erträge aus Anlagenabgängen	1.156	21.017
Übrige Erträge	31.282	25.018
	77.378	87.640

Die übrigen Erträge enthalten eine Vielzahl von Einzelsachverhalten. Zu dem Anstieg gegenüber dem Vorjahr haben unter anderem erhaltene Zuschüsse beigetragen.

(3) Materialaufwand

T 17

TSD. €	2014	2013
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.615.216	1.712.819
Aufwendungen für bezogene Leistungen	49.801	54.163
	1.665.017	1.766.982

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betreffen überwiegend den Gas-, Strom-, Wärme- und Wasserbezug, die Kosten für den Primärenergieeinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen entfallen im Wesentlichen auf von Dritten erbrachte Bauleistungen sowie Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen für Verteilungs- und Erzeugungsanlagen.

(4) Personalaufwand

T 18

TSD. €	2014	2013
Löhne und Gehälter	160.940	160.883
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	28.779	28.672
Aufwendungen für Altersversorgung	12.704	12.423
	202.423	201.978

(5) Abschreibungen und Wertminderungen

Es wird auf die Ausführungen zu immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen in Abschnitt 6 (11) verwiesen. Im Geschäftsjahr 2014 haben die Werthaltigkeitstests wie im Vorjahr zu keinen wesentlichen Wertminderungen geführt.

(6) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

T 19		
TSD. €	2014	2013
Konzessionsabgabe	49.869	50.680
Fremdleistungen (Verwaltung, IT, Gebäude)	22.305	22.148
Zuführungen zu Rückstellungen	14.860	42.689
Mieten, Pachten, Gebühren	6.843	8.112
Gutachten und Beratung	6.731	6.336
Wertminderungen auf Forderungen	5.958	7.317
Werbekosten	4.212	4.575
Sonstige Steuern	3.844	3.867
Aus- und Fortbildungskosten	3.311	3.207
Versicherungen	3.026	3.230
Prüfungs-, Gerichts- und Notarkosten	1.825	1.340
Verluste aus Anlageabgängen	1.614	4.766
Übrige Aufwendungen	13.206	25.306
	137.604	183.573

Die Aufwendungen aus Operating-Leasingverträgen betragen im Geschäftsjahr 2014 6,1 Mio. Euro (Vorjahr 7,4 Mio. Euro).

Die übrigen Aufwendungen enthalten eine Vielzahl von Einzelsachverhalten. Der Rückgang resultiert unter anderem aus einer im Vorjahr enthaltenen Nachzahlung von sonstigen Steuern sowie aus gesunkenen Portokosten und Provisionen.

(7) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

T 20		
TSD. €	2014	2013
Planmäßige Fortschreibung	94.795	82.844
Wertaufholungen	6.670	-
Wertminderungen	2.146	1.400
	99.319	81.444

Bezüglich der Wertaufholungen und Wertminderungen verweisen wir auf Abschnitt 2.

(8) Finanzerträge

T 21		
TSD. €	2014	2013
Zinserträge aus Leasing	6.684	7.103
Erträge aus Beteiligungen	2.110	155
Erträge aus Ausleihungen	552	745
Zinserträge aus Geldanlagen	126	35
Sonstige finanzielle Erträge	522	1.432
Sonstige nicht finanzielle Erträge	185	299
	10.179	9.769

(9) Finanzaufwendungen

T 22

TSD, €	2014	2013
Zinsaufwand Fremddarlehen	26.113	27.739
Aufzinsung langfristige Rückstellungen	11.203	58
Wertminderungen auf Beteiligungen	3.251	5.089
Zinsaufwand Pensionsverpflichtungen	1.709	1.696
Sonstige finanzielle Aufwendungen	4.072	3.810
Sonstige nicht finanzielle Aufwendungen	194	165
	46.542	38.557

Unter den sonstigen finanziellen Aufwendungen werden überwiegend Avalprovisionen ausgewiesen.

(10) Ertragsteuern

T 23

TSD, €	2014	2013
Tatsächliche Ertragsteuern	27.224	32.035
Latente Steuern	-18.166	-11.441
	9.058	20.594

Der Steueraufwand und -ertrag teilt sich wie folgt auf:

T 24

TSD, €	2014	2013
Laufender Steueraufwand	27.224	32.035
Steueraufwand für das laufende Jahr	26.586	32.213
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag	691	-120
Minderung des laufenden Steueraufwands aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	-53	-58
Latenter Steuerertrag	-18.166	-11.441
Latente Steuern aus temporären Bewertungsunterschieden	-16.964	-2.904
Latente Steuern aufgrund des nachträglichen Ansatzes bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	-74	-4.742
Periodenfremder latenter Steuerertrag	-1.128	-3.795
Steueraufwand	9.058	20.594

Aufgrund des am 29. August 2001 geschlossenen Gewinnabführungsvertrags ist MAINOVA verpflichtet, ihren gesamten Gewinn an die SWFH abzuführen. Dies hat nach geltendem Steuerrecht zur Folge, dass MAINOVA einen entstehenden Gewinn nur insoweit der Körperschaftsteuer unterwerfen muss, als dieser für Ausgleichszahlungen an außenstehende Aktionäre verwendet wird (§ 16 KStG). Der Gewerbeertrag wird bei MAINOVA unabhängig von der Leistung von Ausgleichszahlungen keiner Gewerbesteuer unterworfen.

MAINOVA verpflichtet sich mit dem 2004 abgeschlossenen Steuerumlagevertrag, den entstehenden Steuervorteil der SWFH im Wege einer Steuerumlage zuzuführen. Die Steuerumlagen werden nach der sogenannten Belastungsmethode (Stand-alone-Methode) entsprechend der hypothetischen Steuerbelastung der MAINOVA unter Berücksichtigung der bei MAINOVA direkt anfallenden Steuerbelastung (zurzeit Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag auf die Ausgleichszahlung an außenstehende Aktionäre) errechnet, als ob MAINOVA selbstständig zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer herangezogen würde.

Die Organgesellschaft (MAINOVA AG) hat ihr Einkommen in Höhe von 20/17 der geleisteten Ausgleichszahlungen an außenstehende Aktionäre selbst zu versteuern.

Die tatsächlichen Steuern enthalten im Wesentlichen Steuerumlagen für 2014 an die SWFH für Körperschaftsteuer inklusive Solidaritätszuschlag in Höhe von 11,0 Mio. Euro und Gewerbesteuer in Höhe von 12,9 Mio. Euro sowie die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag für die Ausgleichszahlung in Höhe von 2,4 Mio. Euro.

Der Steuersatz des Mutterunternehmens MAINOVA AG beträgt wie im Vorjahr 30,7 %.

Bei den in den Konzernabschluss einzubeziehenden Gesellschaften NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM), MAINOVA EnergieDienste GmbH (MED), MAINOVA ServiceDienste Gesellschaft mbH, SRM Straßen-Beleuchtung Rhein-Main GmbH, Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH (BKF) und Energieversorgung Main-Spessart GmbH fallen aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft mit der MAINOVA AG keine laufenden Steuern an. Aufgrund der Verlustvorträge der Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH (EWT) sowie der MAINOVA Beteiligungsgesellschaft mbH (MBG) entsteht im Geschäftsjahr keine Steuerschuld. Kein laufender Steueraufwand entsteht ferner bei der HMD aufgrund der Organschaft mit der MED, die als Tochtergesellschaft der MAINOVA AG in den Konzernabschluss einbezogen wird.

Im Berichtsjahr wurden bisher nicht aktivierte steuerliche Verlustvorträge von 0,1 Mio. Euro genutzt.

Die Überleitung vom erwarteten Ertragsteueraufwand zum tatsächlichen Ertragsteueraufwand wird nachfolgend dargestellt:

	T 25	
TSD. €	2014	2013
Ergebnis vor Ertragsteuern	105.679	136.643
Steuersatz	30,70 %	30,70 %
Erwarteter Ertragsteueraufwand	32.443	41.949
Steuereffekte durch:		
Erträge aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-29.598	-24.369
Steuerfreie Teilwertabschreibung auf at Cost-Beteiligung	998	1.562
Steuersatzeffekte aus Nicht-Organgesellschaften und Personengesellschaften	605	41
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	2.634	4.595
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen und Kürzungen	435	267
Veränderung nicht bewerteter Verlustvorträge	357	-532
Steuerfreie Dividenden	-126	51
Periodenfremde Steuern	355	-4.036
Sonstige permanente Differenzen	-592	430
Sonstiges	1.547	636
Tatsächlicher Ertragsteueraufwand	9.058	20.594
Tatsächlicher Konzernertragsteuersatz	8,57 %	15,07 %

Bei den steuerfreien Erträgen aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen wurde der Saldo aus Fortschreibungen abzüglich Wertminderungen zu 95 % (Kapitalgesellschaften) beziehungsweise zu 100 % (Personengesellschaften für die Gewerbesteuer) unter Berücksichtigung der jeweils anzuwendenden Steuersätze angesetzt.

Bei den steuerfreien Dividenden handelt es sich um Ausschüttungen von sonstigen Beteiligungen, die nicht in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Diese sind laut § 8b KStG steuerfrei.

Die periodenfremden Steuern enthalten den Ertrag aus der Anpassung des steuerlichen Ausgleichspostens in Höhe von -1,1 Mio. Euro (Vorjahr -3,8 Mio. Euro). Darüber hinaus ist ein tatsächlicher Steueraufwand in Höhe von 0,7 Mio. Euro (Vorjahr -0,1 Mio. Euro) enthalten.

6. Erläuterungen zur Bilanz

(11) Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten der immateriellen Vermögenswerte und des Sachanlagevermögens sowie ihre Entwicklung sind auf den folgenden Seiten dargestellt:

TSD. €	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Stand am 31.12.2014
	Stand am 01.01.2014	Zugänge	Zugänge Konsolidie- rungskreis	Abgänge	Umbuchungen	
Immaterielle Vermögenswerte						
Konzessionen und ähnliche Rechte	104.405	8.101	–	6	2.755	115.255
Geschäfts- oder Firmenwert	8.377	–	–	–	–	8.377
Geleistete Anzahlungen	540	–540	–	–	–	–
	113.322	7.561	–	6	2.755	123.632
Sachanlagen						
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	387.700	405	–	7.279	516	381.342
Technische Anlagen und Maschinen						
a) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	778.743	10.051	–	7.420	22.522	803.896
davon Wertminderung						
b) Verteilungsanlagen	1.900.835	38.055	–	2.456	10.336	1.946.770
	2.679.578	48.106	–	9.876	32.858	2.750.666
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	171.422	4.340	–	3.838	1.625	173.549
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	49.205	35.395	–	717	–37.754	46.129
	3.287.905	88.246	–	21.710	–2.755	3.351.686
	3.401.227	95.807	–	21.716	–	3.475.318

TSD. €	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Stand am 31.12.2013
	Stand am 01.01.2013	Zugänge	Zugänge Konsolidie- rungskreis	Abgänge	Umbuchungen	
Immaterielle Vermögenswerte						
Konzessionen und ähnliche Rechte	99.406	7.676	–	5.018	2.341	104.405
Geschäfts- oder Firmenwert	7.810	–	–	88	655	8.377
Geleistete Anzahlungen	632	–	–	–	–92	540
	107.848	7.676	–	5.106	2.904	113.322
Sachanlagen						
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	384.331	862	–	1.147	3.654	387.700
Technische Anlagen und Maschinen						
a) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	645.851	35.215	45.208	8.050	60.519	778.743
b) Verteilungsanlagen	1.856.286	35.714	–	2.200	11.035	1.900.835
	2.502.137	70.929	45.208	10.250	71.554	2.679.578
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	167.469	3.496	–	2.772	3.228	171.421
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	90.422	36.487	5.004	1.367	–81.340	49.206
	3.144.359	111.774	50.212	15.536	–2.904	3.287.905
	3.252.207	119.450	50.212	20.642	–	3.401.227

T 26

Abschreibungen und Wertminderungen			Restbuchwert		
Stand am 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2014	Stand am 31.12.2014	Stand am 31.12.2013
53.358	7.141	–	60.514	54.741	51.047
–	–	–	–	8.377	8.377
–	–	–	–	–	540
53.358	7.141	–	60.514	63.118	59.964
177.058	8.477	6.736	178.799	202.543	210.642
509.293	20.605	1.484	528.460	275.436	269.450
	1.655				
1.217.893	36.065	2.236	1.251.684	695.086	682.942
1.727.186	56.670	3.720	1.780.144	970.522	952.392
129.250	7.784	3.577	133.434	40.115	42.171
–	–	–	–	46.129	49.206
2.033.494	72.931	14.033	2.092.377	1.259.309	1.254.411
2.086.852	80.072	14.033	2.152.891	1.322.427	1.314.375

T 27

Abschreibungen und Wertminderungen			Restbuchwert		
Stand am 01.01.2013	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2013	Stand am 31.12.2013	Stand am 31.12.2012
47.550	6.838	1.030	53.358	51.047	51.856
–	–	–	–	8.377	7.810
–	–	–	–	540	632
47.550	6.838	1.030	53.358	59.964	60.298
169.139	8.621	702	177.058	210.642	215.192
495.485	16.586	2.778	509.293	269.450	150.366
1.184.297	35.642	2.046	1.217.893	682.942	671.989
1.679.782	52.228	4.824	1.727.186	952.392	822.355
123.604	8.248	2.602	129.250	42.171	43.865
–	–	–	–	49.206	90.422
1.972.525	69.097	8.128	2.033.494	1.254.411	1.171.834
2.020.075	75.935	9.158	2.086.852	1.314.375	1.232.132

In den Zugängen der Anschaffungs- oder Herstellungskosten sind aktivierte Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,1 Mio. Euro) enthalten.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden 1,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,5 Mio. Euro) für nicht aktivierungsfähige technische Innovationen aufgewendet.

Aus dem jährlich vorzunehmenden Werthaltigkeitstest für den Geschäfts- oder Firmenwert der HMD hat sich keine Wertminderung ergeben. Die Geschäftstätigkeit dieser vollkonsolidierten Gesellschaft stellt eine eigene ZGE dar.

Bei der ZGE Kraftwerke wurde ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Der Anlass hierfür waren einerseits die Überprüfung der in Vorjahren vorgenommenen Wertminderungen, andererseits die Entwicklung der Margen für die Stromerzeugung. Die Überprüfung hat im Geschäftsjahr weder zu einer Wertminderung noch zu einer Wertaufholung geführt.

Die Grundlagen und Parameter der Werthaltigkeitstests sind in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zum Sachanlagevermögen (Abschnitt 2) dargestellt.

Bei den immateriellen Vermögenswerten sowie im Sachanlagevermögen liegen zum Bilanzstichtag keine Beschränkungen hinsichtlich der Verfügungsrechte vor.

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2014 wie im Vorjahr keine Entschädigungen von Dritten für immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagevermögen, die wertgemindert oder außer Betrieb genommen wurden, erfasst.

(12) Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Buchwerts der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen:

T 28		
TSD. €	2014	2013
Anfangsbestand 01.01.	804.356	786.834
Jahresergebnisse	94.795	82.844
Aufwand aus Wertminderungen	-2.146	-1.400
Ertrag aus Wertaufholungen	6.670	-
Dividenden	-79.556	-66.702
Zugänge	2.903	2.713
Abgänge	-3.048	-2.964
Im Eigenkapital erfasste erfolgsneutrale Wertänderungen	1.718	3.031
Endbestand 31.12.	825.692	804.356

(13) Langfristige sonstige finanzielle Vermögenswerte sowie sonstige Vermögenswerte

In den nachfolgenden Tabellen werden die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte aufgeschlüsselt:

T 29

TSD. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt
Forderungen aus Finanzierungsleasing	66.104	5.321	71.425	68.848	4.779	73.627
Sonstige Beteiligungen	19.687	–	19.687	24.763	–	24.763
Ausleihungen an Beteiligungen	9.908	–	9.908	13.917	–	13.917
Sonstige Ausleihungen	2.461	–	2.461	3.314	–	3.314
Derivative Finanzinstrumente	316	8.327	8.643	4.208	5.155	9.363
Forderungen aus Cash Pooling gegen den Stadtwerke-Konzern	–	148.388	148.388	–	166.505	166.505
Übrige finanzielle Vermögenswerte	213	14.692	14.905	58	16.906	16.964
Übrige nicht finanzielle Vermögenswerte	185	11.555	11.740	–	4.941	4.941
	98.874	188.283	287.157	115.108	198.286	313.394

Die derivativen Finanzinstrumente setzen sich wie folgt zusammen:

T 30

TSD. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt
Derivative Finanzinstrumente	316	8.327	8.643	4.208	5.155	9.363
davon ohne Sicherungsbeziehung	316	8.327	8.643	3.380	5.075	8.455
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	–	–	–	828	80	908

Im Jahr 2014 wurden wie im Vorjahr keine Wertberichtigungen auf sonstige Vermögenswerte vorgenommen.

(14) Vorräte

T 31

TSD. €	31.12.2014	31.12.2013
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	17.642	15.908
Emissionsrechte	25.410	21.413
Unfertige Leistungen	4.793	6.273
Waren	234	240
	48.079	43.834

In den **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen** sind hauptsächlich Bau- und Installationsmaterialien sowie der Bestand an Kohle und Heizöl für den Betrieb der HKW ausgewiesen. Die kumulierten Gängigkeitsabschreibungen auf den Bestand an Bau- und Installationsmaterial betragen insgesamt 6,3 Mio. Euro (Vorjahr 6,1 Mio. Euro). In 2014 wurden somit Abwertungen in Höhe von 0,2 Mio. Euro ergebniswirksam gebucht.

Die **unfertigen Leistungen** enthalten noch nicht abgerechnete Bau- und Reparaturleistungen.

Verfügungsbeschränkungen oder andere Belastungen liegen nicht vor. Zuschreibungen und Bewertungen zum Nettoveräußerungspreis wurden nicht vorgenommen.

(15) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 200,8 Mio. Euro (Vorjahr 314,9 Mio. Euro) sind abgegrenzte, noch nicht abgerechnete Gas-, Strom-, Wärme- und Wasserlieferungen zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten, denen geleistete Abschläge gegenüberstehen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 betrug der Buchwert der nicht wertgeminderten und nicht überfälligen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 167,6 Mio. Euro (Vorjahr 272,9 Mio. Euro). Bei diesen Forderungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der **überfälligen Forderungen**, die noch nicht wertgemindert wurden:

T 32

TSD. €	Überfällig seit				Gesamt
	1–30 Tagen	31–60 Tagen	61–90 Tagen	mehr als 90 Tagen	
31.12.2014	18.153	4.351	2.052	8.648	33.204
31.12.2013	26.501	3.946	1.569	5.449	37.465

Bei den fälligen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Energieabrechnungen mit sofortiger Fälligkeit.

Die **Wertberichtigungen** (einschließlich pauschalierter Einzelwertberichtigungen) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

T 33

TSD. €	2014	2013
Stand 01.01.	7.637	4.025
Im Berichtszeitraum als Aufwand erfasster Betrag	1.859	6.302
Ausbuchung von Forderungen	-1.519	-1.146
Zahlungseingänge und Wertaufholungen auf ursprünglich abgeschriebene Forderungen	-926	-1.544
Stand 31.12.	7.051	7.637

(16) Forderungen aus Ertragsteuern

Die Forderungen aus Ertragsteuern betreffen mit 28,6 Mio. Euro (Vorjahr 24,2 Mio. Euro) anrechenbare Kapitalertragsteuer sowie mit 3,1 Mio. Euro (Vorjahr 4,0 Mio. Euro) Körperschaftsteuerguthaben.

(17) Latente Steuern

Die latenten Steueransprüche und -schulden resultieren aus folgenden Posten:

T 34

TSD. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Latente Steueransprüche	Latente Steuerschulden	Davon erfolgswirksame Veränderungen	Latente Steueransprüche	Latente Steuerschulden	Davon erfolgswirksame Veränderungen
Langfristige Vermögenswerte						
Immaterielle Vermögenswerte	–	2.784	–355	–	2.429	–479
Sachanlagen	328	122.305	40	1.836	123.853	–1.879
Tochterunternehmen und nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	–	4.819	–501	–	4.318	–437
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	–	19.941	1.052	–	21.258	–1.097
Kurzfristige Vermögenswerte						
Vorräte	–	–	–	–	–	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	756	116	–	872	–322
Sonstige Vermögenswerte	909	3.591	–986	1.000	2.720	177
Langfristige Schulden						
Erhaltene Zuschüsse	2.542	–	485	2.056	–	389
Langfristige Finanzschulden	–	–	–4	4	–	20
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	18.227	–	1.948	8.955	–	–137
Pensionsrückstellungen	11.972	148	527	7.988	675	–29
Andere langfristige Rückstellungen	18.197	–	1.655	16.691	149	966
Kurzfristige Schulden						
Kurzfristige Finanzschulden	245	–	3	242	–	251
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	587	–	538	50	–	50
Sonstige Rückstellungen	33.369	13	6.230	27.315	189	12.272
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	12.533	–	7.061	5.869	–	982
Verlustvorträge	1.078	–	355	736	–	714
Zwischensumme	99.987	154.357	18.164	72.742	156.463	11.441
Wertberichtigung	10.370	–	–2	987	–	–
Saldierung	45.825	45.825	–	39.272	39.272	–
Bilanzausweis	43.792	108.532	18.166	32.483	117.191	11.441

Von den latenten Steueransprüchen aus Pensionsrückstellungen wurden 12,0 Mio. Euro (Vorjahr 8,0 Mio. Euro) erfolgsneutral gebildet. Von den latenten Steuerschulden aus den übrigen langfristigen Forderungen und finanziellen Vermögenswerten, den sonstigen Vermögenswerten und den langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten wurden latente Steuerschulden in Höhe von 14,2 Mio. Euro (Vorjahr 8,8 Mio. Euro) erfolgsneutral gebildet. Insgesamt ergab sich damit eine erfolgsneutrale Veränderung der latenten Steuern in Höhe von 2,7 Mio. Euro (Vorjahr 0,5 Mio. Euro).

Latente Steueransprüche und -schulden sind je Gesellschaft beziehungsweise Organkreis miteinander saldiert. Latente Steuern auf temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen wurden mit den anzuwendenden Steuersätzen gebildet.

Auf temporäre Unterschiede aus Beteiligungen zwischen Steuerbilanz und Konzernabschluss wurden in Höhe von 5,8 Mio. Euro (Vorjahr 5,6 Mio. Euro) keine passiven latenten Steuern erfasst, da eine Umkehrung durch Dividendenausschüttungen oder Veräußerung von Gesellschaften in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich ist.

Es werden nur auf solche Verlustvorträge und Vorträge aus der Zinsschranke, von deren Nutzbarkeit mit ausreichender Sicherheit ausgegangen werden kann, latente Steueransprüche gebildet. Steuerliche Verlustvorträge bestehen zum 31. Dezember 2014 bei den Tochtergesellschaften NRM, MBG, MAINOVA Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG (WPH), MAINOVA Windpark Remlingen GmbH & Co. KG, Zweite MAINOVA Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, MAINOVA Windpark Siegbach GmbH & Co. KG, MAINOVA Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG und EWT.

Für die steuerlichen Verlustvorträge der EWT und MBG wurde kein latenter Steueranspruch angesetzt, da die Gesellschaften als Beteiligungsholding nahezu ausschließlich steuerfreie Dividendenerträge erzielen und somit gegenwärtig nicht damit gerechnet wird, dass zukünftig ein steuerpflichtiges Ergebnis zur Nutzung der Verlustvorträge zur Verfügung stehen wird.

Aufgrund der seit dem 1. Januar 2012 bestehenden gewerbe- und körperschaftsteuerlichen Organschaft mit der NRM wird davon ausgegangen, dass diese steuerlichen Verluste nicht mehr nutzbar sind.

Latente Steueransprüche auf oben genannte Verlustvorträge wurden in folgender Höhe nicht angesetzt:

T 35		
TSD. €	2014	2013
Gewerbesteuer	4.975	5.206
Körperschaftsteuer	8.855	9.133
Zinsschranke	20.319	16.266

EIGENKAPITAL

Die Gewinnabführung je Anteil für das Geschäftsjahr 2014 beträgt für die SWFH 11,14 Euro/Stück (Vorjahr 10,91 Euro/Stück) und die Dividende je Anteil für die außenstehenden Aktionäre 10,84 Euro/Stück.

(18) Gezeichnetes Kapital

Der Nennwert des gezeichneten Kapitals beträgt unverändert 142,3 Mio. Euro und ist vollständig eingezahlt. Es ist eingeteilt in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, davon lauten 5.499.296 auf Namen und 60.704 auf Inhaber. Die Anzahl der Aktien ist im Geschäftsjahr unverändert.

(19) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten neben dem Konzernjahresüberschuss abzüglich der Ergebnisabführung an die SWFH insbesondere die Anpassungseffekte auf IFRS sowie Ergebnisvorträge von Tochtergesellschaften. Darüber hinaus enthalten die Gewinnrücklagen das sonstige neutrale Ergebnis, das sich wie folgt zusammensetzt:

T 36						
TSD. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Vor Steuern	Latente Steuern	Nach Steuern	Vor Steuern	Latente Steuern	Nach Steuern
Versicherungsmathematische Verluste/Gewinne aus leistungsorientierten Pensionszusagen und Deputaten	-38.751	11.972	-26.779	-25.774	7.988	-17.786
Cashflow Hedges	-50.671	5.587	-45.084	-28.396	7.769	-20.627
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	-2.211	-	-2.211	-3.677	-	-3.677
	-91.633	17.559	-74.074	-57.847	15.757	-42.090

Das sonstige Ergebnis in den Gewinnrücklagen hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt verändert:

TSD, €	31.12.2014			31.12.2013		
	Vor Steuern	Latente Steuern	Nach Steuern	Vor Steuern	Latente Steuern	Nach Steuern
	Versicherungsmathematische Verluste/Gewinne aus leistungsorientierten Pensionszusagen und Deputaten	-12.978	3.985	-8.993	-1.656	508
Cashflow Hedges	-22.275	-2.182	-24.457	-3.628	19	-3.609
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	1.466	-	1.466	3.096	-	3.096
	-33.787	1.803	-31.984	-2.188	527	-1.661

(20) Nicht beherrschende Anteile

Die nicht beherrschenden Anteile zeigen den Anteilsbesitz Dritter an der MAINOVA. Sie betreffen die Minderheitenanteile an der BKF, der EWT und der WPH.

(21) Erhaltene Zuschüsse

Die von Kunden erhaltenen Zuschüsse (Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge) werden passiviert und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögenswerte linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

RÜCKSTELLUNGEN

(22) Pensionsrückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen umfassen die Altersversorgung für die Mitarbeiter der MAINOVA, arbeitsvertragliche Direktzusagen sowie Verpflichtungen aus Betriebsvereinbarungen (Deputate). Es handelt sich dabei um leistungsorientierte Versorgungszusagen.

Direktzusagen werden Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten gewährt. Es handelt sich um leistungsorientierte Versorgungspläne. Für diese werden Rückstellungen für Pensionen und Anwartschaften, entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften, und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie der Vergütung der Mitarbeiter.

Auf der Basis von Betriebsvereinbarungen sowie einzelvertraglichen Regelungen erhalten nahezu alle Mitarbeiter ein jährliches Energiedeputat.

Zudem wurde außertariflichen Mitarbeitern eine betriebliche Altersvorsorge im Rahmen einer Unterstützungskasse gewährt. Da MAINOVA über die Leistung der einkommensabhängigen Beiträge hinaus kein Risiko trägt, handelt es sich um eine beitragsorientierte Zusage.

Die Versorgungsverpflichtungen werden aus der operativen Tätigkeit der MAINOVA finanziert.

Der Berechnung der leistungsorientierten Versorgungszusagen werden folgende wesentliche versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

%	31.12.2014	31.12.2013
Zins	1,80	2,93
Gehaltssteigerungen	2,00	2,00
Rentensteigerungen	2,00	2,00
Inflationsentwicklung für Deputate	2,00	2,00

Den Berechnungen für 2014 bezüglich der künftigen Sterblichkeit liegen wie im Vorjahr die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Der Barwert der versicherungsmathematischen Sollverpflichtung hat sich wie folgt entwickelt:

T 39		
TSD. €	2014	2013
Barwert der Pensionsverpflichtung am 01.01.	56.192	53.674
Rentenzahlungen	-2.426	-2.401
Zinsaufwand	1.709	1.696
Laufender Dienstzeitaufwand	1.489	1.567
Im sonstigen Ergebnis erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+)	12.978	1.656
davon aus Änderung der finanziellen Annahmen	13.844	1.675
davon aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-867	-19
Barwert der Pensionsverpflichtung am 31.12.	69.942	56.192

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung entfällt auf folgende Gruppen von Versorgungsberechtigten:

T 40		
TSD. €	2014	2013
Aktive Mitarbeiter	30.164	22.165
Ausgeschiedene Mitarbeiter mit unverfallbarer Anwartschaft	492	372
Rentenempfänger	39.286	33.655
Gesamt	69.942	56.192

Ein Anstieg beziehungsweise Rückgang der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen würde sich wie folgt auf den Barwert der Versorgungsverpflichtungen auswirken:

T 41		
TSD. €	Leistungsorientierte Verpflichtung	
	Minderung	Erhöhung
Diskontierungszinssatz (1 % Veränderung)	14.680	-10.998
Gehaltstrend (0,5 % Veränderung)	-207	220
Renten Anpassungsfaktor (0,25 % Veränderung)	-2.774	2.956

Ferner halten wir eine Änderung der zugrunde gelegten Sterberaten bzw. Lebensdauern für möglich. Nach den aktuellen Berechnungen würde eine um ein Jahr verlängerte Lebensdauer der Versorgungsberechtigten zum Stichtag zu einem Anstieg der Pensionsverpflichtung um 2.147 Tsd. Euro führen. Bei einer Verkürzung der Lebensdauer um ein Jahr würde sich die Verpflichtung um 2.117 Tsd. Euro verringern.

Das Fälligkeitsprofil der Versorgungsleistungen stellt sich wie folgt dar:

T 42				
TSD. €	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt
31. Dezember 2014	2.450	10.015	13.571	26.036

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit zum 31. Dezember 2014 beläuft sich bei den Pensionsverpflichtungen auf 15,15 Jahre (Vorjahr 13,55 Jahre) und bei den Deputatsverpflichtungen auf 20,03 Jahre (Vorjahr 18,19 Jahre).

Der Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen:

T 43		
TSD, €	2014	2013
Beiträge zur ZVK aus beitragsorientiertem Plan	12.659	12.332
Zinsaufwand	1.709	1.696
Laufender Dienstzeitaufwand	1.489	1.567
Rentenzahlungen aus beitragsorientiertem Plan	130	–
	15.987	15.595

Neben den als beitragsorientierten Verpflichtungen behandelten Beiträgen zur ZVK (Multi-Employer Plan) erfolgten im Berichtsjahr weitere beitragsorientierte Leistungen an die gesetzliche Rentenversicherung in Höhe von 14,1 Mio. Euro (Vorjahr 14,0 Mio. Euro) sowie an eine betriebliche Altersvorsorge in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr 1,1 Mio. Euro). Die Gesamtaufwendungen, die im Folgejahr in der Gewinn- und Verlustrechnung erwartungsgemäß erfasst werden, belaufen sich auf 3,4 Mio. Euro.

(23) Andere langfristige Rückstellungen und sonstige kurzfristige Rückstellungen

Die Rückstellungen berücksichtigen gemäß IAS 37 alle am Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen gegenüber Dritten, die bezüglich ihrer Höhe oder Fälligkeit unsicher sind.

Die anderen langfristigen Rückstellungen und sonstigen kurzfristigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

T 44						
TSD, €	Buchwert 01.01.2014	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Auf/ Abzinsung	Buchwert 31.12.2014
Personal	13.179	4.628	1	1.050	215	9.815
Umweltrückstellungen	71.798	583	2.118	750	8.608	78.455
Rechtliche Risiken	66.871	6.972	5.756	3.206	61	57.410
Sonstige Rückstellungen	77.063	14.879	5.671	42.428	2.320	101.261
	228.911	27.062	13.546	47.434	11.204	246.941

Die Personalrückstellungen entfallen überwiegend auf die Rückstellungen für Altersteilzeit. Diese werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren bewertet. Dabei werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

T 45		
%	2014	2013
Zins	0,16	1,48
Gehaltssteigerungen	2,00	2,00
Gewichtung (potenzielle Mitarbeiter)	24,34	25,33

Die Umweltrückstellungen betreffen insbesondere Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben. Die wesentlichen Sanierungsarbeiten werden voraussichtlich innerhalb der nächsten zehn Jahre abgeschlossen. Aus der Änderung des bei der Abzinsung der Umweltrückstellungen zugrunde gelegten Zinssatzes hat sich ein Aufwand in Höhe von 6,5 Mio. Euro (Vorjahr Ertrag 1,7 Mio. Euro) ergeben.

Bei den Rückstellungen für rechtliche und konzessionsrechtliche Risiken handelt es sich um mehrere Einzelrisiken, bei denen die Höhe der Inanspruchnahme unsicher ist. Die Bewertung erfolgt ausgehend vom erwarteten Prozessergebnis, das nach den aktuell verfügbaren Informationen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten zahlreiche Sachverhalte. Sie enthalten unter anderem Risikovor-sorgen im Zusammenhang mit der Energiebeschaffung.

(24) Finanzschulden

T 46

TSD. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	623.879	60.122	684.001	714.715	32.799	747.514
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	4.813	3.369	8.182	5.230	7.780	13.010
	628.692	63.491	692.183	719.945	40.579	760.524

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 14,0 Mio. Euro (Vorjahr 42,0 Mio. Euro) mit einer Negativklausel belegt und 413,9 Mio. Euro (Vorjahr 457,5 Mio. Euro) mit Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert. Zwei weitere sonstige verzinsliche Darlehen waren im Vorjahr mit 6,3 Mio. Euro ebenfalls durch eine entsprechende Negativklausel besichert.

Der durchschnittliche Effektivzins der Finanzschulden beträgt in der Berichtsperiode 4,10 % (Vorjahr 4,21 %).

(25) Übrige Verbindlichkeiten

Die übrigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

T 47

TSD. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt
Personal- und sonstige Abgrenzungen	156	60.823	60.979	–	72.876	72.876
Verbindlichkeiten gegenüber SWFH aus Gewinnabführung	–	59.696	59.696	–	58.669	58.669
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	–	20.780	20.780	–	41.786	41.786
Derivative Finanzinstrumente	48.762	36.410	85.172	17.844	13.073	30.917
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	–	27.313	27.313	–	38.612	38.612
Erhaltene Anzahlungen	–	16.795	16.795	–	18.507	18.507
Verbindlichkeit Konzessionsabgabe	–	615	615	–	11.132	11.132
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	–	4.695	4.695	–	3.943	3.943
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	8.799	10.072	18.871	9.595	31.206	40.801
Übrige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	539	35.855	36.394	1.604	36.179	37.783
	58.256	273.054	331.310	29.043	325.983	355.026

Die derivativen Finanzinstrumente gliedern sich in folgende Kategorien:

T 48

TSD. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt
Derivative Finanzinstrumente	48.762	36.410	85.172	17.844	13.073	30.917
davon ohne Sicherheitsbeziehung	10.930	27.334	38.264	545	2.016	2.561
davon in Sicherheitsbeziehung Cashflow Hedge	37.832	9.076	46.908	17.299	11.057	28.356

Bei den Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten handelt es sich um Zahlungsmittel.

Die übrigen finanziellen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen eine Abgrenzung im Rahmen eines Leasingverhältnisses in Höhe von 9,6 Mio. Euro (Vorjahr 10,4 Mio. Euro).

In den übrigen nicht finanziellen Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr Vorauszahlungen von Kunden für Baukostenzuschüsse enthalten.

7. Berichterstattung zu Finanzinstrumenten

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre und derivative Finanzinstrumente.

Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Aktivseite im Wesentlichen die Forderungen, die übrigen finanziellen Vermögenswerte, Ausleihungen und Beteiligungen sowie die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente. Die übrigen finanziellen Vermögenswerte werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Auf der Passivseite enthalten die originären Finanzinstrumente im Wesentlichen die zu Anschaffungskosten bewerteten Verbindlichkeiten. Der Bestand an originären Finanzinstrumenten wird in der Bilanz ausgewiesen, die Höhe der finanziellen Vermögenswerte gibt das maximale Ausfallrisiko an. Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfallrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden in die folgenden Bewertungskategorien eingeteilt:

- › **Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden**, umfassen Derivate und andere Handelsinstrumente. Bei MAINOVA gehören dieser Bewertungskategorie ausschließlich Derivate an. Derivate sind in den langfristigen finanziellen Vermögenswerten sowie in den sonstigen Vermögenswerten beziehungsweise in den übrigen lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Von der Möglichkeit, Finanzinstrumente beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert einzustufen (sog. Fair Value Option), wird kein Gebrauch gemacht.
- › **Kredite und Forderungen** umfassen die nicht an einem aktiven Markt notierten finanziellen Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die keine Derivate sind und nicht als zur Veräußerung verfügbar eingestuft werden. Dieser Bewertungskategorie werden die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die in den Posten „Langfristige finanzielle Vermögenswerte“ sowie in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen Ausleihungen und andere Forderungen und Darlehen zugeordnet.
- › **Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte** umfassen nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen beziehungsweise bestimmbar Zahlungen und fester Laufzeit, bei denen die Absicht und die Fähigkeit zum Halten bis zur Endfälligkeit bestehen und die keiner der anderen Bewertungskategorien zugeordnet sind. Bei MAINOVA sind keine finanziellen Vermögenswerte dieser Bewertungskategorie zugeordnet.
- › **Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte** umfassen finanzielle Vermögenswerte, die keine Derivate sind und keiner der zuvor genannten Bewertungskategorien zugeordnet sind. Dieser Bewertungskategorie sind die in dem Posten „Langfristige finanzielle Vermögenswerte“ enthaltenen, nicht nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen zugeordnet.
- › **Finanzielle Verbindlichkeiten**, die keine Derivate sind, umfassen die Finanzschulden, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die übrigen Verbindlichkeiten, die unter anderem die Leasingverbindlichkeiten enthalten.

Die folgende Tabelle stellt die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) der in den einzelnen Bilanzposten enthaltenen Finanzinstrumente dar:

T 49

TSD. €	Wertansatz Bilanz nach IAS 39						
	Bewertungs- kategorie nach IAS 39	Buchwert 31.12.2014	Fortgeführte Anschaf- fungskosten	Fair Value	Derivate im Hedge Accounting	Wertansatz nach IAS 17	Fair Value 31.12.2014
Vermögenswerte							
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	200.827	200.827	-	-	-	200.827
Langfristige finanzielle Vermögenswerte							
Ausleihungen	LaR	12.369	12.369	-	-	-	12.369
Leasingforderungen	n.a.	66.104	-	-	-	66.104	66.104
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FAHfT/n.a.	316	-	316	-	-	316
Derivative Finanzinstrumente Zinsen	FAHfT/n.a.	-	-	-	-	-	-
Sonstige Beteiligungen	AfS	19.687	13.864	5.823	-	-	19.687
Übrige langfristige finanzielle Vermögenswerte	LaR	213	213	-	-	-	213
Sonstige Vermögenswerte							
Forderungen aus Cash Pooling gegen den Stadtwerke-Konzern	LaR	148.388	148.388	-	-	-	148.388
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FAHfT/n.a.	8.327	-	8.327	-	-	8.327
Leasingforderungen	n.a.	5.321	-	-	-	5.321	5.321
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	LaR	14.692	14.692	-	-	-	14.692
Flüssige Mittel	n.a.	16.625	16.625	-	-	-	16.625
Eigenkapital und Schulden							
Finanzschulden	FLAC	692.183	692.183	-	-	-	761.502
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	197.798	197.798	-	-	-	197.798
Übrige langfristige Verbindlichkeiten							
Originäre Finanzinstrumente	FLAC	28	28	-	-	-	28
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FLHfT/n.a.	16.289	-	10.930	5.359	-	16.289
Derivative Finanzinstrumente Zinsen	FLHfT/n.a.	32.473	-	-	32.473	-	32.473
Leasingverbindlichkeiten	n.a.	8.771	-	-	-	8.771	8.771
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten							
Originäre Finanzinstrumente	FLAC	94.426	94.426	-	-	-	94.426
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FLHfT/n.a.	36.410	-	27.334	9.076	-	36.410
Leasingverbindlichkeiten	n.a.	797	-	-	-	797	797
Davon aggregiert nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39							
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Financial assets held for trading)	FAHfT	8.643					8.643
Kredite und Forderungen (Loans and receivables)	LaR	376.489					376.489
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for sale financial assets)	AfS	19.687					19.687
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (Financial liabilities measured at amortized cost)	FLAC	984.435					1.053.754
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Financial liabilities held for trading)	FLHfT	85.172					38.264

TSD. €	Wertansatz Bilanz nach IAS 39						
	Bewertungs- kategorie nach IAS 39	Buchwert 31.12.2013	Fortgeführte Anschaf- fungskosten	Fair Value	Derivate im Hedge Accounting	Wertansatz nach IAS 17	Fair Value 31.12.2013
Vermögenswerte							
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	314.935	314.935	-	-	-	314.935
Langfristige finanzielle Vermögenswerte							
Ausleihungen	LaR	17.231	17.231	-	-	-	17.231
Leasingforderungen	n.a.	68.848	-	-	-	68.848	68.848
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FAHfT/n.a.	3.380	-	3.380	-	-	3.380
Derivative Finanzinstrumente Zinsen	FAHfT/n.a.	828	-	-	828	-	828
Sonstige Beteiligungen	AfS	24.763	18.940	5.823	-	-	24.763
Übrige langfristige finanzielle Vermögenswerte	LaR	57	57	-	-	-	57
Sonstige Vermögenswerte							
Forderungen aus Cash Pooling gegen den Stadtwerke-Konzern	LaR	166.505	166.505	-	-	-	166.505
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FAHfT/n.a.	5.155	-	5.075	80	-	5.155
Leasingforderungen	n.a.	4.779	-	-	-	4.779	4.779
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	LaR	16.906	16.906	-	-	-	16.906
Flüssige Mittel	n.a.	16.752	16.752	-	-	-	16.752
Eigenkapital und Schulden							
Finanzschulden	FLAC	760.524	760.524	-	-	-	666.771
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	236.527	236.527	-	-	-	236.527
Übrige langfristige Verbindlichkeiten							
Originäre Finanzinstrumente	FLAC	27	27	-	-	-	27
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FLHfT/n.a.	13.925	-	545	13.380	-	13.925
Derivative Finanzinstrumente Zinsen	FLHfT/n.a.	3.919	-	-	3.919	-	3.919
Leasingverbindlichkeiten	n.a.	9.568	-	-	-	9.568	9.568
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten							
Originäre Finanzinstrumente	FLAC	142.293	142.293	-	-	-	142.293
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FLHfT/n.a.	13.073	-	2.016	11.057	-	13.073
Leasingverbindlichkeiten	n.a.	797	-	-	-	797	797
Davon aggregiert nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39							
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Financial assets held for trading)	FAHfT	8.455					8.455
Kredite und Forderungen (Loans and receivables)	LaR	515.634					515.634
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for sale financial assets)	AfS	24.763					24.763
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (Financial liabilities measured at amortized cost)	FLAC	1.139.371					1.045.618
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Financial liabilities held for trading)	FLHfT	2.561					2.561

Der Posten „Sonstige Beteiligungen“ umfasst zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, deren beizulegende Zeitwerte nicht zuverlässig ermittelt werden können und die zu Anschaffungskosten bewertet werden. Es handelt sich dabei um den Buchwert der nicht nach der Equity-Methode einbezogenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, die keinen notierten Marktpreis in einem aktiven Markt haben. MAINOVA beabsichtigt keine Veräußerung dieser Posten.

Aufgrund der kurzen Laufzeiten der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie der übrigen kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten wird angenommen, dass die beizulegenden Zeitwerte den Buchwerten entsprechen.

Die beizulegenden Zeitwerte der Finanzschulden werden als Barwerte der zukünftig erwarteten Cashflows ermittelt. Zur Diskontierung werden marktübliche Zinssätze, bezogen auf die entsprechenden Fristigkeiten, verwendet. Zudem wird das eigene Ausfallrisiko berücksichtigt. Die Finanzschulden sind der Stufe 2 zugeordnet.

Darüber hinaus existieren finanzielle Garantien in Höhe von 25,0 Mio. Euro (Vorjahr 26,9 Mio. Euro). Da es sich hier im Wesentlichen um Eventualverbindlichkeiten und Sicherheiten für Adressausfallrisiken handelt, sind keine Buchwerte und Fair Values ermittelbar (siehe auch Erläuterungen in Abschnitt 10).

Die folgende Tabelle stellt für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente dar, anhand welcher Methoden die Bewertung erfolgt:

T 51

TSD. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
Übrige langfristige Forderungen und finanzielle Vermögenswerte						
Derivative Finanzinstrumente						
ohne Sicherheitsbeziehung	-	316	-	-	3.380	-
mit Sicherheitsbeziehung (Cashflow Hedge)	-	-	-	-	828	-
Sonstige Beteiligungen	5.823	-	-	5.823	-	-
Sonstige Vermögenswerte						
Derivative Finanzinstrumente						
ohne Sicherheitsbeziehung	-	8.327	-	-	5.075	-
mit Sicherheitsbeziehung (Cashflow Hedge)	-	-	-	-	80	-
	5.823	8.643	-	5.823	9.363	-
Übrige langfristige Verbindlichkeiten						
Derivative Finanzinstrumente						
ohne Sicherheitsbeziehung	-	10.930	-	-	545	-
mit Sicherheitsbeziehung (Cashflow Hedge)	-	37.832	-	-	17.299	-
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten						
Derivative Finanzinstrumente						
ohne Sicherheitsbeziehung	-	27.334	-	-	2.016	-
mit Sicherheitsbeziehung (Cashflow Hedge)	-	9.076	-	-	11.057	-
	-	85.172	-	-	30.917	-
	5.823	-76.529	-	5.823	-21.554	-

Die einzelnen Stufen sind gemäß IFRS 7 wie folgt definiert:

In Stufe 1 sind die Vermögenswerte und Schulden eingruppiert, deren Notierungen an aktiven und zugänglichen Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verfügbar sind.

In Stufe 2 erfolgt die Bewertung anhand von Inputfaktoren, bei denen es sich nicht um die in Stufe 1 berücksichtigten notierten Preise handelt, die sich aber für den Vermögenswert oder die Schuld entweder mittelbar oder unmittelbar beobachten lassen.

In Stufe 3 wird die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden auf der Basis von Modellen mit nicht am Markt beobachtbaren Inputparametern vorgenommen.

Soweit MAINOVA Geschäfte mit Finanzinstrumenten tätigt, erfolgt dies auf der Grundlage von marktüblichen Rahmenverträgen. Insoweit hat MAINOVA mit verschiedenen Marktpartnern Rahmenverträge auf der Grundlage des von der EFET (European Federation of Energy Traders) beziehungsweise auf der Grundlage des vom Bankenverband veröffentlichten DRV FT (Deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte) vereinbart. Diese enthalten die Möglichkeit, im Falle eines Ausfalls des Vertragspartners oder einer berechtigten außerordentlichen Kündigung durch MAINOVA alle unter dem jeweiligen Rahmenvertrag abgeschlossenen Geschäfte gegeneinander aufzurechnen. Die Regelungen für eine Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten nach IAS sind somit nicht erfüllt. Die nachfolgende Übersicht zeigt das nur im Falle eines Ausfalls bestehende Potenzial zur Saldierung:

T 52

TSD. €	31.12.2014			31.12.2013		
	Bruttobeträge von Finanzinstrumenten in der Bilanz	Saldierungsfähiger Betrag bei Ausfall	Nettobetrag	Bruttobeträge von Finanzinstrumenten in der Bilanz	Saldierungsfähiger Betrag bei Ausfall	Nettobetrag
Finanzielle Vermögenswerte						
Strom- und Gas-Forwards	7.170	-5.249	1.921	8.394	-479	7.915
Kohle-, Öl- und Gas-Swaps	1.473	-1.473	-	141	-140	1
Zins-Swaps	-	-	-	828	-162	666
	8.643	-6.722	1.921	9.363	-781	8.582
Finanzielle Schulden						
Strom- und Gas-Forwards	26.164	-5.249	20.915	528	-479	49
Kohle-, Öl- und Gas-Swaps	26.535	-1.473	25.062	26.470	-140	26.330
Zins-Swaps	32.473	0	32.473	3.919	-162	3.757
	85.172	-6.722	78.450	30.917	-781	30.136

Die folgende Tabelle stellt die in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigten Nettogewinne beziehungsweise -verluste von Finanzinstrumenten, gegliedert nach den Bewertungskategorien des IAS 39, dar:

T 53

TSD. €	31.12.2014	31.12.2013
Kredite und Forderungen	-933	-3.611
Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente	-32.693	7.131
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-589	-4.344
	-34.215	-824

Die Nettogewinne beziehungsweise -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie „Kredite und Forderungen“ beinhalten im Wesentlichen die Ergebnisse aus Wertminderungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1,9 Mio. Euro (Vorjahr 6,3 Mio. Euro) und erfolgswirksame Wertaufholungen in Höhe von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr 1,5 Mio. Euro). Wie im Vorjahr wurden keine Wertberichtigungen auf sonstige finanzielle Vermögenswerte vorgenommen.

Die Nettogewinne beziehungsweise -verluste aus „Zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten“ beinhalten die Ergebnisse aus freistehenden Energiederivaten sowie Zins-Swaps mit einem Aufwand in Höhe von 32,7 Mio. Euro (Vorjahr Ertrag 7,1 Mio. Euro).

Das Nettoergebnis der „Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte“ umfasst Erträge aus Beteiligungen sowie Wertminderungen.

T 54

TSD. €	2014	2013
Gesamtzinserträge	7.884	9.315
Gesamtzinsaufwendungen	29.695	31.549

Die Gesamtzinserträge und -aufwendungen resultieren aus finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Hier handelt es sich im Wesentlichen um Zinserträge aus Finanzierungsleasingverhältnissen, Darlehen, Tages- und Festgeldanlagen sowie Ausleihungen. Die Zinsaufwendungen resultieren insbesondere aus Fremddarlehen. Aufgelaufene Zinserträge auf wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte bestehen nicht, da die wertberichtigten Vermögenswerte ausschließlich kurzfristig sind.

Die hier veröffentlichten Zahlen weichen vom Finanzergebnis ab, da unter anderem die Zinskomponenten aus Rückstellungen und Pensionsverpflichtungen nicht unter die Angabepflichten des IFRS 7 fallen.

FINANZRISIKOMANAGEMENT

Im Hinblick auf die nachfolgend beschriebenen Risiken liegen keine Risikokonzentrationen vor.

Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten

Überblick

Im Rahmen des operativen Geschäfts ist MAINOVA finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Commodity-Bereich ausgesetzt. Unternehmenspolitik ist es, diese Risiken durch ein Risikomanagement zu eliminieren oder zu begrenzen. Hierzu werden seitens der MAINOVA derivative Finanzinstrumente eingesetzt, zum Beispiel Swaps und Forwards. Sie unterliegen den im Risikomanagementhandbuch für den Bereich Energiebezug und -handel aufgeführten Arbeitsanweisungen. Zudem legt das Marktrisikokomitee die Rahmenbedingungen für die Energiebeschaffung und -vermarktung in Bezug auf den zulässigen Risikogehalt fest. Zur Absicherung von Risiken und in geringem Umfang zur Erzielung von Handelsmargen werden im Commodity-Bereich physisch zu erfüllende Termingeschäfte sowie finanzielle Sicherungsgeschäfte eingesetzt. Die Risikopositionen der Strom- und Gasgeschäfte werden durch Volumenlimits sowie durch einen Value at Risk-Ansatz (VaR) begrenzt. Ferner wird auf die Erläuterungen zum Risikomanagement im Lagebericht verwiesen. Anzeichen von Risikokonzentrationen liegen zum 31. Dezember 2014 nicht vor.

Des Weiteren ist MAINOVA dem Risiko marktbedingter Schwankungen der Zinssätze ausgesetzt. Das Treasury-Gremium legt Rahmenbedingungen und Richtlinien für die Treasury-Aufgaben fest. Dazu gehört unter anderem die Festlegung der Zinsabsicherungsstrategie. MAINOVA setzt zur Begrenzung des Risikos Zins-Swaps ein.

Bei der Bilanzierung von Derivaten wendet MAINOVA Hedge Accounting an. Voraussetzung für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) ist es, dass der eindeutige Sicherungszusammenhang zwischen Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft dokumentiert und deren Effektivität nachgewiesen ist. Derivative Finanzinstrumente, welche die strengen Anforderungen des IAS 39 nicht erfüllen, werden als freistehende Derivate bilanziert, das heißt, alle Marktwertänderungen werden unmittelbar erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Das Nominalvolumen der im Folgenden dargestellten Geschäfte wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Die Höhe des Nominalvolumens erlaubt Rückschlüsse auf den Umfang des Einsatzes von Derivaten, gibt aber nicht das Risiko des Konzerns aus dem Einsatz von Derivaten wieder.

Derivate ohne Sicherungsbeziehung

T 55

TSD. €	Nominal				Marktwert				
	< 1 Jahr	1-5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
Strom									
Forward (long)	43.547	8.468	52.015	56.942	-	-4.975	-4.975	-4.264	-360
Forward (short)	34.726	5.796	40.522	48.699	6.896	-	6.896	6.581	8.276
Gas									
Forward (long)	108.418	45.943	154.361	11.671	-	-21.189	-21.189	-15.882	-108
Forward (short)	1.860	-	1.860	10.432	274	-	274	274	58
Kohle									
Swap (Payer)	14.972	19.213	34.185	4.333	-	-9.530	-9.530	-4.619	-902
Öl									
Swap (Payer)	1.368	-	1.368	37	-	-305	-305	-305	-1
Swap (Receiver)	-	-	-	38	-	-	-	-	2
Gas									
Swap (Payer)	13.336	-	13.336	34.902	-	-2.265	-2.265	-2.265	-1.130
Swap (Receiver)	12.050	-	12.050	4.816	1.473	-	1.473	1.473	59
	230.277	79.420	309.697	171.870	8.643	-38.264	-29.621	-19.007	5.894

Derivate mit Sicherungsbeziehung

T 56

TSD. €	Nominal				Marktwert					
	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
Kohle										
Swap (Payer)	25.969	34.980	-	60.949	105.844	-	-12.886	-12.886	-7.526	-22.297
Gas										
Swap (Payer)	8.222	-	-	8.222	65.374	-	-1.549	-1.549	-1.550	-2.060
Zinsen										
Swap (Payer)	-	-	200.000	200.000	200.000	-	-32.473	-32.473	-	-3.091
	34.191	34.980	200.000	269.171	371.218	-	-46.908	-46.908	-9.076	-27.448

Cashflow Hedges (Hedge Accounting)

Im Gasgeschäft werden Öl- und Gas-Swaps zur Gaspreisfixierung von Bezugsmengen und zur Sicherung des Eigenbedarfs abgeschlossen. Ferner werden Kohle-Swaps zur Sicherung des Kohleindex aus einem Virtual-Power-Plant-Vertrag sowie auch zur Sicherung der Eindeckungsmengen für die Kraftwerke eingesetzt. Die Laufzeiten der Grundgeschäfte betragen in der Regel bis zu drei Jahre. Bei den Sicherungsinstrumenten handelt es sich um Swaps, die während der gesamten Vertragslaufzeit Zahlungsströme generieren.

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos setzt MAINOVA Forward-Starting-Zins-Swaps ein. Durch diese Instrumente werden Zahlungsströme aus variabel verzinslichen langfristigen Finanzschulden gesichert. Dabei sind die Laufzeiten der Zins-Swaps auf die erwartete Rückzahlung der Darlehen abgestimmt. Die Zahlungsströme der Zins-Swaps beginnen mit dem Auslaufen der Zinsbindungsfrist der entsprechenden Darlehen.

Beim Cashflow Hedge Accounting werden Bewertungsänderungen des effektiven Teils des Derivats zunächst erfolgsneutral in der Rücklage für Cashflow Hedges im sonstigen Ergebnis erfasst und erst bei der Realisierung des Grundgeschäfts in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Der ineffektive Teil eines Hedges wird sofort erfolgswirksam ausgewiesen.

Der bilanzierte beizulegende Zeitwert der im Rahmen von Cashflow Hedges eingesetzten Sicherungsinstrumente betrug zum Abschlussstichtag -46,9 Mio. Euro (Vorjahr -27,5 Mio. Euro).

Die diskontierten Zahlungen aus den Cashflow Hedges werden nach den am Bilanzstichtag vorliegenden Informationen in den folgenden Zeitspannen aus der Rücklage für Cashflow Hedges im sonstigen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

T 57

TSD. €	Buchwert 31.12.2014	2015	2016	2017	> 2017
Kohle-Swaps	-16.154	-10.818	-3.289	-2.047	-
Gas-Swaps	-1.912	-1.912	-	-	-
Zins-Swaps	-32.473	-764	-834	-725	-30.150

T 58

TSD. €	Buchwert 31.12.2013	2014	2015	2016	> 2017
Kohle-Swaps	-23.196	-12.122	-8.841	-2.233	-
Gas-Swaps	-2.110	-1.654	-456	-	-
Zins-Swaps	-3.091	-	-	-	-3.091

Die Ergebnisse aus der Umgliederung werden in dem Posten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, in dem auch das gesicherte Grundgeschäft erfasst wird, das heißt im Materialaufwand beziehungsweise in den Finanzaufwendungen. Die Ergebnisse aus den ineffektiven Anteilen von Cashflow Hedges werden ebenfalls im Materialaufwand beziehungsweise in den Finanzaufwendungen erfasst. Im Jahr 2014 wurde ein Aufwand in Höhe von 46,2 Mio. Euro (Vorjahr 16,5 Mio. Euro) im sonstigen Ergebnis erfasst. Ein Aufwand in Höhe von 23,9 Mio. Euro (Vorjahr 12,8 Mio. Euro) wurde aus dem sonstigen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Die Rücklage für Cashflow Hedges hat sich demnach wie folgt entwickelt:

T 59

TSD. €	2014	2013
Stand 01.01.	-20.627	-17.018
Zugänge aus Marktwertänderungen	7	9.379
Cashflow Hedges Kohle	7	159
Cashflow Hedges Öl	-	48
Cashflow Hedges Gas	-	410
Cashflow Hedges Zinsen	-	8.762
Abgänge aus Marktwertänderungen	-46.226	-25.847
Cashflow Hedges Kohle	-6.722	-24.095
Cashflow Hedges Öl	-	-127
Cashflow Hedges Gas	-10.122	-1.625
Cashflow Hedges Zinsen	-29.382	-
Zugänge aus der Umgliederung in Gewinn- und Verlustrechnung	23.951	13.402
Cashflow Hedges Kohle	13.630	11.940
Cashflow Hedges Öl	-	239
Cashflow Hedges Gas	10.321	1.223
Abgänge aus der Umgliederung in Gewinn- und Verlustrechnung	-7	-562
Cashflow Hedges Kohle	-7	-
Cashflow Hedges Öl	-	-562
Cashflow Hedges Gas	-	-
Latente Steuer auf erfolgsneutrale Veränderungen der Cashflow Hedges	-2.182	19
Stand 31.12.	-45.084	-20.627

Aus dem ineffektiven Teil von Cashflow Hedges ergab sich zum 31. Dezember 2014 insgesamt ein Aufwand in Höhe von 2,8 Mio. Euro (Vorjahr 1,2 Mio. Euro).

Das Ergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich demnach wie folgt dar:

	T 60	
TSD, €	2014	2013
Realisiertes Ergebnis	-23.944	-12.840
davon aus Cashflow Hedges Kohle	-13.623	-11.940
davon aus Cashflow Hedges Öl	-	323
davon aus Cashflow Hedges Gas	-10.321	-1.223
Ineffektivität Sicherungsbeziehung	-2.779	-1.239
davon aus Cashflow Hedges Kohle	-2.769	-1.298
davon aus Cashflow Hedges Öl	-	9
davon aus Cashflow Hedges Gas	-10	50
Ergebnis aus Cashflow Hedge Accounting	-26.723	-14.079

Preisrisiken aus Commodities

Auf der Erzeugungsseite ergeben sich Risiken vor allem aus der Stromproduktion. Diese wird in starkem Maße von der Entwicklung der Marktpreise für Strom, fossile Brennstoffe (insbesondere Kohle und Gas) und CO₂-Zertifikate beeinflusst. Ein Risiko liegt beispielsweise darin, dass höhere Rohstoffnotierungen nicht durch entsprechend höhere Stromerlöse kompensiert werden können. Neben der Erzeugungsseite ist auch das Vertriebsgeschäft für Strom und Gas mit Risiken verbunden. Diese resultieren zum Beispiel aus unerwarteten Nachfrageschwankungen aufgrund von Wettbewerbs- und Konjunkturfaktoren sowie aus Preisschwankungen für noch nicht beschaffte Positionen. Die Preisrisiken auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten ermittelt MAINOVA fortlaufend und berichtet diese. Zur Risikominderung (Preisabsicherung) auf der Absatz- und Beschaffungsseite setzt MAINOVA unter anderem derivative Finanzinstrumente (Forwards und Swaps) ein. Der Vorstand wird monatlich über den aktuellen Bestand an Derivaten informiert.

Alle Derivate, die Handelszwecken zuzuordnen sind (freistehende Derivate), werden als finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert. Die derivativen Finanzinstrumente sind zu Marktwerten bewertet. Als Marktwert eines Finanzinstruments gilt der Betrag, der im Geschäftsverkehr zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspartnern unter aktuellen Marktbedingungen erzielt werden kann. Die Marktwerte werden aus Börsenkursen oder anhand anerkannter Bewertungsmethoden abgeleitet.

Als Teil des Risikomanagementsystems von Preisrisiken aus Derivaten setzt MAINOVA zudem eine VaR-Analyse ein, bei der die Risikoposition gegenüber Änderungen der Marktpreise für Strom, Gas, Kohle und Emissionen regelmäßig gemessen wird. Unter Vorgabe eines Konfidenzniveaus und einer Halteperiode wird ein maximaler Verlust berechnet. Folgende Annahmen liegen der Ermittlung des VaR zugrunde:

- › Potenzielle Verluste resultieren aus ungünstigen Marktwertänderungen.
- › Die bei der VaR-Berechnung verwendete Volatilität wird nach statistischen Verfahren aus historischen Marktpreisen ermittelt.
- › Das Konfidenzniveau beträgt 99 % bei einer Halteperiode von fünf Tagen.

Der VaR ergibt sich aus den Marktwerten der offenen Positionen unter Berücksichtigung der Volatilitäten für die einzelnen Commodities. Das 99 %ige Konfidenzniveau und die Halteperiode von fünf Tagen implizieren, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 % der Wertverlust des Portfolios nach fünf Tagen größer sein wird als der Betrag des VaR. Die MAINOVA berechnet regelmäßig einen Gesamt-VaR für das Handelsportfolio, der sich aus den einzelnen VaR-Werten für Strom- und Gasbeschaffung, Eigenerzeugung (einschließlich der Brennstoffe für Wärmeerzeugung), das virtuelle Kraftwerk, das Kraftwerk Irsching und den Eigenhandel für Strom, Gas und CO₂ zusammensetzt.

Für diese Teilportfolios sind die offenen Positionen wie nachstehend definiert:

- › Strombeschaffung: Dieses Teilportfolio umfasst die Eindeckung der Vertriebsmengen und den Eigenhandel mit Strom. Die offene Position ergibt sich aus der Differenz zwischen bereits getätigten Marktgeschäften und den Planwerten im Rahmen der Vertriebsdeckung sowie der Differenz aus Kauf- und Verkaufsgeschäften des Eigenhandels.
- › Gasbeschaffung: Das Teilportfolio umfasst die Eindeckung der Vertriebsmengen. Die offene Position setzt sich zusammen aus den Planwerten des Vertriebs und den bereits getätigten Marktgeschäften.
- › Eigenerzeugung: In diesem Teilportfolio wird die offene Position von Brennstoffen (Kohle oder Gas), Emissionen und Strom betrachtet und daraus ein VaR berechnet. Für die Bestimmung der offenen Position werden die Marktgeschäfte – Eindeckung (Terminprodukte) mit Zertifikaten und Gas, Vermarktung von Strom sowie finanzielle Absicherung von Kohle und Gas zur Absicherung variabler Beschaffungspreise – den Mengen gegenübergestellt, die von der Eigenerzeugung dem Handel zur Bewirtschaftung übergeben worden sind. Brennstoff- und Zertifikatepositionen beinhalten die Bedarfe für die Strom- und Wärmeerzeugung.
- › Virtuelles Kraftwerk: Hier handelt es sich um einen Strombezugsvertrag, dessen Preis und anderem an Kohle- und Zertifikatepreise gebunden ist. Als Ergebnis von Optimierungsrechnungen des Handels werden Sollmengen für den zu vermarktenden Strom und die abzusichernden Kohle- und Zertifikatemengen bestimmt. Die offene Position ergibt sich als Differenz aus den bereits am Markt kontrahierten Mengen und den jeweiligen Sollmengen.
- › Irsching: Dieses Teilportfolio beschreibt die Vermarktung des Stroms und die Absicherung des dazu erforderlichen Brennstoffs (Gas) sowie der Zertifikate aus der Kraftwerksscheibe Irsching. Die Sollposition ergibt sich aus den von der Eigenerzeugung an den Handel übergebenen Mengen an zu vermarktendem Strom und abzusichernden Gas- und Zertifikatemengen. Dem stehen die getätigten Marktgeschäfte als Ist-Position gegenüber. Derzeit ist die Bewirtschaftung eingestellt, alle Positionen wurden durch Gegengeschäfte glattgestellt.
- › Eigenhandel Gas und Eigenhandel CO₂: In diesen beiden Teilportfolios ist der Eigenhandel mit Gas und Zertifikaten abgebildet. Die offene Position ist definiert als Differenz aus Kauf- und Verkaufsportionen.

Der maximale Verlust, der mit 99 %iger Wahrscheinlichkeit und einer Halteperiode von fünf Tagen nicht überschritten wird, verteilt sich wie folgt auf die genannten Teilportfolios, getrennt nach kurz- und langfristigen Termingeschäften:

TSD, €	31.12.2014			31.12.2013		
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Gesamt	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Gesamt
	Value at Risk Strombeschaffung	1	2.298	2.299	9	2.839
Value at Risk Gasbeschaffung	1.769	10.585	12.354	587	5.536	6.123
Value at Risk Eigenerzeugung	621	1.425	2.046	159	2.049	2.208
Value at Risk Gemeinschaftskraftwerk Irsching	–	–	–	401	144	545
Value at Risk virtuelle Kraftwerksverträge	4	15	19	7	182	189
Value at Risk Eigenhandel Gas	–	–	–	13	13	26

In Bezug auf die Erzeugungsseite wurden die zuvor beschriebenen Preisänderungsrisiken für Gas zu 79 %, für Kohle zu 68 % und für CO₂ zu 78 % gesichert. Somit verbleibt lediglich für die noch offene Position ein Preisänderungsrisiko. Weiterhin wird das Exposure aus dem Vertriebsgeschäft zu 49 % gesichert. Das Exposure wird hierbei definiert als noch nicht beschaffte Position. Der Absicherungshorizont beträgt jeweils drei Jahre.

Zinsänderungsrisiko

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Bei MAINOVA bestehen Zinsänderungsrisiken für variabel verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, für welche die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen, in denen der Zinssatz fixiert ist. Der Buchwert der variabel verzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ohne Berücksichtigung der Darlehen für den Anteilserwerb an der Thüga Holding beträgt zum Zeitpunkt des Auslaufens der Zinsbindungsfristen 68,1 Mio. Euro (Vorjahr 36,0 Mio. Euro). MAINOVA begegnet derartigen Zinsänderungsrisiken durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Bei einer Änderung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt würde sich das Ergebnis im Jahr 2015 um 263 Tsd. Euro (Vorjahr 307 Tsd. Euro) verändern.

Die im Rahmen der langfristigen Finanzierung des Anteilserwerbs an der Thüga Holding abgeschlossenen Darlehensverträge haben eine Laufzeit bis zum Jahr 2035. Die Zinsbindung läuft zwischen den Jahren 2014 und 2020 aus. Das Risiko potenziell steigender Zinsen und höherer Zinszahlungen wird bei dem überwiegenden Teil der Darlehen durch den Abschluss von Zins-Swaps begrenzt. Die Zins-Swaps haben eine Laufzeit von zehn Jahren ab dem Zeitpunkt des Auslaufens der Zinsbindung. Bei einer Erhöhung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt würde sich der Marktwert der Zins-Swaps um 20,2 Mio. Euro (Vorjahr 14,7 Mio. Euro) erhöhen, bei einer Senkung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt würde sich der Marktwert und damit das Eigenkapital um 24,7 Mio. Euro (Vorjahr 18,6 Mio. Euro) reduzieren. Der Buchwert der Darlehen zum Zeitpunkt des Auslaufens der Zinsbindungsfristen, bei denen das Zinsänderungsrisiko nicht durch Zins-Swaps begrenzt wurde, beträgt 100,0 Mio. Euro (Vorjahr 100,0 Mio. Euro).

Währungsrisiko

Alle Beschaffungs- und Handelsgeschäfte werden derzeit in Euro abgerechnet. Somit ist MAINOVA keinen Währungsrisiken ausgesetzt.

Kreditrisiko

Das Kredit- oder Ausfallrisiko der MAINOVA liegt in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zum einen auf der Kundenseite und zum anderen bei den Kontrahenten im Energiehandel begründet. Kreditrisiken bestehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit Forderungen sowie derivativen Finanzinstrumenten mit positiven Marktwerten. Diesbezüglich verweisen wir auf die Ausführungen in den Abschnitten 6 und 7. Das maximale Ausfallrisiko besteht in Höhe der Buchwerte der Forderungen und derivativen Finanzinstrumente.

Ausfallrisiken von Forderungen gegenüber Kunden begegnet MAINOVA durch eine Straffung der Prozesse im Forderungsmanagement sowie durch verschärfte Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen und für Gewährung von Ratenplänen. Weiterhin sind die 300 größten Kunden an ein „Online-Ratingsystem“ angeschlossen. Jegliche Veränderung von externen Ratings dieser Kunden erhält das Forderungsmanagement von einer Wirtschaftsauskunftei umgehend online mitgeteilt. Beim Ausfall von Kontrahenten im Energiehandel besteht gleichfalls ein Kreditrisiko. MAINOVA kauft und verkauft Strom-, Gas- und CO₂-Forwards mit physischer Erfüllung und Derivate auf Kohle, Öl und Gas mehrere Jahre im Voraus. Fällt ein Lieferant aus, besteht ein Wiedereindeckungsrisiko für den Fall, dass zwischenzeitlich die Marktpreise gestiegen sind, da die Menge zu einem höheren Preis wieder eingedeckt werden muss. Um dieses Risiko zu minimieren, schließt MAINOVA die Geschäfte überwiegend mit der Syneco Trading GmbH (Syneco Trading) ab. In einer Art Haftungspool für das Adressrisiko für Strom- und Nichtstromgeschäfte werden hier die Kreditrisiken aus allen Geschäften, die über Syneco Trading abgeschlossen werden, zusammengeführt und im Schadensfall zunächst von der Thüga Aktiengesellschaft getragen und im Weiteren auf die Kunden der Syneco Trading verteilt. Aufgrund des umfangreichen Handelspartnerportfolios bestehen für Syneco Trading zudem deutlich höhere Netting-Möglichkeiten, wodurch Risiken reduziert werden können. Die (anteilige) Haftung betrifft nicht nur Ausfälle von Handelspartnern, sondern auch (als wenig wahrscheinlich angesehene) Ausfälle von Poolpartnern. Die Haftungsanteile der einzelnen Poolpartner sind nicht statisch, sondern sie bemessen sich nach deren offenen Geschäftsvolumina. Es wird unter anderem auch auf Abschnitt 10 verwiesen.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, dass MAINOVA nicht genügend Finanzmittel besitzt, vertragsgemäß durch Lieferung von Zahlungsmitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Dem Liquiditätsrisiko wird durch ein systematisches Liquiditätsmanagement durch das Konzern-Treasury der SWFH, basierend auf der Finanzplanung der MAINOVA, begegnet. Dabei wird die Liquidität durch die Planung der individuellen Ein- und Auszahlungsströme für das laufende und die vier darauf folgenden Jahre ermittelt, um die zukünftige Liquiditätsentwicklung aufzuzeigen und frühzeitig einen möglichen Liquiditätsbedarf zu erkennen. Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit verfügt MAINOVA bei der SWFH über eine vom Konzern-Treasury-Gremium genehmigte Kreditlinie von 40 Mio. Euro (Vorjahr 40 Mio. Euro). Kreditlinien bei Banken bestehen nicht.

Die nachfolgende Tabelle zeigt alle zum 31. Dezember 2014 beziehungsweise 31. Dezember 2013 vertraglich fixierten Zins- und Tilgungszahlungen für die bilanzierten finanziellen Verbindlichkeiten sowie Zahlungsströme aus derivativen Finanzinstrumenten. Für Kohle-, Öl-, Gas- und Zins-Swaps, bei denen ein negativer Nettozahlungsausgleich („Net Settlement“) mit den Vertragspartnern erfolgt, werden negative undiskontierte Marktwerte angegeben. Jederzeit rückzahlbare finanzielle Verbindlichkeiten sind dem frühesten Zeitband zugeordnet.

TSD. €	31.12.2014			
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-60.635	-265.919	-581.246	-907.800
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	-13.752	-	-	-13.752
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-197.798	-	-	-197.798
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	-95.223	-3.374	-5.581	-104.178
Derivative Finanzinstrumente				
Strom-Forwards	-43.547	-8.468	-	-52.015
Gas-Forwards	-108.418	-45.943	-	-154.361
Kohle-Swaps	-13.456	-8.945	-	-22.401
davon ohne Sicherungsbeziehung	-5.932	-3.592	-	-9.524
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	-7.524	-5.353	-	-12.877
Öl-Swaps	-305	-	-	-305
davon ohne Sicherungsbeziehung	-305	-	-	-305
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	-	-	-	-
Gas-Swaps	-3.814	-	-	-3.814
davon ohne Sicherungsbeziehung	-2.265	-	-	-2.265
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	-1.549	-	-	-1.549
Zins-Swaps (in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge)	-764	-3.008	-35.771	-39.543
Finanzielle Garantien	-25.007	-	-	-25.007
	-562.719	-335.657	-622.598	-1.520.974

T 62

31.12.2013			
< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt
-81.153	-288.329	-656.908	-1.026.390
-18.415	-12.005	-	-30.420
-236.527	-	-	-236.527
-143.090	-3.216	-6.379	-152.685
-42.697	-14.245	-	-56.942
-11.082	-589	-	-11.671
-12.945	-10.300	-	-23.245
-903	-	-	-903
-12.042	-10.300	-	-22.342
-1	-	-	-1
-1	-	-	-1
-	-	-	-
-2.284	-991	-	-3.275
-597	-535	-	-1.132
-1.687	-456	-	-2.143
-	-1.941	-2.670	-4.611
-26.886	-	-	-26.886
-575.080	-331.616	-665.957	-1.572.653

8. Segmentberichterstattung

TSD. €	Wärme- & Stromerzeugung		Stromversorgung		Gasversorgung	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Außenumsatz	39.508	46.309	1.177.497	1.229.050	597.967	692.721
Innenumsatz	196.356	210.656	9.004	8.314	50.551	93.550
Gesamtumsatz	235.864	256.965	1.186.501	1.237.364	648.518	786.271
Segmentergebnis	-988	15.631	-1.384	-8.647	31.753	73.264
Bereinigt um Effekte aus der Derivatebewertung	-1.343	-789	-8.087	8.033	-20.944	1.135
Bereinigtes Segmentergebnis	355	16.420	6.703	-16.680	52.697	72.129
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-
Planmäßige Abschreibungen	20.071	17.805	14.459	14.652	13.432	12.837
Wertminderungen	1.656	-	-	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-	-	-	-
Wesentliche nicht zahlungswirksame Posten	30.910	-11.636	-12.792	-3.327	41.975	-512
Zinserträge	5.977	6.937	1.083	1.159	115	176
Zinsaufwendungen	7.076	7.358	2.502	1.731	11.581	1.641

Die Segmentberichterstattung der MAINOVA hat das Ziel, Informationen über die wesentlichen Geschäftssegmente des Konzerns zur Verfügung zu stellen. Die Abgrenzung der berichtspflichtigen Segmente ist nach dem verpflichtend anzuwendenden „Management Approach“ allein auf die intern vom Management zur Steuerung des Konzerns verwendete Berichtsstruktur ausgerichtet. Bei dem Segmentergebnis handelt es sich um das Ergebnis vor Steuern (EBT). Da MAINOVA stark regional eingegrenzt und ausschließlich innerhalb Deutschlands tätig ist, wurde auf eine Darstellung nach geografischen Merkmalen verzichtet.

Die Segmentberichterstattung untergliedert sich in die nachfolgenden Geschäftssegmente:

- › Wärme- und Stromerzeugung
- › Stromversorgung
- › Gasversorgung
- › Wärmeversorgung
- › Wasserversorgung
- › Beteiligungen
- › Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung

Das Segment **Wärme- und Stromerzeugung** umfasst das Geschäft der Wärme- und Stromerzeugungsanlagen der MAINOVA AG und der Tochterunternehmen.

Die Segmente **Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung** decken jeweils die Wertschöpfungskette vom Bezug beziehungsweise Handel über die Verteilung und den Vertrieb unserer Produkte ab.

Dem Segment **Beteiligungen** ist unser gesamtes Beteiligungsportfolio von 25 nach der Equity-Methode einbezogenen Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen sowie 15 weiteren Beteiligungsgesellschaften zugeordnet.

T 63

Wärmeversorgung		Wasserversorgung		Beteiligungen		Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung		Konzern	
2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
105.742	126.610	72.704	74.361	250	489	43.078	41.621	2.036.746	2.211.161
2.853	2.822	331	373	2.993	3.334	-262.088	-319.049	-	-
108.595	129.432	73.035	74.734	3.243	3.823	-219.010	-277.428	2.036.746	2.211.161
-4.055	2.962	398	-1.016	80.754	57.547	-799	-3.098	105.679	136.643
-	-	-	-	-	-	-	-	-30.374	8.379
-4.055	2.962	398	-1.016	80.754	57.547	-799	-3.098	136.053	128.264
-	-	-	-	99.319	81.444	-	-	99.319	81.444
5.680	5.725	5.909	5.895	-	-	18.865	19.021	78.416	75.935
-	-	-	-	2.146	1.400	-	-	3.802	1.400
-	-	-	-	6.669	-	-	-	6.669	-
19.722	3.087	-2.291	18.726	-96.068	68	3.579	4.319	-14.965	10.725
27	29	9	5	121	154	185	409	7.517	8.869
294	563	614	793	19.388	19.088	1.346	2.088	42.801	33.262

Unter **Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung** werden Konsolidierungseffekte sowie andere, nicht den gesondert dargestellten Segmenten zuzuordnende Tätigkeiten von untergeordneter Bedeutung ausgewiesen; hierzu zählen Dienstleistungen der Zentralbereiche der MAINOVA für Dritte.

Die Segmentdaten wurden in Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss ermittelt. In den wesentlichen nicht zahlungswirksamen Effekten sind vor allem die Veränderungen der Rückstellungen einschließlich der erfolgsneutralen Veränderungen und die wesentlichen zahlungsunwirksamen sonstigen Aufwendungen und Erträge erfasst. Die segmentbezogenen Veränderungen des Working Capital wurden nicht ausgewiesen. Die Verrechnungspreise zwischen den Segmenten entsprechen im Wesentlichen den üblichen Marktpreisen.

Weitere Erläuterungen zu den Segmentergebnissen sind im Lagebericht enthalten.

Die Überleitung auf das Segmentergebnis ergibt sich wie folgt:

T 64

TSD, €	2014	2013
Ergebnis nach Ertragsteuern lt. GuV	96.621	116.049
Ergebniseffekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39	30.374	-8.379
Ertragsteuern	9.058	20.594
Bereinigtes Segmentergebnis	136.053	128.264

9. Angaben zur Kapitalflussrechnung

Der Finanzmittelfonds in Höhe von 16,6 Mio. Euro (Vorjahr 16,7 Mio. Euro) besteht ausschließlich aus Kassenbeständen und Bankguthaben. Unter Berücksichtigung der Guthaben aus dem Cash Pooling bei der SWFH ergibt sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von 163,3 Mio. Euro (Vorjahr 172,6 Mio. Euro).

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Mio. Euro ab und beträgt 203,1 Mio. Euro. Im Vorjahr war ein Aufbau von Verbindlichkeiten enthalten, während in 2014 dem Rückgang von Verbindlichkeiten in etwa gleicher Höhe ein Forderungsrückgang gegenübersteht.

Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit liegen um 79,3 Mio. Euro unter dem Vorjahr und betragen 64,4 Mio. Euro. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen Rückzahlungen aus Geldanlagen im Rahmen des Cash Pooling mit der SWFH. Zusätzlich wurden geringere Investitionen in Sachanlagen und für den Erwerb von Tochterunternehmen getätigt.

Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von 138,8 Mio. Euro (Vorjahr 61,6 Mio. Euro) ist insbesondere durch die Gewinnabführung an die SWFH in Höhe von 58,7 Mio. Euro und die Tilgung von Krediten in Höhe von 73,7 Mio. Euro (Vorjahr 46,0 Mio. Euro) verursacht. Aufgrund der geringeren Neuverschuldung gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit. Während im Vorjahr Darlehen in Höhe von 33,5 Mio. Euro aufgenommen wurden, betrug die Darlehensaufnahme in 2014 nur 3,9 Mio. Euro.

Insgesamt konnten die Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden, sodass sich der Finanzmittelbestand auf Vorjahresniveau bewegt.

10. Sonstiges

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Im Jahresdurchschnitt waren bei MAINOVA 2.768 (Vorjahr 2.858) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon 603 (Vorjahr 606) Frauen.

ERGEBNIS JE AKTIE

T 65

	31.12.2014		31.12.2013	
	Unverwässert	Verwässert	Unverwässert	Verwässert
Gesellschaftern der Mainova AG zurechenbares Ergebnis in Tsd. €	94.440	94.440	114.366	114.366
Gewichtete Anzahl der Aktien der SWFH als Organträger in Tsd.	4.182	4.182	4.182	4.182
Ergebnis je Stückaktie in €	22,58	22,58	27,35	27,35

Da nur die Stückaktien der SWFH als Organträger an der Gewinnverwendung teilnehmen, erfüllen nur diese Stückaktien die Definition „Ordinary Shares“ nach IAS 33. Die Anteile der anderen Gesellschafter partizipieren nicht am Gewinn und Verlust der Gesellschaft, sondern erhalten vom Organträger eine feste Garantiedividende in Höhe von 10,84 Euro je Stückaktie. Das Ergebnis je Aktie ist daher der Quotient aus dem Ergebnis der MAINOVA vor Gewinnabführung und der Anzahl der Stückaktien der SWFH.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die **Eventualverbindlichkeiten** setzen sich zum 31. Dezember 2014 wie folgt zusammen:

T 66

TSD. €	2014		2013	
	Nominal- betrag	Valuta	Nominal- betrag	Valuta
Bürgschaften	23.347	15.357	23.525	16.317
davon gegenüber assoziierten Unternehmen und Gemeinschafts- unternehmen	20.761	12.771	20.761	13.731
Gewährleistungsverträge	10.591	9.650	9.440	10.569
davon gegenüber assoziierten Unternehmen und Gemeinschafts- unternehmen	940	–	940	–
	33.938	25.007	32.965	26.886

Für die Beteiligung GKI hat MAINOVA im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kraftwerks zugunsten einer Geschäftsbank eine selbstschuldnerische und unbefristete Teilbürgschaft für den Kreditrahmen bei der Bank abgegeben. Der Anteil der MAINOVA beträgt 20,3 Mio. Euro und entspricht 15,6 % des Kreditrahmens. Die Verpflichtung valutiert zum Stichtag mit 12,3 Mio. Euro.

Auf der Basis der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht die MAINOVA derzeit davon aus, dass die den vorab genannten Eventualverbindlichkeiten zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldern erfüllt werden können. Daher schätzt die MAINOVA bei allen Eventualverbindlichkeiten die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme als gering ein.

Finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus den nachfolgend aufgeführten Sachverhalten:

T 67

TSD. €	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen	1.106.627	551.084	555.543	–
Nominalwerte aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen (Operating Leasing)	49.014	12.506	23.774	12.734
Bestellobligo für begonnene Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen	35.311	35.311	–	–
Verpflichtungen durch Erwerb von Emissionsrechten	13.949	11.502	2.447	–
Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich	6.801	6.801	–	–
davon gegenüber assoziierten Unternehmen und Gemeinschafts- unternehmen	6.667	6.667	–	–
Gesamt	1.211.702	617.204	581.764	12.734

Das Bestellobligo steht insbesondere in Zusammenhang mit diversen Bau- und Modernisierungsmaßnahmen.

Die Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen zur Einzahlung in die Kapitalrücklage der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG (GKB), die im Rahmen der Inanspruchnahme von Baufinanzierungsmitteln durch die GKB im Zusammenhang mit dem Kraftwerksbau entstehen.

Die Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen (Operating Leasing) betreffen überwiegend langfristige Pachtverträge für Stromerzeugungs- und Versorgungsanlagen, Miet- und Leasingverpflichtungen für Lager- und Verwaltungsgebäude sowie für die Grundstücke unserer Windparks.

Die Nachschussverpflichtung bezüglich der MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW) beruht auf § 17 des Gesellschaftsvertrags in der Fassung vom 11. November 2008. Danach kann die Gesellschafterversammlung mit Mehrheitsbeschluss von den Gesellschaftern Nachschüsse bis zu der Höhe von 2,0 Mio.

Euro (davon MAINOVA 1,0 Mio. Euro) einfordern. Aufgrund der Beteiligungsverhältnisse kann eine Nachschusspflicht ohne Zustimmung der MAINOVA nicht beschlossen werden.

LEASING

Die nachstehende Tabelle stellt die Investitionen in Finanzierungsleasingverhältnisse dar:

TSD, €	31.12.2014		31.12.2013	
	Bruttoinvestitionen	Barwert der Mindestleasingzahlungen	Bruttoinvestitionen	Barwert der Mindestleasingzahlungen
Fällig bis 1 Jahr	11.715	10.889	11.464	10.874
Fällig 1 bis 5 Jahre	44.970	33.709	44.792	33.256
Fällig über 5 Jahre	51.558	24.112	60.873	26.996
	108.243	68.710	117.129	71.126
Barwert des nicht garantierten Restwerts		2.715		2.501
Leasingforderungen		71.425		73.627

T 68

Die Bruttoinvestition lässt sich wie folgt in den Barwert der Mindestleasingzahlungen überleiten:

TSD, €	31.12.2014	31.12.2013
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	102.807	111.693
Nicht garantierte Restwerte	5.436	5.436
Bruttoinvestition	108.243	117.129
Nicht realisierter Finanzertrag	36.818	43.502
Nettoinvestition	71.425	73.627
Barwert der nicht garantierten Restwerte	2.715	2.501
Barwert der Mindestleasingzahlungen	68.710	71.126

T 69

Die im Jahr 2014 im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen als Ertrag erfassten bedingten Mietzahlungen betragen 0,4 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. Euro).

Bei den Finanzierungsleasingverhältnissen handelt es sich um Pachtverträge über Kraftwerke und Versorgungsnetze sowie Contracting-Projekte, bei denen MAINOVA zwar rechtlicher Eigentümer ist, die wesentlichen Chancen und Risiken aus der Nutzung des Vermögenswerts aber beim Kunden liegen. Dies hat zur Folge, dass die Vermögenswerte nicht im Sachanlagevermögen der MAINOVA, sondern stattdessen in den Forderungen aus Finanzierungsleasing zu bilanzieren sind.

Mit der AVA GmbH besteht ein Vertrag über die Verpachtung eines HKW in Frankfurt am Main Nordweststadt einschließlich Grundstück. Die AVA GmbH verpachtet ihre Abfallverbrennungsanlage gemeinsam mit dem von MAINOVA gepachteten HKW an die MHKW zum Betrieb eines einheitlichen Müllheizkraftwerks. Das Vertragsverhältnis mit der AVA GmbH hat eine Laufzeit von 22,5 Jahren und endet am 30. Juni 2029.

Die AVA GmbH zahlt einen Pachtzins, der sich aus mehreren festen Bestandteilen und einem variablen Bestandteil zusammensetzt. Der Pachtzins ist hinsichtlich des festen Teils wertgesichert. Die jährliche Preisanpassung ist an die Entwicklung des Preisindex der Erzeugnisse von Investitionsgüterproduzenten gebunden.

Im Rahmen des mit der Süwag Energie AG abgeschlossenen Pachtvertrags verpachtet MAINOVA ihr in den Gebieten Unterliederbach, Sindlingen, Zeilsheim und Sossenheim liegendes Stromnetz. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren und endet am 31. Dezember 2026.

Bei den Contracting-Projekten handelt es sich insbesondere um einen bereits im Jahr 2001 abgeschlossenen Energieliefervertrag mit der Fraport AG, zu dessen Zweck die MAINOVA eigens ein Heiz-/Kältewerk errichtet hat und dieses betreibt. Der jährliche Grundpreis des Energieliefervertrags, der auch die Kosten für die Nutzungsüberlassung des Heiz-/Kältewerks enthält, ist an die Entwicklung des Investitionsgüterindex geknüpft. Der Vertrag endet am 31. Dezember 2020.

Im Rahmen eines Operating-Leasingverhältnisses hat die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH 12 Megawatt der Stromerzeugungskapazität der Kraftwerksanlage im HKW West von MAINOVA gepachtet. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 5,5 Jahren und endet am 31. Dezember 2019. Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen beträgt 1,5 Mio. Euro. Davon entfallen 0,3 Mio. Euro auf einen Zeitraum bis zu einem Jahr und 1,2 Mio. Euro auf ein bis fünf Jahre.

BEZIEHUNGEN ZU NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, welche die MAINOVA beherrschen oder maßgeblich beeinflussen, sowie Beziehungen zu Unternehmen, die von MAINOVA beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden, müssen angegeben werden.

Durch die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über den Mehrheitsgesellschafter SWFH ist MAINOVA ein von diesen Gesellschaftern beherrschtes Unternehmen.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit unterhält MAINOVA mit ihren Tochterunternehmen Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen nahestehenden Personen und Unternehmen.

Mit nahestehenden natürlichen Personen des Managements in Schlüsselpositionen sowie deren nächsten Familienangehörigen haben keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden. Als Management in Schlüsselpositionen ist bei der MAINOVA nur der Vorstand anzusehen.

Mit den nahestehenden Unternehmen wurden in den Geschäftsjahren 2014 und 2013 Geschäfte getätigt, die zu folgenden Abschlussposten führten:

T 70

TSD. €	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen		Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen		Thüga Aktiengesellschaft und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen		Gemeinschaftsunternehmen ⁽¹⁾		Assoziierte Unternehmen ^{(1),(2)}	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Energie- und Wasserlieferungen										
Umsatzerlöse	27.867	31.414	80.355	82.337	264.151	232.632	31.295	22.204	68.668	90.046
Materialaufwand	1.274	1.437	1.210	1.314	483.796	484.020	575	356	391.724	553.683
Forderungen	10.567	5.900	33.521	32.572	–	5.920	1.114	2.920	8.389	13.963
Verbindlichkeiten	861	18	180	526	23.285	333	448	356	43.290	78.837
Sonstiges										
Erträge	25.425	18.214	21.546	20.790	3.945	4.587	53.555	51.103	38.357	25.940
Aufwendungen	31.933	97.539	53.640	54.473	873	701	147	31	11.175	7.367
Forderungen	149.070	118.220	335	6.476	5.258	1	1.411	109	50.533	3.107
Verbindlichkeiten	64.775	49.180	18.010	45.965	316	25.527	1.747	10.652	5.440	425

⁽¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen aufgrund der erstmaligen Anwendung des IAS 11

⁽²⁾ einschließlich der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen worden und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den Finanzierungsbedingungen beziehungsweise den Liefer- und Leistungsbeziehungen mit anderen Unternehmen.

GRUNDZÜGE DER VERGÜTUNG VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen. Diese umfassen im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Mitarbeiterzufriedenheit“ und „Kundenzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Die Vorstandsmitglieder beziehungsweise deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt beziehungsweise Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsanwartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, die angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

Die Bezüge des Vorstands im Geschäftsjahr 2014 gehen aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

T 71

€	Fixe Vergütung		Variable Vergütung			Summe	Barwert der Pensionsverpflichtung	Zuführung zur Rückstellung für Pensionsverpflichtung
	Grundvergütung	Tantiemeanteil	Kurzfristig	Langfristig (LAP)	Sonstige Bezüge			
Dr. Constantin H. Alsheimer	297.974	46.000	61.648	118.340	34.569	558.531	1.652.300	746.676
Prof. Dr. Peter Birkner	226.046	46.000	42.192	71.980	13.087	399.305	687.272	363.405
Norbert Breidenbach	226.046	46.000	55.120	106.140	28.796	462.102	21.679	-9.533
Lothar Herbst	226.046	46.000	43.472	85.400	20.939	421.857	2.287.853	814.410
Summe	976.112	184.000	202.432	381.860	97.391	1.841.795	4.649.104	1.914.958

Der deutliche Anstieg der Pensionsverpflichtung war im Wesentlichen zinsbedingt. Der Abzinsungssatz reduzierte sich auf 1,80 % (Vorjahr 3,11 %).

Im Vorjahr setzten sich die Bezüge des Vorstands wie folgt zusammen:

T 72

€	Fixe Vergütung		Variable Vergütung			Summe	Barwert der Pensionsverpflichtung	Zuführung zur Rückstellung für Pensionsverpflichtung
	Grundvergütung	Tantiemeanteil	Kurzfristig	Langfristig (LAP)	Sonstige Bezüge			
Dr. Constantin H. Alsheimer	264.996	46.000	53.238	108.640	41.195	514.069	905.624	168.621
Prof. Dr. Peter Birkner	199.992	46.000	35.302	66.080	10.261	357.635	323.867	138.741
Norbert Breidenbach	109.998	23.000	23.610	48.720	14.997	220.325	31.212	31.212
Lothar Herbst	199.992	46.000	36.482	78.400	21.211	382.085	1.473.443	232.874
Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig	100.002	23.000	-	-	9.246	132.248	374.476	-188.120
Summe	874.980	184.000	148.632	301.840	96.910	1.474.114	3.108.622	383.328

Für das Geschäftsjahr 2013 wurden im Jahr 2014 erfolgsabhängige Tantiemen von 611.472,00 Euro (Vorjahr 799.774,00 Euro) ausgezahlt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Vorstandsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA AG innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß §§ 190 ff. UmwG oder beim Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA AG der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Stadtwerke-Frankfurt-Konzerns unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA AG dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Im Geschäftsjahr 2014 bestand für die Unternehmensleitung sowie für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung (D & O-Versicherung). Hierfür sind Versicherungsprämien in Höhe von 92.803,03 Euro (Vorjahr 77.533,50 Euro) aufgewendet worden.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt und beträgt:

T 73

€	2014			2013		
	Fixe Vergütung	Sitzungs-geld	Summe	Fixe Vergütung	Sitzungs-geld	Summe
Uwe Becker	25.000	6.400	31.400	20.833	6.800	27.633
Dr. h. c. Petra Roth	–	–	–	10.417	3.600	14.017
Peter Arnold	17.000	6.800	23.800	17.000	7.600	24.600
Ewald Woste	14.167	2.400	16.567	17.000	3.600	20.600
Dr. Jörg Becker	7.667	2.400	10.067	–	–	–
StR Prof. Dr. Daniela Birkenfeld	7.667	1.600	9.267	–	–	–
Peter Bodens	12.000	4.800	16.800	11.833	4.000	15.833
Hans-Dieter Bürger	6.250	2.400	8.650	15.000	4.400	19.400
Jutta Ebeling	5.000	2.000	7.000	12.000	2.800	14.800
Reinhold Falk	12.000	5.600	17.600	12.000	6.400	18.400
Markus Frank	12.000	3.600	15.600	12.000	3.600	15.600
René Gehringer	10.000	3.600	13.600	10.000	3.600	13.600
Dr. h. c. Ernst Gerhardt	12.000	5.200	17.200	12.000	4.400	16.400
Rosemarie Heilig	12.000	5.200	17.200	11.833	4.000	15.833
Holger Klingbeil	12.000	4.400	16.400	12.000	4.400	16.400
Cornelia Kröll	12.000	2.400	14.400	10.000	1.600	11.600
StR Stefan Majer	7.667	1.600	9.267	–	–	–
Klaus Oesterling	10.000	2.800	12.800	5.833	1.200	7.033
Thomas Raasch	6.666	1.600	8.266	–	–	–
Bernd Rudolph	10.000	3.200	13.200	10.000	3.600	13.600
Nicole Salm	12.000	4.400	16.400	12.000	4.400	16.400
Edwin Schwarz	4.166	1.200	5.366	10.000	2.800	12.800
Ralf-Rüdiger Stamm	12.000	5.600	17.600	12.000	6.800	18.800
Jürgen Wachs	10.000	3.200	13.200	7.500	2.400	9.900
Frank Wiese	5.000	2.400	7.400	12.000	4.800	16.800
Thomas Wissgott	–	–	–	3.000	800	3.800
Summe	254.250	84.800	339.050	256.249	87.600	343.849

Die Bezüge des Beirats beliefen sich auf 61.850,00 Euro (Vorjahr 62.400,00 Euro).

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 695.488,61 Euro (Vorjahr 648.404,06 Euro). Für diese Personengruppe sind Pensionsansprüche in Höhe von 8.673.904,00 Euro (Vorjahr 8.366.038,00 Euro) zurückgestellt worden.

ERKLÄRUNG DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS DER MAINOVA AG GEMÄSS § 161 AKTG

Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zu veröffentlichen. Die entsprechende Erklärung von MAINOVA wurde am 3. Dezember 2014 im Internet abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht (www.mainova.de/entsprechenserklaerung).

HONORARE DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Das im Geschäftsjahr 2014 für den Konzernabschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erfasste Honorar belief sich für die Prüfung des Konzernabschlusses auf 486 Tsd. Euro sowie für Auslagen auf 44 Tsd. Euro. Ferner betrug das Honorar für Steuerberatungsleistungen 7 Tsd. Euro und für sonstige Leistungen 76 Tsd. Euro.

ANGABEN ZU KONZESSIONEN UND GESTATTUNGEN

Zwischen MAINOVA und der Stadt Frankfurt am Main sowie einer Reihe von weiteren Städten und Gemeinden bestehen Wegenutzungs- und Gestattungsverträge im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserbereich.

In den Wegenutzungsverträgen zur Strom- und Gasversorgung wird die Nutzung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen und städtischen beziehungsweise gemeindeeigenen Grundstücken für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen sowie Anlagen zur Strom- beziehungsweise Gasversorgung geregelt. Der Netzbetrieb zur allgemeinen Versorgung mit Strom und Gas erfolgt durch die NRM. Es besteht in den jeweiligen Stadt- beziehungsweise Gemeindegebieten eine gesetzliche Pflicht des Netzbetreibers zur Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Netzanschlusses und -zugangs.

Die Laufzeit der Wegenutzungsverträge für Strom und Gas ist auf 20 Jahre begrenzt. Während der Laufzeit der Wegenutzungsverträge besteht die Verpflichtung zur Zahlung von Konzessionsabgaben, deren Höchstgrenzen nach der Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (KAV) festgesetzt sind. Die Konzessionsabgaben werden den Endkunden im Rahmen der Energielieferung von den jeweiligen Händlern in Rechnung gestellt und von diesen an den Netzbetreiber abgeführt. Der Netzbetreiber wiederum führt die eingezogenen Konzessionsabgaben an MAINOVA ab. MAINOVA leistet schließlich Konzessionsabgaben an die jeweilige Stadt oder Gemeinde auf der Grundlage des Wegenutzungsvertrags und im Rahmen der KAV.

Soweit eine Stadt oder Gemeinde nach dem Ablauf der Vertragslaufzeit den Wegenutzungsvertrag nicht mehr mit MAINOVA fortführen möchte, besteht eine gesetzliche Übereignungspflicht bezüglich der örtlichen Strom- beziehungsweise Gasverteilungsanlagen an den neuen Konzessionsnehmer oder die Stadt beziehungsweise Gemeinde, falls diese den Netzbetrieb selbst übernehmen will. Die Überlassung erfolgt gegen Zahlung einer wirtschaftlich angemessenen Vergütung an MAINOVA.

Mit den Gestattungs- und Konzessionsverträgen über Wasser und Fernwärme werden das Recht und die Verpflichtung zur Bereitstellung von Wasser- und Abwasserdienstleistungen beziehungsweise zur Versorgung mit Fernwärme, zum Betrieb der entsprechenden Infrastruktur und zur Durchführung von Investitionen geregelt. Die Gestattungen und die Konzessionen laufen in der Regel über einen Zeitraum von 20 Jahren.

11. Nachtragsbericht

Das Stadtparlament Frankfurt hat am 26. Februar 2015 beschlossen, den mit uns abgeschlossenen Stromkonzessionsvertrag bis zum Jahr 2035 zu verlängern.

Darüber hinaus haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

Frankfurt am Main, den 10. März 2015



DR. ALSHEIMER



PROF. DR. BIRKNER



BREIDENBACH



HERBST

Konsolidierungskreis und Anteilsbesitzliste des Mainova-Konzerns

T 74

	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis nach Steuern	Umsatzerlöse	Jahr
		%	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	
Verbundene Unternehmen						
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	Frankfurt am Main	90,00	12.804	557	8.137	2014
Energieversorgung Main-Spessart GmbH	Aschaffenburg	100,00	17.752	1.710	18.727	2014
Erdgas Westthüringen Beteiligungsges. mbH	Bad Salzungen	56,00	29.041	4.832	–	2014
Ferme Eolienne de Migé SARL	Toulouse	100,00	–317	–227	1.549	2014
Hotmobil Deutschland GmbH	Gottmadingen	100,00	4.141	780	9.988	2014
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	118.669	31.778	–	2014
Mainova EnergieDienste GmbH	Frankfurt am Main	100,00	4.661	400	41.962	2014
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	34	4	24	2014
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	85,00	8.736	–30	2.766	2014
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.427	276	3.318	2014
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG ⁽⁵⁾	Frankfurt am Main	100,00	12.984	499	5.279	2014
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	62	6.408	57.571	2014
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	31	3	13	2014
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	4.877	–1.180	1.683	2014
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	5.518	–374	2.322	2014
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	3.469	–307	1.214	2014
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	Frankfurt am Main	100,00	14.138	–3.583	478.008	2014
SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	Frankfurt am Main	100,00	37	1.586	13.415	2014
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	39	3	13	2014
Assoziierte Unternehmen						
ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG ⁽³⁾	Heidesheim	28,80	1	6	287	2013
Eisenacher Versorgungsbetriebe GmbH ⁽²⁾	Eisenach	23,90	25.777	2.636	41.923	2013
Gas-Union GmbH	Frankfurt am Main	34,27	213.044	14.985	2.729.191	2013
Gasversorgung Offenbach GmbH ⁽¹⁾	Offenbach am Main	25,10	21.517	4.294	39.760	2013
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	Bremen	25,10	15.343	–3.905	17	2013
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Vohburg	15,60	296.418	8.618	50.876	2013
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	36,36	93.142	2.621	71.223	2013
Infranova Bioerdgas GmbH	Frankfurt am Main	49,90	1.007	316	5.987	2013
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main	50,00	31.175	3.401	53.883	2013
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG ⁽⁶⁾	Mörfelden-Walldorf	57,98	100	–	–	2014
Ohra Energie GmbH ⁽¹⁾	Hörselgau	49,00	33.105	4.030	37.065	2013
Service4EVU GmbH	Coburg	50,00	423	28	5.885	2013
Stadtwerke Dreieich GmbH	Dreieich	26,25	41.846	6.082	55.498	2013
Stadtwerke Hanau GmbH	Hanau	49,90	64.740	6.495	205.025	2013
Werraenergie GmbH	Bad Salzungen	49,00	33.916	4.026	40.677	2013
WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Wiesbaden	49,90	25	52	–	2013

	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis nach Steuern	Umsatz- erlöse	Jahr
		%	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	
Gemeinschaftsunternehmen						
book'n'drive mobilitätssysteme GmbH ⁽³⁾	Wiesbaden	33,00	-190	25	3.315	2013
CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG ^{(3), (5)}	Hamburg	30,00	1.704	-61	-	2013
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH ⁽¹⁾	Eisenach	50,00	12.206	2.782	14.165	2013
eserv GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,00	21	-19	573	2013
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	50,00	26	1	-	2013
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Gelnhausen	50,00	44.263	3.900	45.279	2013
Metegra GmbH	Laatzen	25,00	-373	-130	2.122	2013
Oberhessische Gasversorgung GmbH	Friedberg	50,00	22.611	1.608	36.289	2013
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA ⁽²⁾	München	20,53	2.694.400	298.900	6.587.900	2013
Sonstige Beteiligungen						
8KU GmbH ^{(3), (4)}	Berlin	12,50	289	-14	184	2013
ABGnova GmbH ⁽³⁾	Frankfurt am Main	50,00	135	6	634	2013
ABO Wind AG ⁽³⁾	Wiesbaden	10,37	46.080	6.900	60.272	2013
Dynega Energiehandel GmbH ⁽³⁾	Frankfurt am Main	13,34	278	20	347	2013
Hanau Netz GmbH ⁽³⁾	Hanau	10,00	50	-101	-	2013
Hessenwasser Verwaltungs GmbH ⁽³⁾	Groß-Gerau	36,33	65	3	-	2013
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain ⁽³⁾	Frankfurt am Main	20,00	104	8	-	2013
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltungs-GmbH ⁽⁶⁾	Mörfelden-Walldorf	100,00	25	-	-	2014
Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH i. L.	Frankfurt am Main	100,00	11	-4	-	2014
Offshore Wind für Hessen Verwaltungs GmbH i. L.	Frankfurt am Main	100,00	34	2	-	2014
SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG ⁽³⁾	München	12,50	90.172	3.125	42	2013
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH ⁽³⁾	Frankfurt am Main	29,90	4.402	366	19.152	2013
Syneco Verwaltungs GmbH ⁽³⁾	München	25,10	5.048	14	78	2013
Syneco GmbH & Co. KG ⁽³⁾	München	17,18	47.219	2.167	-	2013

⁽¹⁾ Bilanzstichtag 30. September⁽²⁾ Konzernabschluss⁽³⁾ Angaben nach HGB⁽⁴⁾ ehemals: 8KU Renewables GmbH⁽⁵⁾ ehemals: ABO Wind WP Kirchhain GmbH & Co. KG⁽⁶⁾ Neugründung in 2014

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der MAINOVA Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 10. März 2015

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hauptmann
Wirtschaftsprüfer

Galic
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 10. März 2015



DR. ALSHEIMER



PROF. DR. BIRKNER



BREIDENBACH



HERBST

U G I T S D S E G

G E R G Ä N Z E N D E H R K V E N D E M
I N F O R M A T I O N E N

A G N I S A U F S I C H T S R A T J H E N I S

U L O R E A U S S C H Ü S S E V Ö L O D S E

V B G F T J G F R D C V Ä

G H Ö K F R T F Ü H R U N G S K R Ä F T E

J H R K F R T

O T A E . B E I R A T C U M Q U I K L P

K Ä B N M T Z U H G F D F R T

G L O S S A R U L T G F O R O T

V B G F T J H R K

04

ERGÄNZENDE INFORMATIONEN

-
- S. 118 Erklärung zur Unternehmensführung/
Corporate-Governance-Bericht 2014

 - S. 124 Organe der Gesellschaft

 - S. 130 Vorstand

 - S. 132 Mitglieder des Beirats

 - S. 134 Ausschüsse des Aufsichtsrats der MAINOVA AG

 - S. 136 Bereichsleiter und Stabsstellenleiter der MAINOVA

 - S. 137 Geschäftsführer MAINOVA-Verbund

 - S. 138 Glossar

 - S. 142 Grafik- und Tabellenverzeichnis

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht 2014

Gemäß § 289 a HGB und gemäß der Empfehlung in Ziff. 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex berichten Vorstand und Aufsichtsrat nachfolgend über die Unternehmensführung bzw. die Corporate Governance des MAINOVA-Konzerns.

Vorstand und Aufsichtsrat sind sich der großen Verantwortung der MAINOVA AG als kommunaler Energieversorger und Dienstleistungsunternehmen gegenüber Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Mitarbeitern, der Umwelt und der Rhein-Main-Region bewusst. Ziele unseres Handels sind daher wirtschaftlicher Erfolg und moralische Integrität. Diese sehen wir als Basis einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung und einer transparenten Unternehmensführung und -kontrolle.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Unser unternehmerisches Handeln orientiert sich an den geltenden Rechtsvorschriften und den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex in seiner jeweils aktuellen Fassung.

Leitung und Überwachung

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, besteht bei der MAINOVA AG ein duales Führungssystem, das dem Vorstand die Leitung des Unternehmens und dem Aufsichtsrat die Beratung und Überwachung des Vorstands zuweist. Diese beiden Gremien sind sowohl personell als auch hinsichtlich ihrer Kompetenzen streng voneinander getrennt.

Zusammensetzung und Arbeitsweise des Vorstands

Unserem Vorstand gehören vier Mitglieder an. Nähere Informationen zur Zusammensetzung des Vorstands und zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern finden Sie im Nachgang zu diesem Bericht.

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und vertritt die Gesellschaft. Er entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für deren Umsetzung. Dabei ist er an das Unternehmensinteresse gebunden und der nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts verpflichtet. Die Satzung der MAINOVA AG sieht vor, dass Geschäfte, die für die weitere Entwicklung des Unternehmens von besonderer Bedeutung sind und nicht bereits in der dem Aufsichtsrat vorgelegten und von ihm gebilligten Unternehmensplanung enthalten sind, der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen.

Unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstands ist jedes Vorstandsmitglied im Rahmen seines Verantwortungsbereichs allein geschäftsführungsbefugt. Dem Vorstandsvorsitzenden obliegen insbesondere die Leitung des Gesamtvorstands sowie die Federführung in der Geschäftspolitik des Konzerns. Darüber hinaus trägt er die Verantwortung für verschiedene Bereiche, wie z. B. Recht, Interne Revision, Unternehmensstrategie,

Compliance und Finanzen. Die drei Ressorts Technik, Personal sowie Handel und Vertrieb sind jeweils einem anderen Vorstandsmitglied zugewiesen. Die Geschäftsordnung des Vorstands und der Geschäftsverteilungsplan regeln im Einzelnen die Aufgaben und Zuständigkeiten des Vorstands. In der Geschäftsordnung sind insbesondere Regelungen zu Sitzungen und Beschlussfassungen sowie zur Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat enthalten.

In den Aufsichtsratssitzungen berichtet der Vorstand schriftlich oder mündlich zu den ihn betreffenden Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen und beantwortet die Fragen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder. Des Weiteren berät der Vorstandsvorsitzende zusammen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden regelmäßig über die Strategie und die Geschäftsentwicklung des Konzerns. Der Vorstand stellt den Jahres- und Konzernjahresabschluss auf. Vorstandsausschüsse bestehen nicht.

Zusammensetzung und Arbeitsweise des Aufsichtsrats und von dessen Ausschüssen

Unser Aufsichtsrat besteht in Übereinstimmung mit dem deutschen Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) aus jeweils zehn Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer. Nähere Informationen zu den Aufsichtsratsmitgliedern, ihren Mandaten und der Zusammensetzung der Aufsichtsratsausschüsse finden Sie im Nachgang zu diesem Bericht.

Der Aufsichtsrat weist mit Vertretern aus der kommunalen Verwaltung, der Thüga AG als deutschlandweitem Verbundnetzwerk sowie Vertretern der Arbeitnehmer eine hohe Vielfalt und breite Branchenkenntnis auf.

Gegenwärtig gehören dem Aufsichtsrat vier Frauen an. Der Aufsichtsrat hat als Ziel definiert, dass die Quote künftig nicht unterschritten werden soll. Dabei herrscht jedoch auch Einigkeit darüber, dass neben dem Geschlecht die fachliche Eignung weiterhin das ausschlaggebende Kriterium sein soll. Aktuelle Entwicklungen in der Gesetzgebung werden intensiv beobachtet und sollen nach dem Inkrafttreten natürlich bei der Besetzung berücksichtigt werden.

Der Aufsichtsrat hat auch von der Festsetzung von Zielgrößen für eine Beteiligung ausländischer, international besonders erfahrener und unabhängiger Mitglieder, von Vorgaben zur Vermeidung potenzieller Interessenkonflikte und von der Festlegung einer Altersgrenze abgesehen. Der Aufsichtsrat hält derartige Vorgaben im Hinblick auf die nationale Tätigkeit der MAINOVA AG, deren besondere Aktionärsstruktur mit einem kommunalen Großaktionär und die Notwendigkeit fachlicher Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten seiner Mitglieder nicht dem Interesse des Unternehmens dienlich und hat dies in der Entsprechenserklärung bekannt gemacht.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung. Er ist für die Bestellung der Mitglieder des Vorstands und den Widerruf der Bestellung zuständig. Die entsprechenden Beschlüsse erfordern eine Mehrheit, die mindestens zwei Drittel der Stimmen seiner Mitglieder umfasst.

Der Aufsichtsrat tagt mindestens zweimal im Kalenderhalbjahr. Er fasst seine Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftsentwicklung, die Planung sowie die Risikolage des Unternehmens und stimmt mit dem Aufsichtsrat die Strategie und deren Umsetzung ab. Ebenso legt er dem Aufsichtsrat die Jahresabschlüsse der MAINOVA AG und des MAINOVA-Konzerns unter Berücksichtigung der Berichte des Abschlussprüfers zur Feststellung bzw. Billigung vor. Bestimmte Geschäfte und Maßnahmen des Vorstands bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat zur Steigerung der Effizienz seiner Arbeit aus dem Kreise seiner Mitglieder vier ständige Ausschüsse gebildet, die unter anderem seine Beschlüsse vorbereiten und ihre Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit fassen.

Präsidium

Das Präsidium besteht aus sechs Mitgliedern. Es bereitet gemeinsam mit dem Vorstand die langfristige Nachfolgeplanung für die Besetzung des Vorstands vor und unterbreitet dem Aufsichtsrat mit vorbereitender Funktion Vorschläge:

- a) zur Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie für den Inhalt der Geschäftsordnung des Vorstands,
- b) zu den Anstellungsbedingungen und dem Vergütungssystem der Vorstandsmitglieder.

Das Präsidium tagt mindestens einmal im Jahr, im Übrigen nach Bedarf.

Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss

Der Ausschuss besteht aus zehn Mitgliedern und berät

- a) Angelegenheiten, die der Beschlussfassung durch die Hauptversammlung unterliegen (Kapital- und Satzungsänderungen, Unternehmensverträge u. Ä.),
- b) Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung,
- c) den nach § 90 Abs. 1 AktG zu erstattenden Bericht des Vorstands über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Erfolgsplanung),
- d) nach der Satzung oder der Geschäftsordnung des Vorstands zustimmungsbedürftige Maßnahmen des Vorstands

und gibt dem Aufsichtsrat Beschlussempfehlungen, soweit der jeweilige Gegenstand der Beschlussfassung des Aufsichtsrats unterliegt.

Darüber hinaus holt der Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss zur Vorbereitung der Wahl des Abschlussprüfers eine Erklärung des vorgeschlagenen Jahresabschlussprüfers ein, ob und ggf. welche beruflichen, finanziellen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits bestehen, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründen können. Die Erklärung hat sich auch darauf zu erstrecken, in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr andere Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vertraglich vereinbart sind.

Der Ausschuss tagt zweimal jährlich, im Übrigen bei Bedarf.

Personalausschuss

Der Personalausschuss besteht aus acht Mitgliedern und berät

- a) die Personalplanung und die ihr zugrunde liegende Personalpolitik des Unternehmens,
- b) den Bericht über die Personalentwicklung des Unternehmens (Personalbericht),
- c) die Erteilung von handelsrechtlichen Vollmachten (Handlungsvollmacht, Prokura).

Der Ausschuss tagt zweimal jährlich, im Übrigen bei Bedarf.

Vermittlungsausschuss

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildende Vermittlungsausschuss besteht aus vier Mitgliedern. Er unterbreitet Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Der Vermittlungsausschuss tagt nur bei Bedarf.

Die Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Gesamtaufsichtsrat über die Arbeitsergebnisse der Ausschüsse.

Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat regelt neben den Aufgaben und Zuständigkeiten das Prozedere der Sitzungen und Beschlussfassungen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Die Gesellschaft unterstützt den Aufsichtsrat im gesetzlich zulässigen Umfang, informiert ihn regelmäßig über aktuelle Gesetzesänderungen und stellt einschlägige Fachliteratur zur Verfügung.

Weitere Einzelheiten zu der konkreten Arbeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse können Sie dem Bericht des Aufsichtsrats entnehmen.

Relevante Unternehmensführungspraktiken

Die geschäftlichen Aktivitäten der MAINOVA AG unterliegen vielfältigen Rechtsvorschriften und selbst gesetzten Verhaltensstandards.

Verhaltenskodex

Der gute Ruf und die Reputation als leistungsfähiges Dienstleistungsunternehmen sowie verlässlicher und seriöser Energie- und Wasserversorger sind entscheidende Voraussetzungen im Wettbewerb. Um ein einheitliches und vorbildliches Handeln und Verhalten zu gewährleisten, statuiert der Verhaltenskodex für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MAINOVA-Konzerns verbindliche Regeln für den Umgang mit den moralischen, wirtschaftlichen und juristischen Herausforderungen des Berufsalltags. Die Leitlinie sind unsere Grundwerte Rechtchaffenheit, Eigenverantwortung, Aufrichtigkeit, Vertrauenswürdigkeit, Loyalität, Fairness sowie Respekt gegenüber den Mitmenschen und der Umwelt. Von daher verpflichtet der Verhaltenskodex insbesondere zu gesetzes- und regelkonformem Verhalten, zur Verschwiegenheit bei allen vertraulichen Angelegenheiten, zu parteipolitischer Neutralität, zur Förderung des Gemeinwohls, zum Schutz der Umwelt, zur Schonung der natürlichen Ressourcen, zu Arbeits- und Anlagensicherheit, zum Gesundheitsschutz, zur Achtung der Würde und Persönlichkeit eines jeden Mitarbeiters, zu Diversity, Loyalität, Transparenz, Datenschutz und -sicherheit und zur Beachtung der Insider-Regeln.

Der Verhaltenskodex kann im Internet unter <http://www.mainova.de/verhaltenskodex> eingesehen werden.

Compliance

Unser Compliance-System schafft die organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass das jeweils geltende Recht sowie unsere internen Regelungen und Richtlinien konzernweit bekannt sind und ihre Einhaltung sichergestellt wird. Klar strukturierte Audit- und Meldesysteme gewährleisten eine rechtzeitige Entdeckung potenzieller Verstöße und die notwendige Vertraulichkeit von Hinweisen. Das Compliance Management ist als Stabsstelle mit dem Chief Compliance Officer organisatorisch direkt unter dem Vorstand angesiedelt.

Angemessenes Risikomanagement

Unternehmerisches Handeln, das auf Wachstum ausgerichtet ist, kann nicht immer risikofrei gestaltet werden. Zur optimalen Benennung und Bewertung von Risiken hat die MAINOVA AG ein Risikomanagement-System geschaffen. Hier werden klare Verantwortlichkeiten für Risikobereiche zugewiesen, eindeutige Verhaltensrichtlinien kommuniziert sowie geeignete Risikosteuerungs- und Kontrollprozesse entwickelt und bereitgestellt.

Das Risikomanagement dient der Beherrschung von Risiken und ist Ausdruck des Prinzips des nachhaltigen Wirtschaftens. Unsere Investitionsentscheidungen werden konsequent daran gemessen, ob das dabei einzugehende Risiko in angemessenem Verhältnis zu den erwarteten Vorteilen steht.

Umweltverantwortung und Mitgestaltung der Energiewende

Nachhaltiges Handeln ist für den MAINOVA-Konzern eine maßgebliche Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche Unternehmensführung, die insbesondere soziale und ökologische Verantwortung für gegenwärtige und zukünftige Generationen umfasst.

Vorstand und Aufsichtsrat sind sich bewusst, dass der MAINOVA AG als Energieversorgungsunternehmen eine besondere Verantwortung im Hinblick auf die Bewahrung unserer Umwelt zukommt, und wir arbeiten gerne daran mit, die Energieversorgung in Deutschland sowohl umweltschonend als auch zukunftssicher neu zu gestalten. Die MAINOVA AG begrüßt daher grundsätzlich die Entscheidung der Bundesregierung zum Ausstieg aus der Atomenergie, weist aber auch auf die Herausforderungen hin, vor die unsere Gesellschaft durch die Energiewende gestellt wird.

Mit unserer im Jahre 2010 beschlossenen Erzeugungsstrategie 2015, die Strom- und Wärmeversorgung mit höchsten Anforderungen an Ökologie und Energieeffizienz bis zum Jahre 2015 regelt, streben wir weiterhin eine signifikante Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien in unserem Erzeugungsmix an. Das Konzept findet seinen Niederschlag u. a. in der Entscheidung für einen signifikanten Ausbau des Fernwärmenetzes in Frankfurt am Main, womit ein wichtiger Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes geleistet wird. Trotz unsicherer politischer Rahmenbedingungen bleibt die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat gegenüber den Aktionären bestehen, die Wirtschaftskraft der MAINOVA zu erhalten und zu stärken. Dies gebietet es der Unternehmensleitung, sich im Bereich der erneuerbaren Energien derzeit nur mit besonderer Sorgfalt und Zurückhaltung zu engagieren.

Als regional verwurzelt sehen wir es auch als unsere Aufgabe an, den Bürgern die Notwendigkeit der Anpassungsmaßnahmen zur erfolgreichen Energiewende nahezubringen. Daher sollen nur solche Projekte verfolgt werden, die im Einvernehmen mit der Mehrheit der Bürger umzusetzen sind. Ohne die Bürger wird die Energiewende nicht gelingen. Daher ist Vorstand und Aufsichtsrat die Akzeptanz vor Ort sehr wichtig.

Transparenz und Wahrung der Aktionärsinteressen

Unser Ziel ist es, unsere Aktionäre durch regelmäßige, offene und aktuelle Kommunikation gleichzeitig und gleichberechtigt über die Lage des Unternehmens zu informieren. Alle wesentlichen Informationen, wie z. B. Presse-, Ad-hoc- und Stimmrechtsmitteilungen, sowie sämtliche Finanzberichte veröffentlichen wir im Internet. Darüber hinaus stehen dort auch sämtliche Dokumente und Informationen zu unserer Hauptversammlung zur Verfügung. Bei unserer nächsten Hauptversammlung, die am 27. Mai 2015 in Frankfurt am Main stattfinden wird, werden wir unseren Aktionären erneut einen bestmöglichen Service bieten. Durch unsere aktive Investor-Relations-Tätigkeit stehen wir in enger Verbindung mit unseren Aktionären.

Aktienbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der MAINOVA AG betrug am Ende des Geschäftsjahres 2014 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien. Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder haben keine Geschäfte mit MAINOVA-Aktien i. S. d. § 15 a WpHG getätigt.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die MAINOVA AG erstellt den Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG). Der Konzernabschluss wird nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Konzernabschluss 2014 wurde die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin von der Hauptversammlung gewählt.

UMSETZUNG DES DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX

Mindestens einmal jährlich erörtern wir die in der MAINOVA AG gelebte Corporate Governance. Zuletzt geschah dies in der Aufsichtsratsitzung am 3. Dezember 2014.

Erfüllung der Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die MAINOVA AG entspricht freiwillig den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 24. Juni 2014, der gegenüber der Fassung vom 10. Juni 2013 nur marginale Veränderungen im Hinblick auf die Formvorgaben zur Veröffentlichung der Vorstandsvergütung aufweist, mit im Wesentlichen folgenden Ausnahmen:

- › Die Hauptversammlung wird nicht über moderne Kommunikationsmedien, wie z. B. das Internet, übertragen (Ziffer 2.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex). Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.
- › Die Mitglieder des Vorstands werden auch bei der Erstbestellung regelmäßig für die maximal mögliche Bestelldauer von fünf Jahren bestellt (Ziffer 5.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex). Eine derartige Bindung wird in einem besondere Fachkenntnisse erfordernden Markt den Interessen des Unternehmens gerecht.

Entsprechenserklärung

Die MAINOVA AG erfüllt einen Großteil der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Befolgung sämtlicher Empfehlungen ist für ein kommunales Unternehmen mit einem Großaktionär nicht interessengerecht.

Die nach § 161 AktG zu veröffentlichende jährliche Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission

Deutscher Corporate Governance Kodex kann im Internet unter <http://www.mainova.de/entsprechenserklaerung> eingesehen werden.

Sie lautet wie folgt:

Deutscher Corporate Governance Kodex Erklärung gemäß § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der MAINOVA Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main erklären, dass seit der Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom 4. Dezember 2013 den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers am 10. Juni 2013 bekannt gemachten Fassung vom 13. Mai 2013 und am 30. September 2014 bekannt gemachten Fassung vom 24. Juni 2014, die gegenüber der am 13. Mai 2013 bekannt gemachten Fassung vom 10. Juni 2013 nur marginale Veränderungen im Hinblick auf die Formvorgaben zur Veröffentlichung der Vorstandsvergütung aufweist, mit folgenden Abweichungen entsprochen wurde und wird:

Keine Vereinbarung eines Selbstbehalts in der D & O-Versicherung für Mitglieder des Aufsichtsrats (Abschnitt 3.8 Abs. 3 i. V. m. Abs. 2):

Die D & O-Versicherungen für die Aufsichtsratsmitglieder der MAINOVA AG sehen derzeit keinen Selbstbehalt vor. Die MAINOVA AG ist nicht der Auffassung, dass durch die Vereinbarung eines solchen Selbstbehalts die Leistungsbereitschaft, die Motivation, die Loyalität und das Verantwortungsbewusstsein ihrer Aufsichtsratsmitglieder zusätzlich gefördert werden.

Empfehlungen zur Vorstandsvergütung – vertikaler Abgleich, Festlegung des Versorgungsniveaus, Höchstgrenzen und Darstellung nach Mustertabellen (Abschnitt 4.2.2 Abs. 2 S. 3 sowie Abschnitt 4.2.3 Abs. 2 und 3):

Der Aufsichtsrat bzw. der beratende Fachausschuss (Präsidium) hat die Vorgaben der Neufassung des Kodex vom 10. Juni 2013 zum Anlass genommen, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob und inwieweit die Empfehlungen des Kodex zu einem vertikalen Abgleich und der Einführung von Höchstgrenzen für die MAINOVA AG sinnvoll sind. Ebenso hat er sich mit der Praktikabilität der Empfehlungen zur Festlegung des Versorgungsniveaus und der Veröffentlichung der gewährten Zuwendungen und Zuflüsse beschäftigt. Die Vornahme entsprechender Anpassungen am aktuell gültigen Vergütungssystem sowie an der Publizitätspraxis hält der Aufsichtsrat aktuell deshalb für noch nicht sinnvoll, da er zunächst die Entwicklungen der europäischen Gesetzgebung in Form der Reform der Aktionärsrichtlinie sowie möglicher nationaler Regelungen abwarten möchte. Auf beiden Ebenen werden signifikante Änderungen der geltenden Gesetzeslage geplant. Vor diesem Hintergrund sieht der Aufsichtsrat die Gefahr, dass aufgrund der Kodexempfehlungen erfolgende Anpassungen demnächst bereits auf-

grund einer veränderten Gesetzeslage erneut anpassungsbedürftig sein werden. Dies birgt nach der Einschätzung des Aufsichtsrats u. a. die Gefahr, dass die Gewinnung und Bindung von Vorstandsmitgliedern erschwert wird. Da die MAINOVA AG den aktuell gültigen gesetzlichen Transparenzvorschriften vollumfänglich genügt, wird das Abwarten der Entwicklung der Gesetzgebung als unbedenklich eingeschätzt. Von der Umsetzung der genannten Empfehlungen wird daher zunächst abgesehen.

Keine Altersgrenzen für Mitglieder des Vorstands (Abschnitt 5.1.2):

Altersgrenzen für Mitglieder des Vorstands werden für die MAINOVA AG aufgrund der notwendigen Flexibilität in einem besondere Fachkenntnisse erfordernden Markt als nicht den Unternehmensinteressen gerecht werdend erachtet.

Gleichzeitiger Vorsitz von Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss (Abschnitt 5.2 Abs. 2):

Der Aufsichtsratsvorsitzende hat auch den Vorsitz im Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss inne. Der Vorsitzende weist zu dem Vorstand keine größere Nähe als die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats auf. Er verfügt über sehr gute Kenntnisse über das Unternehmen und eine hohe Fachkompetenz. Die Arbeit des Prüfungsausschusses wird durch den doppelten Vorsitz ebenso wenig beeinträchtigt wie die des Aufsichtsrats selbst. Die unmittelbare Kenntnis des Inhalts der Vorberatungen im Prüfungsausschuss erleichtert vielmehr die Sitzungsleitung im Aufsichtsrat. Von daher bestehen auch im Hinblick auf die Arbeitsbelastung keinerlei Bedenken gegen einen Doppelvorsitz.

Unabhängigkeit des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses (Abschnitt 5.3.2):

Der Begriff der Unabhängigkeit ist ob seiner ungenauen Definition aktuell Gegenstand intensiver Diskussionen in Fachkreisen. Die MAINOVA AG erklärt daher vorsorglich, dass es für möglich erachtet wird, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Stadtkämmerer Uwe Becker, nicht die geforderte Unabhängigkeit besitzt. Begründet werden könnte dies mit seiner Eigenschaft als Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main, die 100 % der Anteile der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH hält, die wiederum rund 75,2 % der Aktien an der MAINOVA AG hält. Dies wird für unbedenklich gehalten, da es in der Vergangenheit nicht zu Interessenkonflikten gekommen ist, welche die Mitwirkung des Vorsitzenden an Beratungen oder Beschlüssen verhindert hätte. Derartige Interessenskonflikte werden auch für die Zukunft nicht erwartet.

Keine Bildung eines Nominierungsausschusses durch den Aufsichtsrat (Abschnitt 5.3.3):

Nach den bisherigen Erfahrungen erachtet der Aufsichtsrat der MAINOVA AG die Bildung eines Nominierungsausschusses nicht für erforderlich, um geeignete Kandidaten vorzuschlagen. Die

Entscheidung über die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung soll dem gesamten Aufsichtsrat obliegen.

Keine Benennung konkreter Ziele zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats (Abschnitt 5.4.1 Abs. 2 und 3):

Der Aufsichtsrat der MAINOVA AG weist aktuell einen Frauenanteil von 20 % auf. Es wird angestrebt, dass der Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Quote von 20 % in Zukunft nicht unterschreitet. Der Aufsichtsrat hält diese Quote zurzeit für einen angemessenen Frauenanteil und orientiert sich bei dieser Festlegung am Frauenanteil an der konzernweiten Belegschaft, der zum Ende des letzten Geschäftsjahres rund 22 % betrug. Bei diesen Erwägungen werden auch die Eigentumsrechte der Anteilseigner im Hinblick auf die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt.

Keine Notwendigkeit sieht der Aufsichtsrat für die Benennung von Zielen im Hinblick auf einen festen Anteil von ausländischen oder international besonders erfahrenen Mitgliedern, die Vermeidung von potenziellen Interessenkonflikten und eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder. Erstes ist für die MAINOVA AG als hauptsächlich national tätiges Unternehmen nicht sinnvoll. Eine Vorgabe im Hinblick auf potenzielle Interessenkonflikte ist aufgrund der besonderen Aktienstruktur der MAINOVA AG mit einem kommunalen Großaktionär nur eingeschränkt umsetzbar. Eine Altersgrenze ist angesichts der besonderen Anforderungen an die Fachkenntnisse der Aufsichtsratsmitglieder eine nicht mit dem Unternehmensinteresse zu vereinbarende Einschränkung der Rechte unserer Aktionäre und Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat sieht auch davon ab, sich, entsprechend der Empfehlung in Abschnitt 5.4.1 des Kodex, auf eine bestimmte Anzahl unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder als Ziel für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats festzulegen. Der Aufsichtsrat hält eine solche formalisierte Zielvorgabe für die Anzahl unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder nicht für erforderlich, da es im Interesse der Gesellschaft liegt, dass die Entscheidung über einen Aufsichtsratskandidaten weiterhin im Wesentlichen danach zu treffen ist, ob der jeweilige Kandidat über die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung seiner Aufsichtsrats Tätigkeit verfügt. Insoweit würden konkrete Zielvorgaben nach Ansicht des Aufsichtsrats sein Auswahlermassen zu stark einschränken. Im Übrigen sieht es der Aufsichtsrat als entscheidend an, bei seiner Arbeit stets dafür Sorge zu tragen, dass die Unabhängigkeit seiner Mitglieder vom Vorstand gegeben ist. Da entsprechende Ziele nicht festgelegt werden, entfällt eine eigene Darstellung in einem Corporate-Governance-Bericht.

Keine Beschränkung der Mitglieder des Aufsichtsrats hinsichtlich Tätigkeiten bei wesentlichen Mitbewerbern (Abschnitt 5.4.2 Satz 4):

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der MAINOVA AG üben Organfunktionen bei Unternehmen aus, die je nach Betrachtungsweise als Wettbewerber der MAINOVA AG beurteilt werden könnten.

Ihre Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der MAINOVA AG ist jedoch aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung und hohen fachlichen Qualifizierung im Unternehmensinteresse überaus wichtig. Nach Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat begründen die ausgeübten Organfunktionen keinen Interessenkonflikt zum Nachteil des Unternehmens, der die erforderliche Unabhängigkeit für die Erfüllung der Kontroll- und Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrats beeinträchtigen würde.

Keine Beschränkung der Mitglieder des Vorstands hinsichtlich Mandaten in Aufsichtsgremien; Aus- und Fortbildungsmaßnahmen (Abschnitt 5.4.5):

Aufgrund der besonderen Erfordernisse des Geschäftshandelns kommunaler Energieversorger entspricht es nicht dem Unternehmensinteresse, die Sitze der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsräten konzernexterner börsennotierter Gesellschaften oder in Aufsichtsgremien von konzernexternen Gesellschaften mit vergleichbaren Anforderungen auf drei zu limitieren. Zur Wahrung der erforderlichen Flexibilität hat die MAINOVA AG daher die Übernahme von Nebentätigkeiten durch die Vorstandsmitglieder, insbesondere von Aufsichtsratsmandaten in konzernexternen Unternehmen, nicht von der Anzahl der Mandate, sondern der Zustimmung des Aufsichtsrats abhängig gemacht.

Die Unterstützung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Aufsichtsratsmitglieder erfolgt im gesetzlich zulässigen Umfang.

Kein Bericht des Aufsichtsrats über Interessenkonflikte und deren Behandlung (Abschnitt 5.5.3 Satz 1):

Der Aufsichtsrat berichtet in seinem Bericht an die Hauptversammlung nicht über aufgetretene Interessenkonflikte und de-

ren Behandlung, sondern räumt dem Grundsatz der Vertraulichkeit von Beratungen im Aufsichtsrat (vgl. § 116 Satz 2 AktG und Abschnitt 3.5 des Kodex) den Vorrang ein. Im Übrigen gelten die Regelungen des Kodex und der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats zur Offenlegung von Interessenkonflikten durch einzelne Aufsichtsratsmitglieder gegenüber dem Gesamtplenarium des Aufsichtsrats sowie die sonstigen aktienrechtlichen Vorgaben.

Keine Beendigung des Aufsichtsratsmandats bei Interessenkonflikten (Abschnitt 5.5.3 Satz 2):

Vorstand und Aufsichtsrat streben angesichts der Unbestimmtheit der Regelung an, bei etwaigen Interessenkonflikten in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds eine der jeweiligen Situation angemessene individuelle Lösung zu finden, durch welche die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats gewährleistet bleiben soll.

Keine öffentliche Zugänglichmachung des Konzernabschlusses binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende und des Zwischenberichts binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums (Abschnitt 7.1.2):

Die sachbedingten besonderen Schwierigkeiten der Erstellung des Konzernabschlusses und der Zwischenberichte erfordern eine eingehende Zusammenstellung und Prüfung des Zahlenmaterials, die in den kurzen Fristen von 90 Tagen nach Geschäftsjahresende bzw. 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums nicht in der gebotenen Gründlichkeit durchgeführt werden können.

Frankfurt am Main, den 18. Februar 2015

Für den Aufsichtsrat der MAINOVA AG



UWE BECKER
(VORSITZENDER DES AUFSICHTSRATS)

Für den Vorstand der MAINOVA AG



DR. CONSTANTIN H. ALSHEIMER
(VORSITZENDER DES VORSTANDS)



LOTHAR HERBST
(VORSTANDSMITGLIED)

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat



Uwe Becker
Stadtkämmerer der
Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten

- ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K)
- Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K)
- Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K)
- Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K)
- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K)
- Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) (V)
- Süwag Energie AG, Frankfurt am Main (K)

Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

- Betriebskommission der Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (stv V)
- Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main
- Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (stv V)
- Betriebskommission der Volkshochschule Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main
- Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen
- Frankfurt Ticket RheinMain GmbH, Frankfurt am Main (ab 18. November 2014)
- Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (V)
- Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main
- Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main
- RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (ab 6. Oktober 2014)
- Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main
- Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH, Frankfurt am Main
- Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main



Peter Arnold
Freigestellter Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG,
Frankfurt am Main
1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main

- Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen
- Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg
- Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen
- Hanau Netz GmbH, Hanau
- Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg
- Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau



Dr. Christof Schulte
Mitglied des Vorstands der Thüga
Aktiengesellschaft, München
(ab 22. Januar 2015)
2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg
- Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen
- SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern (stv V)
- WEMAG AG, Schwerin
(ab 26. Januar 2015)

keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Ewald Woste (bis 31. Oktober 2014) ehem. Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München 2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	<ul style="list-style-type: none"> Energieversorgung Mittelrhein AG (bis 30. Juni 2014 Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft), Koblenz (stv V) * N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg (stv V) * Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel * Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen (stv V) * Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover * Thüringer Energie AG, Erfurt (V) * WEMAG AG, Schwerin (V) * 	<ul style="list-style-type: none"> EKO2 GmbH, Koblenz (stv V) * Energie Südbayern GmbH, München (V) * Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz (stv V) (bis 30. Juni 2014) erdgas schwaben gmbh, Augsburg (ab 1. Januar 2014) * RhönEnergie Fulda GmbH, Fulda (stv V) * Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Kassel * Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel * Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH, Jena * Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss * Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München *
		* bis 31. Oktober 2014	* bis 31. Oktober 2014
	Dr. Jörg Becker Bereichsleiter der Mainova AG, Darmstadt (ab 21. Mai 2014)	keine	keine
	Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (ab 21. Mai 2014)	<ul style="list-style-type: none"> ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Praunheimer Werkstätten Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main (V)
	Peter Bodens Kfm. Angestellter Finanzen der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Hans-Dieter Bürger Beamter im Ruhestand Stadtrat a. D. der Stadt Frankfurt am Main (bis 21. Mai 2015)	keine	keine
	Dr. Matthias Cord Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München (ab 22. Januar 2015)	<ul style="list-style-type: none"> Energieversorgung Mittelrhein AG Koblenz (ab 17. Dezember 2014) N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft Hannover (ab 19. Dezember 2014) WEMAG AG, Schwerin (ab 26. Januar 2015) 	keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Jutta Ebeling Bürgermeisterin a. D. der Stadt Frankfurt am Main (bis 21. Mai 2015)	keine	keine
	Reinhold Falk Freigestellter stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main 	keine
	Markus Frank Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) Betriebskommission der Hafenebetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main (V) FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (bis 14. Oktober 2014 (V), ab 15. Oktober 2014 (stv V)) FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main (V) HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH, Frankfurt am Main (stv V) Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (V) Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH, Frankfurt am Main (stv V)
	René Gehringer Anwendungsberater Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Dr. h.c. Ernst Gerhardt Unternehmensberater Beamter im Ruhestand Stadtkämmerer a. D. der Stadt Frankfurt am Main	keine	<ul style="list-style-type: none"> WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Rosemarie Heilig Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) • Betriebskommission der Hafentriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (V) • DRK - Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH, Mannheim • FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main (V) • Stiftung Hospital zum Heiligen Geist GmbH, Frankfurt am Main (V) • FÄZ Fachärztezentrum Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽¹⁾ • Hospital-Service & Catering GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽¹⁾ • HP Hospital-Pflege GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽¹⁾ • Krankenhaus Nordwest GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽¹⁾ • Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) • Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽²⁾ • Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Flörsheim am Main • Regionalpark Rhein-Main Süd-West Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main • Regionalpark Rhein-Main Taunushang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe • RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (ab 9. Oktober 2014 (stv V)) • Gemeinnützige Umwelthaus GmbH, Wiesbaden • Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V)
	Holger Klingbeil Anwendungsberater Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Cornelia Kröll Stellv. Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • APS Airport Personal Service GmbH, Frankfurt am Main 	keine

⁽¹⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt in Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt am Main

⁽²⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt in Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat



Stefan Majer
Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main
(ab 21. Mai 2014)

**Mitgliedschaft in gesetzlich
zu bildenden Aufsichtsräten**

- ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K)
- Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K)
- Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K)

**Mitgliedschaft in vergleichbaren
in- und ausländischen Kontrollgremien von
Wirtschaftsunternehmen**

- Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main
- Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe (ab 21. März 2014)
- ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main), Frankfurt am Main
- RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (V)
- Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V)
- tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH, Frankfurt am Main (V)
- traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (V)



Klaus Oesterling
Geschäftsführer der SPD-Fraktion im
Römer, Frankfurt am Main

- Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K)

- tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main



Thomas Raasch
Leiter Bereich Finanzwirtschaft der
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding
GmbH und Geschäftsführer der
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft
Frankfurt am Main mbH,
Frankfurt am Main
(vom 21. Mai bis 31. Dezember 2014)

keine

keine



Bernd Rudolph
(bis 31. Oktober 2014)
Stellv. Vorsitzender des Vorstands der
Thüga Aktiengesellschaft, München
(bis 31. Dezember 2014)

- N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg (bis 4. Dezember 2014)
- Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover (bis 3. Dezember 2014)
- SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern (stv V)*
- Thüga Schadensausgleichskasse München VVaG, München (vom 1. Januar bis 31. Oktober 2014)
- WEMAG AG, Schwerin*

- DREWAG Stadtwerke Dresden GmbH, Dresden*
- eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz (stv V)*
- Energie Südbayern GmbH, München*
- Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland (Sylt) (stv V)*
- erdgas schwaben gmbh, Augsburg (V)*
- Freiburger Erdgas GmbH, Freiberg (stv V)*
- GEW Wilhelmshaven GmbH, Wilhelmshaven (stv V)*
- Harz Energie GmbH & Co. KG, Osterode am Harz (stv V)*
- Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH, Plauen (stv V)*
- Stadtwerke Bad Harzburg GmbH, Bad Harzburg (stv V)*
- Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG, Freudenstadt*
- Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Zweibrücken (stv V)*
- SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG, Pforzheim (stv V)*
- Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München (V)*
- Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mit beschränkter Haftung, Hannover (bis 19. Dezember 2014)
- Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau (stv V)*

* bis 31. Oktober 2014

* bis 31. Oktober 2014



Nicole Salm
Referentin Abschluss und
Berichterstattung
Mitglied des Betriebsrats
der Mainova AG, Frankfurt am Main

keine

keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Edwin Schwarz Stadtrat a. D. der Stadt Frankfurt am Main (bis 21. Mai 2014)	keine	• Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (stv V)
	Ralf-Rüdiger Stamm Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg • Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main 	• FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main
	Jürgen Wachs Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Friedberg	keine	keine
	Michaela Wanka Unternehmensberaterin & Business Coach, Schriesheim (ab 12. März 2015)	keine	keine
	Frank Wiese Bereichsleiter der Mainova AG, Frankfurt am Main (bis 21. Mai 2014)	keine	keine

Vorstand

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Dr. Constantin H. Alsheimer bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2018 Vorsitzender des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	<ul style="list-style-type: none"> • Eisenacher Versorgungs-Betriebe Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Eisenach (stv V) • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (V) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽⁴⁾ • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach (stv V) • Hanau Netz GmbH, Hanau (stv V) • Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau (V) • Ohra Energie GmbH, Hörstel • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (stv V) • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (stv V) • Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München • Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München ⁽¹⁾ • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (stv V)
 <p>Prof. Dr. Peter Birkner bestellt vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2016 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	<ul style="list-style-type: none"> • Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main ⁽²⁾ • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (V) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main • Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen ⁽³⁾ • Hanau Netz GmbH, Hanau • Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau • Südwestdeutsche Rohrleitungsbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (stv V)

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Norbert Breidenbach bestellt vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2018 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	<ul style="list-style-type: none"> • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main ⁽⁴⁾ • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main • Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen ⁽³⁾ • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg • Südwestdeutsche Rohrleitungsbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (ab 1. April 2014) • Syneco GmbH & Co. KG, München • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen
	Lothar Herbst bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2020 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRhein-Main, Frankfurt am Main (bis 5. Januar 2015) 	<ul style="list-style-type: none"> • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main ⁽⁴⁾ • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (bis 16. Juni 2014 (stv V), ab 17. Juni 2014 (V)) • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg (bis 25. Juni 2014 (V), ab 26. Juni 2014 (stv V)) • Ohra Energie GmbH, Hörstel (stv V) • Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München ⁽¹⁾ (ab 15. Mai 2014) • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen

⁽¹⁾ Gesellschafter- und Finanzausschuss (V)

⁽²⁾ Gesellschafterausschuss

⁽³⁾ Konsortialausschuss

⁽⁴⁾ Koordinierungsausschuss

(K) Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

(V) Vorsitz

(stv V) stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2014 bzw. den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der Mainova AG. Bei den nach dem Ablauf des Geschäftsjahres 2014 in den Aufsichtsrat eingetretenen Mitgliedern beziehen sich die oben genannten Angaben auf den 18. Februar 2015 (Herr Dr. Cord und Herr Dr. Schulte) bzw. den 12. März 2015 (Frau Wanka).

Mitglieder des Beirats

Stand 31. Dezember 2014



Claus Kaminsky
Oberbürgermeister
der Stadt Hanau,
Vorsitzender



Antje Köster
Bürgermeisterin
der Stadt Hattersheim am Main,
stellv. Vorsitzende



Norbert Altenkamp
Bürgermeister
der Stadt Bad Soden am Taunus



Joachim Arnold
Landrat
des Wetteraukreises



Christiane Augsburger
Bürgermeisterin
der Stadt Schwalbach am Taunus



Prof. Dr.-Ing. Gerd Balzer
TU Darmstadt, Fachbereich Elektrotechnik und Informationstechnik



Heinz-Peter Becker
Bürgermeister
der Stadt Mörfelden-Walldorf



Helmut Becker
Leiter HA Finanz- und
Rechnungswesen
Thüga Aktiengesellschaft



Hans-Georg Brum
Bürgermeister
der Stadt Oberursel
(Taunus)



Horst Burghardt
Bürgermeister
der Stadt Friedrichsdorf



Michael Cyriax
Landrat des Main-Taunus-Kreises



Bernd Ehinger
Präsident
der Handwerkskammer
Frankfurt-Rhein-Main und
geschäftsführender Gesellschafter
der Firma Elektro Ehinger GmbH



Herbert Hans Grüntker
Vorsitzender des
Vorstands der
Frankfurter Sparkasse



Leonhard Helm
Bürgermeister
der Stadt Königstein im Taunus



Thomas Horn
Bürgermeister
der Stadt Kelkheim
(Taunus)



Frank Junker
Geschäftsführer
der ABG FRANKFURT HOLDING
Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH



Peter Knapp
Geschäftsführer
der Interxion Deutschland GmbH



Michael Korwisi
Oberbürgermeister der Stadt Bad
Homburg v. d. Höhe



Ulrich Krebs
Landrat
des Hochtaunuskreises



Matthias Kruse
Managing Direktor
der Lazard Asset Management
GmbH



Wolfgang Marzin
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Messe Frankfurt GmbH



Peter Mensinger
Stadtrat
der Stadt Frankfurt am Main



Prof. Achim Morkramer
Professor
der FH Frankfurt,
Dekan des Fachbereichs Informatik



Dr. Ulrich Reuter
Landrat
des Landkreises Aschaffenburg



Karl-Christian Schelzke
Geschäftsführender Direktor des
Hessischen Städte- und Gemeinde-
bundes



Horst Schneider
Oberbürgermeister
der Stadt Offenbach



Dr. Norbert Schraad
Mitglied des Vorstands
der Landesbank Hessen-Thüringen



Georg Friedrich Sommer
Managing Director
der Commerzbank AG



Gregor Sommer
Bürgermeister
der Gemeinde Wehrheim



Gisela Stang
Bürgermeisterin
der Stadt Hofheim am Taunus



Ludger Stüve
Verbandsdirektor
Regionalverband
FrankfurtRheinMain



Klaus Temmen
Bürgermeister
der Stadt Kronberg im Taunus



Claus Wisser
Vorsitzender des
Aufsichtsrats
der AVECO Holding AG



Dr. Matthias Zieschang
Mitglied des Vorstands
der Fraport AG



Dieter Zimmer
Bürgermeister
der Stadt Dreieich

Ausschüsse des Aufsichtsrats der Mainova AG

Präsidium

Uwe Becker

Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Ausschusses

Peter Arnold

Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main
stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Reinhold Falk

Freigestellter stellv. Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main

Rosemarie Heilig

Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main

Ralf-Rüdiger Stamm

Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung
ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main

Dr. Christof Schulte (ab 18. Februar 2015)

Mitglied des Vorstands der
Thüga Aktiengesellschaft, München

Ewald Woste (bis 31. Oktober 2014)

ehem. Vorsitzender des Vorstands der
Thüga Aktiengesellschaft, München

Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss

Uwe Becker

Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Ausschusses

Peter Arnold

Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main
stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Dr. Jörg Becker (ab 23. Juli 2014)

Bereichsleiter der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Peter Bodens

Kfm. Angestellter Finanzen der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Markus Frank

Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main

Dr. h. c. Ernst Gerhardt

Unternehmensberater
Beamter im Ruhestand
Stadtkämmerer a. D. der Stadt Frankfurt am Main

Rosemarie Heilig

Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main

Nicole Salm

Referentin
Abschluss und Berichterstattung
der Mainova AG, Frankfurt am Main

Dr. Christof Schulte (ab 18. Februar 2015)

Mitglied des Vorstands der
Thüga Aktiengesellschaft, München

Ralf-Rüdiger Stamm

Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung
ver.di – Landesbezirk Hessen,
Frankfurt am Main

Frank Wiese (bis 21. Mai 2014)

Bereichsleiter der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Ewald Woste (bis 31. Oktober 2014)

ehem. Vorsitzender des Vorstands
der Thüga Aktiengesellschaft, München

Personalausschuss

Prof. Dr. Daniela Birkenfeld (ab 24. September 2014)
Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main

Hans-Dieter Bürger (bis 21. Mai 2014)
Beamter im Ruhestand,
Stadtrat a. D. der Stadt Frankfurt am Main
ehem. Vorsitzender des Ausschusses

Reinhold Falk
Freigestellter stellv. Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Peter Arnold
Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Jutta Ebeling (bis 21. Mai 2014)
Bürgermeisterin a. D. der Stadt Frankfurt am Main

Markus Frank (bis 21. Mai 2014)
Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main

Dr. h. c. Ernst Gerhardt (ab 23. Juli 2014)
Unternehmensberater
Beamter im Ruhestand
Stadtkämmerer a. D. der Stadt Frankfurt am Main

Holger Klingbeil
Anwendungsberater der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Cornelia Kröll
Stellv. Landesleiterin
ver.di - Landesbezirk Hessen,
Frankfurt am Main

Stefan Majer (ab 23. Juli 2014)
Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main

Dr. Christof Schulte (ab 18. Februar 2015)
Mitglied des Vorstands der
Thüga Aktiengesellschaft, München

Ewald Woste (bis 31. Oktober 2014)
ehem. Vorsitzender des Vorstands der
Thüga Aktiengesellschaft, München

Ausschuss gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz (musste im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht einberufen werden)

Uwe Becker
Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Peter Arnold
Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main
1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Reinhold Falk
Freigestellter stellv. Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main
Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmer

Stefan Majer (ab 21. Mai 2014)
Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main
Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner

Ewald Woste (bis 21. Mai 2014)
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der Thüga Aktiengesellschaft, München
ehem. 2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
ehem. Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner

Bereichsleiter und Stabsstellenleiter der Mainova

Stand 1. Januar 2015

Bereichsleiter

Dr. Jörg Becker

Asset Netze und Regulierung

Frank Benz

Vertrieb Geschäftskunden

Uwe Berlinghoff

Konzernkommunikation, Kommunal- und Verbandsmanagement und Nachhaltigkeit

Lothar Huber

Asset und Anlagenbau Erzeugung
Betrieb und Instandhaltung Kraftwerke

Jürgen Kellner

Energiebezug und -handel

Uwe Kettner

Finanzen, Rechnungswesen und Controlling

Philipp Lübcke

IT

Alexander Mench (komm.)

Beteiligungsmanagement und Controlling

Cordelia Müller

Vertriebs- und Handelssteuerung

Kersten Paul Nebel

Personal

Peter Springer

Zentraleinkauf

Bernhard Vogt

Konzernmarketing,
Vertrieb Privat- und Gewerbekunden

Frank Wiese

Interne Dienste und Immobilienmanagement

Stabsstellenleiter

Julia Antoni

Innovations- und Wissensmanagement

Frank Besser

Organisation, Prozesse und Strukturen

Björn Broda

Unternehmensstrategie und M&A-Projekte

Martina Butz

Recht

Peter Dorosz

Arbeitssicherheit und Umweltschutz

Sabrina Hock

Risikomanagement

Martin Kronenberger

Datenschutz und Unternehmenssicherheit

Dr. Joachim Mannweiler

Betriebsärztlicher Dienst

Stefan Schlink

Vorstandsangelegenheiten, Unternehmensdokumentation,
Compliance Management und Revision

Geschäftsführer Mainova-Verbund

Stand 1. Januar 2015

Mainova ServiceDienste GmbH

Johannes Brüssermann

Sprecher der Geschäftsführung und Kaufmännischer Geschäftsführer

Bertram May

Technischer Geschäftsführer

Netzdienste Rhein-Main GmbH

Dr. Michael Fiedeldey

Technischer Geschäftsführer

Mirko Maier

Kaufmännischer Geschäftsführer

Mainova EnergieDienste GmbH

Johannes Kofler

Kaufmännischer Geschäftsführer

StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH

Thomas Erfert

Technischer Geschäftsführer

Johannes Kofler

Kaufmännischer Geschäftsführer

Glossar

B

Barrel Weltweite Maßeinheit für Rohöl. Dabei entspricht 1 US-Barrel 158,987 Litern.

Base Grundlastprodukt mit konstanter Leistung über den Lieferzeitraum

Betafaktor

Der Betafaktor ist das Maß für das relative Risiko einer einzelnen Aktie im Vergleich zum Gesamtmarkt. Bei einem Faktor größer als eins besteht ein höheres Risiko und bei einem Faktor kleiner als eins ein niedrigeres Risiko als im Vergleichsmarkt.

Biogas Gas z. B. aus Bioabfallvergärungsanlagen, welches zur Erzeugung von Strom und Wärme verwendet wird. Biogas entsteht bei der bakteriellen Zerstörung von organischen Stoffen. Es besteht vorwiegend aus Methan (ca. 60 %), Kohlendioxid (ca. 35 %) sowie Stickstoff, Wasserstoff und Schwefelwasserstoff. Bevor es als Heizgas verwendet wird, wird es teilweise entschwefelt.

Biomassekraftwerk Ein Biomassekraftwerk (BMKW) erzeugt Strom und/oder Wärme durch die Verbrennung von Biomasse. Wird nur Wärme erzeugt, spricht man von Biomasseheizwerk (BMHW), wird neben Strom auch Wärme abgegeben, von Biomasseheizkraftwerk (BMHKW).

Blockheizkraftwerk (BHKW) Ein BHKW ist ein modular aufgebautes kleineres Heizkraftwerk. Blockheizkraftwerke nutzen, wie auch Heizkraftwerke, das Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. Dabei verwerten sie die bei der Stromerzeugung anfallende Abwärme zu Heizzwecken. Übliche BHKW-Module sind mit einer elektrischen Leistung zwischen 5 KW und 5 MW deutlich kleiner als Heizkraftwerke mit 500 MW und mehr elektrischer Leistung. BHKW mit einer elektrischen Leistung unter 15 KW dienen zur Versorgung von ein-

zelnen Gebäuden. Als Antrieb für die Stromerzeugung werden meistens Verbrennungsmotoren (Diesel- oder Gasmotoren), aber auch Gasturbinen verwendet. Durch die Kraft-Wärme-Kopplung wird die eingesetzte Primärenergie mit einem Gesamtwirkungsgrad bis über 90 % genutzt.

Bündelkunden Mehrere Energiekunden können sich zusammenschließen, um durch die Summe ihres Bedarfs als Großabnehmer aufzutreten und günstigere Energiepreise auszuhandeln.

Bundesnetzagentur Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) informiert über den deutschen Elektrizitäts-, Gas-, Telekommunikations- und Postmarkt, die rechtlichen Grundlagen und wichtige Verbraucherrechte in diesen Märkten. Das Ziel der Regulierung ist die Schaffung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas. Die Bundesnetzagentur hat daher unter anderem die Aufgabe, einen diskriminierungsfreien Netzzugang zu gewährleisten und die von den Unternehmen erhobenen Netznutzungsentgelte zu kontrollieren.

C

Cashflow Der Cashflow bezeichnet alle Zu- und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten in einem festgelegten Zeitraum.

Commodity Bei Commodities handelt es sich um standardisierte handelbare Ware, zum Beispiel Strom, Gas, Kohle oder CO₂-Zertifikate.

Compliance Compliance verpflichtet ein Unternehmen, die relevanten gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen sowie ethischen Standards einzuhalten.

Contracting Beim Contracting übernimmt ein Energieversorgungsunternehmen den Betrieb einer bestehenden technischen Anlage eines Kunden. Möglich ist auch die Investition in eine neue Anlage, die der Versorgung des Kunden dient. Der Kunde zahlt für die Laufzeit des Contracting-Vertrags einen Preis für die Energielieferung, der sich aus einem Fixkosten- und einem verbrauchsabhängigen Anteil zusammensetzt. Der Kunde spart bei dieser Lösung eigenes Investitionskapital, bezieht Nutzenergie aus hocheffizienten Energieanlagen und profitiert von der Erfahrung eines professionellen Anlagenbetreibers.

E

EBT Das EBT ist das Ergebnis vor Steuern, welches die Basis für die Segmentsteuerung der MAINOVA bildet.

Emission Unter Emissionen versteht man die Abgabe von Stoffen und Energien (z. B. Schall, Erschütterung, Strahlung, Wärme und Schadstoffe) aus einer Quelle an die Umwelt. Die Höhe der zulässigen Emissionswerte wird durch Vorschriften geregelt.

Emissionshandel Das Emissionshandelssystem schafft eine wirtschaftliche Basis, den Ausstoß des klimaschädlichen Gases CO₂ dort zu reduzieren, wo es am kostengünstigsten ist. Den Wirtschaftssektoren und jeder betroffenen Anlage wurden konkrete Minderungsziele zugeordnet. Die Zertifikate sind handelbar und dienen somit als eine Art Währung. Erreicht das Unternehmen die Ziele durch eigene kostengünstige CO₂-Minderungsmaßnahmen, kann es nicht benötigte Zertifikate am Markt verkaufen. Alternativ muss es Zertifikate am Markt zukaufen, wenn eigene Minderungsmaßnahmen teurer würden. In Deutschland werden die CO₂-Emissionsrechte an der Leipziger Strombörse European Energy Exchange (EEX) gehandelt.

Equity-Methode Die Equity-Methode ist ein Verfahren zur Berücksichtigung von Beteiligungsgesellschaften, die nicht auf der Basis einer Vollkonsolidierung mit allen Aktiva und Passiva in den Konzernabschluss einbezogen werden. Der Beteiligungsbuchwert wird dabei um die Entwicklung des anteiligen Eigenkapitals fortgeschrieben.

Erneuerbare Energien Erneuerbare Energien – auch regenerative oder alternative Energien genannt – sind Energieträger/-quellen, die sich ständig erneuern bzw. nachwachsen und somit nach menschlichem Ermessen unerschöpflich sind. Hierzu zählen Sonnenenergie (mit den indirekten Formen Biomasse, Wasserkraft, Windenergie, Umgebungswärme etc.) sowie Erdwärme (Geothermie) und Gezeitenenergie.

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Das deutsche Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert deren Erzeugern feste Einspeisevergütungen. Das EEG dient dem Klima- und Umweltschutz und soll eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung ermöglichen. Die Kosten der Energieversorgung sollen durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte verringert werden. Weiterhin sollen fossile Energieressourcen geschont und Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen gefördert werden. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung soll bis zum Jahr 2020 auf mindestens 35 % erhöht werden, auf 50 % bis 2030, auf 65 % bis 2040 und auf 80 % bis 2050 steigen. Nach der Einführung des EEG im Jahr 2000 ist das Gesetz 2004 und 2009 durch Neufassungen angepasst worden. 2011 sind umfassende Novellierungen beschlossen worden, die überwiegend 2012 in Kraft getreten sind, so dass die aktuelle Gesetzesfassung kurz als „EEG 2012“ bezeichnet wird.

F

Fossile Energieträger Zu den fossilen Energieträgern zählen Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle. Sie entstanden vor Jahrmillionen bei der Zersetzung abgestorbener Pflanzen und Tiere unter Sauerstoffabschluss, hohen Temperaturen sowie unter dem Druck darüber liegender Gesteinsschichten. Grenzen für die Nutzung fossiler Energieträger ergeben sich – je nach Technologieeinsatz und Entwicklung des technischen Fortschritts – aus den unterschiedlichen Ressourcenverfügbarkeiten sowie deren Umwelt- und Klimaverträglichkeit.

G

Gaskraftwerk (auch Gasturbinenkraftwerk) Gaskraftwerke sind Elektrizitätswerke zur Stromerzeugung, die mit brennbaren Gasen (z. B. Erdgas) betrieben werden. Dabei treiben die Gase eine Gasturbine an, die ihrerseits einen angekuppelten Generator antreibt. Gaskraftwerke haben den Vorteil, dass sie nur geringe Investitionskosten benötigen, haben aber durch ihren geringen Wirkungsgrad vergleichsweise hohe Betriebskosten. Die Abgase der Turbine besitzen beim Verlassen der Turbine noch eine hohe Temperatur, sie können daher zur Beheizung eines Dampferzeugers im Gas- und Dampfkraftwerk verwendet werden. Die Anfahrtzeit bzw. Hochfahrzeit eines Gaskraftwerks ist in der Regel sehr kurz, diese Anlagen werden daher vor allem zur Abdeckung von Lastspitzen im Stromnetz eingesetzt.

Gas- und Dampfkraftwerk (GUD-Kraftwerk) Das Gas- und Dampfkraftwerk ist ein Kraftwerk, in dem in einer Gasturbine Erdgas verbrannt wird. Der Antrieb der Dampfturbine erfolgt durch die Wärme der Verbrennungsabgase. Die Gasturbine ist mit einem Stromgenerator über eine Welle verbunden und erlaubt somit die Generierung von Strom. Mit den heißen Abgasen der Gasturbine wird Dampf erzeugt, der die Dampftur-

bine antreibt. Durch die Kombination von Gas- und Dampfturbine kann die Energie der Verbrennungsabgase besser genutzt werden.

Gradtagszahlen Gradtagszahlen helfen dabei, den temperaturabhängigen Heizbedarf zu ermitteln. Sie errechnen sich aus der Differenz der Rauminnentemperatur (20 Grad Celsius) und der tagesmittleren Außentemperatur unter der Heizgrenztemperatur (15 Grad Celsius).

I

IFRS Die International Financial Reporting Standards (IFRS) sind internationale Rechnungslegungsvorschriften, die aufgrund einer Verordnung der Europäischen Union (EU) von kapitalmarktorientierten Unternehmen in der EU bei der Erstellung des Konzernabschlusses anzuwenden sind.

Intelligente Ortsnetzstation Intelligente Ortsnetzstationen können sowohl die Mittelspannungs- als auch die Niederspannungsnetze überwachen und steuern. Sie ermöglichen damit den Aufbau eines Smart Grids und sparen hohe Investitionen in den Ausbau des Verteilnetzes.

K

Konzessionsabgabe Gebühren der Energieversorger an Städte und Gemeinden. Energieversorger, die Strom- oder Gasleitungen zu den Endverbrauchern verlegen und betreiben wollen, müssen hierfür an die jeweiligen Städte und Gemeinden Gebühren zahlen – sogenannte Konzessionsabgaben. Bisher lag das Recht der örtliche Energieversorger – wie z. B. die Stadtwerke – das alleinige Leitungsnutzungsrecht, so haben nun im liberalisierten Energiemarkt alle Anbieter das Recht auf Durchleitung.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Bei KWK werden elektrische Energie und Wärme in einem gemeinsamen Prozess erzeugt. Dadurch wird beispielsweise in einem Blockheizkraftwerk ein höherer thermischer Wirkungsgrad erreicht als bei der ausschließlichen Stromerzeugung. Somit liegt der Nutzungsgrad ungleich höher. In Heizkraftwerken wird durch Entnahme von Dampf aus der Turbine die Stromerzeugung leicht reduziert, dafür aber wesentlich mehr Heizenergie gewonnen. So lässt sich der Wirkungsgrad von 40 % bei der reinen Stromgewinnung auf bis zu 90 % Gesamt-Wirkungsgrad steigern. Kraft-Wärme-Kopplung führt zu besserer Umweltverträglichkeit und hilft, Energie einzusparen.

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz

Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz ist am 1. April 2002 in Kraft getreten. Ihm ging das Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung vom 12. Mai 2000 als Vorschaltgesetz zur Bestandssicherung von KWK-Anlagen voraus. Im Mai 2012 wurde eine Novellierung des kWKG vom Bundestag beschlossen. Kernpunkte der Novelle sind die Verbesserung der Förderung von KWK-Anlagen durch höhere KWK-Zuschlagsätze, flexiblere Laufzeitmodelle, Entbürokratisierung, neue Modernisierungsoptionen sowie eine neue Anlagenkategorie für Anlagen von 50 bis 250 kW elektrischer Leistung. Zudem wurde die Förderung von Wärme- und Kältespeichern sowie von Kältenetzen erstmals in das KWK-Gesetz aufgenommen. Der Zweck des Gesetzes ist es, einen Beitrag zur Erhöhung der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung in der Bundesrepublik Deutschland auf 25 % bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

N

Netzentgelte

Im liberalisierten Strom- und Gasmarkt erhalten die Netzbetreiber diese Entgelte als Gegenleistung zur Netznutzung.

O

Offshore-Umlage

Die Betreiber von Offshore-Anlagen (Windparks auf See) haben ab dem 1. Januar 2013 Anspruch auf Schadensersatzzahlungen für eine gestörte oder verzögerte Netzanbindung. Der Gesetzgeber hat entschieden, dass neben den Übertragungsnetzbetreibern auch die Letztverbraucher mit einem Aufschlag auf die Netzentgelte (§ 17 f EnWG) an den zusätzlichen Kosten beteiligt werden.

P

Peak

Spitzenlastprodukt mit Lieferung zu Zeiten hoher Stromnachfrage

Photovoltaik (PV)

Photovoltaik ist die unmittelbare Umwandlung von Sonnenstrahlung in elektrische Energie mithilfe von Solarzellen. Durch absorbiertes Licht werden in diesen Solarzellen, die zumeist aus dem Halbleitermaterial Silizium bestehen, freie Ladungen erzeugt. Diese bewirken an der Zelle eine elektrische Spannung, sodass Gleichstrom durch ein angeschlossenes Gerät fließt. Die PV, die dem Verbraucher durch Solartaschenrechner oder Solaruhren bereits lange bekannt ist, kann auch für die Stromversorgung privater Haushalte eingesetzt werden.

Primärenergie

Energieträger in ihrer natürlichen Form sind Primärenergien. Hierzu zählen Erdöl, Erdgas und Kohle, Solarenergie, Wasserkraft und Windenergie. Werden die Primärenergien in eine andere Energieform – wie beispielsweise Strom oder Heizwärme – umgewandelt, entstehen Sekundärenergien.

R

Regelenergie

Regelenergie ist elektrische Energie oder Leistung, die zum Ausgleich von unvorhergesehenen Schwankungen von Angebot und Nachfrage benötigt wird. In Stromnetzen muss die insgesamt erzeugte elektrische Leistung jederzeit an den momentanen Verbrauch angepasst sein. Der Bedarf an Leistung kann schwanken. Auf der Erzeugungsseite schwankt das Angebot, insbesondere durch Windräder und Photovoltaikanlagen. In einem großen Versorgungsnetz mitteln sich solche Schwankungen von vielen kleinen Ursachen zum guten Teil aus. Jedoch verbleiben gewisse Schwankungen. Diese sind teilweise vorhersehbar, teilweise aber auch unvorhergesehen. Auf die vorhersehbaren Werte stellt sich das Stromversorgungssystem ein, indem es den Bedarf über die Strombörse regelt. Die benötigten Erzeugungskapazitäten werden dort gehandelt. Es verbleiben die unvorhergesehenen Schwankungen des Verbrauchs und auch bei der Erzeugung, für deren Ausgleich die Übertragungsnetzbetreiber sogenannte Regelenergie benötigen. Diese wird an einem separaten Regelenergie-Markt gehandelt, also nicht an der regulären Strombörse. Als Regelenergie gilt also nur Energie, die zum Ausgleich unvorhergesehener Schwankungen gebraucht wird.

S**Smart Meter**

Ein Smart Meter ist ein Zähler für Energie, z. B. Strom oder Gas, der dem jeweiligen Anschlussnutzer den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit anzeigt und in ein Kommunikationsnetz eingebunden ist.

Spannungsebene

Um elektrische Energie vom Energieversorger zum Endverbraucher zu übertragen, sind abgestufte Spannungsebenen notwendig. Höchstspannung ab 150 Kilovolt (kV) dient zur überregionalen Energieübertragung – zum Beispiel Hochspannung (60 kV bis 150 kV) wird für die überregionale und regionale Energieübertragung genutzt. In den regionalen und lokalen Verteilnetzen wird mit Mittelspannung von 1 kV bis 60 kV gearbeitet. Haushalte werden mit Niederspannung bis zu 1 kV versorgt.

Strom zu Gas

Mithilfe der Systemlösung Strom zu Gas kann Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas umgewandelt und im Erdgasnetz gespeichert werden. Dies wäre eine Möglichkeit, um große Mengen Strom aus erneuerbaren Energien langfristig zu speichern. Die Umwandlung von Strom in synthetisches Erdgas erfolgt in zwei Schritten: Zunächst wird Wasserstoff mittels Elektrolyse erzeugt, anschließend folgt die Methanisierung.

Strombörse

Mit der Liberalisierung des Strommarkts ist Strom zur Handelsware geworden. Sein Preis wird zukünftig in Deutschland auch an Strombörsen – ähnlich wie bei der Wertpapierbörse – durch Angebot und Nachfrage geregelt.

T**Transformator**

Ein Transformator ist ein zur Erhöhung oder Herabsetzung der elektrischen Spannung von Wechselströmen dienendes Gerät. Er besteht vorwiegend aus einer Primär- und einer Sekundärwicklung. Durch den fließenden Wechselstrom in der Primärwicklung wird in der Sekundärwicklung (Spule) Spannung erzeugt, welche proportional dem Verhältnis der Windungszahlen ist. Dabei bleibt die Leistung gleich, sodass bei der Spannungserhöhung auf der Sekundärseite ein geringerer Strom entnommen werden kann.

U**Umspannwerk**

Ein Umspannwerk ist eine elektrische Anlage, die zum Umspannen von elektrischem Strom dient. Sie wandelt die Wechselspannung von 380 kV bzw. 220 kV auf 110 kV um und mit diesen 110 kV erfolgt eine weitere regionale Verteilung des Stroms zu den Umspannwerken von 110 kV auf 20 kV.

V**Value at Risk**

Eine Value at Risk (VaR)-Analyse zeigt den aus Marktwertänderungen von Risikopositionen (Portfolios) resultierenden Verlust. Das von MAINOVA verwendete Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von fünf Tagen impliziert, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 % der Portfolioverlust nach fünf Tagen größer sein wird als der Betrag des VaR.

Versorgungssicherheit

Als Versorgungssicherheit bezeichnet man den Anspruch des Kunden auf ununterbrochene Stromversorgung. Die Verantwortungsbereiche für die Versorgung des Kunden mit Strom sind durch vertragliche Regelungen zwischen Netz-

betreibern und Stromerzeugern festgelegt. Für den ordnungsgemäßen Betrieb seines Netzes und somit die Versorgungssicherheit ist der Netzbetreiber zuständig.

Virtuelles Kraftwerk

Ein virtuelles Kraftwerk sieht dezentrale, jedoch miteinander vernetzte Energieversorgung vor. Dazu werden zum Beispiel kleine Brennstoffzellen-Einheiten zentral gesteuert. In der Summe soll dann die Wirkung eines Kraftwerks entstehen.

W**Weighted Average Cost of Capital (WACC)**

Der WACC ist ein gewichteter durchschnittlicher Kapitalkostensatz (Eigen- und Fremdkapital) und findet Verwendung bei der Bestimmung der Mindestrendite für Investitionsprojekte und beim Werthaltigkeitstest. Die Eigenkapitalkosten ergeben sich aus einem risikolosen Basiszinssatz, einer Risikoprämie und dem Betafaktor.

Werthaltigkeitstest (Impairment-Test)

Ein Werthaltigkeitstest wird grundsätzlich für jeden Vermögensgegenstand durchgeführt, sobald sich interne oder externe Anzeichen einer Wertminderung ergeben. Für immaterielle und noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögensgegenstände sowie den Geschäfts- oder Firmenwert muss zwingend ein jährlicher Werthaltigkeitstest durchgeführt werden, auch wenn keine Anzeichen einer Wertminderung vorliegen. Überschreitet der Buchwert den erzielbaren Betrag, so ist aufwandswirksam eine Wertminderung zu buchen.

Grafik- und Tabellenverzeichnis

Lagebericht

G 01	Schwerpunkte der strategischen Ausrichtung	20
G 02	Primärenergieverbrauch	24
G 03	Preisentwicklung Kohle und Rohöl	24
G 04	Preisentwicklung Erdgas	25
G 05	Preisentwicklung Emissionsrechte	25
G 06	Preisentwicklung Strom	25
T 01	Segmentergebnisse	26
T 02	Umsatzerlöse	26
T 03	Bilanz (Kurzfassung)	27
T 04	Investitionen	28
T 05	Kapitalflussrechnung	28
T 06	Absatz	28
T 07	Erzeugungsmengen	29
G 07	Stromerzeugung	29
G 08	Wärmeerzeugung	29
G 09	Energieeinsatz der Kraftwerke	29
T 08	Zukünftige Segmententwicklung	32
T 09	Zukünftige Investitionen	33
G 10	Risikomanagementsystem	34
T 10	Gewinn- und Verlustrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)	42
T 11	Segmentergebnisse der Mainova AG	42
T 12	Umsatzerlöse der Mainova AG	42
T 13	Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung)	43
T 14	Kapitalflussrechnung der Mainova AG	44

Konzernabschluss

T 01	Gewinn- und Verlustrechnung	48
T 02	Gesamtergebnisrechnung	49
T 03	Bilanz	50
T 04	Eigenkapitalveränderungsrechnung	52
T 05	Kapitalflussrechnung	54
T 06	Nutzungsdauern der immateriellen Vermögenswerte	57
T 07	Nutzungsdauer der Sachanlagen	58
T 08	Parameter bei Werthaltigkeitsprüfungen von Sachanlagen	58
T 09	Parameter bei Werthaltigkeitsprüfungen der Equity-Beteiligungen	60
T 10	Entwicklung der Tochterunternehmen	71
T 11	Entwicklung der nicht beherrschenden Anteile	71
T 12	Entwicklung der assoziierten und Gemeinschaftsunternehmen	72
T 13	Finanzinformationen für assoziierte Unternehmen	72
T 14	Finanzinformationen für Gemeinschaftsunternehmen	73
T 15	Umsatzerlöse	73
T 16	Sonstige betriebliche Erträge	74
T 17	Materialaufwand	74
T 18	Personalaufwand	74
T 19	Sonstige betriebliche Aufwendungen	75
T 20	Ergebnis der Equity-Beteiligungen	75
T 21	Finanzerträge	75

T 22	Finanzaufwendungen	76
T 23	Ertragsteuern	76
T 24	Aufteilung des Steueraufwands und -ertrags.....	76
T 25	Überleitungsrechnung Ertragsteuern	77
T 26	Entwicklung des Anlagevermögens 2014.....	78
T 27	Entwicklung des Anlagevermögens 2013.....	78
T 28	Entwicklung des Buchwerts der Equity-Beteiligungen.....	80
T 29	Langfristige sonstige finanzielle Vermögenswerte sowie sonstige Vermögenswerte	81
T 30	Zusammensetzung aktivierter derivativer Finanzinstrumente.....	81
T 31	Vorräte.....	81
T 32	Überfällige Forderungen.....	82
T 33	Wertberichtigungen auf Forderungen	82
T 34	Bilanzausweis latenter Steuern	83
T 35	Latente Steuern auf Verlustvorträge	84
T 36	Bestand des sonstigen Ergebnisses in den Gewinnrücklagen.....	84
T 37	Veränderung des sonstigen Ergebnisses in den Gewinnrücklagen.....	85
T 38	Parameter der Pensionsrückstellungen.....	85
T 39	Barwertentwicklung der Pensionsverpflichtung	86
T 40	Aufteilung des Barwerts der Pensionsverpflichtung.....	86
T 41	Sensitivitätsanalyse für den Barwert der Pensionsverpflichtung.....	86
T 42	Fälligkeitsprofil der Versorgungsleistungen	86
T 43	Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	87
T 44	Sonstige Rückstellungen	87
T 45	Parameter der Rückstellungen für Altersteilzeit	87
T 46	Finanzschulden	88
T 47	Übrige Verbindlichkeiten	88
T 48	Zusammensetzung passivierter derivativer Finanzinstrumente	88
T 49	Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien 2014.....	90
T 50	Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien 2013.....	91
T 51	Methoden der Zeitwertermittlung bei Finanzinstrumenten	92
T 52	Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden.....	93
T 53	Nettogewinne und -verluste der Finanzinstrumente	93
T 54	Gesamtzinserträge und -aufwendungen	94
T 55	Derivate ohne Sicherungsbeziehung	95
T 56	Derivate mit Sicherungsbeziehung	95
T 57	Umgliederungszeitpunkte Cashflow Hedges 2014.....	96
T 58	Umgliederungszeitpunkte Cashflow Hedges 2013.....	96
T 59	Entwicklung der Rücklage für Cashflow Hedges	96
T 60	Erfolgswirksame Effekte aus Cashflow Hedges	97
T 61	Value at Risk für Vertrieb Strom und Gas, Eigenhandel sowie Eigenerzeugung	98
T 62	Liquiditätsrisiko.....	100
T 63	Segmentberichterstattung.....	102
T 64	Überleitung Segmentergebnis	103
T 65	Ergebnis je Aktie	104
T 66	Eventualverbindlichkeiten	105
T 67	Finanzielle Verpflichtungen	105
T 68	Investitionen in Finanzierungsleasingverhältnisse	106
T 69	Überleitungsrechnung Finanzierungsleasingverhältnisse.....	106
T 70	Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.....	107
T 71	Bezüge des Vorstands 2014	109
T 72	Bezüge des Vorstands 2013	109
T 73	Vergütung des Aufsichtsrats	110
T 74	Konsolidierungskreis und Anteilsbesitzliste	112

Herausgeber

Mainova AG
Solmsstraße 38
60623 Frankfurt am Main
Telefon 069 213-02
Telefax 069 213-81122
www.mainova.de

Redaktion**Konzernkommunikation**

Alexander Zell (Leiter Konzernkommunikation)
Matthias Börner
Tilo Maier (Projektleitung)

Finanzen, Rechnungswesen und Controlling

Uwe Kettner (Bereichsleiter)
Nico Schichtel
Katrin Spenhoff

Ansprechpartner für Aktionäre

Stefan Schlink
E-Mail: Investor-Relations@mainova.de

Konzept, Redaktion und Produktion

mpm Corporate Communication Solutions, Mainz
www.digitalagentur-mpm.de

Typografische Beratung

Hilger & Boie Design, Wiesbaden
www.hilger-boie.de

Fotografie

Christian O. Bruch Fotografie, Hamburg
Tom Wolf, Frankfurt am Main
Mainova-Archiv

Druck

ZARBOCK Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG,
Frankfurt am Main

AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE 2014



28.03.2014

Das MAINOVA-Umspannwerk am Osthafen erstrahlt zur Luminale in neuem Licht. Blaue und rote Lichtstreifen entlang der grauen Wellblechfassade symbolisieren die Energieflüsse im Stromnetz.



17.04.2014

MAINOVA baut das Heizkraftwerk West zum Knotenpunkt für die Frankfurter Wärmeversorgung aus. Von hier aus wird künftig auch die Einspeisung der Fernwärme aller Kraftwerke zentral gesteuert.



07.05.2014

Die Strom-zu-Gas-Anlage geht offiziell in Betrieb. Sie ist bundesweit die erste Anlage, die in Wasserstoff umgewandelten Strom ins Gasverteilnetz einspeist. Die Anlage wird pro Stunde rund 60 Kubikmeter Wasserstoff erzeugen.



23.05.2014

Eppstein verlängert Gas-Konzessionsvertrag mit MAINOVA. Seit über 40 Jahren gewährleisten wir damit die zuverlässige Gasversorgung Eppsteins.



02.07.2014

Erster Spatenstich fürs Umspannwerk Kleyerstraße. Auf dem Gelände der Telehouse Deutschland GmbH entsteht eines der modernsten Umspannwerke Frankfurts. Seine Leistung von 68 Megavoltampere (MVA) in der ersten Ausbaustufe reicht aus, um rund 34.000 Haushalte zu versorgen.



05.08.2014

Hochheim am Main verlängert Gas-Konzessionsvertrag mit MAINOVA. Seit 1927 gewährleisten wir die zuverlässige Gasversorgung der Stadt und sind der kompetente Ansprechpartner rund um Energiefragen.



03.11.2014

Ab dem 1. Januar 2015 senkt MAINOVA den Arbeitspreis in Frankfurt in den unterschiedlichen Stromtarifen zwischen 1,7 und 4,4 Prozent. Eine Familie mit einem Durchschnittsverbrauch von 4.000 Kilowattstunden spart so zwischen 20 und 47,60 Euro pro Jahr.



16.12.2014

Hessen Mobil und MAINOVA unterzeichnen einen Vertrag für das Bauprojekt Riederwaldtunnel. Die Bauarbeiten sollen im Jahr 2016 beginnen. Im Baufeld verlaufen Hoch- und Mittelspannungsleitungen der MAINOVA.



19.12.2014

2014 haben wir einen Mieterstrom-Tarif „MAINOVA Strom Lokal“ entwickelt. Die Bewohner in der Kronthaler Straße 5 können dadurch ihren Strom unmittelbar aus einem Blockheizkraftwerk im Keller beziehen. Weitere Projekte folgen.

MAINOVA AG
Solmsstraße 38
60623 Frankfurt am Main
www.mainova.de
